Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Ex occidente lux?

Westliche Theorien – Östliche Wirklichkeiten

Andrew Arato Verfassungsdebatten in den neuen Demokratien

Janos Kis Ungarn: Politik der kleinen Schritte

Andrzej Rapaczynski Lernen von Amerika?

Svetozar Pejovich Zwischen Liberalismus und Nationalismus

Janos M. Kovacs Paradigmen des Übergangs

David Stark Das Alte im Neuen

Joze Mencinger Den Kapitalismus schaffen

G. Bence / S. M. Lipset Sowjetologie: Der wohlfundierte Irrtum

Martin Malia Totalitarismus und Sowjetologie

Claire Wallace Eine Westfeministin geht in den Osten

Hana Havelkova Real existierender Feminismus

Dieter Simon Deutsch/deutsche Wissenschaft

Charles Taylor Nationalismus und Moderne

Sylvie Richterova Kriege und Konditoreien

Photographien von **Maciej Brzozowski • Chris Niedenthal • Artur Pawlowski • Jaroslav Stachowicz**

verlag neue kritik **9**

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt.

Herausgeber: Krzysztof Michalski.

Redaktion: Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien, Konzeption dieser Nummer) und Klaus Nellen (Wien); Assistenz: Martina Groß.

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Berlin), Tony Judt (New York), Otto Kallscheuer (Berlin), Cornelia Klinger (Wien), Chris Niedenthal (Warschau, Photographie), Susanna Roth (Bratislava), Jacques Rupnik (Paris).

Beirat: Lord Dahrendorf (Oxford), François Furet (Paris), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York).

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: transit@iwm.at / Home Page: http://www.univie.ac.at/iwm

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85. mail: verlag@neuekritik.de

© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0673-5

Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services.* Selccted material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences.*

Textnachweise: Pejovich: Dem Text liegt der Artikel »Institutions, Nationalism and the Transition Process in Eastern Europe« zugrunde *(Social Philosophy & Policy, Vol.* 10, No. 2, 1993, Cambridge University Press).

© 1995 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit Heft 9 Sommer 1995

Ex occidente lux?
Westliche Theorien – Östliche Wirklichkeiten

Editorial 3

Andrew Arato
Bruch oder Kontinuität?
Verfassungsdebatten in den neuen Demokratien 6

Janos Kis
Politik der kleinen Schritte
Verfassungsreform in Ungarn 24

Andrzej Rapaczynski
Lernen von Amerika?
Für einen pragmatischen Parlamentarismus 34

Svetozar Pejovich
Der Markt der Institutionen
Osteuropa zwischen Nationalismus und Liberalismus 44

Janos M. Kovacs
Paradigmen des Übergangs
Westliches Theorieangebot und östliche Nachfrage
in den Wirtschaftswissenschaften 54

David Stark
Das Alte im Neuen
Institutionenwandel in Osteuropa 66

Joze Mencinger
Den Kapitalismus schaffen
Die Privatisierungsdebatte in Slowenien 80

György Bence / Seymour M. Lipset
Der wohlfundierte Irrtum
Die Sowjetologie und das Ende des Kommunismus 90

Martin Malia
Totalitarismus und Sowjetologie 115

Claire Wallace
Eine Westfeministin geht in den Osten 129

Hana Havelkova
Real existierender Feminismus 146

Dieter Simon
Drei Szenen aus der deutsch/deutschen Wissenschaft 159

Bildteil 169

Charles Taylor
Nationalismus und Moderne 177

Sylvie Richterova
Kriege und Konditoreien 199

Zu den Autoren 205

Editorial

Ex occidente lux? Das Schicksal des östlichen Teils von Europa hat den klassischen Topos verkehrt, wonach Erleuchtung aus dem Osten zuteil wird. In der Imagination der Bewohner des kommunistischen Europa kam sie aus dem Westen, der mit Lichtmetaphorik in all ihren Varianten ausstaffiert wurde. Der östliche Alltag wurde als grau empfunden, während die lichte Zukunft auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs längst schon Wirklichkeit schien. Der Westen stand für das Projekt der Aufklärung, *enlightenment, les lumières,* der Osten für eine mißlungene Modernisierung.

Die Umbrüche von 1989 versprachen für Osteuropa den Eintritt ins Reich des Lichts. Im ersten revolutionären Enthusiasmus war es die Aussicht auf augenblickliche Herstellung von Demokratie und freier Marktwirtschaft, die die Menschen dort blendete. Und im Westen entdeckten die Experten, daß sie eine neue Mission hatten. Aber die Straße in die freie Gesellschaft verengte sich rasch und mündete schließlich in einen Tunnel; das Licht war auf einen kleinen Punkt geschrumpft. Die westlichen Berater versprachen weiterhin, daß der Weg in ein paar Jahren ans Licht führen werde, wenn man nur bereit sei, hart zu arbeiten und Opfer zu bringen. Heute würde man sagen, daß der Tunnel so viele Windungen und Engpässe hat, daß kein Licht von außen ihn mehr erhellen kann.

Die Lichtmetaphorik im Ost-/Westkontext beruht auf zwei Voraussetzungen. Erstens: Das Licht – Visionen, Theorien, Szenarien der Transformation – kommt aus dem Westen und artikuliert sich in einem liberalen Diskurs. Zweitens: »Selbstaufklärung« wird den Betroffenen nicht zugetraut; sie scheinen in einem obskuren, illiberalen Denken (sei es präkapitalistisch, sei es neosozialistisch) befangen. Im Rausch der Revolutionen von 1989 schien die erste Annahme so offensichtlich, daß ihre Prämisse – nämlich daß der Westen überhaupt im Besitz des Lichtes ist und daß es aus *einer* Quelle stammt – kaum in Frage gestellt wurde. Die Illusion, daß mit der Revolution die Bürgergesellschaft den Staat erobert habe, machte schnell der Überzeugung Platz, daß die lokale Ideenproduktion sich eher durch Illiberalismus auszeichnet.

Die genannten Annahmen verstellen die Einsicht, daß der Westen nicht selten ratlos vor den Übergangsprozessen im Osten steht, daß die Kommunikation zwischen Ost und West oft dem Gespräch zweier Tauber gleicht und daß Osteuropäer zuweilen auch neue liberale Ideen entwik-

keln, statt alte zu importieren oder neuzuerfinden oder gar eine westfeindliche Einstellung zu entwickeln.

Das vorliegende Heft soll dazu beitragen, den Mythos vom Theoriemonopol des Westens in Frage zu stellen, ohne ins andere Extrem zu verfallen und die romantische Option eines authentischen Dritten Weges aus dem Kommunismus zu verfechten. Unser Argwohn gilt den westlichen »Missionaren« nicht weniger als jeglicher Idealisierung der »Eingeborenen«. Die Beiträge in diesem Heft versuchen, die Lücke zwischen westlichem Theorieangebot und östlichem Bedarf an neuen Konzepten auszumessen: Es geht um Inkompatibilitäten, Ungleichzeitigkeiten und Reibungen im gegenseitigen Verständnis. Einige Autoren gehen der Frage nach, inwieweit die Kommunikationsschwierigkeiten mit Vieldeutigkeiten und Unbestimmtheiten auf der »Angebotsseite« zusammenhängen. Andere spüren auf der »Nachfrageseite« neue Ansätze auf, die das westliche Begriffsrepertoire erweitern könnten.

Schon der erste Artikel von *Andrew Arato* zeigt, daß auf beiden Seiten des Kommunikationskanals eine Vielzahl von Sendern und Empfängern sitzt. Seine, wie auch *Janos Kis'*, Darstellung machen deutlich, daß Rezeption immer auch Revision bedeutet: Der ungarische Weg der »Verfassungskontinuität« orientiert sich stark an der westlichen Erfahrung und bietet zugleich etwas Neues. Im dritten Beitrag zur Verfassungsproblematik plädiert *Andrzej Rapaczynski* dafür, die ›postrevolutionäre‹ Situation in Osteuropa zum Anlaß zu nehmen, sich an die Grenzen des Prinzips der politischen Repräsentation zu erinnern.

Die nächste Gruppe von Beiträgen beschäftigt sich mit dem ökonomischen Liberalismus, dem wohl erfolgreichsten westlichen Exportartikel der letzten Jahre. *Svetozar Pejovich* kritisiert gleichermaßen die westlichen *social engineers*, die ihre östlichen Partner glauben machen wollen, daß der Kapitalismus per Dekret eingeführt werden kann, wie die heute wieder unter dem Slogan des Nationalismus firmierenden Vertreter der alten kollektivistischen Tradition in Osteuropa. *Janos Matyas Kovacs* untersucht die Rezeption zweier Ansätze, die um die Gunst der Wirtschaftsexperten und Politiker in den neuen Demokratien rivalisieren: der Austro-Amerikanische Liberalismus und das eher interventionistische deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Aus der Sicht von *David Stark* hat es in den postkommunistischen Ökonomien nie ein institutionelles Vakuum gegeben. Vielmehr ist an der Grenze zwischen »offiziellen« und »informellen« Strukturen ein Prozeß der Rekombination alter Institutionen in Gang gekommen, der neue Formen hervorgebracht hat. *Joze Mencingers* Darstellung seiner Debatte mit Jeffrey Sachs über die Privatisierung in Slowenien belegt einmal mehr, daß Osten und Westen sich nicht dem Schema Kollektivismus/Liberalismus subsumieren lassen: Es kann durchaus ge-

schehen, daß die »Eingeborenen« liberalere Formen der Transformation befürworten als mancher einflußreiche »Missionar«.

Es scheint, als habe jene westliche Disziplin, die sich am intensivsten mit der kommunistischen Welt beschäftigt hat – die Sowjetologie –, sie am wenigsten verstanden. Sie war maßgeblich beteiligt an der Kultivierung des Mythos von der Unsterblichkeit des sowjetischen Systems, und folglich waren ihre Vertreter von dessen Zusammenbruch, den sie doch als erste zu prognostizieren berufen gewesen wären, am meisten überrascht. *Seymour Martin Lipset* und *György Bence* sowie *Martin Malia* versuchen – von verschiedenen Ansätzen her –, die Ursachen dieses Scheiterns zu finden, indem sie die impliziten Voraussetzungen der Disziplin rekonstruieren.

Feministische Theorie bzw. *Gender Studies* haben längst ihren Einzug in Osteuropa gehalten. Die Beiträge von *Claire Wallace* und *Hana Havelkova*, die beide in Prag auf diesem Gebiet arbeiten, reflektieren die Schwierigkeiten, westliche Paradigmen auf östliche Erfahrungszusammenhänge zu applizieren. *Dieter Simon* präsentiert eine skeptische Bilanz der Transformation von Forschung und Lehre in den Neuen Ländern: Nirgendwo sonst hatten die westlichen Experten zugleich auch so viel Macht, ihre Vorstellungen durchzusetzen.

An die Stelle des 1989 enthusiastisch (wieder-) aufgenommenen Gesprächs sind inzwischen nicht selten Frustration und wechselseitige Vorwürfe getreten – Arroganz und Egoismus zeichne die westliche, Larmoyanz die östliche Haltung aus. Aber es gibt auch Anlaß zu leiser Hoffnung: Die Kommunikation ist multilateral geworden, die Bewohner der neuen Demokratien beginnen, von den nicht weniger dramatischen Übergangsprozessen in Südostasien und Lateinamerika zu lernen; zugleich gibt es einen innerregionalen Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den postkommunistischen Ländern. Und mittlerweile weiß man im Tunnel auch ganz gut, daß am anderen Ende nicht *ein* Westen wartet, sondern viele, und versteht immer besser, den Glamour kurzlebiger Moden von solidem Wissen zu unterscheiden. –

Charles Taylor beschäftigt sich in seinem Essay mit einem Phänomen, vor dem nicht nur Moral und Politik zu versagen scheinen, sondern auch die Theorie: die Renaissance des Nationalismus am Ende unseres Jahrhunderts. Ihn als atavistischen Rückfall zu interpretieren, werde – so Taylor in seinem Versuch, Ernest Gellners Nationalismustheorie kritisch weiterzudenken – seinem zutiefst modernen Charakter nicht gerecht.

Das Heft schließt mit *Sylvie Richterovas* Reise in ein Land, das sie erst nach der »Samtenen Revolution« wieder betreten durfte. Das Eintauchen in das postkommunistische Prag beschwört mit Macht alte Erinnerungen.

Wien, im Juni 1995

Andrew Arato

BRUCH ODER KONTINUITÄT?
Verfassungsdebatten in den neuen Demokratien

I. Einführung

Wenn es in modernen Gesellschaften zu Regimewechseln kommt, hängt der Zusammenhalt der neuen Ordnung in hohem Maße vom Aufbau eines Verfassungsrahmens ab. Um auf hinreichend breiter Grundlage akzeptiert zu werden, muß dieser zumindest den Konsens führender politischer Fraktionen finden. Eine wirksame Verfassung muß Legislative, Exekutive und Judikative des politischen Systems in rechtlich verbindliche Verfahrens- und Entscheidungsregeln einbetten. Um nach liberalen und demokratischen Kriterien legitim zu sein, hat das Grundgesetz neben den vollen bürgerlichen und politischen Rechten auch Mechanismen festzulegen, die für eine demokratische Öffentlichkeit der politischen Abläufe bürgen. Verfassungsmäßigkeit liegt nur da vor, wo alle Instanzen der staatlichen Gewalt mit dem Grundgesetz übereinstimmen. So gesehen ist Normenkontrolle durch Verfassungsgerichte in der Regel die notwendige, wenngleich nicht hinreichende Bedingung für eine verfassungsmäßige Rechtspraxis. Um schließlich zu verhindern, daß der Wille einer Generation zu schwer auf der nächsten lastet, müssen demokratische Verfassungen eigene Revisionsmechanismen enthalten. Solche Änderungsklauseln müssen streng genug sein, um die Verfassung klar vom übrigen Recht abzugrenzen, aber auch offen und praktikabel genug, um überhaupt ihre demokratischen Funktionen ausüben zu können.[1]

Nach mehr als 40 Jahren Wirtschaftsetatismus brauchen die Marktakteure in den postkommunistischen Ländern Osteuropas dringend einen verfassungsrechtlichen Rahmen, der die tagespolitischen Entscheidungen der Regierungen und Parlamente transzendiert.[2] Alle Länder der Region haben einen starken Hang zum Paternalismus und zum Klüngel geerbt, der sich kurzfristig nur durch ein verfassungsmäßig organisiertes und garantiertes Wirtschaftssystem bekämpfen läßt.[3] Außerdem können institutionelle Netze starke – in ethnisch-weltanschaulichen Differenzen und (zunehmenden) gesellschaftlichen Ungleichheiten wurzelnde – soziale Spannungen nur dann auffangen, wenn sie auf der Ebene der elementaren Spielregeln, also des Verfassungsrechts, vereinbart wurden. Und schließ-

lich kann man eine souveräne Legislative, die angesichts einer in vieler Hinsicht revolutionären politischen Lage unausweichlich versucht sein dürfte, außerordentliche Rechte zu beanspruchen und sich gleichsam als permanente verfassungsgebene Versammlung aufzuspielen, nur durch verfassungsrechtliche Schutzmechanismen im Zaum halten.[4] Um die destruktive Logik einer neuerlichen permanenten Revolution zu umgehen, die gewiß nur wieder autoritäre Systeme zur Folge hätte, bleibt es also die vorrangige Aufgabe, wohlfundierte Verfassungen zu erarbeiten.[5]

Die Osteuropäer haben den Vorteil, bei Fragen der Verfassungsgebung vom Westen sachkundig beraten zu werden. Derzeit ist kaum noch überschaubar, wie viele westliche Experten und Institutionen in den gut zwanzig neuen Demokratien ihr einschlägiges Fachwissen feilbieten. Zum Glück sind die theoretischen Beiträge längst nicht so zahlreich, dafür aber auffälliger. Ich möchte sie in vier Gruppen unterteilen (s. auch unter IV.).

Die erste betont die immense Schwierigkeit, gleichzeitig auf beides, Marktwirtschaft und Demokratie, umzustellen – Schlagwörter: »Reparatur des Boots auf offener See«, »Quadratur des Kreises« oder »Tunnel am Ende des Lichts«. Offenbar ist Demokratie für den Übergang zu freien Märkten zwingend geboten, andererseits gelten Demokratisierung und radikale Wirtschaftsreform als fast unvereinbar. Hinzu kommt das Problem, angesichts der bedeutenden internen wie externen nationalen Minderheiten stabile nationalstaatliche Institutionen aufzubauen. Allerdings vergaßen die Hauptvertreter des ersten analytischen Ansatzes alles, was mit Geschichte, Geographie, Bürgergesellschaft und den aus ihr erwachsenden Parteiensystemen zu tun hat. Der Aufbau des Nationalstaates hat jedoch nur dort zu gewaltsamen Konflikten und Zerfall geführt, wo zwei notwendige Bedingungen erfüllt waren: wo ein erhebliches Minderheitenproblem bestand und der Versuch einer Kontinuität wahrenden Verfassungsgebung gescheitert war.

Ein zweiter analytischer Ansatz leugnet offenbar, daß der Verfassungsgebung ein Potential innewohnt, Krisen zu bewältigen. Ihm gilt die Orientierung an Menschenrechten und starken Verfassungsgerichten – eine verständliche Reaktion auf die kommunistische Diktatur – als Fessel für die neuen Regierungen in ihrem Bestreben, rasch ökonomische Veränderungen durchzuführen. Entsprechend wird den Osteuropäern empfohlen, mit der Verfassungsgebung so lange am Reißbrett zu bleiben, bis ihnen Entwürfe gelingen, die zur Begründung der Staatsgewalt – also nicht bloß zu ihrer Begrenzung – taugen. Die Vertreter dieser Position räumen zwar implizit ein, daß zwischen Umstellung auf Marktwirtschaft und Demokratisierung starke Spannungen auftreten können, suchen aber die Lösung nicht in der Verfassung, sondern in einer (vorübergehenden?) Hinwendung zur autoritären Demokratie.

Die beiden anderen Ansätze stimmen darin überein, daß nur ein hohes Maß an demokratischer Legitimität der Verfassung die Kraft verleihen wird, die unausweichlichen Konflikte des politischen und ökonomischen Wandels lösen zu helfen. Die betreffenden Autoren empfinden Unbehagen bei der Aussicht, daß die derzeit herrschende Verfassungspraxis sich verselbständigen könnte und konzentrieren sich ganz auf die Verfahren der Verfassungsgebung und -änderung. Beide Wege zu legitimen Verfassungen – Nachahmung und Innovation – weisen erhebliche Schwierigkeiten auf. Gewiß spricht vieles für die amerikanische Trennung von Verfassungs- und Gesetzesrecht, und angesichts des tiefen Bedürfnisses der Osteuropäer, die erfolgreiche demokratische Politik anderer Staaten zu übernehmen, erscheint dieses Modell das naheliegendste. Doch offensichtlich schließen es die historischen Gegebenheiten und die spezifischen politischen Zwänge der osteuropäischen Entwicklungen fast aus, diesen oder irgendeinen anderen traditionellen Prototyp direkt anzuwenden. Zugleich kann man in der osteuropäischen Alltagspraxis innovative Züge ausmachen, insofern man zumindest anfangs versuchte, die bestehenden Verfassungssysteme radikal umzubauen, ohne die rechtliche Kontinuität zu unterbrechen. Darüber hinaus zeigte sich hier eine sich selbst begründende wie auch begrenzende Bürgergesellschaft am Werk, welche die unbegrenzte konstituierende Macht der europäischen Tradition ablöst. Doch in solchen – aller sozialen Experimente zutiefst überdrüssigen – Gesellschaften wäre es überaus schwierig, die relevanten Abläufe durch neue, einheitliche Verfahren zu organisieren, die sowohl demokratisch legitimiert als auch in die erstrebte demokratische Verfassung aufgenommen werden könnten. Bisher liefen die Ergebnisse eher auf pragmatische Tüfteleien, politische Kompromisse und Ad-hoc-Urteile hinaus, als auf ein anhaltendes, konsequentes Bemühen, für echte und legitimierte Verfassungslösungen zu sorgen. In mehreren Ländern wurde die Verfassungsgebung jetzt erneut auf die Tagesordnung gesetzt, wobei abzuwarten bleibt, ob auch die zweite Runde im Innovationskontext der ersten, nämlich rechtlicher Kontinuität, verbleiben kann.

Im folgenden möchte ich eine innovative Form der Verfassungsgebung in Osteuropa erörtern, die ich als »Methode der radikalen Kontinuität« bezeichne (II. Abschnitt). Ich werde ihrem wechselhaften Schicksal in mehreren Ländern folgen (III.), aber auch einige Vorschläge betrachten, wie ihre Mängel zu beheben wären (IV. und V.).

II. Die Methode der radikalen Kontinuität

1989 und 1990 hätten vermutlich nur wenige Osteuropäer die These Hans Kelsens akzeptiert, daß eine verfassungsgemäße Revision der Verfassung

deren ursprüngliche Identität bewahrt.[6] Sie wären eher H.L.A. Harts Argument gefolgt, wonach sich – zumindest logisch gesehen – alle Verfassungselemente, einschließlich der ursprünglichen Regelung zur Verfassungsänderung selbst, gestützt auf diese Regelung ändern lassen.[7] Denn dieses Argument demonstriert besonders eindrucksvoll die Möglichkeit, das Recht vollständig, aber bruchlos zu erneuern. Einige polnische und ungarische Verfassungsschöpfer hatten genau das im Sinn, als sie allein durch Änderungen der alten Verfassungen von Grund auf neue schaffen wollten. Ähnlich dachten ihre tschechoslowakischen und bulgarischen Kollegen: Ihnen schwebten verfassungsgebende Versammlungen vor, die sich (Anhänger Carl Schmitts würden sagen: »unlogischerweise«) wenigstens so lange weiter auf die Änderungsregelungen der alten Verfassung stützen sollten, bis diese selbst neue Ratifizierungsverfahren und eine neue Verfassung hervorgebracht haben würden.

Offenbar ging es um mehr als nur rechtliche Probleme, als man den Weg der Verfassungsänderung wählte, statt mit dem rechtlichen Grundgefüge zu brechen. Wenn die Umwälzungen in Osteuropa wahrhaft Revolutionen gegen die Revolution waren, so galt es, aus den modernen Vorläuferinnen, besonders der bolschewistischen, Lehren zu ziehen. Offenkundig ging es darum, eine neue politische Ordnung zu schaffen, ohne Gewalt anzuwenden oder das Recht massiv zu verletzen. Bewußt oder nicht, folgte man Burkes Mahnung, daß jeder radikale Bruch mit der unmittelbaren Vergangenheit zu Identitätsverlust und Anfälligkeit für demagogische Diktaturen führt.

Hilfreich war hier die einzige originelle Theorie des Wandels, die aus der Region selbst hervorging: die polnische, später auch ungarische Konzeption des »neuen Evolutionismus« oder der »sich selbstbeschränkenden Revolution«. Ihr zufolge galt von Anfang an, daß es bei allen Veränderungen am Rande des Sowjetimperiums um den Wiederaufbau der Bürgergesellschaft zu gehen habe statt um den direkten Kampf um die Staatsgewalt. Jeder Schritt auf dem Weg zu einer neuen Ordnung war mit der bestehenden auszuhandeln, womit die Kontinuität im Wandel gewahrt blieb. Auch wenn diese Politik des Runden Tisches ursprünglich geopolitische Gründe hatte, faßten ihn einige Vertreter der demokratischen Opposition später eher normativ auf.[8] Paradoxerweise etablierten sich in vier weiteren Ländern zu einer Zeit Runde Tische, als die erfolgreichen Verhandlungen in Polen schon zeigten, daß es offenbar keine geopolitischen Gründe mehr für Selbstbeschränkung gab.[9] Als feststand, daß den abtretenden Regimen – anders als in Polen – keine größeren politischen Zugeständnisse zu machen waren, blieb als einzige Dimension der Selbstbeschränkung die formale (statt der inhaltlichen) Verfassungskontinuität.[10]

Augenscheinlich bewirkte die verfassungsgemäße Veränderung der

selbstbeschränkenden Revolution, daß die Gewalt nicht ausuferte und massiver Abbau von Rechten verhindert wurde. Rumänien erlebte einen radikalen Bruch seiner Rechts- und Verfassungsordnung[11] und kann als lehrreiches Gegenbeispiel dienen. Ebenso dürfte Rußland, das sich inzwischen endgültig für den Weg des Bruches entschieden hat, über kurz oder lang indirekte Belege für die Vorteile der Verfassungskontinuität liefern.

Gleichwohl beruhte diese Kontinuität auf einer recht merkwürdigen Rechtsgrundlage. Unzweifelhaft waren alle Verfassungen sowjetischen Typs fiktiv[12]. Sie waren Bestandteil der berüchtigten doppelten Verfassungswirklichkeit: Der jedem Verfassungsdenken fremden, nach ungeschriebenen Gesetzen verfahrenden autoritären Praxis des Parteistaates stand in allen kommunistischen Staaten eine schriftlich fixierte, formal demokratische Verfassung gegenüber, von der aber kein Gebrauch gemacht wurde. Ihr Text enthielt zumeist nur vage Hinweise auf die Verfassungswirklichkeit (etwa »die führende Rolle der Partei«). Solche Hinweise standen zugleich im Widerspruch zum Grundgedanken dieser Verfassungen, der – gestützt auf die marxistische Kritik an der Gewaltenteilung, allerdings in Ländern mit Jasager- Parlamenten – dem Parlament ein derart hohes Maß an Souveränität einräumt, daß kein Raum für irgendeine Form von Normenkontrolle blieb. Insofern begründeten diese Texte auch keine Verfassungsmäßigkeit. Trotzdem wiesen manche ihrer Elemente in diese Richtung, ganz im Gegensatz zur wirklichen Praxis: etwa die Unabhängigkeit des Staatsanwaltes von der Regierung, eine Hommage an eine sehr liberale Regelung in der Spätzeit des russischen Imperiums. Ein anderes Beispiel zeigen die Tschechoslowakei oder Jugoslawien, wo die geschriebene Verfassung föderative oder konföderative Regelungen enthielt, von denen jedoch kein Gebrauch gemacht wurde, solange die ungeschriebene, hoch zentralistische Verfassungspraxis intakt blieb.

Die fiktiven Verfassungstexte sowjetischen Typs waren also nur demokratische Lippenbekenntnisse. Doch sie waren sogar in den alten Regimen politisch nicht folgenlos. Zugeständnisse im Bereich der Verfassung konnten als symbolische Währung dienen, um den guten Willen einiger dafür empfänglicher Gruppen zu kaufen – in den Turbulenzen von 1968/69 etwa der slowakischen Nationalisten. Die Einklagung verfassungsmäßig verbriefter Rechte war 1975 in Polen oder 1988 in Ungarn ein wichtiges Element der Opposition gegen die Verfassungswirklichkeit. Die Berufung auf Menschenrechte und auf die Verpflichtungen aus internationalen Abkommen wurde zur Grundlage für breit publizierte Aufrufe neuer Oppositionsgruppen wie der polnischen KOR, der tschechoslowakischen Charta 77, dem demokratischen Widerstand in Ungarn oder dem religiösen in der DDR. Daß sich bereits die Opposition in mindestens vier Ländern auf die kommunistische Verfassung berief, machte deren Nutzen für einen

Systemwechsel um so plausibler. Was einst nur fiktiv war, gewann so, gestützt auf Taten, ein gewisses Maß an normativer Realität. Das Wichtigste an den schriftlichen Verfassungen der alten Regime nach deren Niedergang war, daß sie relativ eindeutige Änderungsklauseln besaßen, die erlaubten, aus fiktiven Verfassungen wirkliche zu machen. Das war die technische Voraussetzung für den Weg der radikalen Kontinuität.

III. Verfassungskontinuität in der Krise

Offenbar genießt die Methode der Verfassungsgebung unter Wahrung rechtlicher Kontinuität heute kaum noch Ansehen. Einige Theoretiker machen in erster Linie sie für die entsprechenden Komplikationen in Osteuropa verantwortlich.[13] Andere, die den Weg ursprünglich für vielversprechend hielten, winken inzwischen ab.[14] Vielleicht gibt es wirklich keine Alternative dazu, »das Boot auf offener See zu reparieren« oder sich wie einst Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Schon der erste Blick auf die Resultate scheint diese Skepsis zu bestätigen. In Polen, wo man den Weg der Kontinuität beschritt, kam bis heute keine Verfassungssynthese zustande, obwohl mehrere neue Entwürfe vorliegen. In der Tschechoslowakei trugen nicht zuletzt die sperrigen »föderativen« Änderungsregelungen der alten Verfassung zum Zerfall des Staates bei. Später schufen die frei gewählten Parlamente der slowakischen und der tschechischen Republik eigene Verfassungen und brachen mit dem überkommenen Recht, indem sie die Föderation ohne ein Referendum auflösten. In der DDR-Volkskammer debattierte man nicht einmal über den vom Runden Tisch vorgelegten Verfassungsentwurf. Dadurch besiegelte dieses Parlament nicht nur sein eigenes Ende, sondern auch das des ganzen Landes. In Bulgarien wurde eine neue Verfassung von der verfassungsgebenden Versammlung geschaffen. Auch wenn man sich dort an die alten Änderungsklauseln hielt, bis sie durch neue ersetzt waren, hatte die neue bulgarische Verfassung von Beginn an Legitimationsprobleme, wie besonders der Hungerstreik einer großen Gruppe oppositioneller Abgeordneter zeigte: Sie hatten wenig überzeugend, aber lautstark behauptet, die neue Verfassung, und speziell ihre komplizierten Änderungsklauseln, seien von den Kommunisten aufgezwungen.[15] Ähnlich ging in Ungarn die neue Verfassung aus zwei größeren und mehreren kleineren Änderungsdurchgängen hervor, und auch ihre Legitimität wurde wiederholt in Frage gestellt. In der Tat besteht in manchen Punkten, besonders bei der Änderungsklausel selbst, eine wenig wünschenswerte Kontinuität mit der alten Verfassung.[16] In Rußland schließlich brachte die Methode der Verfassungsgebung qua Änderung ein uneinheitliches Monstrum mit Hunderten von Korrekturen hervor, das im Oktober 1993 zusammenbrach. Vielleicht symbolisiert dies

das Ende der Epoche der sich auf den Rahmen des überlieferten Rechts beschränkenden Revolutionen. Bei näherer Analyse sieht man, daß keines der osteuropäischen Modelle ganz vom Weg der Kontinuität abkam, und in diesen Ländern zumindest ist die Methode nicht vollständig gescheitert. Das Beispiel Bulgariens zeigt, daß sich Rechtskontinuität mit Innovation vereinbaren läßt. In Polen und Ungarn gelangte man auf dem Weg der Änderungen zu Verfassungsrahmen, die sich wenigstens zeitweise bewährten. Im Fall der DDR schloß der Übergang vom alten Recht zu dem der Bundesrepublik durch einen von beiden Parlamenten ratifizierten Vertrag jegliche Diskontinuität aus. Allerdings hätte man auch leicht die Verfassung der Bundesrepublik insgesamt erneuern können, wie es Artikel 146 des Grundgesetzes vorsieht.[17] Da jedoch auch der faktisch gewählte Weg auf einem Grundgesetzartikel basierte, kann man die Methode der Kontinuität hier nicht als gescheitert betrachten, sondern allenfalls bedauern, daß vielleicht die falsche Option siegte. Die tschechische und die slowakische Republik schließlich gingen am Ende bruchlos von der ursprünglichen Rechtsquelle in Gestalt der alten Verfassung zu den legitimen beiden Republikparlamenten über, die bereits seit mehr als zwei Jahren amtierten. Die geänderte alte Verfassung, mit der man die Föderation nicht hatte retten können, erwies sich also doch als brauchbar, um zwei legitime, republikanische Volksvertretungen zu wählen, die alle beide staatstragende Funktion gewannen.

Versuchen wir eine vorläufige Bilanz:

1. Wo relativ untaugliche föderative Regelungen die Identität des Staates in Frage stellten, gelang es offenbar nicht, auf dem Weg der Rechtskontinuität eine neue Verfassung für das übernommene Staatsgebilde zu schaffen. So verhielt es sich in der Tschechoslowakei, wo die nahezu unbrauchbare Änderungsklausel der ehemaligen Föderation keine neue Verfassung zuließ. Doch auch in zuvor föderierten Staaten wie Rußland und Jugoslawien, die andere rechtliche und politische Bedingungen vorgaben, gelang es auf dem Weg der Kontinuität nicht, für neue Verfassungen zu sorgen.

2. Nur in zwei Fällen, nämlich Rumänien und Rußland, kam es zu ausgeprägten, revolutionären Brüchen mit der geltenden Verfassung. Bezeichnenderweise ging die Abkehr von den alten Rechtsgrundlagen beide Male mit massiver Gewalt, fast bis zum Bürgerkrieg einher.[18] Zwar entstanden jeweils neue Verfassungen, aber sie wurden beide Male von herrschenden Gruppen durchgedrückt, deutlich erkennbar an ihrem zutiefst autoritären, präsidialen Zuschnitt. Bei den schnell wechselnden politischen Konstellationen hat man Grund zu vermuten, daß die Legitimität dieser Verfassungen, trotz ihrer Ratifizierung durch das Volk, kaum zu halten sein wird. Schon, daß die russische Regierung vor der Volksbefragung eine öffentliche Verfassungsdebatte nicht einmal zwischen den um die Stimmen

der Wähler kämpfenden Parteien zuließ, unterhöhlte die Legitimität von Anfang an.

3. In jenen drei Ländern, die den Weg der Kontinuität bis zum Ende gingen – Polen, Ungarn und Bulgarien –, entschieden die jeweiligen politischen Konstellationen darüber, inwieweit die so geschaffenen Verfassungssynthesen originell und legitim sind. Offenbar ergaben sich die größten Legitimitätsprobleme in Bulgarien, wo zu früh eine kaum noch abänderbar erscheinende Synthese zustandekam (wobei sich neue politische Kräfte noch nicht voll herauskristallisiert hatten). Allerdings konnte man auch den richtigen Moment für die Verfassungsgebung verpassen wie in Polen, wo Walesas Kampagne von 1990, die das Ziel hatte, den Solidarnosc-Block zu zerbrechen, gerade jene Macht aufsplitterte, die einen der damals vorliegenden Entwürfe hätte durchsetzen können. In einem mittleren Fall wie Ungarn ist die heutige, stufenweise geschaffene Verfassung sicher weder aus einem Guß, noch genügt sie allen liberalen und demokratischen Kriterien. Insbesondere liegt auf der Hand, daß ihre von der alten Verfassung übernommene Änderungsvorschrift unangemessen und in sich widersprüchlich ist.[19] Gleichwohl bietet sie inhaltlich eine tragfähige Arbeitsgrundlage und ließe sich mühelos verbessern. Allerdings kann man die Legitimität der Verfassungsordnung im normativen, wenn nicht gar soziologischen Sinne[20], wo sie von rechtsextremen Verfechtern einer zweiten Revolution in Frage gestellt wird, nicht durch bloße Flickschusterei verbessern.

Offenbar setzte der gleiche Vorgang, der in einigen Ländern Gewalt und massives Unrecht verhindern half, die Legitimität der geänderten oder neuen Verfassungen revolutionären Angriffen aus. Dazu kam es besonders in Polen, Bulgarien und Ungarn, obwohl die treibenden rechtsradikalen Kräfte in allen drei Ländern in den Wahlen besiegt wurden. Doch wenn die Lage wieder instabil würde, könnte die Rechte – die ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen gerade auf die verfassungstechnische Vermeidung einer »echten« Revolution zurückführt – erneut zum Angriff rüsten. Das Gespenst der permanenten Revolution ist noch nicht vertrieben. Allerdings muß man nicht rechtsradikal sein, um rechtens zu behaupten, daß die sich selbstbeschränkende Revolution zu wenig revolutionär war – daß sie zu viele Konzessionen an »Tradition« und »Kontinuität« machte.[21]

Sogar das im übrigen nahezu konsequent verfassungsmäßige Beispiel Ungarns zeigt offenbar, daß es auf dem Weg der Kontinuität relativ schwierig ist, völlig legitime neue Verfassungen zu schaffen, hätten diese doch, wie Janos Kis betonte, schon demokratische Erfahrung und Partizipation vorausgesetzt.[22] Aber lag das am Weg der Kontinuität selbst oder an einer auf politische Motive eingeengten Verfassungsgebung? Meiner Ansicht nach wies Hannah Arendt auf etwas sehr Richtiges hin, als sie im Geiste Tom

Paines sagte, daß von Regierungen und ihren Experten geschaffene Verfassungen nicht solche ersetzen können, die Staaten konstituieren sollen.[23]

Ich stimme Kis' triftigem Argument zu, daß der Systemwechsel in Ungarn durch verfahrensrechtliche Kontinuität im Kontext eines typischen Legitimitätsbruches oder -vakuums geprägt war. Als die Vereinbarungen am Runden Tisch zustandekamen, waren die ehemaligen Institutionen politisch nicht mehr legitimiert, die Oppositionsparteien dagegen noch nicht gewählt, weshalb sie einräumen mußten, ebenfalls keine demokratische Legitimation zu besitzen. Ich möchte anfügen, daß die Beteiligten auch keine aus der Zukunft abzuleitende revolutionäre Legitimation beanspruchen konnten. Also ging es vor allem darum, den neuen Verfassungsvorschriften eine demokratische Legitimität zu verschaffen, aber diesem Erfordernis konnte das in Ungarn angewandte Verfahren bislang nicht genügen.

Zur Debatte steht jedoch nicht die Kelsensche Kontinuität des ursprünglichen kommunistischen Rechtssystems. Auch wenn die Ungarn ihre Verfassung nicht als ihr eigenes Werk betrachten können, sehen sie darin zu Recht auch nicht einfach die alte. Tatsache ist aber, daß der neue Text in der Änderungsregelung des alten wurzelt und nur eine minimale verfahrensrechtliche Legitimität besitzt, die – ohne Weber nahetreten zu wollen – einer breiteren demokratischen Legitimation bedürfte. Außerdem können weder die selbsternannten Eliten des einstigen Parlaments noch die beiden Parteien des Abkommens vom April 1990 – die bei der ersten Runde der Parlamentswahlen zusammen unter fünfzig Prozent der Stimmen blieben – noch der extreme Aktivismus des Verfassungsgerichts für mehr demokratische Legitimität sorgen. Obwohl zur Akzeptanz der Verfassung erheblich beiträgt, daß sie zumindest in zwei Phasen aus Verhandlungen hervorging, also nicht von einer Partei oder Gruppe durchgedrückt wurde, verlöre diese Tatsache an Bedeutung, wenn sich die Bevölkerung der politischen Elite insgesamt entfremdet.

Ich behaupte indes nicht, daß es an Vertrauen in die Rechtmäßigkeit oder soziologische Legitimität der neuen Ordnung fehlt. Für ihre breite Unterstützung genügt schon, daß sie den Kommunismus abgelöst hat. Ähnliches gilt für die alte »negative« Legitimität in neuer Form: Viele Ungarn sind zu Recht davon überzeugt, daß ihr Land verglichen mit anderen ehemals sozialistischen Staaten noch relativ gut dasteht. Trotzdem kann die demokratische Legitimität im normativen Sinne eine besonders wichtige Rolle spielen, wenn das Verfassungssystem weiter latent Konflikten und Krisen ausgesetzt bleibt. Unter solchen Bedingungen hängt die Stärkung der bedrohten empirischen Legitimität davon ab, welche Ressourcen die Vertreter der neuen Ordnung mobilisieren können. Daraus ergeben sich zwei Fragen: Läßt sich die anfänglich defizitäre demokrati-

sche Legitimation einer Verfassung nachträglich in der Verfassungspraxis anreichern? Falls nicht, kann man sie unterwegs noch grundlegend umbauen, ohne damit der Verfassungsmäßigkeit zu schaden und eine »zweite Revolution« zu riskieren?

IV. Nachträgliche Legitimation der Verfassungsordnung

Staaten, in denen das Kontinuitätsmodell seine Mängel offenbarte, müssen nun nicht »am Reißbrett« nach etatistischen oder autoritären Lösungen suchen. Vielleicht finden sich Wege, die Legitimität einer Verfassungspraxis zu stärken, die zumindest in einigen der Länder schon Bedeutendes geleistet hat. Ich sehe vier Hauptvorschläge, wie die Legitimationsprobleme der Verfassungspolitik in den neuen Demokratien zu lösen wären. Zwar zielen alle vier speziell auf Ungarn ab, aber die Argumente gelten überall, wo die Verfassungsfrage noch offen ist. Hinter jedem der vier Ansätze steht eine politische Philosophie, nämlich 1. die liberale, 2. die demokratisch-revolutionäre, 3. die liberal-demokratisch-revolutionäre und 4. die liberal-demokratische, nicht- bzw. nachrevolutionäre.

1. Der Präsident des ungarischen Verfassungsgerichts Laszlo Solyom hat bestritten, daß seine Institution, deren Angehörige das Parlament mit Zweidrittelmehrheit für jeweils neun Jahre wählt, demokratisch legitimiert werden müsse. Er ist stolz auf eine politische Revolution, bei der die Rechtskontinuität gewahrt wurde, und sieht keinen Bedarf, eine völlig neue Verfassung zu schaffen. Solyom meint ebenso wie seine ungarischen Richterkollegen, ein Rechtsstaat könne nur mit rechtsstaatlichen Mitteln geschaffen werden. Für das Rechtswesen lehnt er somit ein revolutionäres Modell der Erneuerung ab. In seinen Augen liefert die bestehende, selbstverständlich der Selbstüberprüfung zugängliche Verfassung eine hinreichende Basis für deren volle Entfaltung. Offenkundig befürchtet Solyom, daß eine künftige Staatsgewalt bedeutende Grundrechte abschaffen oder die Kompetenzen der Normenkontrolle entscheidend beschränken könnte[24]; daß also eine neue Verfassung nur schlechter ausfallen würde als die geltende. Statt demokratischer Legitimation schlägt Solyom zwei andere Legitimitätsquellen für die Praxis des Verfassungsgerichtes vor: die innere Kohärenz der richterlichen Entscheidungen und die allmähliche Anpassung an europäische Verfassungsnormen.

So begrüßenswert diese Kriterien sein mögen, sie lösen doch nicht das Legitimitätsproblem. Kohärenz allein schafft noch keine verpflichtenden Normen. Überdies kann die Orientierung an verfassungsgerichtlichen Präzendenzfällen von einem demgegenüber besser legitimierten Parlament in Frage gestellt werden. Was die allgemeinen europäischen oder internationalen Standards betrifft, so können sie nur für Rechte des Einzelnen in

Anspruch genommen werden, nicht aber von Regierungen oder für demokratische Verfahren. Insofern könnte die Anpassung an europäische Normen lediglich einen – zweifellos wichtigen – Teil der Praxis des Verfassungsgerichtes legitimieren. Dies entspricht auch seinem Selbstverständnis, insofern es stärker über die Menschenrechte als über demokratische Verfahren wacht. Die von Solyom geltend gemachten Legitimitätsquellen könnten somit schnell an Kraft verlieren, wenn Rechtsextreme versuchen, die Verfassungstradition zu diskreditieren, bevor sie sich noch richtig hat ausbilden können.

2. Ungarische Rechtsradikale wie Istvan Csurka verfechten eine revolutionär (national-)demokratische Philosophie. Den Liberalismus halten sie für die Ideologie jener Schicht, die in der kommunistischen Ära zu Wohlstand kam. In den Augen Csurkas läßt sich ein Rechtsstaat, wo er nicht schon besteht, nur durch Maßnahmen schaffen, die selbst nicht rechtsstaatlicher Natur sind. Wer also rechtsstaatliche Techniken anwendet, bevor die Macht- und Eigentumsverhältnisse revolutioniert wurden, dient ihm zufolge dem vorrevolutionären, kommunistischen Status quo.[25] Csurka meint, daß Gericht und Verfassung, und seien sie noch so vollkommen, zwangsläufig jener radikalen Systemveränderung im Wege stünden, die die Nutznießer des ehemaligen Unrechts zur Rechenschaft ziehen muß. Zudem sei das Verfassungsgericht selbst Produkt einer Übergangszeit und vorläufiger Regelungen, mit denen die früher herrschende Partei Amtszeiten und Ernennungen gewisser Mitglieder weiterhin steuern könne. Daher sei ein starkes Verfassungsgericht für beide Seiten – das alte Regime und seine Opposition – willkommener Schutz vor einer Staatsgewalt, hinsichtlich derer anfangs noch ganz offen war, wem sie gehören würde. Nach demokratischen Wahlen jedoch schützt dieselbe Institution Csurka zufolge nur noch die alte herrschende Elite vor der neuen, legitimen Regierung und parlamentarischen Mehrheit. Diese könnte durch die Maßnahmen des Gerichts »vom Weg der Legalität und der Verfassungsmäßigkeit abgebracht werden«, den es doch gerade sichern sollte.[26]

Csurka hat oft erklärt, daß in Ungarn nur eine verfassungsgebende Versammlung für Legitimität sorgen könne. Nachdem die tatsächliche Entwicklung nicht seinem Ideal folgte, übertrug er seine Verfassungsansprüche ganz konsequent auf das demokratisch gewählte Parlament, das heißt dessen Mehrheit, die zufällig gerade bei seiner Partei lag. Sofern die Verfassung jedoch in außerparlamentarischen, nicht demokratisch legitimierten Gremien und (seiner Ansicht nach unter dem ökonomischen Druck des Westens) durch Abkommen zwischen den Chefs der beiden großen Parteien des neuen Parlaments zustandegekommen war, sei jeder Versuch, die Rechte der souveränen Volksvertretung zu beschränken, nach demokratischen wie auch revolutionären Kriterien zurückzuweisen. Das

Verfassungsgericht könne seine (ohnehin niemals demokratische) Autorität nur im Wege der Selbstbescheidung erlangen, indem es die demokratischen Revolutionäre gewähren lasse. Allerdings verrät uns Csurka nicht, wann endlich der Zeitpunkt für die Festschreibung der Verfassung gekommen sein wird. Eine permanente Revolution scheint ihn nicht unbedingt zu schrecken.

3. Bruce Ackermans demokratische, liberale und zugleich revolutionäre Argumentation beruht im wesentlichen auf Hannah Arendts Bekenntnis zur verfassungsgebenden statt permanenten Revolution. Ackerman kann den Forderungen der osteuropäischen Rechten – Reprivatisierung und politische Gerechtigkeit – wenig abgewinnen.[27] Vor allem möchte er die liberalen und demokratischen Grundzüge der demokratischen Revolution retten, indem er für eine strikte Trennung zwischen verfassungsgebender und übriger Legislative eintritt, um beiden die in der europäischen Tradition angelegte Souveränität verfassungsgebender Versammlungen zu nehmen. Nicht nur tritt er für liberale Verfassungen ein, sondern er will auch das revolutionäre Konstituierungsverfahren zeitlich begrenzen und plädiert damit für die frühzeitige Durchsetzung liberaler Formen von Rechtsgarantien. Trotzdem erinnern einige seiner Argumente an die Ideen von Repräsentanten rechter Parteien in Osteuropa. Zum Beispiel lehnt er die Verfassungsgebung auf dem Wege der Verfassungsänderung, die Arbeit der Runden Tische und den Pluralismus verfassungsgebender Instanzen ab.

Im Grunde will Ackerman mit seinem Modell, das für ganz Osteuropa gelten soll, solide, also demokratisch legitimierte Verfassungen gewährleisten. Im Sinne seiner allgemeinen Theorie[28] wäre dies nur möglich, wenn sich das revolutionär mobilisierte Volk hinter die verfassungsgebende Versammlung stellt, die die gewöhnliche Legislative umgeht. Zweifellos hat dieser Ansatz vieles für sich, sofern man ihn eng auf bestimmte Phasen einiger Länder begrenzt (etwa die Tschechoslowakei der Jahre 1989 und 1990, die zwar eine Volksbewegung, aber keine brauchbare Verfassung hatte). Was aber, wenn ein Land mehrere potentiell mächtige Massenbewegungen hat, wie Rußland? Unter solchen Bedingungen könnte der Vorschlag Ackermans leicht einen Bürgerkrieg rechtfertigen. Oder was, wenn gar keine Massenbasis für die radikale Erneuerung bereitsteht? Das war und ist die Lage in Ungarn. Hier erfolgte die Verfassungsgebung faktisch in politischen Verhandlungen zwischen Eliten. Schlägt Ackerman etwa vor, daß die Elite, welche nun die Mehrheit hat, diese Regelungen schlicht aufheben soll? Obwohl er gewisse Entscheidungen des ungarischen Verfassungsgerichts sehr scharfsinnig kritisiert hat, wirken Ackermans Lösungsvorschläge im Hinblick auf die Verfassungsgebung gerade dieses Landes oft etwas realitätsfremd. Ohne den Aktivismus des Verfassungsgerichts wäre Ungarn nicht imstande gewesen, auch nur ein Mindestmaß an

Liberalität zu gewährleisten. Und weder das Gericht, noch das Parlament, noch eine Partei oder eine unabhängige Gruppierung dürften in der Lage sein, am Parlament und an der geltenden Verfassung vorbei eine Verfassungsgebung in Gang zu setzen.

Offenbar hoffte Ackerman damals, daß sich Politiker wie Walesa oder Jelzin an die Spitze von Massenbewegungen stellen und als moderne Nachfahren George Washingtons das Konstituierungsverfahren initiieren würden.[29] Doch weder spielte Washington bei der Konzeption der US-Verfassung eine führende Rolle, noch kann man Walesa oder Jelzin mit ihm vergleichen. Zudem fehlt in den meisten osteuropäischen Ländern, besonders in Rußland, jener soziale Konsens, mit dem eine Vielzahl unterschiedlicher Versammlungen in Amerika die von einem eigens dazu eingerichteten Konvent formulierte Verfassung, wenn nicht voll bejahen, so doch wenigstens annehmen konnte. Das Schicksal der von Jelzin einberufenen verfassungsgebenden Versammlung und die Usurpierung der verfassungsgebenden Gewalt à la Bonaparte lassen es wenig angeraten scheinen, das Ideal der Verfassungsgebung direkt aus der Geschichte Amerikas zu übernehmen.[30]

4. Die zuerst von Ulrich Preuß formulierte demokratisch-liberale, nicht- oder nachrevolutionäre Strategie schließlich macht aus der Selbstbegrenzung der osteuropäischen Verfassungsgeber eine Tugend. Preuß unterstrich explizit, was in der liberalen Position Solyoms nur angelegt war: den Willen zur Rechtskontinuität und das Vertrauen auf vielfältige, durchweg in der Bürgergesellschaft verwurzelte Instanzen. Nur auf diesem Wege war sowohl das Entstehen eines monolithischen *pouvoir constituant* als auch die destruktive Logik traditioneller Revolutionen zu umgehen. Preuß übersah auch nicht, daß man aus der Geschichte lernen mußte, damit Revolutionen nicht in Gegenrevolutionen umschlagen. Angesichts des Umfanges und der sozialen Kosten der Erneuerung sei die Aufgabe nicht (wie Ackerman glauben möchte) lösbar, indem man die Amerikanische Revolution imitiere. Solle außerdem das Schicksal der Französischen und Russischen Revolution vermieden werden, müsse man neue Wege einschlagen. Anfangs traute Preuß dies gerade den postkommunistischen Ländern zu, soweit sie bewußt auf eine außerrechtliche konstituierende Instanz verzichteten.

Doch die Vorbehalte gegen liberale Modelle lassen sich auch in diesem Fall anmelden. Mit seinem Rückgriff auf die Bürgergesellschaft wollte Preuß seinem Ansatz zweifellos demokratische Weihen verschaffen. Doch wo hauptsächlich sie statt politischer Parteien die Arbeit der Runden Tische trugen – nämlich in der DDR, auf die sich Preuß ausdrücklich bezieht – fand die neue Verfassung keine Akzeptanz, weil zu wenig politische Macht dahinterstand.[31] In Ungarn dagegen (das er nicht behandelt),

wo am Runden Tisch eine mehr oder weniger neue Verfassung geschaffen wurde, waren es die politischen Parteien, welche die Aufgabe der Verfassungsgebung übernahmen, die Preuß eigentlich der Bürgergesellschaft zuweist.[32] Im übrigen wäre gegen Preuß' Ansatz auf Ungarn bezogen einzuwenden, daß ein unvollendetes Konstituierungsverfahren nur Flickwerk, aber keine Verfassung hervorbringen bzw. legitimieren kann, wie sie für eine strikte Normenkontrolle benötigt würde. Diese wäre jedoch das sine qua non der Verfassungsmäßigkeit in einem von alters her autoritären Kontext, in dem man sich seit langem an unkontrollierte Vorrechte des Staates gewöhnt hat.

Der von Preuß vertretene Standpunkt impliziert indes nicht, daß das Konstituierungsverfahren, von kreativer Normenkontrolle und gelegentlichen Verfassungsänderungen abgesehen, mehr oder weniger abgeschlossen ist. Betont wird vielmehr die sich aus der Rolle der Bürgergesellschaft speisende demokratische Legitimität, was auf grundlegende Differenzen zu Solyoms Ansichten verweist. Wo der Verfassungstext noch unschlüssig oder unvollständig und die Bürgergesellschaft noch nicht umfassend am Konstituierungsverfahren beteiligt ist, würde eine Wiederaufnahme dieses Verfahrens eine große Chance darstellen, neue Formen der Diskussion und Beschlußfassung ins Spiel zu bringen.

V. Möglichkeiten einer Synthese

Welche Erfolgsaussichten bieten diese vier Modelle der Verfassungspolitik? Gibt es die Möglichkeit einer Synthese zwischen ihnen? Der rein liberale Ansatz wäre dann tragfähig, wenn die politische und wirtschaftliche Entwicklung für die erforderliche Stabilität sorgte. In diesem Fall gäbe es kaum Ansatzpunkte für die von Csurka angesprochenen bewußten Rechtsbrüche des Souveräns oder die von Ackerman befürchtete Abschaffung des Verfassungsgerichts. Im Laufe der Zeit würde die ursprünglich fehlende demokratische Legitimität der Verfassung durch deren Gebrauch und durch die damit einhergehende Erhebung in den Rang einer Tradition wettgemacht werden.

Allerdings wäre ein solches liberales System ziemlich wehrlos gegen die Verfechter einer stark autoritär oder auch nur oligarchisch geprägten Variante der Demokratie. Außerdem wäre es bei schweren politischen Krisen extrem anfällig für Angriffe auf die Verfassungsordnung als solche. Demgegenüber hängt der Erfolg des nicht- oder anti-liberalen Ansatzes gerade von derartigen Krisen ab. Bei tiefen gesellschaftlichen Brüchen würde dieses Modell mit seinen bereits stark ausgeprägten Freund-Feind-Schemata und der Ideologie einer »Revolution von oben« autoritäre Strukturen fördern, so daß Diktatur oder Bürgerkrieg drohten.

Gewiß hätte ein liberal-demokratisch revolutionäres Modell in keinem Land sonderlich große Erfolgsaussichten, schon gar nicht in Ungarn, obwohl einige seiner normativen Elemente reizvoll wirken. Ackermans Vorschlag taugt bestenfalls als Alternative zur liberal-demokratischen Option, sobald eine tiefe Verfassungskrise oder ein extremer Rechtsruck drohen. Doch wie das russische Beispiel zeigt, garantieren nicht einmal solche Umstände den Erfolg dieses Modells.

Vorerst wäre der Demokratie wohl am meisten gedient, wenn man sich an das liberal-demokratische Modell der Verfassungskontinuität hält. Dafür spricht insbesondere, daß dieses Konzept die Vorzüge der beiden anderen liberalen Ansätze in sich vereinen kann. Analog zum rein liberalen Programm betont es Kontinuität und Rechtsstaatlichkeit in allen Instanzen, läuft aber nicht Gefahr, wichtige Elemente wie etwa ein starkes Verfassungsgericht auf der Strecke zu lassen. Darüber hinaus würde diese Lösung eine nachträgliche demokratische Legitimation der Verfassung beinhalten.

Dennoch wäre eine Synthese aus den beiden liberal-demokratischen Ansätzen schwierig. Glücklicherweise stimmen aber ihre Ansprüche an Verfassungen überein: Neben geschützten Rechten und verbürgten demokratischen Verfahren setzen beide auf einen starken Verfassungspatriotismus als Alternative zur Identifikation mit der Nation oder dem Volk. Zwar betonen beide die demokratische Mitbestimmung, stellen deren Formen aber in offenkundig unvereinbarer Weise dar: hier als außerordentliche, revolutionäre Tätigkeit, dort als regulären Kommunikationsprozeß der Bürgergesellschaft. Im übrigen lassen die beiden Ansätze sehr unterschiedliche Einstellungen zur Problematik von Bruch und Kontinuität erkennen, in denen sich auch gewisse Befürchtungen äußern: einerseits im Hinblick auf drohende Gewaltausbrüche, andererseits auf ein Schwinden der Legitimität.

Das liberal-demokratische, nachrevolutionäre Modell baut stärker auf die eigenen Erfahrungen in Osteuropa als auf historische Analogien, birgt jedoch ebenfalls schwerwiegende Probleme. Im Unterschied zu Ackermans Verfassungskonvent ist die von Preuß beschworene demokratische Öffentlichkeit der Bürgergesellschaft nicht imstande, selbst Verfassungen hervorzubringen. Aus dem Scheitern des von ihm beratenen Runden Tisches der DDR kann man lernen, daß (auch wenn es viele andere Gründe hatte) die demokratische Öffentlichkeit die Verfassungsgebung zwar begleiten sollte, nicht aber anstreben darf, ihr zentrales Organ zu werden. Überdies hat weder das pluralistische, in der Bürgergesellschaft verwurzelte Verfahren noch die Methode der Verfassungsgebung qua Änderung einen klaren Schlußpunkt, da im Lauf der Zeit neue Gruppen entstehen, die vorher naturgemäß nicht beteiligt waren. Mit Ackerman muß man

sowohl bedenken, wie das Verfahren einen (stets vorläufigen) Abschluß finden kann, als auch Wege eröffnen, über welche die Bürgergesellschaft ihren Einfluß auf Verfassungsänderungen behält. Meiner Ansicht nach müßte man das Ratifizierungsverfahren für die »fertige« Verfassung von den Prozeduren künftiger Änderungen klar abgrenzen. Insofern eignet sich das amerikanische Modell nach wie vor gut als Richtlinie. Vieles wird jedenfalls von den Änderungsregelungen der künftigen Verfassungen abhängen: In einer Demokratie dürfen sie nicht prohibitiv streng formuliert sein, sie dürfen die Verfassung aber ebensowenig einer parlamentarischen Eintagsmehrheit ausliefern.[33]

Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl

Anmerkungen

1 Diese Fußnote müßte eine ganze Bibliothek einschließen. Die Sonderausgabe des *Cardozo Law Review* zum Thema »Comparative Constitutionalism«, Januar 1993, Heft 3/4, gibt einen Überblick über die wichtigsten neuen Ansätze zu den meisten der hier dargestellten Probleme. Angefügt seien Bruce Ackerman, We the People, Cambridge 1991, und Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main 1992, beides unverzichtbare Quellen für die Theorie der Verfassung.
2 Jon Elster, The Necessity and Impossibility of Simultaneous Political and Economic Reform, in: Greenberg et al. (Hg.), Constitutionalism and Democracy, New York 1993.
3 Vgl. dazu Cass Sunstein, On Property and Constitutionalism, in: Cardozo Law Review, Januar 1993, Heft 3/4.
4 A. Arato, Revolution, Restoration and Legitimation, in: Working Papers, Center for the Study of Social Change, New School for Social Research, Nr. 156.
5 Diese These wurde jüngst von Stephen Holmes angegriffen (Back to the Drawing Board, in: East European Constitutional Review, Bd. 2, Nr. 1). Ich werde unten näher auf seine Argumente eingehen.
6 Hans Kelsen, Allgemeine Staatslehre, Berlin 1925.
7 H.L.A. Hart, Self-referring Laws, in: Essays in Jurisprudence and Philosophy, Oxford 1983, S. 173-178.
8 Vgl. zu diesem Begriff H.L.A. Hart, The Concept of Law, Oxford 1961, S. 86-88, und andernorts.
9 Ich bezeichne dies als die Methode der (radikalen) Kontinuität. In Spanien wurde sie »ruptura pactada« genannt. Vgl. Jose Maria Maraval und Julian Santamaria, Political Change in Spain and the Prospects of Democracy, in: G. O'Donnell & P. Schmitter (Hg.), Transitions from Authoritarian Rule, Baltimore 1986, S. 3.
10 Vgl. Janos Kis, Reform es forradalom között, in: *Vilagossag,* November 1993, Nr. 11.
11 Hier beziehe ich mich auf die bald erscheinende Dissertation von Dinu Pietraru an der New School for Social Research.
12 Vgl. A. Arato, Dilemmas Arising from the Power to Create Constitutions in East Europe, in: *Cardozo Law Review,* Januar 1993, Heft 3/4, S. 675-677.
13 Bruce Ackerman, Ein neuer Anfang für Europa: Nach dem utopischen Zeitalter, Berlin 1993, S. 75-84. Vgl. auch Ders., Von der Revolution zur Verfassung, in: *Transit 4,* Sommer 1992 (d. Red.).
14 Vgl. dazu Ulrich K. Preuß, Legalität und Pluralismus. Beiträge zum Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1973, und seine einschlägigen späteren Aufsätze.
15 Ackerman scheint diese These der rechtsextremen UDF Bulgariens zu akzeptieren (Ein neuer Anfang für Europa, a.a.O. S. 77).

16 Näheres zu den Problemen der Verfassungsgebung in Ungarn und zu der Rolle des Verfassungsgerichts findet sich in meinem Artikel »Constitution and Continuity in the European Transition«, in: *Constellations,* Oxford 1994, Nr. 1 und 2, (ungarisch in *Jogallam*) und in meinen Beiträgen für *Vilagossag* 1994, Nr. 2, *Mozgo Vilag,* September 1994 und *East European Constitutional Review* Bd. 3, Nr. 3 und 4.
17 Preuß sah darin zu Recht eine einmalige Chance, revolutionäre Verfassungsgebung (Artikel 146 hätte der Kommission keine Grenzen gesetzt) und Kontinuität zu verknüpfen (da Artikel 146 zwar keine Änderungsvorschrift ist, aber der alten Verfassung angehörte).
18 Die Republiken Ex-Jugoslawiens und der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme Rußlands) übernahmen das tschechische und slowakische Modell der Verfassungsgebung durch national legitimierte Teilparlamente. Diese Politik war nur in wenigen Ländern erfolgreich. Wenn es dort in der Folge zu Gewaltausbrüchen kam, so gingen diese nicht auf interne Verfassungskrisen zurück wie in Rußland, sondern auf ein Gemisch aus Krieg zwischen Republiken und innerethnischen Streitigkeiten.
19 Vgl. A. Arato, Dilemmas, a.a.O. In Ungarn haben Andras Sajo und Gabor Halmai diesen Aspekt wiederholt hervorgehoben.
20 A. Arato, Revolution, Restoration and Legitimation, a.a.O., S. 29 ff. Janos Kis, Reform es forradalom között, in: *Vilagossag,* November 1993, XXXIV, Nr. 11, S. 9.
21 Aleksander Smolar, Prise de vue d'une bataille. Les dernières élections en Pologne, in: *Esprit,* November 1993.
22 J. Kis, Reform és forradalom között, a.a.O., S. 18 f.
23 Vgl. Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1965, S. 183 ff. Kurioserweise erwies sich ihr Argument gerade für jenes Land als unzutreffend, auf das sie es vor allem bezog, nämlich die Bundesrepublik Deutschland – zumindest bis 1989.
24 In dieser Hinsicht möchte ich eine empirisch nicht unplausible, aber normativ zweifelhafte These von Holmes ansprechen, wonach künftige Verfassungsträger aus dem menschenrechtsorientierten »negativen« Verfassungsverständnis des Verfassungsgerichts ableiten werden, daß sie fortan die »positive« Variante betonen und sich darauf konzentrieren müssen, für Parlament und Regierung Kompetenzen einzurichten (in: Back to the Drawing Board, a.a.O., S. 23). Ohne Zweifel haben die nationalistisch-autoritären Demokraten diese Lektion gelernt. Hier tauchen bestimmte Thesen Hannah Arendts wieder auf, allerdings tendenziös und verstümmelt, wußte sie doch genau, daß gerade die negative Variante für den Erfolg der amerikanischen Verfassung bürgte und daß man die positive Verfassungsmäßigkeit nie gegen die negative ausspielen sollte.
25 I. Csurka, Föld, alkotmany, rendszervaltozas, in: Vasarnapi Jegyzetek, Budapest 1991, S. 87-89. Holmes argumentiert ähnlich, zumindest auf das Eigentumsrecht bezogen (a.a.O., S. 21).
26 Ebd., S. 88.
27 Doch leider akzeptiert er bereitwillig die damit zusammenhängende Forderung, Angestellte und Beamte in großer Zahl auszutauschen. Vgl. Ein Neuer Anfang für Europa, a.a.O., S. 111-113.
28 Vgl. We the People, a.a.O.
29 Vgl. Ein neuer Anfang für Europa, a.a.O., S. 62-68.
30 Dieses Ideal hielt ich übrigens früher genau wie Ackerman nicht nur für reizvoll, sondern auch für zumindest auf Osteuropa anwendbar. Vgl. Dilemmas, a.a.O.
31 Vgl. Arato, Dilemmas, a.a.O., S. 678 f. und 682 f.
32 Mit der damals außergewöhnlichen Ausnahme des Referendums vom November 1989, das allerdings nur einen verfassungsrechtlichen Streitpunkt betraf, nämlich die Wahl des Präsidenten.
33 Vgl. Arato, Dilemmas, a.a.O.; besonders auch Ackerman, We the People, a.a.O., und: Ein neuer Anfang für Europa, a.a.O., S. 130 f.

Janos Kis

VERFASSUNGSGEBUNG IN ZWEI SCHRITTEN

Die Republik Ungarn hat eine gültige Verfassung. Das entscheidende Glied in der Ereigniskette des politischen Systemwechsels war eine tiefgreifende Novellierung der alten sozialistischen Verfassung und deren Ergänzung mit neuen Rahmengesetzen: Diese neue Verfassung kodifiziert die Institutionen der repräsentativen Demokratie, die Trennung der Gewalten, den Schutz der Menschenrechte und die Gleichberechtigung der unterschiedlichen Besitzformen. Dieses Grundgesetz ist nicht die vielfach novellierte Ausgabe der alten stalinistischen Verfassung, sondern die Verfassung der Wende.

Dennoch herrscht heute in Ungarn ein breiter Konsens darüber, daß die Republik eine neue und definitive Verfassung braucht. Dafür gibt es eine auf der Hand liegende Erklärung: Die Verfassungsnovellierung geschah in mehreren Schritten und ist nicht aus einem Guß. Als im Sommer 1989 die Verhandlungen am »Runden Tisch« begannen, wußte noch niemand, daß das Ergebnis dieser Gespräche die Grundlage des neuen politischen Systems bilden würde. Ursprünglich ging es nur darum, über die zur Abhaltung von freien Wahlen unumgänglichen Gesetzesnovellen zu einer Übereinkunft zu kommen. Erst im Lauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß dies ohne eine umfassende Verfassungsreform nicht möglich sein würde. Doch der Umbau einiger wichtiger Institutionen ist unterblieben, weil das Reformwerk übereilt und hastig abgeschlossen werden mußte, und weil der gesamte Reformprozeß von scharfen politischen Auseinandersetzungen begleitet war. Die rechtstechnischen Lösungen der Verfassung sind so nicht immer sauber, einzelne Verfassungsartikel stehen zuweilen im Konflikt miteinander, einige andere sind sprachlich schlicht unverständlich.

Dies alles würde noch immer nicht die Verabschiedung einer neuen Verfassung rechtfertigen: Rechtsexperten könnten den Text glätten, das Parlament könnte dann feierlich erklären, daß es sich nun um die definitive Verfassung handle, und gleichzeitig das Verfahren für alle künftigen Novellierungen verschärfen.

Heute vertritt keine seriöse politische Kraft mehr diesen Standpunkt. Es ist klar geworden: Die Verabschiedung eines definitiven Grundgesetzes ist nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Aufgabe.

Zwischen Reform und Revolution

Bis zu den osteuropäischen Wendeprozessen waren zwei große Modelle gesellschaftlicher Veränderungen bekannt. Der eine Typus, der revolutionäre Weg, implizierte einen Bruch mit jeglicher Rechtskontinuität: Die alte Gesetzgebungskörperschaft wurde verjagt, eine neue verfassungsgebende Versammlung einberufen. In manchen Fällen erklärte sich die alte Legislative – ihre ursprünglichen Befugnisse überschreitend – einfach selbst zur verfassungsgebenden Versammlung. Vom Standpunkt des neuen Systems betrachtet verfügte dieses Gremium durchaus über Legitimität, für die Vertreter der alten Herrschaft natürlich nicht. Doch brauchten sich die Architekten einer solchen revolutionären Verfassung nicht weiter um den Umstand zu kümmern, daß der Aufbau einer neuen Ordnung in den Augen der Anhänger der alten die reine Machtusurpation darstellte. Denn die Legitimität ihrer Handlungen ergab sich eben daraus, daß sie es geschafft hatten, das alte Herrschaftssystem zu stürzen und die neue Ordnung zu stabilisieren. Der Legitimitätsbruch bereitete natürlich jeglicher Rechtskontinuität ein Ende. Es war auch nicht notwendig, die neue Verfassung im Einklang mit den legislativen Normen der alten Ordnung zu verabschieden, da ein symbolischer und realer Neubeginn gesetzt war.

Der andere Weg, jener der Reformen, versuchte, die Rechtskontinuität zu wahren. Die neuen Verfassungsrahmen wurden in einer Reihe von Schritten geschaffen, die immer den gerade gültigen legislativen Normen entsprachen. Die einzelnen Verfassungsnovellierungen wurden von einem vom alten System autorisierten Gremium konform zu dessen Rechtsnormen verabschiedet. Die Rechtskontinuität wurde für keinen Moment unterbrochen. Die Gremien, die einen Systemwechsel durchführten, waren sowohl vom Standpunkt des alten als auch von dem des neuen Systems her legitim.

Die ungarische Wende der Jahre 1989/90 kann keinem dieser Muster zugeordnet werden: Sie war eine wirkliche historische Neuerung. Vom revolutionären Typus unterscheidet sie, daß die Transformation immer unter Wahrung der Rechtskontinuität ablief. Das Parlament des Einparteienstaates verabschiedete die zu den freien Wahlen führenden Verfassungsnovellierungen und Rahmengesetze und respektierte dabei immer die zum jeweiligen Zeitpunkt gültigen Rechtsnormen. Die Legitimität dieses Parlaments selbst war natürlich zu dieser Zeit bereits durchaus fragwürdig. *Erstens,* weil es die Entscheidungen eines außerordentlichen, für einen besonderen Anlaß geschaffenen Gremiums einfach nur zu sanktionieren hatte. Dies bedeutete einen Bruch mit den Normen und der informellen Praxis des sozialistischen Systems, beruhte das ganze vom Parlament verabschiedete Gesetzespaket doch auf den am Runden Tisch unterschrieben-

nen Abkommen. *Zweitens,* weil die Opposition diesem Parlament das Recht absprach, die am Runden Tisch formulierten Gesetzesvorlagen selbständig und frei zu diskutieren oder zu begutachten; sie erwartete, daß diese ohne jede Abänderung verabschiedet würden. Wenn das Parlament dann doch wagte, sie umzuformulieren, nahm die Opposition dies nur unter Protest zur Kenntnis. *Drittens,* weil es zu dem Zeitpunkt, als die Gesetzesnovellierungen bereits vor ihrer Verabschiedung standen, seit Monaten eine Bürgerbewegung gab, die einzelne Abgeordnete zwingen wollte, ihr Mandat zurückzugeben. In letzter Konsequenz hätte dies die Auflösung des sozialistischen Parlaments bedeuten können. Die oppositionellen Gruppen stoppten schließlich die Kampagne, um sich ein Parlament zu sichern, das die für den Machtwechsel unbedingt nötigen Gesetze verabschiedet. Die Kräfte der Demokratie benahmen sich im Interesse eines friedlichen Übergangs und aus taktischen Überlegungen einfach so, *als ob* die aufgrund antidemokratischer Gesetze und unter ungeklärten Umständen gewählte parlamentarische Körperschaft über einen legitimen Auftrag verfügen würde, die verfassungsmäßigen Grundlagen der neuen Republik zu legen. Dieses *als ob* sicherte schließlich, daß die Legitimitätskrise kein Machtvakuum schuf: Die staatlichen Einrichtungen blieben aufrecht, es gab keine Doppelherrschaft und die Rechtskontinuität blieb erhalten.

Kurz: Die ungarische Wende wahrte, vergleichbar einer Reform, die Rechtskontinuität und führte, vergleichbar einer Revolution, zu einem Legitimitätsbruch. Wie bei einer Revolution brach die Legitimität des alten Systems zusammen, während die Rechtskontinuität gerade durch die bewußte Selbstbeschränkung der Kräfte inner- und außerhalb des Staatsapparates gewahrt blieb.

Dies bedeutete einen unschätzbaren Vorteil: Vieles von den Erschütterungen einer Revolution und vieles von den Halbheiten einer Reform blieben dem Land erspart. Doch ist es auch eine Folge dieses Zwischenwegs, daß es der Verfassung des Landes heute an Ansehen ermangelt.

Die verfassungsmäßige Einrichtung der Republik war vom ersten Moment an gefestigter als die einer noch so erfolgreichen Revolution, konnten doch nicht einmal die entschlossensten Gegner des Übergangs deren Legalität je bezweifeln. Andererseits fand sie aber niemals jene symbolische Bestätigung, die erfolgreiche Revolutionen einer neuen Verfassungsordnung verleihen.

Das Parlament, das die neuen Rahmengesetze zu verabschieden hatte, verfügte über keinerlei Legitimität, aber es gab auch kein anderes, von der breiten Öffentlichkeit als legitim erachtetes Gremium, das sich gegen dieses Parlament hätte stark machen können. Der »Bund freier Demokraten« (SZDSZ) und der »Verband der jungen Demokraten« (FIDESZ), d.h. die

liberalen Parteien, unterschrieben das am Runden Tisch vereinbarte Abkommen schließlich nicht. Und die Abschlußzeremonie der Verhandlungen im September 1989, die – zum ersten Mal überhaupt – live vom Fernsehen übertragen wurde, bestärkte den Großteil der Öffentlichkeit nur in dem Eindruck, daß die Unterzeichner unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen faulen Kompromiß miteinander geschlossen hatten. Die »Ungarische Sozialistische Partei« (MSZP), d.h. die Nachfolgeorganisation der kommunistischen Partei, attackierte die vom SZDSZ zu den ungeklärten Fragen der Verhandlungen initiierte Volksabstimmung, das Demokratische Forum (MDF), das die ersten freien Wahlen gewinnen sollte, rief zum Boykott auf. Bei der kritischen ersten Frage (»Soll es erst nach den Parlamentswahlen zu Präsidentschaftswahlen kommen?«), gestellt um den Sieg der kommunistischen Kandidaten zu verhindern, stimmte nur eine hauchdünne Mehrheit mit ja: Formaljuristisch reichte dies gerade aus, für eine ausreichende Legitimierung eines Neubeginns bei weitem nicht.

Diese Kette setzte sich auch nach den Wahlen fort. Eine der ersten Handlungen des Parlaments in der neuen Legislaturperiode war die Annahme einer umfassenden Verfassungsnovellierung. Vorgelegt wurde das Gesetzespaket vom MDF, der größten Regierungspartei, und dem SZDSZ, der größten Oppositionspartei, gemeinsam, und es gab kaum Gegenstimmen: Man könnte meinen, es hätte wohl kaum eine günstigere Situation geben können, tiefgehende Verfassungsdebatten zu vermeiden. Allein, der Pakt zwischen MDF und SZDSZ hatte einen schwerwiegenden Makel. Der gewichtigere Partner, das Demokratische Forum, stand nicht vorbehaltlos dahinter. Der Ministerpräsident verfolgte mit diesem Zug letztlich nur die Absicht, die Kontrolle über die rebellischen Gruppierungen in seiner eigenen Partei zu erlangen: Dies erklärt auch die geheimen Vorbereitungen des Paktes, die aber in der Öffentlichkeit (weniger als ein Jahr nach dem moralischen Konkurs des Runden Tisches) nur Mißtrauen hervorriefen. Der kümmerliche Rest dieses Paktes wurde durch die internen Grabenkämpfe des MDF bald null und nichtig.

Auf die Verfassung der Wende wird die Nachwelt mithin nicht zurückblicken können als auf einen ehrwürdigen und dauerhaften Text, Frucht eines gemeinsamen Unterfangens, welches die Züge eines nationalen Neubeginns trägt. Da sie kein Reformwerk war, war ihr der gesellschaftliche Grundkonsens nicht gegeben; da sie kein revolutionäres Werk war, konnte letztlich auch die klare Entscheidung der politischen Kämpfe keinen Konsens schaffen: Denn keine der Seiten hat eine endgültige Niederlage erlitten, die Spaltung ist geblieben. Natürlich haben sowohl die revolutionäre als auch die reformerische Verfassungsgebung ihre Gefahren. Die revolutionäre kann sich als politisch kraftlos erweisen und am Widerstand der

dem alten System verpflichteten Kräfte scheitern; dies war das Schicksal der Verfassungsreformen von Zar Alexander III. Die reformerische Verfassungsgebung kann scheitern, wenn sie versucht, sich selbst dauernd zu legitimieren. Dies war das Schicksal der sukzessiven Verfassungen nach der Französischen Revolution, von denen sich keine wirklich durchsetzen konnte. Das Fehlen eines endgültigen Verfassungstextes kann auch zu starken Spannungen führen, weil es für die jeweilige Regierungsmehrheit relativ leicht ist, Verfassungsnovellierungen zustandezubringen, sollte die geltende Verfassung ihre politischen Interessen gerade stören. Was wiederum bei der jeweiligen parlamentarischen Minderheit den Verdacht erweckt, daß das Recht sie nicht vor den Gefahren einer Diktatur schützt.

Natürlich ist es nicht unmöglich, daß das Land die Jahre der konstitutionellen Unsicherheit politisch übersteht, ohne daß eine neue Verfassung verabschiedet wird. Dennoch wäre es beruhigender, wenn zur Schaffung des fehlenden Konsenses und dessen symbolischer Bestätigung nunmehr der zweite Abschnitt des Verfassungsgebungsprozesses nach der Wende eingeleitet würde. Dieser Versuch wird nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht nur zu einem konsistenten Verfassungstext führt, sondern der Verfassung auch jenes Ansehen verleiht, das das Grundgesetz der Republik künftig aus dem Parteienhader heraushalten kann.

Offene oder geschlossene Verfassungsgebung

Die im Sommer 1994 vereidigte Regierung aus MSZP und SZDSZ verfügt (im Gegensatz zu ihren Vorgängern) über die entsprechende parlamentarische Mehrheit, eine neue Verfassung zu verabschieden. Doch das allein reicht nicht. Das Prestige einer nur von den Koalitionsparteien getragenen künftigen Verfassung wird nicht höher sein als das der heutigen. Die Regierungsparteien sind sich darüber anscheinend auch im klaren. Deshalb wollen sie eine breite Diskussion über die Verfassung und versprechen, die Verabschiedung eines Entwurfes abhängig zu machen von einer über ihre Mehrheit hinausweisenden parlamentarischen Unterstützung. Ich glaube aber nicht, daß solche Schutzmaßnahmen in sich selbst schon dem Problem beikommen können.

Ein Konsens hat nämlich nicht nur verfahrensmäßige Voraussetzungen. Weder eine öffentliche Debatte noch der Konsens aller im Parlament vertretenen Parteien wird verhindern, daß meinungsmachende Gruppen oder gewichtige politische Kräfte berechtigterweise behaupten können, daß die neue Verfassung gleichwohl keine gemeinsame Sache, sondern die der Regierungskoalition sei. Die Schlüsselfrage ist daher, in welchem Verhältnis diese neue Verfassung zur Verfassung der Wende stehen soll.

Die Architekten der neuen Verfassung werden zwischen zwei Varianten der Verfassungsgebung wählen können: Die erste leitet einen Wandel ein, die zweite schließt einen solchen ab. Die Architekten der ersten Variante sind in der gleichen Lage, wie der Baumeister, der auf einem leeren Grundstück ein Haus plant: Beim Aufbau des neuen Staatsgebäudes muß er auf die alte, von ihren Bewohnern verlassene Konstruktion keine Rücksicht nehmen. Die möglichen institutionellen und rechtlichen Lösungen können direkt auf die jeweiligen Ziele zugeschnitten werden. Da keine der möglichen Lösungen für das Zusammenleben in irgendeiner Weise durch Tradition oder Brauch vorgegeben ist, sind sie alle gleichberechtigt: Der Architekt hat vollkommen freie Hand auf dem Reißbrett zu experimentieren und die wünschenswerten Lösungen aneinander anzupassen.

Die Architekten einer Verfassung, die die Wende abschließen soll, haben diese Freiheit nicht. Ihre Situation läßt sich am besten mit dem Bild eines in ein neues Haus übersiedelnden Menschen veranschaulichen, der den Neubau bei einem Baumeister in Auftrag gegeben hat und das Haus ohne einen einheitlichen Plan von einem zweiten und dritten Baumeister hat weiterbauen lassen. Vor dem Abschluß der Bauarbeiten beauftragt er nun einen Architekten, dem Haus den letzten Schliff zu geben. Dieser kann das Haus nun nicht mehr auf ein anderes Grundstück stellen oder es einfach niederreißen lassen, um aus anderen Baustoffen ein neues zu errichten. Seine Aufgabe ist es, das bestehende Gebäude bewohnbarer und stabiler zu machen. Ebenso kann die neue Verfassung nur dann zum definitiven Grundgesetz der Republik werden, wenn deren Väter sich im klaren darüber sind, daß es nicht mehr darum geht, einen Prozeß einzuleiten, sondern ihn abzuschließen, und sie die sich daraus ergebenden Grenzen ihrer Handlungsfreiheit beachten. Die Baumeister der Wende haben das Haus errichtet, die Aufgabe der jetzigen Gesetzgeber ist es, deren Werk zu vollenden.

Doch warum sollte das genügen? Warum sollte der Bauträger seinem Auftraggeber nicht vorschlagen, das zusammengeflickte Haus bis auf die Grundmauern niederzureißen und nach seinen Plänen ein komplett neues aufzubauen? Eine solche Lösung käme kaum teurer und wäre wohl um einiges besser. Dennoch steht sie nicht zur Debatte. Der Grund dafür ist naheliegend: So wenig wie eine Familie kann sich ein Land alle Tage auf einen Neubau einlassen. Eine neue Verfassung braucht eine historische Situation, die wir wohl am besten als den *konstitutionellen Moment* bezeichnen können: jener Augenblick, da der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung erkennt, daß neue Rahmen des gesellschaftlichen Zusammenlebens geschaffen werden müssen. Es ist der Moment, der die Architekten dieser Verfassung mit ausreichendem Prestige zum erfolgreichen Abschluß ihres Werkes ausstattet. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt,

dann wird eine neue Verfassung das politische System nicht stabilisieren, sondern die Aura des Provisoriums nur verstärken.

1989/90 war ein konstitutioneller Moment. Noch Ende 1988 hatte eine große Mehrheit der von Meinungsforschern Befragten die Abschaffung des Einparteiensystems abgelehnt, im Spätherbst 1989 diskutierte man eigentlich nur mehr darüber, wie die Schmerzen des Übergangs gelindert werden könnten.

Die erste Voraussetzung einer neuen Verfassung fehlt heute ganz sicher: Die Öffentlichkeit will keine neue Wende, sondern den Abschluß des Systemwechsels. Das für eine Verfassungsgebung notwendige politische Prestige steht in Ungarn heute viel eher zur Verfügung als noch vor fünf Jahrzehnten: Das neue Parlament wurde in einem regulären Zyklus gewählt, und die Regierung hat eine starke parlamentarische Mehrheit hinter sich. Dennoch würde dies für einen kompletten Umbau der politischen Einrichtungen noch nicht reichen, vielleicht aber für eine endgültige Kodifizierung der 1989/90 geschaffenen Institutionen.

Mögen die ersten Jahre der Republik noch so schwer gewesen sein: Wir leben in dem 1989/90 errichteten demokratischen System nun seit über vier Jahren, und die neuen staatlichen Einrichtungen haben, wenn auch manchmal knarrend und quietschend, funktioniert. Sie haben es uns ermöglicht weiterzugehen, sie haben eine geordnete Regierungsübergabe ermöglicht; abgesehen von der Episode der Taxi-Blockade von 1990 ist es zu keinen größeren Zusammenstößen zwischen sozialen Gruppen und der nackten Staatsgewalt gekommen; unsere Konflikte wurden öffentlich ausgetragen. Diese Erfahrungen haben gemeinsame Traditionen geschaffen – auch wenn über deren Beschaffenheit viel und ständig polemisiert worden ist und wird. Wenn die Architekten einer neuen Verfassung ihre historische Aufgabe richtig verstehen, können sie nichts anderes tun, als die Verfassungstraditionen dieses Systemwechsels und die darauf beruhende Praxis zu interpretieren.

Die neue Verfassung wird nur dann Ansehen haben, wenn ihre Schöpfer sie als Resümee der Wende verstehen.

Drei konservative Grundprinzipien

Das neue Grundgesetz muß der Verfassungstradition der Wende folgen. Die heutige nichtkonservative Regierungsmehrheit muß bei der Verfassungsgebung paradoxerweise konservativen Pfaden folgen.

Unter »konservativ« versteht man in der ungarischen Innenpolitik zumeist jene Geisteshaltung, die eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor 1945 wünscht: Einige dieser Konservativen meinen dabei die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts, andere die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhun-

derts. Doch das sind anachronistische Programme ohne reale Chancen, deren Verwirklichung nur zum Preis gewaltsamer Umstürze möglich wäre. Gerade das hat aber mit einer organischen Weitergabe von Tradition, dem Ideal aller Konservativen, nichts zu tun. Zugleich ist es aber durchaus möglich, ja sogar notwendig, mit jener Verfassungstradition konservativ umzugehen, die 1989/90 eingeleitet wurde.

Gewisse, in den Jahren 1989/90 durchaus sinnvolle Diskussionen können heute nicht mehr von neuem eröffnet werden. Die Frage, ob Ungarn eine parlamentarische Republik mit einem vom Parlament gewählten und über der Exekutive stehenden Staatspräsidenten oder eine Präsidialrepublik mit einem direkt gewählten Staatsoberhaupt und einem über die Exekutive nur bedingt Souveränität ausübenden Parlament sein soll bzw. welche Kombination der beiden Elemente verwirklicht werden soll, konnte damals noch ernsthaft diskutiert werden. Doch heute gibt es, neben den bereits 1989/90 geäußerten Argumenten für und wider diese Regierungsformen, ein weit gewichtigeres Argument: Unter den vielen möglichen Lösungen gibt es eben eine, die bereits vier Jahre lang funktioniert hat. Das Modell der parlamentarischen Republik ist heute nicht mehr nur eines in der Reihe möglicher Entwürfe, sondern gelebte Praxis: Eine verwobene Vielfalt von Präzedenzfällen und praktischen Rechtsverhältnissen ist um diese Praxis herum entstanden. Dieses komplizierte Gewebe aufzulösen, wäre nur dann angebracht, wenn es sich selbst irgendwo auftrennen würde. Doch so stehen die Dinge nicht. Obwohl die tägliche Erfahrung einige verborgene rechtstechnische Mängel in der Regelung des Verhältnisses zwischen Staatsoberhaupt und Ministerpräsident gezeigt hat, hat sich die parlamentarische Republik alles in allem als lebensfähig erwiesen.

Genauso verhält es sich mit der Idee eines Zweikammersystems (und vielen anderen Plänen, die in den Jahren 1989/90 noch als durchaus mögliche Alternative erschienen). Wollte man eine zweite Abgeordnetenkammer schaffen – sei dies auf territorialer, interessenvertreterischer oder irgendeiner anderen Grundlage – müßte man nicht nur die bereits vor vier Jahren bekannten Gegenargumente beachten, sondern auch jenes äußerst gewichtige Argument, daß die Ein-Kammer-Vertretung eine Einrichtung ist, in der das Land seit der Gründung der demokratischen Republik lebt. Es wäre auch ein großer Fehler, die 1990 gesetzlich angenommenen staatlichen Hoheitszeichen und Staatsfeiertage anzutasten. Damals konnte es vielleicht noch Objekt einer Auseinandersetzung sein, ob das Staatssymbol das Wappen mit der Stephanskrone sein soll, das die territoriale Integrität Groß-Ungarns und die monarchistischen Traditionen symbolisiert, oder das mit den revolutionären und republikanischen Traditionen des Landes verbundene Kossuth-Wappen; ob der Nationalfeiertag am Namenstag des heiligen Stephan I. begangen werden soll oder an jenem Tag,

den wohl jeder in Ungarn mit der Märzrevolution des Jahres 1848 verbindet. Heute ist eine dieser Alternativen verfassungsmäßige Praxis, und es gibt keinen Grund, an ihr zu rütteln.

Die Verfassungsnovellierungen auf ein Minimum beschränken: Dies wäre das erste konservative Prinzip.

Von diesem Prinzip sollte man nur dann abweichen, wenn es von Anfang an einen politischen Konsens darüber gegeben hat, daß die von der Verfassungsnovellierung des Jahres 1989/90 unberührt gebliebenen Artikel einer Änderung bedürfen, und wenn auch über die Richtung dieser Änderungen Einigkeit herrschte. Die zu wahrende Verfassungstradition ist in diesen Fällen eben nicht die überlieferte Gesetzesregelung, sondern der Konsens, daß die gegebenen Verhältnisse geändert werden müssen. Ein Beispiel wäre die Frage der Stellung der Staatsanwälte: Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien der vorangegangenen Legislaturperiode plädierten dafür, die Staatsanwaltschaften dem Justizministerium zu unterstellen. Umstritten war nur, unter welchen Bedingungen dieser Schritt zu vollziehen wäre. Wenn es im neuen Parlament gelänge, darüber einen breit akzeptierten Kompromiß zu schließen, würde die definitive Verfassung mit einer solchen neuen Konstruktion nur den alten Konsens umsetzen. Wenn es bereits früher einen breiten Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit einer solchen Veränderung gegeben hat, würde man gegen jede Verfassungstradition verstoßen, wenn man bei den alten Lösungen verharrte: Dies wäre das zweite konservative Prinzip.

Kommen wir auf das Beispiel der Stellung der Staatsanwaltschaften zurück. Was wäre zu tun, wenn kein Konsens zu finden sein sollte? Zwei Lösungen wären dann wohl abzuwägen: Die verfassungsrechtliche Verankerung der Staatsanwaltschaft könnte unberührt bleiben, mit Hilfe kleinerer Novellierungen nur besser geregelt werden; oder die gesetzliche Einstufung der Staatsanwaltschaften wird doch novelliert, aber nicht im Rang von Verfassungsgesetzen. Damit könnte später doch noch etwas geändert werden, ohne die Verfassung antasten zu müssen.

Die Verfassung muß für eine sehr lange Periode in Kraft bleiben. In der Zwischenzeit werden sich neue Fragen stellen, neue politische Trennlinien entstehen. Wenn die Verfassung allzu detaillierte oder zu scharfe Festlegungen träfe, würden die kommenden Konflikte auch die Verfassung selbst in Mitleidenschaft ziehen, was zur Folge hätte, daß es sehr häufig zu Verfassungsnovellierungen kommen müßte. Soll die Verfassung stabil sein, muß sie, was die Detailfragen der staatlichen Einrichtungen betrifft, soviel wie möglich einer zukünftigen Gesetzgebung überlassen und, was die Grundrechtsfragen angeht, der richterlichen Interpretation. Der Verfassungstext soll möglichst wenig auf Detailfragen eingehen: Dies wäre das dritte konservative Prinzip.

Wenn das Verfassungskonzept dies alles beachtet, gibt es eine Chance, daß die neue Verfassung die Basis für einen Konsens legt. Ein Verfassungskonsens zwischen den Parteien kann nur geschaffen werden, wenn sich die Regierungsparteien ihrer Aufgabe mit einer konservativen Grundhaltung nähern. Nur so kann vermieden werden, daß die konservative Opposition sie in einen verfassungsfeindlichen Radikalismus abdrängt.

Die Akteure der Wende und die Verfassung

Die Wende kann erst dann abgeschlossen werden, wenn das Resultat der politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der Jahre 1989 und 1990 als gemeinsames Werk vormals zerstrittener Kräfte wahrgenommen wird. Doch ist dies nur dann möglich, wenn die Architekten der neuen Verfassung den Beitrag aller am Systemwechsel beteiligten Gruppen an der Errichtung der Republik anerkennen. Nicht mit leeren Gesten, sondern indem sie die neue Verfassung jenen Grundsätzen anpassen, die die regierenden und oppositionellen Unterzeichner des Abkommens am Runden Tisch, genauso wie die Initiatoren des Referendums und die Parlamentsparteien, die das Abkommen zwischen MDF und SZDSZ ratifiziert haben, gemeinsam geschaffen und allen kommenden Legislaturperioden als Erbe hinterlassen haben.

Im Laufe der ungarischen Wende hat es niemals den perfekten *konstitutionellen Moment* gegeben. 1995 könnten die wichtigsten Voraussetzungen einer neuen Verfassung miteinander verbunden werden – aber nur dann, wenn ihre Architekten nicht mehr erreichen wollen, als endgültig zu kodifizieren, was die früheren Phasen dieser Verfassungsgebung provisorisch geschaffen haben. Als ein frei im Raum schwebender Text ist die neue Verfassung zum Scheitern verurteilt, doch als zweiter und abschließender Schritt des 1989/90 begonnen Prozesses kann sie durchaus erfolgreich sein.

Aus dem Ungarischen von Bela Rasky

Andrzej Rapaczynski

LERNEN VON AMERIKA?
Für einen pragmatischen Parlamentarismus

In der postkommunistischen Verfassungsdebatte wurde viel darüber diskutiert, inwieweit sich die in der Verfassung der Vereinigten Staaten verankerten Institutionen als Modell für Osteuropa eignen könnten. Diese Diskussion ist heute mehr oder weniger abgeschlossen: Es besteht ein gewisser Konsens, daß sich Osteuropa an den westeuropäischen Ländern orientieren sollte, zum einen auf Grund der gemeinsamen Tradition, zum anderen aber auch in Hinblick auf die für die Zukunft angestrebte Integration in die Europäische Union. Im amerikanischen System sieht man inzwischen ein interessantes, auf die Region aber nicht wirklich übertragbares Modell. Sogar der erfolgreichste »Exportartikel« der amerikanischen Verfassung – das richterliche Prüfungsrecht *(judicial review)* – wurde in Osteuropa in einer Form übernommen, die nur noch indirekt etwas mit dem amerikanischen Prototyp zu tun hat; viel prägender war die Variante der Normenkontrolle, wie sie sich in Westeuropa im Rahmen der Tradition des römischen Rechts herausgebildet hat.

Im großen und ganzen tat man in Osteuropa wahrscheinlich gut daran, nicht dem Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen. Denn obwohl sich die amerikanischen Institutionen im heimischen Kontext vorbildlich bewährt haben, scheinen sie sich mit seltsamer Hartnäckigkeit einer erfolgreichen Verpflanzung zu widersetzen.[1] Zum Beispiel wurde das Präsidialsystem in vielen Ländern nachgeahmt, vor allem in Südamerika, doch hat das in fast allen Fällen letztlich zu Diktatur und Instabilität geführt. Sogar in Europa endete der einzige »reine« Versuch einer Übernahme, nämlich in Frankreich nach der Revolution von 1848, damit, daß das Zweite Kaiserreich gegründet wurde (und das, obwohl Tocqueville an der französischen Verfassung mitgearbeitet hatte).[2] Auch der amerikanische Föderalismus scheint sich eher für amerikanische Bedingungen zu eignen. Die europäischen Länder haben in der Mehrzahl eigene Lösungen gefunden, und die wenigen Länder, die sich am amerikanischen Modell orientierten (vor allem Australien), entwickelten sich sehr rasch in eine ganz andere Richtung weiter.[3] Die amerikanische Variante des richterlichen Prüfungsrechts ist so tief im *Common Law* (dem auf gerichtlichen Entscheidungen beruhenden Präzedenzrecht) verwurzelt, daß die Länder mit kontinentaler

Rechtstradition, selbst als man in Europa dem *gouvernement des juges* nicht mehr so feindlich gegenüberstand,[4] ihre eigene, davon ganz verschiedene Form der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit entwickelten.[5]

Trotz des enormen Interesses, das die amerikanische Verfassung von Beginn an hervorgerufen hat, nahm sie weit weniger Einfluß auf die Gestaltung politischer Institutionen anderer Länder als das »Westminster«-Modell parlamentarischer Suprematie in Großbritannien. Ein wesentlicher Aspekt der Philosophie der amerikanischen Verfassungsväter, der in Kontinentaleuropa wenig beachtet wird, könnte für die Architekten neuer Verfassungen in Osteuropa gleichwohl von großem Interesse sein. Mehr noch als Gewaltenteilung, Föderalismus oder richterliches Prüfungsrecht – die häufig sehr hölzern und legalistisch verstanden werden – hat dieses Element des amerikanischen Konstitutionalismus bis heute seine ursprüngliche politische und geistige Kraft bewahrt: Ich meine die Art und Weise, wie die amerikanischen Schöpfer der Verfassung das Verhältnis des Volkes zu seiner Regierung sahen.

Was man in Europa damals an der amerikanischen Verfassung vielleicht am meisten bewunderte, war der Gedanke der »Volkssouveränität«, den man in der Neuen Welt umgesetzt sah. Gleichzeitig war aber eben dieses Konzept auch dafür verantwortlich, daß viele Beobachter in Europa nicht erkannten, was der amerikanische Konstitutionalismus in Wahrheit bedeutete. Denn ihre Begeisterung ging von einer Souveränitätsvorstellung aus, die von der amerikanischen Verfassung, wenn auch nicht unbedingt bewußt, letztlich untergraben wurde. Wenn die Franzosen im 18. Jahrhundert von Volkssouveränität sprachen, war dies im politischen und weniger im philosophischen Sinn radikal. Die Forderung, daß die auf dem europäischen Kontinent von königlichen und kaiserlichen Familien ausgeübte Herrschaft durch die Herrschaft des Volkes ersetzt werden sollte, war in politischem Sinne revolutionär. Die Macht, die die Philosophen dem Volk übertragen wollten, war dagegen dieselbe Macht, die in ihren Augen die Könige usurpiert hatten: jene Macht, die die politischen Denker und Rechtsphilosophen der Zeit als »Souveränität« bezeichneten.

Die Bedeutung von »Souveränität« war, seit Bodin den Begriff eingeführt hatte,[6] nie ganz präzise, doch behielt seine Definition bis ins 18. Jahrhundert und darüber hinaus im wesentlichen ihre Gültigkeit: »Unter Souveränität ist die dem Staat eignende absolute und zeitlich unbegrenzte Gewalt zu verstehen (...)«.[7] Rein politisch gesehen, spielte die Souveränität eine ganz klare Rolle, nämlich alternative Quellen politischer Macht, die die Stabilität und den Frieden des Landes gefährden konnten, zu delegitimieren. In philosophischer Hinsicht hatte das Bestreben, den Staat mit dem Souverän zu identifizieren, allerdings weitreichendere Konsequenzen: Es war für die politische Theorie, was Descartes' *cogito* für die Erkenntnis-

theorie war, d.h. alles Handeln und alle Macht wurde einer einzigen Substanz oder *res* eingeschrieben, seien diese nun *cogitans* oder *publica*. Diese Reifikation bedeutete, daß, so wie der Mensch in der kartesischen Philosophie nicht durch seine vielfältigen Kräfte, Handlungen und Fähigkeiten definiert war, sondern durch sein einmaliges und sich von allen anderen unterscheidendes Ich oder *ego*, so war auch das unterscheidende, sie letztlich definierende Merkmal einer politischen Körperschaft, daß sich in ihr immer der Körper oder die *res* lokalisieren ließ: der Souverän als einzige Quelle aller politischen Macht. Und ebenso, wie die Zerstreuung unseres Ich die Bedeutung unserer Existenz als Subjekt bedroht, stellt die Zersplitterung der politischen Macht die Existenz des Staates in Frage.

Betrachten wir nun die Entwicklung vom Gedanken der Souveränität im allgemeinen bis hin zur »Volkssouveränität«, die auf die Denker des 18. Jahrhunderts so große Faszination ausübte. Das Interessante an diesem Übergang ist in erster Linie, daß die demokratischen Impulse im Europa des 18. Jahrhunderts nicht sofort zur Ablehnung des Souveränitätskonzepts als solchem führten, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Implikationen dieses Konzepts in hohem Maße illiberal waren und es sich nicht leicht mit dem Repräsentationsgedanken vereinbaren ließ. Souveränität bedeutete im Grunde Befehlsgewalt, und zwar nicht in einem moralischen Sinn oder nur potentiell, sondern als die tatsächliche Macht, Gesetze zu schaffen und diese durchzusetzen. Demnach konnte man die Macht des de facto-Gesetzgebers theoretisch durch die Feststellung legitimieren, daß alle beteiligten Parteien dieser Machtausübung irgendwann zugestimmt hatten, doch wurde in der Praxis mit Souveränität die gesetzgebende Körperschaft identifiziert und nicht das ganze Volk. In England wurde im 18. Jahrhundert die Suprematie des Parlaments häufig mit der Zustimmung des Königs und des Volkes gerechtfertigt. Dennoch gab es für Blackstone keinen Zweifel daran, wo im englischen Staat die Souveränität lag: Er wies sie ganz eindeutig dem Parlament zu.[8] Denn das Parlament verfügte über die tatsächliche Macht und das Volk war eine abstrakte und vage theoretische Größe.

Seit der Aufklärung versuchte man in Kontinentaleuropa, den Souveränitätsgedanken mit der Herrschaft des Volkes in Einklang zu bringen, indem man nach einem Weg suchte, wie die Handlungen der politischen Vertreter des Volkes als identisch mit dem Willen eben jenes Volkes betrachtet werden konnten. Dahinter stand natürlich die Idee der demokratischen Repräsentation. Es würde aber zu weit führen, hier alle Aspekte der Repräsentationsproblematik zu erörtern, wie sie sich in der politischen Theorie darstellte, und sei es auch nur im 18. Jahrhundert in Frankreich. Zu bestimmten Zeiten sah man in der Mehrheitswahl ein direktes Vehikel politischer Legitimation, und das Wahlrecht stand im Zentrum des politi-

schen Lebens. Dann wieder wollte man nicht darauf vertrauen, daß die Stimme des Volkes sich unverfälscht im empirischen Wahlergebnis niederschlug, weil – um mit Rousseau zu sprechen – der Wille aller nicht unbedingt mit dem wahren Gemeinwillen übereinstimmen muß.[9] Darüber hinaus gab es auch eine Reihe von Zwischenpositionen. Aber ob sich die politischen Philosophen nun mit dem auf dem Mehrheitsprinzip basierenden Parlamentarismus, der plebiszitären Demokratie, dem Cäsarismus oder dem revolutionären Messianismus beschäftigten, fast alle europäischen Theorien der Volkssouveränität betrachteten das »Volk« als etwas Ganzes, als nicht auf eine Gruppe von Einzelpersonen reduzierbar; und sobald die Person oder die Körperschaft identifiziert war, die das Volk »re-präsentierte«, wies man dieser Person oder Körperschaft unbeschränkte politische Macht zu. Der Gedanke, die Macht der Volksrepräsentanten durch rechtliche oder verfassungsmäßige Mittel beschränken zu wollen, schien unter diesen Voraussetzungen lächerlich. Für eine politische Theorie, die vom Souveränitätsgedanken ausging, war eine Beschränkung der souveränen Herrschaft ein Widerspruch in sich selbst: Der Souverän war die Quelle aller rechtlichen Normen und nicht in der Lage, sich an irgend jemanden zu binden. Darin waren sich alle einig, die sich zu diesem Thema äußerten, von Bodin über Hobbes bis zu Rousseau.[10] Ging man von der Logik der Volkssouveränität aus, war die Vorstellung einer rechtlichen Beschränkung des Souveräns nicht weniger naiv: Da der Souverän das Volk selbst war (und dadurch per definitionem das öffentliche Wohl zum Ziel haben mußte), warum sollte jemand dafür sorgen wollen, das Volk vor sich selbst zu schützen?[11] Man mußte nur sicherstellen, daß es tatsächlich auch das Volk war, das sprach, aber sobald man dieses Problem gelöst hatte, konnte man die Formel *vox populi vox Dei* akzeptieren.

Der Gedanke der »unbeschränkten Souveränität« wurde von den Vätern der amerikanischen Verfassung klar im Namen einer Regierung abgelehnt, die über beschränkte Macht verfügt und verfassungsrechtlichen Beschränkungen unterworfen ist. Dieser Schritt ist heute vielleicht als einflußreichster Aspekt des amerikanischen Konstitutionalismus zu werten, und die Tatsache, daß fast alle Autoren moderner Verfassungen, auch die Schöpfer der neuen osteuropäischen Verfassungen in Osteuropa, den Gedanken einer rechtlichen Beschränkung der legislativen Macht der Parlamente grundsätzlich akzeptieren, bezeugt die Vitalität dieser amerikanischen Innovation. Die Ablehnung der absoluten Macht des Parlaments (und die Schaffung eines Systems individueller Rechte, die höher stehen als der Wille der einfachen Mehrheit) ist aber nur ein Teil dessen, was den amerikanischen Verfassungsvätern vorschwebte. Daneben ging es ihnen auch um ein neues Verständnis der Idee der demokratischen Repräsentation, die ja hinter dem Gedanken der Volkssouveränität stand.

Wir haben bereits gesehen, daß die Idee der Repräsentation in den Demokratietheorien Kontinentaleuropas eine wesentliche Rolle spielte: Sie sollte sicherstellen, daß die Stimme des souveränen Volkes, die durch das Medium ihrer Vertreter in der Legislative sprach, auch authentisch war. Die Legitimität einer demokratischen Regierung – und die Garantie, daß sie den Interessen des Volkes nicht schaden würde – lag darin, buchstäblich die Regierung »des Volkes« zu sein: Die Repräsentanten waren das Sprachrohr des Souveräns, und ihr Wille mußte deshalb mit dem ihres Vollmachtgebers übereinstimmen. Im Laufe der Zeit wurden die meisten Formen »virtueller« Repräsentation von den Theoretikern der Demokratie verworfen und demokratische Repräsentation auf den Gedanken verdichtet, daß Wahlen den einzigen Weg darstellen, auf dem legitimierte Versammlungen aus dem Volk »hervorgehen«. Diese Auffassung von Wahlen hielt sich trotz der prinzipiellen Ablehnung der unbeschränkten Souveränität. Auch im Zeitalter einer »nicht-demokratischen« Kontrolle der Macht der Legislative, wie sie etwa das richterliche Prüfungsrecht darstellt, begründen Volkswahlen in den Augen vieler immer noch die beste Form von Legitimation. Darauf beruht auch die gängige Verteidigung der Suprematie gewählter Parlamente gegenüber anderen Regierungsorganen und die Auffassung der Gesetzgebung als Ausdruck des Volkswillens. In diesem Zusammenhang wird die Legislative gerne als Mikrokosmos der Nation gesehen, als ein Ort, an dem alle relevanten Teilinteressen re-präsentiert sind, d.h. am deutlichsten artikuliert und in destillierter Form rekonstituiert werden.

Stellen wir dem nun gegenüber, was Madison als die wesentlichen Merkmale der amerikanischen Verfassung ansieht. »Der wahre Unterschied«, sagt er, »zwischen [den antiken Republiken] und den Verfassungen der amerikanischen Staaten besteht also darin, daß die letzteren das Volk in seiner Eigenschaft als Kollektiv von jedem Anteil an der Regierung ausschließen (...)«.[12] Man könnte das nun so verstehen, als spreche Madison nur davon, daß moderne Staaten schon wegen ihrer geographischen Ausdehnung es dem Volk nicht gestatten, an der Regierung direkt teilzunehmen, daß die Repräsentation mithin die einzige Lösung sei. Aber Madison beeilt sich hinzuzufügen, daß der Ausschluß einer direkten Teilnahme keineswegs als Unzulänglichkeit zu verstehen sei, denn man müsse zugeben, »daß ein Vergleich (...) sehr zum Vorteil der Vereinigten Staaten ausfällt«.[13] Der Grund, weshalb die Repräsentation einer direkten Partizipation vorzuziehen sei, liegt, wie sich herausstellt, darin, daß eine unmittelbare Überführung des Volkswillens in Gesetze in keiner Weise erstrebenswert ist.

Madison führt mehrere Gründe an, weshalb es nicht ratsam sei, den Wünschen des Volkes unmittelbar Rechtswirksamkeit zu verleihen, wobei

sich die meisten auf die altbekannte Auffassung beziehen, daß das Volk zu unüberlegten Handlungen fähig sei und »gegen seine eigenen Irrtümer und Selbsttäuschungen«[14] geschützt werden müsse. Diese Überlegungen waren den meisten Demokratietheoretikern natürlich nicht unbekannt, und man hat Vorkehrungen getroffen, um den »wahren« Willen des Volkes gegen momentane Verirrungen zu schützen. Worin sich Madison nun aber von den europäischen Befürwortern der Volkssouveränität unterschied, war die Überzeugung, daß, wenn das Volk zwangsläufig fehlbar war, die Verbindung zwischen ihm und seinen Repräsentanten nicht zu etwas erhoben werden sollte, das den Repräsentanten Unfehlbarkeit verleiht. »Die Abhängigkeit vom Volk ist zweifellos das beste Mittel, um die Regierung im Zaum zu halten. Aber die Menschheit hat aus Erfahrung gelernt, daß zusätzliche Vorsichtsmaßregeln notwendig sind.«[15] Die wichtigste Lektion ist, daß keine Institution bevorrechtigten Zugang zum Herzen des *demos* haben und damit das Volk im emphatischen Sinne »re-präsentieren« kann. Im Gegenteil, den Repräsentanten des Volkes darf man niemals ganz vertrauen; man muß sich darüber klar sein, daß sie ihre eigenen Interessen und Ziele verfolgen und der »Verrat« des öffentlichen Interesses systembedingt in jeder Beamtenkörperschaft tendenziell angelegt ist.[16] Es kann daher nicht darum gehen, ein Organ zu konstruieren, das den souveränen Volkswillen ausdrückt. Vielmehr gilt es, eine Regierungsform zu entwerfen, die auf die *carte blanche* der Souveränität verzichtet. Es geht darum, daß die Regierung bestimmte vorhersagbare Aufgaben erfüllt und einen selbstbeschränkenden Mechanismus enthält (wie Gewaltenteilung, Föderalismus etc.), der verhindert, daß sie über ihre begrenzten Aufgaben hinausgreift.

Was bleibt dann aber vom Gedanken der Repräsentation als dem wichtigsten Instrument demokratischer Legitimation übrig? Wie andere Demokratietheoretiker auch, hielt Madison am Konzept der Volkswahl fest, ohne die, wie er glaubte, alle Regierungen in Tyrannei enden würden. Die Wahl durch das Volk ist eine unverzichtbare Negativkontrolle der Machthaber, die sich um die Gunst des Volkes bemühen müssen und abgesetzt werden, wenn das Volk mit ihren Leistungen nicht mehr zufrieden ist. Weit weniger zuversichtlich war Madison aber in Hinblick auf die positive Rolle von Wahlen, auf die seine Kollegen in Europa so großes Gewicht legten. Die Regierenden sind niemals »eins« mit dem Volk, wie sorgfältig sie auch immer ausgewählt sein mögen, um die Interessen ihrer Wähler zu vertreten. Das liegt nun aber weniger daran, daß Macht korrupt macht (was sie tut), als daran, daß gutes Regieren, zumindest in normalen Zeiten, nicht auf der Rechtschaffenheit der Repräsentanten gründen kann. Rechtschaffenheit ist etwas sehr Seltenes, das oft nur unter außergewöhnlichen Umständen hervortritt; im Alltag muß die Politik davon ausgehen, daß die, die an

der Macht sind, in ihrem eigenen Interesse handeln, und genau deshalb, weil sie Macht haben, decken sich ihre Interessen nicht mit den Interessen jener, die keine Macht haben.[17] Die Regierenden werden daher immer ihre eigene Tagesordnung haben und keine Salbung durch das Volk wird aus ihnen jemals nur ein Medium machen, durch welches die Stimme des Volkes zu vernehmen wäre. Man sollte der Macht niemals deshalb weniger mißtrauen, weil sie sich von einem Mandat des Volkes ableitet. Wahlen statten die Repräsentanten nicht mit einem mystischen Schleier der Legitimität aus, sondern machen sie einfach nur rechenschaftspflichtig für das, was sie tun.

Madisons liberale Entzauberung des Repräsentationskonzepts ist in der modernen politischen Theorie nicht unbeachtet geblieben, besonders seit Kenneth Arrow das alte Condorcet-Paradox der Mehrheitswahl generalisiert und auf schwerwiegende theoretische Probleme hingewiesen hat, die im Konzept der positiven Repräsentation angelegt sind. Arrow zeigte auf, daß, wenn Menschen nur stark genug divergierende Interessen und Prioritäten haben (wie es in der vielschichtigen modernen Gesellschaft wahrscheinlich der Fall ist), es unmöglich ist, diese Prioritäten konsequent in eine Gesellschaftspolitik umzusetzen, von der man sagen könnte, sie würde sie alle »ausdrücken«.[18] Bei jedem Versuch einer solchen Aggregation wird der politische Prozeß immer strategischer Manipulation ausgesetzt sein. Die von Arrow beschriebenen Probleme lassen sich nur vermeiden, wenn die Palette in Frage kommender politischer Alternativen eingeengt wird – was man von politischen Parteien erwartet –, und diese Einengung schließt von vornherein jede positive Identifizierung politischer oder legislativer Tagesordnungen mit den Wünschen der Wählerschaft aus. Statt dessen bieten die Parteien ihre politischen Programme als ihre eigenen konkurrierenden Alternativen an, und die Wähler votieren dann für jene Option, die ihren Interessen am wenigsten zuwiderläuft, und nicht so sehr für die, von der sie vielleicht das Gefühl haben, sie sei wirklich Ausdruck ihrer Prioritäten.

Dieses modifizierte Repräsentationsverständnis sollten heutige Politiker und Autoren von Verfassungen meines Erachtens sehr ernst nehmen. Es würde einen sachlicheren Blick darauf erlauben, was Politik im Leben einer Nation bedeuten kann, und eine realistischere Einschätzung der Erwartungen zulassen, die man an die Legislative eines Landes stellen kann (und dessen, was die Legislative realistischerweise in Hinblick auf die Legitimation ihrer Macht beanspruchen kann). Der Vorstellung vom Parlament als Mikrokosmos der Nation würde der Nimbus genommen, ebenso wohl den meisten Argumenten, die dem Ruf nach proportionaler Repräsentation zugrundeliegen. Statt dessen würde die Funktion von Parlamenten in der politischen Machtkonstellation pragmatischer gesehen wer-

den und ihre Rolle in der Gesetzgebungspraxis wahrscheinlich etwas zurechtgestutzt, dafür aber ihre Funktion als öffentliches Diskussionsforum der Regierungspolitik und als Kontrollorgan des Machtmißbrauchs durch die Exekutive gestärkt werden. In der Tat könnte der politische Diskurs in Osteuropa ganz anders aussehen, wenn sich Madisons Repräsentationsverständnis auf breiterer Ebene durchsetzte. Gegenwärtig scheint die Öffentlichkeit in Osteuropa hin- und herzuschwanken zwischen einer expansiven, unrealistischen und einigermaßen naiven Sicht des Staates als Verkörperung des nationalen Willens (wobei der Staat noch für die kleinsten Details des Zusammenlebens verantwortlich ist) und der zynischen und entfremdeten Haltung jener, die sich von den korrupten und selbstsüchtigen Politikern stets »betrogen« fühlen. Irgendwo dazwischen gibt es vielleicht eine Haltung, die weniger Enttäuschungen und mehr politische Stabilität bieten würde. Ein Schuß amerikanischen liberalen Pragmatismus' könnte viel dazu beitragen.

Aus dem Amerikanischen von Waltraud Kolb

Anmerkungen

1 Eine synthetische Darstellung der Übernahme amerikanischer verfassungsrechtlicher Institutionen findet sich in meinem Beitrag: Influence of the United States Constitution Abroad in the Eyes of Scholarly Literature, in: Henkin und Rosenthal (Hg.), Constitutionalism and Rights, New York 1989.

2 Zur Diskussion des Einflusses der amerikanischen Verfassung auf die Verfassungsgebung in Frankreich 1948 vgl. E.N. Curtis, The French Assembly of 1948 and American Constitutional Doctrins (Dissertation, Columbia University 1987); J.P. Mayer (Hg.), The Recollections of A. de Tocqueville, London 1988.

3 Vgl. P.H. Lane, The Australian Federal System with United States Analogues, Sydney 1972; P.E. Nygh, An Analysis of Judicial Approaches to the Interpretation of the Commerce Clause in Australia and the United States, in: *Sydney Law Review*, 5 (1967), S. 353. Ein Resümee der Diskussion und eine Liste weiterer Quellen finden sich in meinem Beitrag »Influence ...« (vgl. Anm. 1).

4 Das richterliche Prüfungsrecht war in Europa Anathema, so sehr, daß es nach der Französischen Revolution als Verbrechen eingestuft wurde (Gesetz vom 16.-24. August 1790, Art. 10, 11; Verfassung von 1791, Titel III, Kap. 5, Art. 3; Code Pénal, Art. 127 (1810)). Die Erfahrung, die Frankreich mit den damals als Gerichtshöfe fungierenden *parlements* im Ancien régime gemacht hatte, war in diesem Zusammenhang zwar wichtiger als jeder amerikanische Einfluß, dennoch ist die Bedeutung dieser Ablehnung nicht unwesentlich, vor allem auch angesichts ihrer nachhaltigen Wirkung und der üblichen Begründung mit Verweis auf die Souveränität. Siehe G. Dietze, America and Europe: Decline and Emergence of Judicial Review, in: *Virginia Law Review* 44, S. 1233, S. 1248 ff. Die Ablehnung war bis vor kurzem noch sehr lebhaft. Vgl. E. Lambert, Le gouvernement des juges et la lutte contre la législation sociale aux États-Unis, Paris 1991.

5 Allgemein dazu vgl. M. Cappelletti, Judicial Review in the Contemporary World, Indianapolis 1971; H. Mosler, Constitutional Review in the World Today, Köln 1962. Den amerikanischen Einfluß behandelt D. Kommers, Judicial Review: It's Influence Abroad, in: R.L. Park (Hg.), The American Revolution Abroad (The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 1976).

6 Jean Bodin, Sechs Bücher über den Staat, 2 Bde., München 1981-1986, Bd. 1, Kap. 8.

7 Ebd., S. 205.
8 W. Blackstone, Commentaries on the Laws of England, Introduction, Section I.
9 Eine interessante Darstellung, wie das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen, während der Französischen Revolution immer mehr auf eine kleine Gruppe (selbsternannter) Vertreter eingeengt wurde, findet sich in J.L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln und Opladen 1961.
10 Vgl. Bodin, Sechs Bücher, a.a.O., Kap. 8. Thomas Hobbes, Leviathan, Hamburg 1967. Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag oder Die Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1964, Kap. 7.
11 Die Möglichkeit, daß Menschen Fehler machen oder unüberlegte Entscheidungen treffen können, gestanden die Befürworter der Volkssouveränität natürlich zu (siehe z.B. Rousseau), doch hielt man es nicht für möglich, daß der Souverän systematisch dem öffentlichen Interesse schaden konnte.
12 Alexander Hamilton, James Madison und John Jay, Der Föderalist, Hg. Felix Ermacora, Wien 1958, Nr. 63, S. 357.
13 Ebd.
14 Ebd., S. 384. Zum Mißtrauen gegenüber Appellen an die *vox populi* siehe auch Der Föderalist Nr. 49.
15 Der Föderalist Nr. 51, S. 297.
16 Der Föderalist Nr. 63, S. 356.
17 Zum Begriff einer »economy of virtue« vgl. B.A. Ackerman, We The People, Cambridge, Mass. 1991, Bd. 1, Kap. 1.
18 K. Arrow, Social Choice and Individual Values, New York 1963 (2. Aufl.).

Svetozar Pejovich

DER MARKT DER INSTITUTIONEN
Osteuropa zwischen Nationalismus und Liberalismus

Das Jahr 1989 markiert den Sieg der realen Errungenschaften des Kapitalismus über den Sozialismus. Nach jahrzehntelangen Experimenten an lebenden Menschen starb er eines schmählichen Todes. Und auch Marx ist nun hoffentlich ein für allemal unter der Erde.

Die neuen Regierungen in Osteuropa waren indes weder willens noch in der Lage, mit allen Institutionen und Vermächtnissen des Sozialismus kurzen Prozeß zu machen. Sie hätten damit den Zusammenbruch der gesamten Gesellschaft heraufbeschworen. In ihren Augen waren vielmehr zwei Fragen entscheidend: 1. Welche neuen Institutionen sollten sie auswählen, und 2. in welchem Zeitraum sollten sie die alten Spielregeln durch neue ersetzen? Ein Blick auf die politische Praxis zeigt, daß die osteuropäischen Länder sich diesen Fragen auf ganz unterschiedliche Weise genähert haben. Wem dabei das Tempo des Übergangs zum Kapitalismus in Osteuropa zu langsam erscheint, den müssen wir daran erinnern, daß dieser Übergang auch im Westen noch nicht abgeschlossen ist.

In der Tat hat das Ende totalitärer Herrschaft in Osteuropa eine breite Schneise zur Freiheit geschlagen, die in vielfältiger Weise dazu verlockt, Umwege zu machen. Deren Verlauf ist zum einen bestimmt durch die Vorstellungen und Wahrnehmungen, welche die Osteuropäer von der westlichen Welt haben, zum anderen von dem, was sie den Vorstellungen westlicher Wissenschaftler zufolge am besten tun sollten. Tatsächlich war der Übergangsprozeß im Osten für die westlichen *»social engineers«* ein Geschenk des Himmels. In den letzten Jahren haben sie die Märkte für ökonomische und politische Ideen mit Modellen, Vorschlägen und Plänen zur Entwicklung neuer institutioneller Ordnungen in Osteuropa überschwemmt. Die meisten dieser Modelle kranken allerdings daran, daß sie nicht im Zuge einer spontanen Entwicklung, sondern nur durch ein *»fiat«* zu verwirklichen sind.

Gemeinschaftsethos oder Selbstverantwortung

Bevor wir näher auf das Dilemma einer Implementierung der Freiheit von oben eingehen, möchte ich einen beunruhigenden Typus von Umwegen

untersuchen, welcher heute in vielen postsozialistischen Ländern zu beobachten ist: Ich meine die Wiederkehr des Nationalismus nach 1989.

Der postsozialistische Nationalismus in Osteuropa hat drei wesentliche Ursachen: die Instabilität der Institutionen, das kulturelle Erbe und die Nomenklatura. Diese Faktoren üben auf die Übergangspfade von der alten zur neuen Ordnung einen nachhaltigen Einfluß aus.

Institutionelle Instabilität

Mit dem Ende der sozialistischen Herrschaft in Osteuropa wurden institutionelle Ordnungen destabilisiert, die annähernd fünf Jahrzehnte bestanden hatten. Was wir als den Wandel ehemaliger sozialistischer Staaten bezeichnen, ist letzten Endes deren Suche nach neuen Institutionen.

Institutionen werden im allgemeinen definiert als die rechtlichen, administrativen und habituellen Ordnungen für menschliche Interaktion – oder, was auf dasselbe hinausläuft, als Spielregeln. Sie verschaffen den Mitgliedern der Gemeinschaft bestimmte Vorteile und erlegen ihnen bestimmte Kosten auf. Für den einzelnen erzeugen solche Regeln einen beständigen *Nutzen*: die Vorhersagbarkeit des Verhaltens der anderen. Die *Kosten* bestehen in entgangener Befriedigung aus Handlungen, deren Vollzug durch die Spielregeln ausgeschlossen ist. Die Beständigkeit des Nutzens, die sich aus einem System von Regeln ergibt, hängt von deren Stabilität ab. Im Laufe der Zeit lernen die Menschen, sich der bestehenden institutionellen Ordnung anzupassen, Marktchancen zu erkennen und die für sie erfolgversprechendsten zu nutzen.

Die meisten menschlichen Interaktionen beruhen auf Wertentscheidungen mit Konsequenzen für die Zukunft (z.B. der Kauf eines Wagens, eine Eheschließung, der Beitritt zu einer Religionsgemeinschaft, sogar das Einnehmen einer Mahlzeit in einem Restaurant). Unter Bedingungen der Unsicherheit und unvollständiger Informationen muß sich die Beurteilung der zu erwartenden, zukünftigen Konsequenzen einer jetzt von einem einzelnen getroffenen Entscheidung innerhalb eines großen Fehlerspielraums bewegen. Dennoch müssen wir solche Entscheidungen jeden Tag treffen. Ein stabiles System von Regeln verringert die Unsicherheiten, die in alle Entscheidungen eingehen, vor allem aber in solche, die langfristige Auswirkungen haben. So investieren beispielsweise Südamerikaner ihr Kapital trotz niedrigerer Erträge lieber in den Vereinigten Staaten als in ihrer eigenen Heimat, obwohl die Erträge hier höher sind; oder ein kroatischer Gastarbeiter in der Schweiz läßt sein Geld lieber auf einem Schweizer Bankkonto, auch wenn es dort keine Zinsen bringt, als auf eine zweistellige Verzinsung zu setzen, die ihm von einer Bank in Kroatien versprochen wird.

Häufige Änderungen der Spielregeln oder die Erwartung solcher Änderungen verringern den Zeitraum in der Zukunft, den die Individuen bei ihren Entscheidungen in Betracht ziehen. Folglich sind die vorteilhaftesten Regeln solche, die sich innerhalb des Systems spontan herausbilden und einspielen.

Das sozialistische System in Osteuropa hat den Rechtsstaat durch den Willen der herrschenden Elite ersetzt und das Vertrauen des Volkes in die Mechanismen staatlicher Sanktion schwer erschüttert. In den ersten Jahren nach dem Sturz der alten Regime wurden die sozialistischen Institutionen destabilisiert. Zwar wurden nur wenige unverzüglich aufgegeben, doch stand außer Frage, daß man auf die Dauer nicht an ihnen würde festhalten können. Der Theorie nach verringert sich bei einer ernsten Infragestellung der Spielregeln der Austausch zwischen den Individuen, und genau das ist in der Praxis eingetreten.

Angesichts des mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung entstandenen institutionellen Vakuums benötigten die Osteuropäer ein stabiles Regelsystem, um die Interaktion untereinander und mit der übrigen Welt aufrechtzuerhalten. In den Vielvölkerstaaten griffen die unterschiedlichen Gruppen zunehmend auf ihre traditionellen, vorkommunistischen Verhaltensnormen zurück, auf das alte Ethos, das sie durch gemeinsame Werte und Traditionen, Kultur und Sprache und durch ihre historische Erfahrung miteinander verbindet. Die Berechenbarkeit des Verhaltens, das sich aus diesen Regeln speist, beschränkt sich von daher in Osteuropa in der Regel auf ethnische Gruppen. Die Interaktion zwischen ihren Mitgliedern unterliegt bestimmten Verhaltensregeln, die bei einem Austausch zwischen Mitgliedern unterschiedlicher ethnischer Gruppen nicht notwendig ebenfalls gelten. Oft kommen die ungeschlichteten Fehden der Vergangenheit wieder ins Spiel.

Das kulturelle Erbe

In die geistige Tradition Osteuropas haben westeuropäische Ideen wie der klassische Liberalismus und der methodologische Individualismus kaum Eingang gefunden.[1] Das für Osteuropa typische Ethos ist vielmehr stark durch die Idee der Gemeinschaft geprägt. Diese entspricht nicht der klassisch-liberalen Vorstellung, derzufolge Individuen sich in der Verfolgung ihrer privaten Ziele aus freiem Willen einer Gemeinschaft anschließen und sie auch wieder verlassen können. Die Gemeinschaft wird hier vielmehr als ein organisches Ganzes aufgefaßt, dem im Idealfall die einzelnen Individuen ihre privaten Ziele unterordnen und innerhalb dessen alle zusammenwirken, um gemeinsame Ziele zu verfolgen. Die Gemeinschaften Osteuropas haben ihre Sitten und Wertvorstellungen innerhalb der einzelnen Eth-

nien entwickelt. Das hat das gegenseitige Verständnis *innerhalb* der einzelnen ethnischen Gruppen erhöht, allerdings um den Preis einer verminderten Fähigkeit, auch *zwischen* ihnen einen Ausgleich herzustellen. Die Serben in Kroatien, die Albanier in Serbien, die Türken in Bulgarien und die Ungarn in Rumänien sind Beispiele für diese spontan entstandene kulturelle Autonomie.

Diese Tradition hat eine mehr als vier (in der ehemaligen Sowjetunion sogar sieben) Jahrzehnte anhaltende kommunistische Herrschaft überdauert. Mit seiner Betonung der ethnischen Zugehörigkeit, der Großfamilie (Clan) und der gemeinsamen Werte war das alte Ethos ein starkes Bollwerk, in dem die Menschen Zuflucht suchen und lernen konnten, sich mit den kommunistischen Institutionen zu arrangieren, ohne sie je zu akzeptieren. Die kommunistische Herrschaft hatte allerdings eine unbeabsichtigte Auswirkung auf die Mentalität der Osteuropäer. Sie trug dazu bei, das alte Gemeinschaftsethos zu stärken, auf das heute ein Großteil der militärischen, sozialen und politischen Konflikte in diesen Vielvölkerstaaten zurückgeht. Obwohl das kommunistische Ideal des »neuen sozialistischen Menschen« bereits lange vor dem Ende des Systems untergegangen war, müssen die Osteuropäer sich erst noch zu der Erkenntnis durchringen, daß es in allen sozialen Systemen der einzelne ist, der Entscheidungen trifft und Verantwortung übernimmmt, und daß das Individuum schon immer sein Eigeninteresse verfolgt hat und verfolgen wird.

Angesichts ihrer Geschichte und Kultur ist es nicht verwunderlich, daß sich viele Osteuropäer über die kapitalistischen Institutionen und deren Auswirkungen auf die Lebensqualität nicht im klaren sind. In ihrem Denken wurde Kapitalismus mit einem Lebensstil gleichgesetzt, der ein schier unerschöpfliches Angebot an Waren mit einem entsprechend hohen Einkommen für deren Erwerb vereint. Die Vorteile des Kapitalismus würden, so dachte man 1989, irgendwie zu den Errungenschaften des sozialistischen Wohlfahrtsstaates hinzukommen. Nach einem halben Jahrhundert marxistischer Indoktrination waren die Osteuropäer nicht in der Lage, im Kapitalismus eine *Lebensform* zu sehen, die auf vier Eckpfeilern gründet: 1. auf der verfassungsmäßig garantierten Freiheit des einzelnen, 2. auf dem Recht auf Privateigentum und Vertragsfreiheit, 3. auf der Tauschgesellschaft, in der jedes Individuum die Folgen seiner Entscheidungen selbst trägt, und 4. auf den Verhaltensgrundsätzen des Eigeninteresses, der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung.

Das Ethos Osteuropas, seine geistige Tradition und die Vorstellung, die sich die Menschen vom Kapitalismus machen, erklären, warum auf der Suche nach neuen Institutionen »Fairneß« und »Gerechtigkeit« (im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit) stärker betont werden als jene Werte, die eher einer Gesellschaft mit freier Marktwirtschaft entsprechen. Eigentlich

müßte es im Interesse der Menschen dort liegen, Institutionen zu schaffen, die Leistung belohnen, die Entwicklung individueller Freiheiten fördern und die Verbindlichkeit von Abmachungen garantieren. Fairneß und Gerechtigkeit sind bestenfalls vage Vorstellungen, deren Propagierung sozialen Institutionen wohl ansteht. Ihre Verwirklichung bedarf eines starken Staates. Eine solche, von oben hergestellte und garantierte Umverteilung des Reichtums macht die angestrebten Ziele von Fairneß und Gerechtigkeit allerdings anfällig für Spannungen und Konflikte entlang ethnischer Bruchlinien.

Im Gegensatz dazu erwartet man von der Regierung in einer Gesellschaft mit freier Marktwirtschaft und der Institution des Privateigentums, daß sie sich auf eine passive Rolle beschränkt und lediglich für die Einhaltung der Spielregeln sorgt. Die Spielregeln im Kapitalismus wurden entwickelt, um den Individuen einen bestimmten Freiheitsspielraum zu gewährleisten, damit sie ihre eigenen Ziele verfolgen, ihre eigenen Entscheidungen treffen und die Konsequenzen dieser Entscheidungen tragen können. Ob ich gern Discomusik höre, ins Fußballstadion gehe oder lieber Mutter Teresa nacheifern möchte, das System gibt mir die Möglichkeit, meinen Interessen nachzugehen. Aus diesen unterschiedlichen Motivationen leiten sich Muster des Sozialverhaltens ab: Von ihrem Eigeninteresse getrieben, suchen die Individuen tüchtige Partner, belohnen Fleiß und Leistung und machen ihre Geschäfte bevorzugt mit Leuten, die ihre Zusagen einhalten. So liegt beispielsweise in den USA das Durchschnittseinkommen von Familien asiatischer Einwanderer, deren Kultur von einer starken Arbeitsethik geprägt ist, höher als das von Familien weißer Amerikaner. Weite Teile Ostasiens haben von der Förderung kapitalistischer Verhaltensweisen profitiert, während die Wirtschaft zahlreicher afrikanischer Länder stagniert, weil dort das Arbeitsethos völlig anders geartet ist.

Die kapitalistische Gesellschaft – eine Gesellschaft freier und eigenverantwortlicher Individuen also – würde die ethnischen Feindseligkeiten in den Vielvölkerstaaten Osteuropas zum Schweigen bringen, indem sie den Menschen Anreize böte, wirtschaftliche Marktchancen über ethnische Grenzen hinweg zu suchen. Von ihren persönlichen Interessen angetrieben, würden die Menschen früher oder später lernen, andere nach ihrer Leistung und ihren Verdiensten statt nach ihrer ethnischen Herkunft zu beurteilen.

Die regionale Nomenklatura

Der Übergang zu einer kapitalistischen Gesellschaft befreit die Individuen von der Herrschaft der Eliten. Angesichts dessen haben viele ehemalige kommunistische Führer erkannt, daß die Erzeugung der Vorstellung einer

äußeren Bedrohung ihnen am ehesten die Chance bieten würde, an der Macht zu bleiben, und haben sich so in kürzester Zeit in glühende Nationalisten verwandelt. Das war für sie ein Leichtes, da Nationalismus und Kommunismus zwei Dinge gemeinsam haben: eine kollektivistische Weltanschauung und die Rekrutierung politischer Führer auf der Basis von Gruppenloyalität statt von Verdiensten. In den Vielvölkerstaaten Osteuropas sind denn auch die meisten Führer ehemalige Kommunisten. Milosevic in Serbien, Tudjman in Kroatien, Meciar in der Slowakischen Republik, Krawtschuk in der Ukraine und Jelzin in Rußland sind nur die markantesten Beispiele.

Die Bekehrung vieler ehemaliger »Internationalisten« zu Nationalisten hatte zwei wichtige Auswirkungen auf die Übergangspfade aus der alten in die neue Ordnung. Erstens hat die Austragung ethnischer Konflikte zwangsläufig wirtschaftliche Verluste zur Folge. Zweitens hat das bewußte Heraufbeschwören angeblicher Bedrohungen von außen die Entfaltung individueller Freiheit und Verantwortung behindert. Man braucht sich hierzu nur den unterschiedlichen Gang der Entwicklung in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik anzusehen.

Big Bang oder allmählicher Wandel

Das Grundprinzip einer freien Gesellschaft besteht darin, die Menschen ihre eigenen Entscheidungen treffen zu lassen. Doch der Sturz des Kommunismus hat im Westen eine Unmenge von wissenschaftlichen Untersuchungen darüber provoziert, was jetzt im ehemaligen Ostblock getan werden müsse. Selbst Befürworter der freien Marktwirtschaft haben den neuen Führungen geraten, sich der starken Hand des Staates zu bedienen – jener Methode institutioneller Veränderungen also, die sie im eigenen Land konsequent ablehnen –, um freie Marktwirtschaften zu errichten.

Das eigentliche Problem besteht darin, daß wir kaum etwas darüber wissen, was die Bevölkerung Osteuropas selbst will. Politische Parteien, die eine freie marktwirtschaftliche Ordnung einführen wollen, haben in einigen Ländern mehr Wähler angezogen als in anderen, doch insgesamt ist ihre Stärke nicht sehr ermutigend. Es spricht auch wenig dafür, daß die Mehrheit der Menschen in Osteuropa in der Lage wäre, die Konsequenzen unterschiedlicher institutioneller Ordnungen zu beurteilen.[2] Heute werden dort neue Institutionen von oben eingeführt, und Richtung und Tempo der institutionellen Veränderungen werden weitgehend von den bürokratischen Apparaten bestimmt.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, aus dem erfolgreichen Versuch der Völker Osteuropas, die Kommunisten aus ihren Machtpositionen zu verdrängen, auf ihre Vorliebe für eine freie Marktwirtschaft zu schließen. Vier

Jahrzehnte Sozialismus, das alte Ethos und das geistige Erbe der Region fördern Nationalismus, hierarchisches und versorgungsstaatliches Denken. Doch ein »Instant-Kapitalismus« ist keine Alternative. Wie ein gutes Medikament, das einem Kranken das Leben retten oder ihn töten kann, so können auch wirtschaftliche Reformen mehr schaden als nützen, wenn sie übereilt eingeführt werden. Die Aufhebung von Preiskontrollen und die Privatisierung staatlicher Industrien sind zwei Beispiele hierfür.

In Rußland beschloß die Regierung im Januar 1992 eine umfassende Freigabe der Preise und hob für 80 Prozent der Großhandels- und 90 Prozent der Einzelhandelswaren die Preisbindung auf. Im allgemeinen erfüllen Preise zwei Funktionen. Kurzfristig verteilen sie die verfügbaren Güter und Dienstleistungen dorthin, wo sie den höchsten Nutzen erzielen. Langfristig erzeugen die Preise einen Güterstrom, der mit den Verbraucherpräferenzen übereinstimmt. Eine Freigabe der Preise in Osteuropa zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde die zweite Funktion nicht erfüllen. Hierzu müßten die Regierungen der einzelnen Länder 1. allen potentiellen Produzenten freien Zugang zum Markt gewähren, 2. für diejenigen, die über die Nutzung der Ressourcen bestimmen, Anreize schaffen, auf die Präferenzen der Verbraucher zu reagieren, und 3. Anreize schaffen, um den Wert von Ressourcen bei alternativer Nutzung herauszufinden. Kurz, sie müßten lediglich das Recht auf Privateigentum und Vertragsfreiheit garantieren.

Eine Privatisierung staatlicher Betriebe wird eher verhindern, daß die Bevölkerung die Vorteile und Grundprinzipien einer freien Wirtschaft kennen und schätzen lernt.[3] Die meisten Fabriken in Osteuropa wurden ohne Rücksicht auf Kosten und Preise errichtet. Ihre technischen Anlagen sind veraltet, und die Managementfähigkeiten, die unter dem Sozialismus etwas galten, bieten in einer freien Marktwirtschaft keine Vorteile. Diese Betriebe dürften sich im freien Wettbewerb auf die Dauer wohl kaum behaupten. Wenn es dann zu Stillegungen und Bankrotten kommt, werden die Osteuropäer dies wohl kaum der jahrzehntelangen Mißwirtschaft der Kommunisten zuschreiben, sondern die Schlußfolgerung ziehen, daß die freie Marktwirtschaft genau so wenig funktioniert wie die alte Zwangswirtschaft.

Es erscheint mir wichtig, auf zwei grundsätzliche Mißverständnisse im Hinblick auf den Übergangsprozeß in Osteuropa hinzuweisen. Das erste besteht im Osten und betrifft das unter der Mehrheit der Bevölkerung verbreitete Bild vom Kapitalismus. Wenn sie ihre Enttäuschung über den Kapitalismus in Worte fassen, enthüllen die Osteuropäer lediglich ihre Wahrnehmung des Systems. Sie brauchen Zeit, um zu erkennen, daß es im Kapitalismus nicht darum geht, reich zu werden, sondern um individuelle Freiheit, Selbstverantwortung, wobei gleichzeitig der Staat die Aufgabe

hat, die Spielregeln festzulegen und ihre Einhaltung zu garantieren. Das zweite Mißverständnis besteht im Westen und betrifft die Einstellung vieler marktwirtschaftlich orientierter Intellektueller zum Übergang in Osteuropa. Offenbar übersehen sie die wichtige Rolle der Geschichte in der Region. Westliche Ökonomen vor allem der neoklassischen Schule sind es gewohnt, sich Anpassungen an neue Gleichgewichtszustände als kurzfristige Prozesse vorzustellen. Deshalb übersehen sie leicht die Rolle der Geschichte und traditioneller Werte, die in die Reaktionen der Menschen auf ihre sozialen Probleme einfließen. Es könnte sich sehr bald als verhängnisvoll für die Sache der Freiheit in Osteuropa erweisen, wenn dort der Kapitalismus durch ein *»fiat«* aufgezwungen würde.

Das niedrige Tempo des Übergangs zum Kapitalismus in Osteuropa läßt sich nicht allein mit dem Widerstand sozialistischer Institutionen und der Altkommunisten innerhalb der Bürokratie erklären. Das Haupthindernis ist meiner Meinung nach die »Macht der Vergangenheit«. Altkommunisten und Bürokraten machen sich lediglich das traditionelle Ethos zunutze, das sich nicht mit der Tauschkultur des Kapitalismus und seiner Betonung der individuellen Freiheit verträgt. Doch dieser Faktor bleibt von den westlichen »Experten« unberücksichtigt. So hat sich beispielsweise Jeffrey Sachs von der Harvard University einer Reihe von Ländern Osteuropas und der dritten Welt als Übergangsexperte angeboten. Seine Übergangsmodelle, deren wirtschaftstheoretische Grundlage nicht angezweifelt werden soll, berücksichtigen jedoch nicht die kulturellen und historischen Besonderheiten der einzelnen von ihm beratenen Länder und ethnischen Gruppen. Der von Sachs und anderen westlichen Ökonomen vorgeschlagene *»Big Bang«* sieht institutionelle Änderungen vor, die in bezug auf das soziale System exogen sind.[4] Damit stellt sich die schwierige Aufgabe, daß Überzeugungen und Verhaltensweisen überwunden werden müssen, die fest im Gemeinschaftsleben der osteuropäischen Länder verankert sind, mit Konsequenzen, auf die keines der existierenden ökonomischen Modelle vorbereitet ist.

Ein alternativer Zugang zum Problem des Übergangs zum Kapitalismus in Osteuropa besteht darin, bei der Festlegung von Richtung und Tempo des Wandels die Präferenzen der Wähler einzubeziehen und darauf zu hoffen, daß die kapitalistischen Institutionen aufgrund ihrer Effizienz im Wettbewerb Unterstützung finden werden. Die osteuropäischen Regierungen sollten nicht versuchen, den Kapitalismus von oben einzuführen, sondern den Rahmen für einen Markt zu schaffen, auf dem Institutionen miteinander konkurrieren. Hierzu wären folgende staatliche Garantien erforderlich: 1. gesetzlicher Schutz für alle Eigentumsrechte, 2. steuerliche Gleichbehandlung aller Einkommensquellen, 3. effiziente Finanzmärkte, 4. freier Zugang zu allen Märkten und 5. freier Zugang zu ausländischen

Waren und Kapital. Die Regierungen müßten – diesmal allerdings von oben – einen gesetzlichen Rahmen bereitstellen, der es der Bevölkerung ermöglicht, zwischen verschiedenen institutionellen Ordnungen – sogar einschließlich sozialistischer Modelle – eine Wahl zu treffen. Die bestehenden Unternehmen aus kommunistischer Zeit müßten dann mit den neu entstehenden genossenschaftlichen, privaten oder sonstigen Formen von freiwillig gebildeten Unternehmen konkurrieren.[5]

Die Punkte 1. bis 5. sind eine normative Alternative zu dem, was gegenwärtig in den meisten osteuropäischen Staaten vor sich geht – ausgenommen vielleicht in Ungarn, wo spontane Änderungen anscheinend eine größere Rolle spielen als in den übrigen Ländern. Die Schaffung eines solchen Rahmens und erst recht seine Durchsetzung ist vermutlich mit Schwierigkeiten verbunden, doch das ist noch kein Grund, es gar nicht erst zu versuchen. Vor allem wird es für die osteuropäischen Regierungen schwierig sein, glaubhafte Verfassungsgarantien unter Verhältnissen zu geben, in denen die Tradition des Rechtsstaats und unabhängiger Verfassungsgerichte entweder nie begründet oder von den Kommunisten beschnitten wurde.

Die bestehenden Institutionen müßten dann mit neuen, von der Bevölkerung frei gewählten Institutionen konkurrieren. Manche werden sich behaupten, während viele andere untergehen werden. Noch vor der Einführung gesetzlicher Garantien sind überall in Osteuropa zahlreiche private Kleinunternehmen gegründet worden, zumeist Kioske und kleine Ladengeschäfte. Sie bilden den Nährboden für Unternehmertum, eine Arbeitsethik, kapitalistische Tauschkultur und konstruktive Einstellungen zur Freiheit des Individuums.

Endogene institutionelle Änderungen legen weder einen bestimmten Weg des Übergangs in Osteuropa nahe, noch bestimmen sie über das Tempo des Wandels. Letzten Endes garantieren sie nicht einmal, daß die Osteuropäer sich für die Institutionen des Kapitalismus entscheiden werden.

*

Postscriptum 1995

Es sieht so aus, als hätten die Ereignisse im postsozialistischen Osteuropa meine bisherigen Analysen bestätigt. Da hier in Texas Bescheidenheit nicht als Tugend gilt, kann ich dies nur mit Befriedigung konstatieren.

Von Anfang an war ich davon überzeugt, daß die Debatte zwischen den Befürwortern des »*Big Bang*« und den Anhängern schrittweise durchge-

führter Reformen einen wesentlichen Punkt außer Betracht läßt: das Recht der Osteuropäer, ihre Institutionen selbst zu wählen. Die Debatte ging nicht um individuelle Freiheit, sondern lediglich um die Effizienz von Reformprogrammen. Die jüngsten Wahlergebnisse in der Region lassen sogar erkennen, daß der Sozialismus ein Comeback erlebt. Warum?

Ich hatte das geistige Erbe, das alte Ethos mit seiner Betonung der ethnischen Zugehörigkeit (um so stärker, je weiter man nach Osten kommt) und die Affinität zwischen dem Nationalismus und den lokalen früheren kommunistischen Führungen als Hauptgründe genannt, warum die Einführung des Kapitalismus in Osteuropa durch ein *»fiat«* höchstwahrscheinlich zum Scheitern verurteilt sein würde. Für die einfache Bevölkerung bedeutet dieser Akt, daß eine Klasse von Institutionen durch eine Klasse anderer Institutionen ersetzt wird, die sie beide nicht selbst gewählt haben.

Doch hatte ich einen weiteren wichtigen Faktor zu erwähnen versäumt: Die Investitionen, welche die Menschen in das kommunistische System gemacht hatten und deren Amortisierung mit dessen Ende in Frage gestellt war. Hierzu zählen der Anspruch auf staatliche Sozialleistungen (Sicherheit des Arbeitsplatzes, Rente, Mietsubventionen etc.), aber auch gewisse individuelle Vorteile, die aus der Mangelwirtschaft gezogen wurden (z.B. Billigwaren für Gutinformierte oder für Leute, die Zeit haben, Schlange zu stehen, die »Zeitmillionäre«, wie sie in Ungarn heißen). Deshalb stehen weite Teile der Bevölkerung in Osteuropa, gerade weil sie ihre Eigeninteressen verfolgen, dem Kapitalismus feindselig gegenüber.

Was den freien Markt der Institutionen angeht, so konnte man in der Tschechischen Republik die spontane Bildung zahlreicher neuer Einrichtungen beobachten. Die sogenannte Verfassungs-Anarchie in Rußland ließe sich als eine spontane Suche nach funktionierenden Marktbedingungen auffassen (ich glaube sogar, daß Rußland weitaus besser zurechtkommt als neoklassische Modelle unterstellen). Die spontane Entwicklung von Kleinunternehmen in Polen und neue Reformen in der Ukraine sind weitere Beispiele für den Übergang auf der Grundlage eines praxisbezogenen Lernprozesses. Und vor allem lernen die Osteuropäer wesentlich schneller als wir gedacht hätten.

Mein Rat für die Länder Osteuropas ist heute derselbe wie damals: Wir sollten ihnen das, was wir wissen, weitergeben, aber sie mit Reformern und *»social engineers«* verschonen.

Aus dem Amerikanischen von Udo Rennert

Anmerkungen

1 Es wird immer wieder betont, daß in der Tschechoslowakei, in Slowenien und mit Einschränkungen auch in Ungarn westliche Traditionen stärker Eingang gefunden hätten als in anderen Ländern Osteuropas. Das ist zweifellos richtig. Doch hat der *klassische Liberalismus* (individuelle Freiheit, Offenheit für neue Ideen, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit, kein vorherbestimmtes Gemeinwohl) in dieser Region keine tiefen Wurzeln. Dasselbe gilt für den *methodologischen Individualismus, dessen wichtigste Annahme lautet, daß Entscheidungen* ausschließlich von Individuen getroffen werden; Institutionen sind dazu nicht in der Lage. Um das Verhalten einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Institution zu verstehen, müssen die Strukturen von Anreizen untersucht werden, in deren Rahmen die Individuen handeln.

2 Intellektuelle, vor allem die Befürworter von *»social engineering«*, neigen dazu, die Fähigkeit des »Durchschnittsbürgers«, seine Überlebensstrategien zu wählen (ökonomisch ausgedrückt, »seinen Nutzen zu maximieren«), zu unterschätzen. Da drängt sich die Frage auf, wie es die Menschen denn in prähistorischen Zeiten fertigbrachten, sich im Lebenskampf gegen andere Lebewesen zu behaupten. Irgendwie haben sie es wohl geschafft, richtige Entscheidungen zu treffen. Das Überleben einer Art beruht auf ihrem Anpassungsverhalten und nicht auf prognostischen Fähigkeiten einzelner. Unter den Bedingungen von Unsicherheit und unvollständiger Information entscheiden sich die Menschen für Verhaltensweisen, die sie dann praktisch ausprobieren und aus denen die »erfolgreichen« ausgewählt und von anderen nachgeahmt werden. Einige Osteuropäer werden es früher oder später mit neuen Verhaltensweisen versuchen, die von anderen übernommen werden, falls diese zu dem Schluß gelangen sollten, daß sie ihnen besondere Überlebensvorteile bieten. Die sogenannten einfachen Leute werden sich dann zum Kapitalismus bekehren, wenn ihnen die Zeit dafür gekommen scheint, *vorausgesetzt*, sie können sich frei entscheiden.

3 Anscheinend haben die Wirtschaftsfachleute, die für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank arbeiten, ein Monopol auf Unsinn. In einer der neueren Publikationen des IWF lesen wir beispielsweise: »Die Privatisierung staatlicher Unternehmungen ist das A und O des Übergangs zur Marktwirtschaft.« (J. Odling-Smee et al., Russian Federation, Economic Review, IMF, April 1992, S. 35.) Manche sind allerdings der Ansicht, daß die freie Wahl der Produktionsmethode das A und O einer freien Gesellschaft sei.

4 Statt die Regeln den sich wandelnden Erfordernissen des Spiels anzupassen, zwingen *exogene* Änderungen das Spiel zu einer Anpassung an neue Regeln. So wurde beispielsweise die innerbetriebliche Mitbestimmung in Deutschland durch ein Gesetz eingeführt. Bis dahin gab es in Deutschland jedoch kein Gesetz, das eine Mitbestimmung in Betrieben verboten hätte. Manager, Arbeiter und Firmeneigner konnten untereinander nach eigenem Gutdünken Verträge schließen. Die Tatsache, daß die deutsche Regierung die innerbetriebliche Mitbestimmung *von oben* verordnen mußte, ist ein Beleg dafür, daß der Wert dieser Beteiligung an der Unternehmensführung für die Arbeiter und Angestellten geringer war als die Kosten ihrer Einführung für die Unternehmensleitung. Die meisten exogenen Änderungen institutioneller Ordnungen kommen durch Ideologen, *Pressure Groups* und Bürokraten zustande, die unter dem Deckmantel des Allgemeinwohls lediglich ihre eigenen Interessen verfolgen.

5 Um den kapitalistischen Institutionen ausreichend Zeit zu geben zu zeigen, was sie können, sind stabile soziale Verhältnisse erforderlich. Das bedeutet, daß der Staat mehrere Jahre lang eine Reihe großer staatlicher Unternehmungen subventionieren müßte.

Janos Matyas Kovacs

PARADIGMEN DES ÜBERGANGS
Westliches Theorieangebot und östliche Nachfrage in den Wirtschaftswissenschaften

Bis vor kurzem gingen Vorhersagen über die künftige geistige und methodologische Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften in Osteuropa von zweifelhaften Annahmen hinsichtlich des »westlichen« Theorieangebots und der »östlichen« Nachfrage danach aus. Der Triumph des liberalen Denkens in den Wirtschaftswissenschaften der Region wurde von den meisten Beobachtern als Durchbruch des Neoliberalismus austro-amerikanischer Prägung verstanden. Will der Osten nicht zu seinen kommunistischen oder marktsozialistischen Utopien zurückkehren, so die stillschweigende und ein wenig einfältige Annahme, sollte er sich für Hayek, Friedman und Buchanan entscheiden. Die osteuropäischen Ökonomen könnten, so war zu hören, nach all den Jahren kollektivistischer Indoktrination gar nicht anders, als sich der neoliberalen Strömung anzuschließen: Das imaginäre Pendel müsse einfach in diese Richtung ausschlagen.[1]

Im Lichte dieser Annahmen konvergieren »westliches« Theorieangebot an und »östliche« Nachfrage nach wirtschaftswissenschaftlichem Gedankengut in der Tat aufs Vortrefflichste. Der tschechische Friedman-Anhänger Vaclav Klaus wäre demnach unter postkommunistischen Bedingungen der Idealtypus des neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlers, Parteivorsitzenden und Premierministers, während die Harvard-Professoren Jeffrey Sachs und Janos Kornai in der Region als prominente Vertreter des Wirtschaftsliberalismus der nämlichen Provenienz gelten. Und daß auch Leszek Balcerowicz und Jegor Gaidar zu den Chicago Boys gehören, haben sie mit ihren Schocktherapien hinlänglich bewiesen.

Der vor diesem Hintergrund anomale Sachverhalt, daß man in Osteuropa kaum eine politische Partei oder Regierung finden wird, die nicht den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft – anstatt der Idee des freien Markts – in den Mittelpunkt ihres Programms rückte, wird schlicht als Ausfluß der politischen Rhetorik interpretiert. Die Politiker, so die Annahme, verfolgen damit einzig den Zweck, ihre »thatcheristischen« Absichten zu

verbergen und so die in sozialen Angelegenheiten hellhörige Wählerschaft zu manipulieren.

Ich fürchte, diese Aussagen stehen auf recht wackligen Beinen. Warum sollten wir die verschiedenen liberalen Denkschulen der westlichen Wirtschaftswissenschaften – wie der Monetarismus, die neo-österreichische Schule oder die »Public choice-Theorie« – unterschiedslos ineinssetzen? Warum sollten wir davon ausgehen, daß eine Schocktherapie per definitionem wirtschaftsliberal motiviert ist? Und noch verdächtiger erscheint uns der Umstand, daß die Verfechter der genannten Annahmen eine wesentliche Seite der derzeitigen Transformationsprozesse in der Region außer acht lassen müssen – nämlich daß man es dort mit einer Regulation der Deregulation, mit der geplanten Einführung von Marktstrukturen, mit einem staatlich initiierten Privatisierungsprozeß zu tun hat. So merkwürdig diese ambivalenten Programme auch anmuten mögen, sie wurden von den führenden Ökonomen Osteuropas befürwortet und von der überwiegenden Mehrheit der wissenschaftlichen Gemeinschaft dieser Länder gutgeheißen. Die bequeme Vorstellung, sozial eingestellte Politiker hätten sich über ihre neoliberalen Berater hinweggesetzt, trifft nur in wenigen Fällen zu. Außerdem wurden diese zweideutigen Programme vor den kürzlichen Linkswendungen, d.h. vor dem Auftreten des litauisch-polnisch-ungarischen Syndroms ausgearbeitet. Der Neoliberalismus wurde in Osteuropa nicht nur vom Neosozialismus begraben – wenn er denn dort überhaupt jemals das Licht der Welt erblickt hat.

Alte und neue Versuchungen des Interventionismus

In einigen meiner neueren Beiträge zur osteuropäischen Wirtschaftswissenschaft[2] habe ich versucht, folgende Thesen zu begründen:

1. Auf der »Nachfrageseite« nach westlichen Konzepten kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer recht zweideutigen Wiederentdeckung wirtschaftsliberalen Denkens. Selbst die radikalsten sozialistischen Reformökonomen oder Marktsozialisten waren keine Kryptokapitalisten. Ihre Herangehensweise an Markt und Privateigentum war eher pragmatisch als fundamentalistisch geprägt, während sich ihr Anti-Interventionismus weitgehend auf eine Kritik an der Intervention des kommunistischen Einparteienstaats beschränkte und also nicht auf Eingriffe des Staates überhaupt bezog. Als Reformer griffen sie wirtschaftsliberale Ideen nicht an Stelle, sondern als Ergänzung ihres sozialistischen Engagements auf. Versuche, den Markt zu »simulieren«, »einzuführen« oder »aufzubauen«, ebenso wie das Denken in Großentwürfen waren schon immer ein integraler Bestandteil der osteuropäischen Reformtradition. Soziologisch gesehen florierten die Wirtschaftswissenschaften eher im Umfeld praktischer Re-

formpolitik als im akademischen Kontext, was bei den Ökonomen nicht nur das Interesse an Entwürfen für umfassende institutionelle Reformen weckte, sondern auch dazu führte, daß sie politischen Kompromissen innerhalb der Wirtschaftstheorie weniger mißtrauisch gegenüberstanden.

2. Daß die aktivistischen, konstruktivistischen Momente aus der geistigen Hinterlassenschaft der Reformer nach 1989 wiederauflebten, erklärt sich unter anderem aus den interventionistischen Versuchungen, die die postkommunistische Transformation der Wirtschaft mit sich brachte. In den letzten Jahren wurden in Osteuropa denn auch eine Menge Argumente für ein »gesundes« Maß an Staatseinmischung vorgebracht. Demzufolge gehöre es zur Funktion der Regierung, den Abbau der alten Ordnung zu bewerkstelligen (dabei der Bildung eines »Nomenklatura-Kapitalismus« und neuerlichen Experimenten mit einem »dritten Weg« vorzubeugen), die Wirtschaft zu stabilisieren und den Strukturwandel zu fördern, den Privatisierungsprozeß zu organisieren und eine Marktinfrastruktur zu schaffen (dabei auch die Koordination und das richtige Timing dieser unzähligen und oft widersprüchlichen Maßnahmen im Auge zu behalten), die sozialen Kosten des Übergangs umzuverteilen und dem gegen diese Umverteilung sich bemerkbar machenden Druck von unten zu widerstehen.

Diese Aufgaben des »social engineering« werden von vielen Ökonomen in der Hoffnung akzeptiert, sie seien nur ein vorübergehender Ersatz für die noch fehlenden (natürlichen) Triebkräfte des Kapitalismus. Die meisten früheren Reformökonomen erhielten die Gelegenheit, einflußreiche Berater der »Chefingenieure« des Transformationsprozesses zu werden, eine Elite- oder Avantgarderolle, die sie bereits unter der Einparteienherrschaft nicht verschmähten. Soziologisch gesehen, bieten ihnen die neuen politischen Parteien und Regierungsstrukturen reichlich Raum, um mit ihrer Projektemacherei fortzufahren, wenn auch nicht mehr als sozialistische Reformer, sondern eher als kapitalistische Möchtegern-»Transformer«. Die Attraktivität einer solchen Tätigkeit einerseits und die rapide Verödung der akademischen Forschung in den postkommunistischen Ländern andererseits verstärken sich dabei wechselseitig.

3. Die Stabilisierungsprogramme, die Jeffrey Sachs mit seinen Kollegen für zahlreiche Länder der Region ausgearbeitet hat, laufen mit ihren die Preisstruktur, den Wechselkurs und den Außenhandel ganz allgemein betreffenden Liberalisierungsmaßnahmen zwar auf eine heftige Schocktherapie hinaus, setzen aber in anderen Bereichen – etwa bei der Lohnpolitik, beim industriellen Strukturwandel und bei den Sozialleistungen – entschlossene Staatseingriffe voraus und liebäugeln in Sachen Privatisierung durchaus mit quasikollektivistischen Techniken.[3] Das trifft auch auf das angeblich ultraliberale Transformations-Szenario eines Vaclav Klaus zu, hinter dem sich eine Art mittelfristig angelegtes Konzept der Starthilfe

verbirgt. Auf seinem Programm stehen, was die ersten Etappen des Übergangs betrifft, eine Theorie der staatlich verordneten Deregulation, eine strenge Geldpolitik, die Hinauszögerung des Strukturwandels und eine simulierte Privatisierung – dies alles in der Hoffnung, daß sich später spontane Marktprozesse entwickeln.

4. Die Bereitschaft der meisten osteuropäischen Ökonomen, sich zumindest einstweilen mit dem Gedanken des starken Staates abzufinden, macht sie für die Botschaft der (deutschen) Sozialen Marktwirtschaft empfänglich. Sie verbinden mit diesem Konzept die Erwartung, innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne gleichzeitig in allen wesentlichen Bereichen des Transformationsprozesses, und ohne daß es zu Rückschlägen kommt, Erfolge zu verzeichnen. Politische Säuberung und Wirtschaftswunder, Stabilisierung und sozialer Friede, eine liberale Wirtschaftsordnung mit nachhaltiger Sozialverpflichtung, staatlich gestützte Modernisierung und Mitbestimmung usw. – mit anderen Worten, große Gewinne bei kleinen Kosten. Zwar waren am Zustandekommen dieses Wunders wesentlich auch strenge monetäre Kontrollen, eine resolute Fiskalpolitik, eine durchgreifende, selbst Verstaatlichungen nicht ausschließende Industriepolitik, eine umfassende Einkommensumverteilung u.a. beteiligt, aber – so sagen sich neuerdings zahlreiche osteuropäische Ökonomen – warum sollten wir die »sichtbare Hand« von vornherein als schädlich betrachten? Gehen wir nicht einen Schritt zu weit, wenn wir ein System anstreben, das liberaler wäre als die heutige Soziale Marktwirtschaft in Deutschland? Offenkundig hängt die Attraktivität dieses Modells auch damit zusammen, daß es die Fähigkeit besitzt, eigene Fehler selbst zu korrigieren und das Ausmaß der Staatseingriffe in Grenzen zu halten.

Ein weiterer Grund für die Faszination, die die vielseitige Erfolgsgeschichte Nachkriegsdeutschlands auf ihre potentiellen Nachahmer in Osteuropa ausübt, ist darin zu sehen, daß andere, vergleichbare Transformationsprozesse in neuerer Zeit höchst unvollkommen verliefen. Denn entweder schlugen sie wie in Lateinamerika überwiegend fehl, waren sie wie in Südeuropa in erster Linie politischer Natur oder aber wie in Südostasien alles andere als erzliberal. Und was den deutschen Präzedenzfall vollends zum Vorbild werden ließ, ist die Tatsache, daß er auf zahlreiche europäische Länder – von Norwegen über Österreich bis hin nach Griechenland – ausstrahlte und daß das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mutatis mutandis für Konservative ebenso wie für Liberale und Sozialdemokraten annehmbar ist. (Inzwischen sind auch seine ökologischen Erweiterungsmöglichkeiten wohlbekannt.) Darüber hinaus mag sich die wachsende Popularität der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa auch durch die historische und kulturelle Nähe sowie durch den geopolitischen Einfluß Deutschlands erklären.

Was spricht dagegen, daß die eine oder andere Version des deutschen Modells den Sieg davontragen wird? Der erste Testfall ist natürlich die ehemalige DDR und also die Frage, ob sich das Wirtschaftswunder in den neuen Ländern wiederholen läßt. Der Siegeszug des Konzepts könnte auch durch manche christdemokratische oder ex-kommunistische Partei in Osteuropa vereitelt werden, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als erste in ihr Programm aufnahmen, der ursprünglichen Idee jedoch eine gehörige Portion an autoritärem, nationalistischem und populistischem Extremismus beimischten, der den Prototyp langfristig diskreditieren könnte. Möglich wäre auch, daß manche osteuropäische Ökonomen das Vertrauen in die Idee der Sozialen Marktwirtschaft verlieren, wenn sie erkennen müssen, daß sich die Startbedingungen der Systeme sowjetischen Typs nach 1989 ganz erheblich von denen der bundesdeutschen Wirtschaft nach 1945 unterscheiden (Marshall-Plan, bescheidene Erwartungen in der Bevölkerung, Weltwirtschaftsboom, tief verwurzelte Unternehmenstraditionen, hoher technologischer Standard, eine staatlich kontrollierte kapitalistische Wirtschaft hier, Staatssozialismus dort usw.).

Das evolutionstheoretische Angebot

Offensichtlich läßt sich allein aus der geistigen Hinterlassenschaft des lokalen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens und den tagtäglichen Herausforderungen des Transformationsprozesses nicht ableiten, welchen wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen die osteuropäischen Ökonomen künftig den Vorzug geben werden (welche sie importieren, an ihre Bedingungen anpassen oder neu erfinden). Bekanntlich wurde die neoklassische Theorie in der Anfangsphase des Übergangsprozesses – wohl zu leichtherzig[4] – aus dem Wettbewerb der Paradigmen ausgeschlossen, und zwar nicht nur mit dem Argument, ihre abstrakt-axiomatischen Annahmen seien unfruchtbar und realitätsfern, sondern auch wegen ihres Verhältnisses zur Idee des Wohlfahrtsstaates. Mit anderen Worten, es wurde ihr keine Beachtung geschenkt, weil sie im Kern antiinstitutionell sei und/oder »überholten« institutionellen Lösungen anhänge. Und wieder traf es sich, daß die Region dem Westen hinterherhinkte. Denn als die Welle der neokonservativen Revolution der 70er Jahre endlich Osteuropa erreichte, hatte der Westen bereits begonnen, Keynes und den Sozialstaat wiederzuentdecken.

Ein Transformationskonzept kann daher nur institutionentheoretisch orientiert sein, sei es, weil der Kommunismus ein institutionelles Vakuum zurückließ, sei es aus dem gegenteiligen Grund, daß die Institutionen der Planwirtschaft in gewandelter und neuzusammengesetzter Form fortexistieren.[5] Das Problem ist nur – und dahingehend läßt sich auch das For-

schungsprogramm einer wachsenden Zahl von Ökonomen in Osteuropa sowie ihrer westlichen Beobachter[6] zusammenfassen –, wie eine hinreichend liberale, dabei wirklichkeitsnahe Theorie aussehen könnte. Mit anderen Worten, wir brauchen ein Forschungsprogramm, das Hayeks Loblied auf die Spontaneität in die turbulenten institutionellen Prozesse des postkommunistischen Übergangs übersetzt und dabei das Paradox löst, wie unter Vermeidung jedes konstruktivistischen Rationalismus eine spontan funktionierende Ordnung ausgehend von einer höchst unspontanen verwirklicht werden kann.

Desillusioniert vom maximalistischen, fundamentalistischen Diskurs mancher neoliberaler Theoretiker und zugleich staatlichem Dirigismus abgeneigt, möchte man einem Transformationskonzept das Wort reden, das die wenigen Vorteile der beiden unerwünschten Extreme verbindet und ihre gewaltigen Nachteile möglichst ausschließt. Auf den ersten Blick scheint dieser Forderung zu genügen, was im umfassenden Sinne als »New Institutional Economics« und spezieller als »Evolutionary Economics« bezeichnet wird. Diese Ansätze sind nahezu genauso »österreichisch« wie die Denkweise der Repräsentanten der alten Wiener Schule, und genauso aktuell wie das Oeuvre der neo-österreichischen Theoretiker, im Unterschied zu ihnen aber wirklichkeitsnäher, historisch relevanter und daher vielleicht auch operationaler.[7]

Das Hauptargument für die Anwendung der evolutionären Wirtschaftstheorie auf das heutige Osteuropa fußt auf der Annahme, daß wirtschaftliche Transformation per definitionem in einer Evolution institutioneller Ordnungen besteht, d.h. in der schrittweisen, organischen Selektion neuer Institutionen bei gleichzeitiger Verabschiedung von alten. Ideologischer Eifer spielt dabei meistens keine Rolle. Vielmehr handelt es sich um die Proportion zwischen Staats- und Marktversagen und um den Wettbewerb zwischen großen und kleinen Organisationen, Regulation und Deregulation, öffentlichem und privatem Eigentum, hierarchischen und Marktstrukturen usw. Entsprechend der Schumpeter-Hayek-Tradition liegt die Betonung auf Wandel, Konkurrenz, Information, Ungewißheit, Entdekkung, Wissen und Unternehmertum in einem dynamischen Zusammenhang. Markt und Privateigentum gelten dabei nicht als an sich gut, sondern haben ihre Überlegenheit in der Suche nach höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu erweisen. Was eine Institution »wert« ist, zeigt sich daran, wie sie auf die unvorhersehbaren Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld reagiert. Institutioneller Pluralismus gemäß dem Wandel der soziologisch-historischen Voraussetzungen (Einstellungen, Wertvorstellungen, Normen, Routinen, Fertigkeiten usw.) wird von der Theorie großzügig geduldet.

Obwohl ich mit dem Relativismus und der dynamischen Sichtweise der

evolutionären Wirtschaftstheorie sowie mit ihrer Sensibilität für soziologisch-historische Zusammenhänge einverstanden bin, frage ich mich, ob diese Lehre im Hinblick auf die Ausarbeitung umfassender und tragfähiger Transformationsprogramme genügend theoretische Munition bereithält, ob sich mit ihr nicht allzu leicht eine gewisse interventionistisch-kollektivistische Stoßrichtung der Transformation rechtfertigen läßt und schließlich, ob die osteuropäischen Ökonomen sie überhaupt verdauen können.

Im folgenden werde ich mich ausschließlich mit der letztgenannten Frage beschäftigen. Kurz zusammengefaßt möchte ich zweierlei behaupten: Erstens, die postkommunistische Transformation ist in der Tat eine Frage der Evolution, kann aber auch auf normative Weise interpretiert werden, d.h. als Problem der Wirtschaftspolitik. Zweitens, die Transformer haben zwar einen aus der Reformperiode ererbten institutionentheoretischen Hintergrund, aber dieser Institutionalismus ähnelt eher dem des deutschen Ordo-Liberalismus als dem der heutigen evolutionären Wirtschaftstheorie.

Da bereits vor drei Jahrzehnten klar war, daß die neoklassischen Modelle kaum geeignet sind, die Funktionsweise kommunistischer Wirtschaften zu erklären, begannen die Reformer – natürlich auch aufgrund ihrer marxistischen Konditionierung –, auf institutionelle Konzepte wie Wirtschaftsmechanismus, Zentralisierung, Verhandeln, Eigentumsrechte usw. zurückzugreifen. Die Mittel dieses eigentümlichen »spekulativen Institutionalismus« waren auf der einen Seite jedoch nicht empirisch genug, um das wirkliche Verhalten der Hauptakteure der Wirtschaft zu erfassen, auf der anderen aber auch wiederum zu empirisch, als daß das formalisierte Begriffsinstrumentarium der modernen Wirtschaftswissenschaften in ihrem Kontext hätte angewandt werden können. In der Folge tauchte eine ganze Reihe weicher, nichtoperationaler Kategorien auf, darunter auch die zentralen Begriffe des reformistischen Diskurses: »Plan« und »Markt«.

Am Vorabend des Übergangs befanden sich zahlreiche osteuropäische Ökonomen in einem doppelten theoretischen Vakuum. Auf der einen Seite verspürten manche von ihnen die Notwendigkeit, in Sachen »New Institutional Economics« mit ihren westlichen Kollegen gleichzuziehen – denn in den letzten Jahren des alten Regimes, als sie ihre ersten Privatisierungsvorschläge ausarbeiteten, hatten sie gerade erst begonnen, diese Theorie für sich zu entdecken. Auf der anderen Seite mußten sie erkennen, daß die Aneignung dieser Theorie (z.B. der Ökonomie der Eigentumsrechte) eine gründliche Kenntnis der neoklassischen Synthese voraussetzt, da die neuen Institutionalisten die Neoklassik bei aller Kritik nicht einfach verwarfen, sondern in ihre Lehre einbezogen und sie ergänzten.

Nach den Vorstellungen der Verfechter der evolutionären Wirtschaftstheorie würden sich die Transformer die raffinierten Analysetechniken der

modernen Ökonomie zu eigen machen, den traditionellen, »weichen« Diskurs fahrenlassen und eine »härtere« Begrifflichkeit ausbilden. Bis diese wissenschaftliche Investition Früchte trägt, wird aber wohl noch einige Zeit vergehen. Angesichts des massiven Eindringens von vergleichsweise mittelmäßigen Standards von Forschung und Lehre in die Wirtschaftswissenschaften der Region fürchte ich, daß in näherer Zukunft kaum mehr zu erwarten ist als die Anwendung von evolutionstheoretischen Lösungen aus zweiter Hand bzw. die Übernahme von »weichen«, geschichtsorientierten Versatzstücken des neuen Institutionalismus.

Das Gegenangebot des Ordo-Liberalismus

Eine nichtmathematische, historistische Denkweise bietet auch eine andere einflußreiche ökonomische Schule des Westens. Ebenfalls stark im wirtschaftsliberalen Denken verwurzelt, dabei jedoch genauso wenig fundamentalistisch orientiert wie die evolutionäre Wirtschaftstheorie, genießt der Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule und ihrer Anhänger den einzigartigen Vorzug, daß er die Erfolgsgeschichte zahlreicher gemischtwirtschaftlicher Systeme Westeuropas im Rücken und damit seine Praxistauglichkeit bewiesen hat: Er war nicht nur evolutionsorientiert, sondern machte die Wirtschaftspolitik zu seinem zentralen Anliegen. Mehr noch, er maß den theoretischen Ökonomen selbst eine aktive politische Rolle zu.[8]

Die Attraktivität dieser Denkschule erklärt sich wohl in erster Linie daraus, daß sie den vormaligen Reformern die unerwartete Möglichkeit eröffnet, ohne große methodologische und ideologische Brüche auf elegante Weise vom Begriff der sozialistischen Marktwirtschaft zum Begriff der sozialen Marktwirtschaft hinüberzugleiten. Indem sie die Begriffe umfassenden Privateigentums und politischer Demokratie in den konventionellen Plan-Markt-Diskurs der Reformer einbauen, könnte es ihnen gelingen, einen größeren Kulturschock zu vermeiden, obgleich sie den Politikern gegenüber die Notwendigkeit einer Schocktherapie vertreten. Kurz, in der Begriffswelt des Ordo-Liberalismus können sich die osteuropäischen Ökonomen mit einer Umformulierung des Plan-Markt-Mix zufriedengeben – ein bißchen mehr Liberalismus, ein bißchen weniger Interventionismus – und brauchen kein neues Forschungsprogramm aufzulegen.

Im Gegensatz zur evolutionären Wirtschaftstheorie sind der Ordo-Liberalismus und seine Erweiterung zur Doktrin der Sozialen Marktwirtschaft durchaus ohne Vorwissen über die Anfangsgründe der Makro- und Mikroökonomie verständlich. So liegt es auch zum einen an dem holistischen Charakter der von den Anhängern dieser Schule verwendeten Be-

griffe – Ordnung, Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit usw. –, zum anderen an der sozialen Botschaft und der normativen Stoßrichtung ihrer Lehre und schließlich an den interventionistischen, keynesianischen Neigungen ihrer Vertreter (man denke etwa an die »korrektive Ordnung«, durch die die Auswahl der Institutionen reguliert und der Markt vor sich selbst geschützt werden soll), wenn diese Theorie in die Nähe der Vorstellungswelt der ehemaligen sozialistischen Reformer rückt. Erleichtert wird die Rezeption dabei auch durch die ausdrücklich politisch-ökonomische und wirtschaftspolitische Ausrichtung der Ordo-Liberalen – ihre Verbindung von Ordnungstheorie und Ordnungspolitik –, durch eine Reihe »weicher« Begriffe wie gesteuerte Marktwirtschaft, »Einkommensumleitung«, Marktkonformität usw. sowie durch den Flirt mit einem Dritten Weg.[9]

Diese Züge des Ordo-Liberalismus lassen den Kontrast zur eher kontemplativen, individualistischen, nicht system- und politik-, sondern prozeßorientierten evolutionären Wirtschaftstheorie mit ihren nach vorne hin offenen institutionellen Lösungen und ihrer skeptischen Haltung gegenüber einer korrigierend eingreifenden, gerechten Regierung nur noch schärfer hervortreten.

National-soziale Marktwirtschaft?

Kommen wir auf unsere eingangs angerissene Fragestellung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen westlichem Theorieangebot und östlicher Theorienachfrage zurück. Es ist vielleicht deutlich geworden, daß die übliche eindimensionale Interpretation (nämlich daß der angebotene Neoliberalismus dankbar konsumiert wird) in die Irre führt. Auf der Angebotsseite sieht sich der »austro-amerikanische« Neoliberalismus in seinem Versuch, die Köpfe und Herzen der osteuropäischen Ökonomen zu erobern, mit der Herausforderung des »deutschen« Sozialliberalismus konfrontiert. Und was die Nachfrageseite betrifft, so läßt sich zumindest sagen, daß der Ordo-Liberalismus durchaus nicht ohne Siegeschancen in diesen Wettstreit geht. Zwar steht diese Option – wie im übrigen auch alle anderen – in der Region noch auf recht wackligen theoretischen Beinen. Jedoch lassen sich auch jene Transformationstheoretiker, die wie Vaclav Klaus oder Janos Kornai als prominente Vertreter der evolutionären Option gelten, im »deutschen« Sinne interpretieren – etwa mit Blick auf die Vorstellung, der Übergangsprozeß erfordere eine starke Regierung –, sieht man einmal von ihrer geschickten Rhetorik ab (vgl. Klaus' Terminus einer »Marktwirtschaft ohne wenn und aber«).[10]

Auf jeden Fall befindet sich die Wirtschaftswissenschaft in Osteuropa fünf Jahre nach den historischen Ereignissen von 1989 noch immer in einer

programmatischen Phase. Daher darf der umsichtige Beobachter die zahlreichen neuen Partei- und Regierungsprogramme mit ihren Hunderten von Verweisen auf den »sozialen Markt« und den Sozialliberalismus ganz allgemein nicht mit dem Argument beiseite schieben, daß wir uns auf den streng wissenschaftlichen Diskurs der Ökonomen konzentrieren sollten.[11] Wenn die Verfasser dieser politischen Dokumente es vorziehen, an der Idee der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten, anstatt der spontanen Evolution das Wort zu reden, so mag das vor allem mit den politischen Vorzügen der Sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen – mit ihrem Prinzip der sozialen Verpflichtung, der Verheißung sozialen Friedens und ihrem Mobilisierungseffekt. Gleichwohl scheint es angesichts der traditionellen Politisierung des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Osteuropa angeraten, die programmatischen Erklärungen der Transformer sehr ernst zu nehmen. Wir wären dann weniger überrascht, wenn in Zukunft eine ganze Familie von postkommunistischen Mutanten der Lehre vom sozialen Markt auftauchen.

Auch möchte ich angesichts der osteuropäischen Tradition, unterschiedliche Paradigmen miteinander zu vermischen, und der teilweisen Koinzidenz der beiden Schulen[12] nicht ausschließen, daß sich der interessierte Beobachter möglicherweise schon bald mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert sieht, diverse »ordo-evolutionäre« Hybridformen zu entwirren. Weit schwerer als die methodologischen Schwierigkeiten wiegt jedoch die politische Gefahr, die von einer weiteren Hybridform ausgeht, nämlich einer Art National-Sozialer Marktwirtschaft, zu der die ursprünglich liberale Idee der Sozialen Marktwirtschaft unter dem Druck der autoritären – populistischen, korporatistischen, nationalistischen und neosozialistischen – Tendenzen im heutigen Osteuropa verkommen könnte.[13] Daß diese neue Lehre eher dirigistisch als marktorientiert ausfallen würde, ist ziemlich wahrscheinlich. Daß wir unter ihren führenden Vertretern so manche weniger liberale Ex-Reformer aus der Zeit des Sozialismus antreffen würden, unterliegt hingegen keinem Zweifel.

Aus dem Englischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

1 Cf. John K. Galbraith, The Rush to Capitalism, in: *The New York Review of Books* 1990/10/15; Amitai Etzioni, Eastern Europe: The Wealth of Lessons, in: *Challenge,* July-August 1991; Robin Blackburn, Fin de Siècle: Socialism after the Crash, in: *New-Left Review* 185, 1991; Vgl. Peter Wiles, Die kapitalistische Siegessicherheit in Osteuropa, in: *Europäische Rundschau* 3, 1991.

2 J.M. Kovacs, Das große Experiment des Übergangs. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens, in: *Transit* 1990, Heft 1; ders., From Reformation to Transformation. Limits to Liberalism in Hungarian Economic Thought, in: *East European Politics and Societies,* Winter 1991; ders., Compassionate Doubts about Reform Economics, in: J.M. Kovacs, Marton Tardos (Hg.), Reform and Transformation in Eastern Europe: Soviet-Type Economics on the Threshold of Change, London 1992; ders., Engineers of the Transition (Interventionist Temptations in Eastern European Economic Thought), in: *Acta Oeconomica* 1992, Heft 1-2.

3 Vgl. auch den Beitrag von Mencinger in diesem Heft.

4 Cf. Hans-Jürgen Wagener, System, Order and Change. On Evolution and Transformation of Economic Systems, in: J. van den Broeck, D. van den Bulcke (Hg.), Changing Economic Order, Wolters Noordhoff Publishers 1992; Peter Murrell, Can Neoclassical Economics Underpin the Reform of Centrally Planned Economies?, in: *Journal of Economic Perspectives* 1991, Heft 4.

5 Vgl. hierzu die Artikel von Pejovich und Stark in diesem Heft.

6 Vgl. Irena Grosfeld, The Paradox of Transformation: An Evolutionary Case for Rapid Privatization, in: H.-J. Wagener (Hg.), The Political Economy of Transformation, Heidelberg 1994; Peter Murrell, Evolutionary and Radical Approaches to Economic Reform, in: *Economics of Planning* 1992, Heft 1; Janos Kornai, Principles of Privatization in Eastern Europe, in: *The Economist* 1992, Heft 2; Pavel Pelikan, The Dynamics of Economic Systems, or How to Transform a Failed Socialist Economy?, in: *Journal of Evolutionary Economics* 1992, Heft 2; Roman Frydman/Andrzej Rapaczynski, Evolution and Design in the East European Transition, Manuskript 1992; Philippe Aghion, Economic Reform in Eastern Europe. Can Theory Help?, in: *European Economic Review* 1993, Heft 37; Martin Weitzman, Economic Transition. Can Theory Help?, in: *European Economic Review* 1993, Heft 37; Vladimir Gligorov/Niclas Sundström, Growth Consequences of the Transformation, Uppsala University, Department of East European Studies, Working Papers 20, September 1994.

7 Weiter unten werde ich einen umfassenden Begriff des neuen Institutionalismus (und Ordo-Liberalismus) benutzen, um meinen Ansatz zum Wettbewerb zwischen den beiden Paradigmen zu konturieren.
Vgl. Richard Nelson, Sidney Winter, An Evolutionary Theory of Economic Change, Cambridge 1982; Douglass C. North, Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge 1990; E.G. Furubotn, R. Richter, The New Institutional Economics, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft,* 1984, Heft 140; R.N. Langlois (Hg.), Economics as a Process, Cambridge 1986; Kenneth Boulding, Evolutionary Economics, London 1981; John Foster, The Institutionalist (Evolutionary) School, in: D. Mair, A.G. Miller (Hg.), A Modern Guide to Economic Thought, Edward Elgar 1991.

8 Alan Peacock, Hans Willgerodt, Overall View of the German Liberal Movement; Norman P. Barry, Political and Economic Thought of German Neo-Liberals; Daniel Johnson, Exiles and Half-Exiles: Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow and Walter Eucken, alle in: Alan Peacock, Hans Willgerodt (Hg.), German Neo-Liberals and the Social Market Economy, London 1989; Daniel Johnson, Germany's Social Market Economy: Origins and Evolution, London 1989; Konrad Zweig, The Origins of the German Social Market Economy, London 1980; Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin ^{9}1989; Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen ^{6}1990; Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1976.

9 Vgl. Norman P. Barry, Political and Economic Thought; Daniel Johnson, Germany's Social Market Economy; Alan Peacock, Hans Willgerodt, Overall View of the German Liberal Movement; Hans O. Lenel, Evolution of the Social Market Economy; Jack Wiseman, Social Policy and the Social Market Economy, alle in: Alan Peacock, Hans Willgerodt (Hg.), German Neo-Liberals and the Social Market Economy, a.a.O.

10 Vgl. Janos Kornai, The Road to a Free Economy, New York 1990; ders., The Postsocialist

Transition and the State, in: *American Economic Review* 1992, Heft 2; Vaclav Klaus, A Road to Market Economy, Prag 1991; ders., So Far So Good, in: *Economist* 1994, Heft 9/10; ders., The Ten Commandments Revisited, in: *The International Economy,* Sep-Okt 1993; Vaclav Klaus, Tomas Jezek, Social Criticism, False Liberalism and Recent Changes in Czechoslovakia, in: *East European Politics and Societies,* Winter 1991; Leszek Balcerowicz, Common Fallacies in the Debate on the Economic Transition in Central and Eastern Europe, EBRD Working Papers 1993/11; ders., Economic Transition in Central and Eastern Europe: Comparisons and Lessons, in: *The Australian Economic Review* 1994, Heft 1.

11 Vgl. Laszlo Szamuely, Szocialis piacgazdasag versus joleti allam? [Soziale Marktwirtschaft versus Wohlfahrtsstaat?], *BUKSZ* Frühjahr 1992; J.M. Kovacs, From Reformation to Transformation, a.a.O.

12 Dieter Schmidtchen, German Ordnungspolitik as Institutional Choice, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 140, 1984; Viktor Vanberg, Ordnungstheorie as Constitutional Economics – The German Conception of Social Market Economy, in: ORDO 39, 1988; Alfred Schüller, Ordnungstheorie – Theoretischer Institutionalismus: Ein Vergleich, in: Ordnungstheorie: Methodologische und institutionentheoretische Entwicklungstendenzen, Arbeitsberichte zum Systemvergleich Nr. 11, Marburg 1987; Helmut Leipold, Constitutional Economics als Ordnungstheorie, ebd.

13 Nach Meinung von Norman Barry ist es mit »Ansätzen, die auf eine Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft abzielen, [...] deshalb so schwierig, weil schwer ersichtlich ist, an welchem theoretischen Punkt der Erweiterungsprozeß zum Stillstand kommen sollte, so daß die Gefahr besteht, daß die Krankheit des staatlichen Dirigismus, zu deren Heilung das Konzept ursprünglich ausgearbeitet wurde, in anderer Form erneut auftaucht« (Norman P. Barry, Political and Economic Thought, a.a.O., S. 120).

David Stark

DAS ALTE IM NEUEN
Institutionenwandel in Osteuropa

Eine steife Brise von Westen weht über die Trümmer des Kommunismus. Wie der »frische Wind« aus dem Osten vor über vierzig Jahren, der angesichts des Trümmerfelds, das der Krieg zurückließ, von vielen Mittel- und Osteuropäern willkommen geheißen wurde, verspricht auch sie Wohlstand durch Opfer. Und ebenso wie damals die Wege ins gelobte Land genauestens verzeichnet waren, kommt auch das heutige Projekt mit einem ganzen Paket von wirtschaftswissenschaftlichen Rezepten für den institutionellen Wiederaufbau daher. Nicht anders als 1948 wird die Verwüstung, die die nachfolgende Epoche hinterlassen hat, heute als Auftrag zu beherztem Handeln verstanden: Der Zusammenbruch der alten Ordnung erfordere ehrgeizige Experimente und biete die Gelegenheit zu einem umfassenden Neuaufbau, diesmal mit dem Ziel, den Kapitalismus systematisch einzuführen. Endlich *free to choose* (Milton Friedman), hätten die Gesellschaften Rußlands und Osteuropas die Möglichkeit, sich von der Entscheidungstheorie leiten zu lassen.[1]

Auch in den politischen Wissenschaften ist die Zusammenbruchs-Metapher allgegenwärtig. Ob das Gesellschaftsgefüge nun aufgrund struktureller Ermüdung zusammenbrach, von innen umgestürzt oder von außen zerschlagen wurde – man ist sich weitgehend einig, daß das zentrale Problem darin besteht, wie auf den Trümmern dieser Gesellschaft eine neue Wirtschaft und ein neues Gemeinwesen errichtet werden sollen. Aber während die tonangebenden Wirtschaftswissenschaftler den institutionellen Zusammenbruch als Ausgangsbasis für kühne Initiativen, den Kapitalismus planmäßig aufzubauen, betrachten, sind zahlreiche Politologen der Auffassung, das institutionelle Vakuum werde die Gesellschaft lahmlegen oder gar ins Chaos stürzen. Nach Meinung der Politologen läßt der Zusammenbruch des Einparteienstaats diese Gesellschaften »ohne Institutionen und ohne System zurück (...). Was wir in Osteuropa heute vorfinden, ist ein institutionelles Vakuum. Die Logik des Staatssozialismus machte die Partei zum zentralen Nervensystem. Sie war die Institution überhaupt, denn sie erfüllte sämtliche untergeordneten Institutionen mit Leben, verlieh ihnen logischen Zusammenhalt und wies ihnen bestimmte Funktionen zu. Als die Vorherrschaft der kommunistischen Partei ihrem Ende zuging,

erstarben auch diese Institutionen und mit ihnen die Rolle, die sie spielten, sowie die Regeln, die ihnen zugrundelagen«[2]. Außer Frage steht, daß Bruchstücke der alten sozialistischen Ordnung neben neuen, einer anderen Logik gehorchenden Elementen fortbestehen. Da diese Versatzstücke zweier an sich stabiler Systeme aber einander widersprechen, so die Argumentation, sei der Postkommunismus ein »Nichtsystem«, irrational und strukturlos.

Ähnlich meint auch der Politologe Ken Jowitt, ein langjähriger Beobachter der Sowjetunion und Osteuropas, im Gefolge des Zusammenbruchs des Leninismus werde sich eine »neue Weltunordnung« herausbilden.[3] Sind die geopolitische Situation und die postleninistischen Gesellschaften auch nicht gerade als »formlos und leer« zu bezeichnen, so bieten sie nach Jowitt doch den chaotischen Anblick einer Welt im Zustand der Genesis, eine Verfassung, die durch Verwerfungen, traumatische Erschütterungen und Ungewißheit geprägt ist: Alte, starre Grenzen lösen sich auf, und ein neues politisches Vokabular »benennt« neue Gebilde und definiert »neue Lebensweisen«. »In dieser neuen Welt«, schreibt Jowitt, »werden Führer wichtiger sein als Institutionen, wird Charisma eine größere Bedeutung haben als die Volkswirtschaft.« Daß sich daraus eine liberale Gesellschaft entwickeln könne, sei zwar nicht ausgeschlossen und die Apokalypse nicht unabwendbar, jedoch sollten wir uns bewußt sein, daß einer demokratischen Konsolidierung Hindernisse im Wege stehen und daß es mit großer Wahrscheinlichkeit zu Kriegen und gewalttätigen Bewegungen kommen wird. Für Jowitt führt der Exodus aus dem Leninismus nicht ins Gelobte Land, sondern zu einer langen Wanderung durch die Wüste.

Übergang oder Transformation?

Die Warnungen der Politologen stellen zweifellos ein starkes Gegenmittel gegen die utopischen Projekte der Ökonomen dar. Aber unter einem dritten, eher soziologischen Blickwinkel stellt sich nicht die Frage, ob nun der Weg zum geplanten Kapitalismus frei ist oder ob die Schleusen zur Unordnung geöffnet wurden, sondern ob die Zusammenbruchs-Metapher und der Begriff des institutionellen Vakuums die heutigen Gesellschaften Rußlands und Osteuropas überhaupt angemessen beschreiben. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Infragestellung dieser Annahmen läßt am tatsächlichen Ableben des Kommunismus keinen Zweifel. Sie ist weder von einer Nostalgie für den Staatssozialismus noch vom Versprechen eines erst noch zu realisierenden wahren Sozialismus getragen. Meine Skepsis ergibt sich vielmehr aus einer anderen Sicht der in der alten Ordnung bestehenden Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie aus der Berücksichtigung von Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, die be-

reits lang vor den dramatischen Ereignissen in Osteuropa im Jahre 1989 auftraten.[4]

Daß die westlichen Politologen vor allem mit Zusammenbruch und Vakuum beschäftigt sind, liegt zum Teil daran, daß ihr Bild vom Staatssozialismus weitgehend von der Vorstellung eines allmächtigen Staates bestimmt ist. Fehlt dieser Staat, so nimmt es nicht Wunder, daß die Übergangsperiode als institutionell formlos und bar jeder gesellschaftlichen Organisation wahrgenommen wird. Nicht weniger staatszentriert ist aber auch die Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler: Eben weil die alte Ordnung durch einen starken Staat, der die Märkte aufgehoben hatte, gekennzeichnet war, gebe sein Ableben den Weg frei, so daß sich die Märkte nun »aus dem Nichts« entwickeln könnten.

Der Ansatz, den wir hier vorschlagen wollen, bricht mit diesen staatszentrierten Sichtweisen und stellt die vorherrschende Auffassung, der Staatssozialismus sei durch einen starken Staat und eine atomisierte Gesellschaft gekennzeichnet, in Frage. Anhand von ethnographischen Untersuchungen und von Feldstudien konnten Soziologen aufzeigen, daß es eine Vielfalt von gesellschaftlichen Beziehungen gab, die quer zu den offiziell vorgeschriebenen hierarchischen Strukturen standen.[5] Diese reziproken Beziehungen und marktähnlichen Transaktionen, die sowohl innerhalb des sozialistischen Sektors als auch in der »Schattenwirtschaft« weitverbreitet waren, ergaben sich aus der inneren Widersprüchlichkeit des Versuchs, eine ganze Volkswirtschaft »wissenschaftlich planen« zu wollen. Auf der Ebene der einzelnen Betriebe machten Materialknappheit und Lieferengpässe ständige Verhandlungen zwischen Werkmeister und informellen Arbeitergruppen nötig; auf der Managementebene erforderte die Planerfüllung ein dichtes Netz an informellen Beziehungen, die quer zu und zwischen den Unternehmen und den lokalen Organisationen verliefen; und die allokativen Verzerrungen, die die zentrale Planung mit sich brachte, reproduzierten stets aufs neue die Bedingungen, auf deren Grundlage sich das vorwiegend in Teilzeitbeschäftigung betriebene Unternehmertum in der Schattenwirtschaft entwickelte, welches sich in Umfang und Netzdichte von Land zu Land unterschied und sich in einem jeweils anderen rechtlichen Rahmen entwickelte.

Daß die Soziologen ihr Augenmerk auf diese informellen inner- und zwischenbetrieblichen Netze richten, bedeutet nicht, daß sie den Mythos vom starken Staat durch den Mythos einer starken Gesellschaft ersetzen. Im Gegenteil, zur Zeit der Regimewechsel in Osteuropa im Jahre 1989 und in der Sowjetunion 1991 stand einem schwachen Staat eine schwache Gesellschaft gegenüber. Auf der einen Seite hatten wir eine schwerfällige, ineffektive Bürokratie, die sich als unfähig erwies, Wirtschaftswachstum und Sytemintegration zu gewährleisten; auf der anderen eine außerordent-

lich schwache Bürgergesellschaft, der es an fest in der Bürgerschaft verwurzelten politischen Organisationen fehlte.[6] Die Existenz der genannten informellen Netze aber bedeutet, daß wir ungeachtet des widersprüchlichen und bruchstückhaften Charakters dieser Parallelstrukturen kein institutionelles Vakuum vorfinden, sondern routinemäßige Abläufe und Praktiken, Organisationsformen und soziale Bande, die zu Kapital und Ressourcen, zur Ausgangsbasis für glaubwürdiges Engagement und koordiniertes Handeln werden können. Daß diese Organisationsformen je nach Land mehr oder weniger breit gefächert sind und daß die durch diese Netze konstituierten Bindungen sich in ihrer Stoßrichtung unterscheiden – d.h. nicht immer und überall in Richtung Demokratisierung und/oder Einführung von Marktstrukturen weisen –, heißt nicht, daß sie zu vernachlässigen wären. Kurzum, an Stelle der Desorientierung, die die Politologen so alarmierend finden, und der tabula rasa, die auf die Ökonomen so anziehend wirkt, sehen wir unter der offiziellen Oberfläche bereits existierende Organisationsformen, die ihre Gestalt verändern, und vorher schon bestehende Beziehungsnetze, die in Aktion treten.

Unter diesem Blickwinkel wird deutlich, daß der Begriff des »Übergangs« mit Vorsicht zu genießen ist –, daß sich hinter diesem anscheinend nur beschreibenden Terminus möglicherweise ein teleologisches Denken verbirgt, das von einem angenommenen Endzustand motiviert ist. Eine die Gegenwart hypostasierende Geschichtsschreibung findet ihr Gegenstück hier in einer auf die Zukunft orientierten Übergangstheorie, die die Fehler der Modernisierungstheorie insofern wiederholt, als sie davon ausgeht, daß das Entwicklungsziel bereits feststeht. Daher analysieren wir nicht einen Übergang *(transition)*, sondern Transformationen (im Plural), bei denen sich die Einführung neuer Elemente im Normalfall mit der Anpassung, Neuformierung, Veränderung und Umgestaltung bestehender Organisationsformen verbindet.

Wenn wir unsere Annahmen zum Wandel in Osteuropa also einer nochmaligen Prüfung unterziehen wollen, müssen wir zunächst den Begriff des Übergangs zur Demokratie hinterfragen. Die Übergangsvorstellung samt ihrer Grenzen ergab sich aus dem Ereignis »1989« und dem damit verbundenen Drama, das diese Region in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte. Daß sich die Regimewechsel in dieser Region nahezu gleichzeitig ereigneten, trug zu der irrtümlichen Vorstellung bei, es gebe einen wesensmäßig osteuropäischen Übergang, einen einheitlichen Prozeß, der sich in den verschiedenen Ländern nur graduell unterscheide, sei es mit Blick auf die zeitliche Abfolge und die Schnelligkeit des Übergangs, sei es hinsichtlich der Stärke der demokratischen Impulse aus dem Volk. Im Gegensatz zu dieser Sichtweise sollten wir davon ausgehen, daß in der Region eine Vielzahl von Übergängen stattfindet, und das in zweifacher

Hinsicht: Im Vergleich zwischen den Ländern sehen wir, daß jedes einen anderen Weg einschlägt und daß sich diese verschiedenen Wege nicht nur graduell, sondern qualitativ voneinander unterscheiden. Und innerhalb eines gegebenen Landes finden wir nicht nur einen, sondern eine Vielzahl von spezifischen Übergängen – Übergänge im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich –, und diese Prozesse verlaufen oft asynchron und stehen selten in einem harmonischen Zusammenhang.

Diese Konzeption einer Pluralität läßt uns besser verstehen, warum der Wandel gesellschaftlicher Institutionen möglicherweise weit langsamer vonstatten geht als der Aufbau neuer politischer Institutionen, ja daß Wandel eben schon lange vor den leichter zu beobachtenden politischen Entwicklungen eingesetzt haben kann. Haben wir mit der Fehleinschätzung des Ereignisses »1989« als eines wie immer gearteten allgemeinen Kulminationspunktes oder Neuanfangs erst einmal gebrochen, so wird deutlich, daß der Normalbürger in Osteuropa schon seit zehn oder mehr Jahren in einer Welt lebt, deren verschiedene Bereiche durchaus kein stimmiges Ganzes bilden. Die spätsozialistischen Gesellschaften der achtziger Jahre waren keineswegs organisierte Systeme mit einer einheitlichen Logik, und ebensowenig steht zu erwarten, daß sie die westlichen Gesellschaften in Zukunft an Systemidentität überbieten werden.

Derzeit ist ihr Institutionalisierungsgrad zweifellos gering und die Unsicherheit außerordentlich hoch. Das heißt jedoch nicht, daß Lähmung und Unordnung die Folge wären. Vielmehr sollten wir uns darauf gefaßt machen, Akteure vorzufinden, die es gewohnt sind, mit den Zweideutigkeiten widersprüchlicher gesellschaftlicher Formen umzugehen und neuen Unsicherheiten mit ihrem bewährten Improvisationstalent zu begegnen. Folgen wir der auf der Analyse von transformativen Praktiken beruhenden Theorie des Wandels, so entsteht Neues nicht aus Neuem oder aus dem Nichts, sondern aus der Umgestaltung vorhandener Ressourcen. Dazu gehören neue Organisationsformen (die sich wahrscheinlich über die verschiedensten Bereiche hinweg verbreiten werden) ebenso wie habituelle Praktiken und soziale Bande, gleich, ob offizieller oder informeller Art. Die Transformation wird daher eher einem innovativen Anpassungsprozeß gleichen, in dem anscheinend disparate Elemente miteinander verbunden werden – Stichwort: *bricolage* – als der Ausführung eines vorgefertigten Plans.

Aus der offenkundig überlegenen Effizienz und Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Institutionen ziehen manche Beobachter fälschlicherweise den Schluß, man könne diese Institutionen per Dekret einfach kopieren, während uns die vergleichende Systemforschung doch lehrt, daß die Schwäche des Sozialismus gerade darin bestand, daß er sämtliche Wirtschaftsprozesse nach einem großen Plan zu organisieren suchte. Die Vorstellung, rationalere Institutionen könnten gemäß einem bewußten Plan

durchgesetzt werden, wiederholt damit die alte rationalistische Illusion des Sozialismus, die sich etwa in Lenins Überzeugung äußerte, man könne die Eigentumsverhältnisse über Nacht per Verwaltungserlaß umkrempeln. Dagegen gilt es festzuhalten, daß am Anfang des Kapitalismus im Westen nichts weniger als eine Blaupause stand. Seine Entwicklung war nicht durch einen bewußten Plan geleitet, und wie neuere Forschungen im Bereich der evolutionären Wirtschaftswissenschaften und der Organisationsökologie[7] gezeigt haben, ist die Entscheidung für bestimmte Technologien und Organisationsformen eher eine Sache der Routine als der rationalen Wahl.

Eine Theorie der transformativen Praktiken steht dabei keineswegs im Gegensatz zur Planung neuer Institutionen. Jedoch sollten wir unsere Hoffnung nicht in große Experimente setzen, sondern in viele kleine »Pläne«, in die Ausarbeitung von begrenzten Teillösungen für spezifische Problemstellungen, derart, daß der Transformationsprozeß in den verschiedenen institutionellen Zusammenhängen von einer Vielzahl verstreuter Akteure vorangetrieben wird.

Die Wüste lebt

Anstatt den »Fall des Kommunismus« als einförmigen Prozeß zu betrachten, geht eine soziologische Analyse der Transformation in Osteuropa von der Annahme aus, daß die Unterschiede im Zerfallsprozeß der einzelnen Länder für die möglichen Vorgehensweisen beim Neuaufbau von politischen und wirtschaftlichen Institutionen nicht ohne Folgen bleiben. Mit einem Wort, der Weg der Ablösung vom Staatssozialismus bestimmt die möglichen Formen des Transformationsprozesses. Bruszt[8] zum Beispiel zeigt, wie sich die überkommenen institutionellen Strukturen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft – präsidiale versus parlamentarische Staatsführung, Unterschiede in der institutionellen Interessenvermittlung usw. – auf das je nach Land variierende Wann und Wie makroökonomischer Maßnahmen auswirken. Zwar hoffen die politischen Entscheidungsträger, die Einführung von Marktstrukturen werde die Transaktionskosten ebenso senken wie die Privatisierung die Produktionskosten, ihre Handlungen jedoch hängen davon ab, unter welchen spezifischen und von Land zu Land recht unterschiedlichen Bedingungen sie die Toleranzgrenzen wahrnehmen, welche hinsichtlich der Übergangskosten in der Gesellschaft bestehen. Bruszts Untersuchung legt nahe, daß wir nicht das Verhältnis zwischen Demokratie und Markt untersuchen sollten, sondern das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Demokratietypen auf der einen und den verschiedenen Einführungsweisen des Markts auf der anderen Seite.

Wenn wir also davon ausgehen, daß das institutionelle Material für den Neuaufbau der Wirtschaft in den »Trümmern« des Sozialismus zu finden ist, so steht zu erwarten, daß die vorhandenen institutionellen Elemente im Zuge der strukturellen Neuerungen innerhalb der Wirtschaft weniger durch andere ersetzt, als vielmehr in einen vielschichtigen Umgestaltungsprozeß einbezogen werden. Zum Beispiel weisen neuere Untersuchungen über die Privatisierung in Osteuropa darauf hin, daß die dezentralisierte Umorganisation je nach Land ausgesprochen unterschiedliche Formen annimmt, in denen zum Ausdruck kommt, auf welche Weise die jeweiligen Länder sich vom Sozialismus befreit haben. In Ostdeutschland wurde diese Neuzusammensetzung durch eine Verwaltungsbehörde, die Treuhandanstalt, in Regie genommen.[9] In Polen übernehmen ausgehend vom Erbe der Arbeiterorganisationen vielfach die Gewerkschaften und Betriebsräte eine führende Rolle in der Privatisierung durch Liquidation.[10] Und auch in Rußland ließ das Ableben der zentralen Planung keineswegs eine institutionelle Leere zurück. Hier ist es vielmehr so, daß die Unternehmensdirektoren im Rahmen der althergebrachten Beziehungsnetze weiterhin Tauschhandel betreiben[11] und ganze Ministerien sich in vielfach untergliederte Unternehmen verwandeln, wobei die höheren Beamten ihren Einfluß auf die Geschäftsentscheidungen der ihnen unterstehenden Betriebe nun nicht mehr in ihrer ehemaligen Eigenschaft als Abteilungsleiter des Industrieministeriums geltend machen, sondern als Vorstandsvorsitzende eines »Konzerns«.[12]

Allerdings sollten wir nicht nur die Hinterlassenschaft an Organisationsformen untersuchen, die innerhalb der sozialistischen Staatswirtschaft entstanden, sondern auch die informellen Netze, die sich in den Zwischenräumen der Bürokratie oder ganz und gar außerhalb ihrer entwickelten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die informellen Netze, die den Hindernissen, die ihnen das alte System in den Weg legte, gewachsen waren und eine spezifische Funktionalität ausbildeten, unter postkommunistischen Bedingungen die Entwicklung von Unternehmertum und Marktbeziehungen vorantreiben oder eher blockieren. Ich möchte hier zwei Behauptungen aufstellen, die der weiteren Forschung als Anhaltspunkte dienen könnten. Erstens, die überkommenen informellen Netze der Unternehmensleiter, die nunmehr die Gestalt nominell privater, institutioneller Kapitalverflechtungen angenommen haben, sind wohl zu clanartig strukturiert, als daß sich auf ihrer Grundlage eine durchgängig marktförmige Wirtschaftsordnung durchsetzen ließe. Dabei sollten wir unser Augenmerk jedoch nicht auf die Desintegration dieser Netze richten, sondern auf die mögliche Neuformierung von Teilen der alten Elite.[13] Die unter Bedingungen schwachen Budgetzwangs entstandenen, auf Vertrauen und Freundschaft beruhenden, festgeknüpften Netze mögen kurz-

fristig dynamisierend wirken. In schwierigeren Zeiten wird man jedoch auf sie zurückgreifen, um die eigenen, durch lange Gewohnheit und Routine geprägten »Interessen« zu verteidigen, die der Einführung von Marktbeziehungen durchaus im Wege stehen. Das ist wohlgemerkt nicht als Voraussage gedacht. Vielleicht werden hinreichend hohe ausländische Direktinvestionen in Verbindung mit einem ausreichenden Maß an wirklich privatem Unternehmertum ein Umfeld schaffen, in dem sich die clanartigen Netze institutioneller Eigentümer zur organisatorischen Grundlage eines dynamischen Wettbewerbs auf dem Markt entwickeln können. Vorerst sollten wir uns jedenfalls darauf konzentrieren, die Merkmale dieser Netze zu untersuchen, also zu erforschen, wie dicht sie geknüpft, ob sie symmetrisch oder asymmetrisch strukturiert und ob sie von Dauer oder relativ unbeständig sind.

Ebenso der Untersuchung wert sind die Netze, die in Osteuropa zwischen Kleinunternehmern entstanden sind. Istvan Gabor[14], Ungarns führender Experte in Sachen Schattenwirtschaft[15], gelangt diesbezüglich zu dem vorläufigen Schluß, daß diese Netze nur eine geringe Dichte und Ausdehnung aufweisen, durch fehlende Vertrauensverhältnisse und mangelnden Zusammenhalt geprägt sind und somit nahezu das Gegenteil dessen darstellen, was die Netze der Leiter größerer Unternehmen kennzeichnet. Gábors Skepsis hinsichtlich der künftigen Durchsetzung dynamischer Marktstrukturen in diesem Wirtschaftssektor wurzelt in der aus neueren Arbeiten über das »Dritte Italien« bezogenen Annahme, daß ein flexibles Kleinunternehmen nicht nur Wettbewerb, sondern auch Kooperation braucht. Die italienischen Kleinunternehmer, die in derselben Produktsparte miteinander konkurrieren, stehen aufgrund althergebrachter gewerkschaftlicher Strukturen und parteipolitischer Bindungen sowie vermittelt über die lokalen Behörden oft in enger Beziehung zueinander. Diese Kooperationsstrukturen gehen auf überkommene politische und soziale Institutionen zurück, die die Gesellschaft vor der völligen Durchdringung durch den Markt bewahrt haben. Darin liegt Gabors tiefer Pessimismus: Der Staatssozialismus unterband in der Vergangenheit nicht nur die Ausbreitung von Marktbeziehungen, sondern beseitigte auch sämtliche Institutionen der Bürgergesellschaft, die in näherer Zukunft zur Grundlage umfassender Kooperationstrukturen hätten werden können. Die Netze der Kleinunternehmer in Ungarn sind so beschränkt, daß sie den gegenseitigen Zusammenhalt und die wechselseitige Abstimmung kaum befördern. Sie sind weder clanartig genug, um eine umfassende Einführung von Marktbeziehungen hervorzubringen, noch gehen sie ausreichend in die Tiefe, um zum Aufbau der gesellschaftlichen und politischen Infrastruktur beizutragen.

Rekombinantes Eigentum

Um dem Gedanken weiter nachzugehen, daß Transformation nicht Ersetzung, sondern Neuzusammensetzung bedeutet, trug ich bei einem Forschungsaufenthalt in Ungarn 1993/1994 Datenmaterial zusammen und führte eigene Feldstudien durch.[16] Das Hauptergebnis meiner Forschungen besteht darin, daß die postsozialistische Eigentumsreform nicht durch den Übergang vom Staats- zum Privateigentum gekennzeichnet ist, sondern dadurch, daß sich die Grenzen zwischen diesen beiden Eigentumsformen verwischen.[17] Ein gemischtwirtschaftliches System ist dies nicht deshalb, weil es sowohl staatseigene als auch private Unternehmen gäbe, sondern weil das typische Unternehmen selbst eine Kombination aus staatlichen und privaten Elementen ist. Oder vielleicht sollten wir an Stelle von »sowohl – als auch« besser »weder – noch« sagen: Denn weder sind die privaten Eigentumsrechte klar umrissen, noch haben wir es mit einer bloßen Fortführung oder Reproduktion alter Formen des Staatseigentums zu tun. Vielmehr stoßen wir auf Eigentumsformen, in denen der Gegensatz zwischen privatem und staatlichem Eigentum aufgelöst ist und private wie staatliche Elemente ineinander verwoben und neu zusammengesetzt erscheinen. Die typische Eigentumsform im osteuropäischen Kapitalismus kann als rekombinantes Eigentum bezeichnet werden: Parallel zur dezentralisierten Umorganisation der Aktiva (Kapital) haben wir ein zentralisiertes Management der Passiva (Schulden).

Meine Forschungen ergaben zum Beispiel, daß der Staat bei der großen Mehrheit der 200 größten Unternehmen und 25 führenden Banken Ungarns in irgendeiner Form am Eigentum beteiligt ist. Wer aber sind die anderen Eigentümer? Die Antwort auf diese Frage lautet: Die Eigentümer großer Aktiengesellschaften sind andere große Aktiengesellschaften. Meine Analyse zeigt eine Eigentumsstruktur, die durch gegenseitige Teilhaberschaft gekennzeichnet ist, d.h. durch dichte Netze von sich überkreuzenden Kapitalbeteiligungen zwischen den verschiedenen Großunternehmen.

Mit Blick auf die einzelnen Unternehmen selbst kann gesagt werden, daß die Manager die Unternehmensorganisation zunehmend in zahlreiche kleinere Unternehmen auflösen, die aus den Abteilungen, Fabriken oder auch aus einzelnen Werkstätten des vormaligen Unternehmens gebildet werden. Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein großes öffentliches Unternehmen praktisch sämtliche Aktivitäten auf fünfzehn bis zwanzig solcher Satelliten verteilt, die um das Hauptunternehmen kreisen und deren Anteile in der Hand dieses Unternehmens selbst liegen.

Die Unternehmenssatelliten unter den Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind weder genuinePrivatunternehmen, noch staatliche Überbleibsel aus der sozialistischen Vergangenheit. Die Eigentumsanteile der

meisten Unternehmenssatelliten liegen dabei nicht ausschließlich in der Hand des Hauptunternehmens. Unter den Gründungspartnern und derzeitigen Eigentümern finden sich auch Angehörige des mittleren und Top-Mangements, Techniker und andere Mitarbeiter. Diese Privatpersonen erwerben einen Unternehmenssatelliten nur selten en bloc, vielmehr ziehen sie es, gestützt auf ihr Insider-Wissen, vor, die Ambiguitäten auszunutzen, die die institutionelle Miteigentümerschaft mit sich bringt. Häufig befinden sich unter den Miteigentümern außer den genannten Privatpersonen auch Banken, andere Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, mitunter aber auch unabhängige Unternehmen und andere kleine Firmen, die entweder um dasselbe Hauptunternehmen kreisen oder aber um ein Unternehmen, das mit letzterem durch Liefer- oder Abnahmeverträge verbunden ist. So nimmt die Umorganisation der Eigentumsverhältnisse im heutigen Ungarn überwiegend nicht die Form des Ausverkaufs ans Ausland an, sondern besteht in der Schaffung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich im Besitz von Privatpersonen, Privatgesellschaften und anderen Gesellschaften mit beschränkter Haftung befinden, die wiederum Eigentum von Aktiengesellschaften, Banken und staatseigenen, öffentlichen Großunternehmen sind. Die neuen Eigentumsformen zeichnen sich somit durch horizontale Kapitalverflechtungen und damit verwobene bzw. vertikal verschachtelte, holdingartige Beziehungen aus. Die wirkliche Basis von Unternehmertum und Umstrukturierung sind daher weder einzelne Privatpersonen noch unabhängige Einzelfirmen, sondern soziale Netze.

Ein weiterer Punkt, mit dem ich mich im Laufe meiner Forschungsarbeiten beschäftigte, war die Frage, wie eine postsozialistische Wirtschaft mit dem Problem der Unternehmensschulden umgeht. Der Versuch der ungarischen Regierung, die Passiva zentral zu verwalten, veranlaßte die Wirtschaftssubjekte auf der Unternehmensebene, ihre Strategien der rekombinanten Risikostreuung durch neue Strategien der Risikoweitergabe zu ergänzen. Wie meine Analyse nahelegt, fußt der Paternalismus in Ungarn heute auf einer neuen Grundlage. Während er in der staatssozialistischen Wirtschaft darauf beruhte, daß der Staat die Aktiva zentral zu verwalten suchte, gründet er in der postsozialistischen Wirtschaft auf dem Versuch des Staates, die Passiva zentral zu verwalten.

Der Zusammenprall konkurrierender organisatorischer Prinzipien, der die postsozialistischen Gesellschaften kennzeichnet, bringt neue Organisationsformen hervor, und diese organisatorische Vielfalt könnte zur Grundlage einer besseren Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft werden. In jedem Fall umreißen die neuen Formen Möglichkeiten eines spezifisch osteuropäischen Kapitalismus, der sich vom westeuropäischen genauso sehr unterscheiden wird wie die ostasiatischen Varianten.

Marktwirtschaft oder moderner Kapitalismus?

Wird diese *bricolage* demokratische Martwirtschaften hervorbringen? Es ist noch zu früh, um darauf eine Antwort zu geben. Allerdings werden funktionierende Märkte wohl eher aus *trial and error,* also korrigierbarem Verhalten, entstehen als aus großangelegten, der Gesellschaft zentral verordneten Experimenten. Ebenso wie neue Möglichkeiten wohl eher wahrgenommen und genutzt werden, wenn die Transformationsprozesse dezentral verlaufen. Wichtiger scheint mir indes die Frage, ob die osteuropäischen Regierungen das Ziel verfolgen sollten, sämtliche Aspekte des Wirtschaftslebens möglichst weitgehend unter Marktgesichtspunkten zu organisieren. Die Überlegungen der Befürworter einer solchen Politik weisen dabei zwei analytische Fehler auf: Erstens verwechseln sie ein mögliches Mittel mit dem Zweck selbst, und zweitens bewegen sie sich in einem theoretischen Rahmen, der sich in der Dichotomie von Staat und Markt erschöpft, während die anderen Koordinationsmechanismen, die die modernen Wirtschaften auszeichnen, außer acht bleiben. Mit Blick auf den ersten Punkt duldet es keinen Zweifel, daß die Einführung von Marktstrukturen unter anderem das Ziel verfolgt, die Produktionsprozesse zu modernisieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser beschädigten Wirtschaften zu verbessern. Jedoch weisen Vertreter verschiedener Denkströmungen innerhalb der Wirtschaftswissenschaften neuerdings darauf hin – dies sei mit Blick auf Punkt Zwei angemerkt –, daß es Wirtschaftsbereiche gibt, in denen weder die marktförmigen noch die staatlichen Koordinationsmechanismen den größten Wettbewerbsvorteil versprechen, sondern alternative Formen, die wir erst ansatzweise verstehen und einstweilen mit Hilfsbegriffen wie »Netze«, »Allianzen« oder »zwischenbetriebliche Abkommen« bezeichnen.[18] Eine Politik, die in sämtlichen Wirtschaftsbereichen ausschließlich auf den Markt setzt, wäre der internationalen Wettbewerbsfähigkeit daher durchaus abträglich.

Eine solche Tragödie bleibt solange wahrscheinlich, wie die politische Debatte über die Übergänge vom Staatssozialismus zum Kapitalismus von Leuten beherrscht wird, die den Triumph des Kapitalismus mit dem Triumph des Markts verwechseln und wie gebannt auf die »Marktrevolutionen« von Reagan und Thatcher starren, wo wirklich erfolgreich doch nur der weder marktförmig noch hierarchisch geprägte industrielle Strukturwandel in Deutschland und Japan war. Die moderne kapitalistische Wirtschaft sollte nicht auf einen ihrer konstitutiven Bestandteile reduziert werden, und der Markt ist eben nur einer der vielfältigen, nebeneinander existierenden Koordinationsmechanismen, die dem modernen Kapitalismus sein Gepräge verleihen.[19] Transformationsprogramme, die nur auf einen einzigen Koordinationsmechanismus bauen, orientieren sich weni-

ger am bestehenden Kapitalismus, als daß sie die alte Methode der Einführung des Staatssozialismus nachahmen.

Vom Standpunkt einer Gesellschaftstheorie, die Komplexität nur als funktionale Ausdifferenzierung oder als auf Übergangsperioden beschränktes Nebeneinander von sich widersprechenden Prinzipien einander überlappender Systeme kennt, wird diese Vielfalt an organisatorischen Einrichtungen unstimmig erscheinen. Der Marxismus und die Modernisierungstheorie sind für die anstehenden Aufgaben gleichermaßen ungeeignet. Die Transformationsprozesse im heutigen Osteuropa bieten nicht nur die Gelegenheit, bestehende Theorien wie im Laborexperiment zu überprüfen, sondern auch die Möglichkeit, neue Theorien der Komplexität zu entwickeln, mit denen sich gesellschaftlicher Wandel besser verstehen läßt.

Aus dem Amerikanischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

1 Vgl. Jeffrey Sachs, My Plan for Poland, in: *International Economy,* 1989, Heft 3 (Dezember), S. 24-39; Merton J. Peck, Thomas J. Richardson (Hg.), What Is to Be Done? Proposals for the Soviet Transition to the Market, New Haven 1992.
2 Valerie Bunce, Mária Csanádi, A Systemic Analysis of a Non-System: Post-Communism in Eastern Europe, Cornell Working Papers on Transitions from State Socialism 92/5.
3 Ken Jowitt, The New World Disorder, in: *Journal of Democracy,* 1991, Heft 2, S. 11-20.
4 David Stark, Victor Nee, Toward an Institutional Analysis of State Socialism, in: Dies. (Hg.), Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe, Stanford 1989, S. 1-31.
5 Vgl. ebd.
6 Laszlo Bruszt, David Stark, Remaking the Political Field in Hungary: From the Politics of Confrontation to the Politics of Competition, in: *Journal of International Affairs,* 1991, Heft 45, S. 201-245.
7 Michael T. Hannan, John H. Freeman, Organizational Ecology, Cambridge 1989; Brian W. Arthur, Competing Technologies and Lock-in by Historical Events: The Dynamics of Allocation under Increasing Returns, in: *Economic Journal* 1989, Heft 99, S. 116-131.
8 László Bruszt, Transformative Politics in East Central Europe, in: *East European Politics and Societies,* 1992, Heft 6, S. 52-70.
9 Horst Kern, Charles Sabel, Between Pillar and Post: Reflections on the Treuhand's Uncertainty about What to Say Next, Paper presented at conference on the Treuhandanstalt, Center for European Studies, Harvard University, 1991.
10 Janusz M. Dabrowski, Michal Federowicz, Anthony Levitas, Polish State Enterprises and the Properties of Performance: Stabilization, Marketization, Privatization, in: *Politics and Society,* 1991, Heft 19, S. 403-437.
11 Michael Burawoy, Pavel Krotov, The Soviet Transition from Socialism to Capitalism: Worker Control and Economic Bargaining in the Wood Industry, in: *American Sociological Review,* 1992, Heft 57, S. 16-38.
12 Peter Rutland, Order out of Chaos? The Corporatization of Russian Industry, unveröff. Manuskript, Wesleyan University, 1992.
13 David Stark, Privatization in Hungary: From Plan to Market or from Plan to Clan?, in: *East European Politics and Societies* 1990, Heft 4, S. 351-392; György Lengyel, The Small Transformation: Patterns of Elite Recruitment in Hungary, 1992, Cornell Working Papers on Transitions from State Socialism 92/7.

14 Istvan Gabor, Private Entrepreneurship and Re-embourgoisement in Hungary, in: *Society and Economy* (Budapest), 1991, Heft 13, S. 122-133.
15 Vgl. seinen Beitrag »Schattenwirtschaft in Ungarn – Geschöpf der alten oder Hoffnung der neuen Ökonomie?, in: *Transit* 3, Winter 1991/92, S. 159-168. (d. Red.)
16 Meine Forschungen umfaßten: 1. Feldforschungen in sechs ungarischen Unternehmen. Drei dieser Firmen gehören zu den zwanzig größten Unternehmen Ungarns und bilden das Herzstück der dortigen metallverarbeitenden Industrie, der Elektronikindustrie und der Herstellung von Gummierzeugnissen. 2. Interviews mit führenden Persönlichkeiten aus dem Bankgewerbe und den politischen Parteien, aus Regierungsbehörden und Ministerien. 3. Zusammenstellung von Datenmaterial über die Mitglieder des Aufsichtsrats und die Eigentumsstruktur der 200 größten ungarischen Unternehmen und 25 führenden ungarischen Banken. Hinzu kamen Daten über die Eigentumsstruktur von rund 800 Firmen, die sich unter der Portefeuille-Verwaltung der Regierungsbehörde für Staatseigentum befinden.
17 Einzelheiten dazu in meinem Beitrag »Recombinant Property in East European Capitalism«, der 1995 im *American Journal of Sociology* erscheinen wird.
18 Robert Boyer, Markets within Alternative Coordinating Mechanisms: History, Theory, and Policy in the Light of the Nineties, Paper presented at the conference: The Comparative Governance of Sectors, Bigorio/Schweiz 1991; Rogers Hollingsworth, Philippe Schmitter, Wolfgang Streeck (Hg.), Comparing Capitalist Economies: Variations in the Governance of Industrial Sectors, New York 1992; Walter Powell, Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organization, in: B. Staw, L.L. Cummings (Hg.), Research in Organizational Behavior, Greenich 1990, S. 295-336; Charles Sabel, Constitutional Ordering in Historical Context, in: Fritz W. Scharpf (Hg.), Games in Hierarchies and Networks, i.V.
19 Robert Boyer, Markets, a.a.O.

Joze Mencinger

DEN KAPITALISMUS SCHAFFEN

Die Privatisierungsdebatte in Slowenien

Im postkommunistischen Wirtschaftsleben Sloweniens wetteiferten »westliche Theorien« mit »östlichen Wirklichkeiten« bei der Frage der Privatisierung und bei der Einführung der neuen Währung. In der Privatisierungsdebatte konkurrierten zwei Hauptmodelle miteinander, die allgemein als Mencinger-Konzept und Sachs-Konzept bezeichnet wurden. Das erste vertrat ein gemäßigtes Programm: eine schrittweise, dezentralisierte und kommerzielle Privatisierung, das zweite ein radikales: zentralistische und distributive Massenprivatisierung. Die Auseinandersetzung um diese Konzepte wuchs sich zu einer politischen Angelegenheit aus, die zeitweise von der Debatte um die Reform der slowenischen Währung überdeckt wurde.

Während in der Privatisierungsdebatte die »westlichen Theorien« (mit einer hauchdünnen Mehrheit) obsiegten, gewannen im Streit um die Währungsreform die »östlichen Realitäten«, d.h. ein Team von slowenischen Ökonomen[1] gegen die ausländischen Berater. Im Oktober 1991 wurde in Slowenien ein System mit gelenktem *floating* etabliert. Die Praxis zeigte, daß dies die richtige Lösung in der gegebenen Situation war, denn die Grundvoraussetzungen für einen fixierten Wechselkurs existierten nicht.[2]

Slowenien besaß keine typische Planwirtschaft. Es profitierte von dem frühen Beginn marktwirtschaftlicher Reformen in Jugoslawien: Die Firmen waren autonom, zentrale Planung hatte man in den fünfziger Jahren aufgegeben, die Preise wurden in den sechziger Jahren freigegeben, die Grundinstitutionen des Marktes und ein marktorientiertes Verhalten existierten und Mangelwirtschaft und Geld-Überschuß waren unbekannt. Das kleine Land mit seinem Bruttosozialprodukt von 12 Milliarden US-Dollar und seiner homogenen, gut ausgebildeten und sozial stabilen Bevölkerung von 2 Millionen war das reichste Land Osteuropas. Auch war Slowenien nicht völlig in die jugoslawische Ökonomie integriert; der Handel mit den anderen Republiken entsprach dem Handel mit der übrigen Welt, beinahe 50% des Bruttosozialprodukts stammten aus dem Export, und etwa 70% des Handels entfielen auf die Länder der EG und der EFTA. Außerdem hatte das kommunistische Regime in den achtziger Jahren an Macht verloren, und zwischen der Nomenklatura und der übrigen Bevöl-

kerung gab es keine starren Grenzen mehr. Diese Charakteristika hätten, theoretisch gesehen, den zweifachen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus und von der Abhängigkeit zur Unabhängigkeit erleichtern sollen.

Die Chancen für einen im jugoslawischen Rahmen ablaufenden Übergang zur Marktwirtschaft verschlechterten sich allerdings aufgrund der falschen Wirtschaftspolitik und der herannahenden politischen Krise der Sozialistischen Föderation. Der Zerfall des Landes setzte Anfang der achtziger Jahre mit dem Ende des Wirtschaftswachstums ein. Die daraus resultierenden politischen und sozialen Spannungen zwischen dem »Norden« und dem »Süden« bildeten eine unüberwindbare Barriere für den Übergang und für eine stabile Wirtschaftspolitik. Schließlich begann Jugoslawien 1990, d.h. lange vor seiner politischen Auflösung, als Wirtschaftseinheit zu zerbröckeln; Steuern wurden nicht mehr eingehoben, die Republiken druckten eigenes Geld, »Importe« aus den anderen Republiken wurden mit Sondersteuern belegt, und die Republiken begannen, ihre eigenen Wirtschaftssysteme zu entwerfen, die beträchtlich voneinander abwichen. Die nach den allgemeinen Wahlen von 1990 etablierte slowenische Regierung[3] konzentrierte sich daher auf pragmatische Modifikationen der auf Bundesebene getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, auf die schrittweise Einrichtung eines »normalen« Wirtschaftssystems und auf Vorkehrungen für den möglichen Übergang zur Unabhängigkeit. Es ging darum, angesichts einer sehr unsicheren politischen Zukunft schnell reagieren zu können. Die Regierung agierte auf zwei Ebenen: im »Untergrund« und offiziell. Auf der ersten Ebene wurden monetäre Angelegenheiten behandelt, auf letzterer budgetäre. Pragmatismus und stufenweiser Fortschritt erwiesen sich bei der Bewältigung der aus der föderativen Wirtschaftspolitik resultierenden Probleme als erfolgreich: bei der Errichtung von Souveränität in Bezug auf das Staatsbudget und das Währungssystem und bei der Bereitstellung institutioneller Rahmen für ein »neues« Land lange vor der Proklamation der Unabhängigkeit.[4]

Der Privatisierungsprozeß setzte in Slowenien bereits vor dem Zusammenbruch Jugoslawiens mit den entsprechenden Verfassungsänderungen auf Bundesebene und neuen Gesetzen ein. Das bedeutendste unter ihnen, das Unternehmensgesetz, hob formell die »Selbstverwaltung« und das »gesellschaftliche Eigentum« auf und ersetzte sie durch kapitalistisches Eigentumsrecht. Das »Gesetz über die Zirkulation und die Verfügung des gesellschaftlichen Kapitals« ermächtigte die Arbeiterräte, Unternehmen an Privateigentümer zu verkaufen; das im August 1990 angenommene Gesetz über gesellschaftliches Eigentum ermöglichte schließlich eine stufenweise Überführung der sozialistischen Unternehmen in gemischte. Es wurde allerdings vom slowenischen Parlament aufgehoben, denn Slowenien bereitete ein eigenes Privatisierungsgesetz vor.

Das Korze-Mencinger-Simoneti (KMS)-Konzept

Das Konzept einer stufenweisen, kommerziellen und dezentralisierten Privatisierung wurde im Juni 1990 im slowenischen Parlament eingebracht[5], der erste Gesetzesentwurf im November 1990 präsentiert und der zweite Entwurf im März 1991 angenommen.

Dezentralisiert bedeutet, daß die Unternehmen selbst den Transformationsprozeß initiieren und einen Großteil der notwendigen Schritte erledigen. Die Privatisierung erfolgt gemeinsam mit den Arbeitnehmern, Managern, Gläubigern, früheren Besitzern und andern heimischen und ausländischen, juristischen und natürlichen Personen. Der Regierung obliegt daher lediglich die Festsetzung der Regeln und die Überwachung des Prozesses, nicht aber seine Durchführung. Der *stufenweise* Charakter bietet die Möglichkeit, mit einer Teilprivatisierung zu beginnen, also sozialistische Firmen zunächst in gemischte Unternehmen und dann allmählich in völlig private umzuwandeln. Bei einer Teilprivatisierung erhalten die Käufer oder Investoren kollektive Aktien, die nicht gezeichneten Aktien werden vorübergehend an den zentralen Entwicklungsfonds als käufliche Aktien ohne Stimmrecht transferiert. Schließlich bedeutet *»kommerziell«*, daß der Verkauf von Aktien favorisiert wird gegenüber ihrer freien Distribution. Zu Beginn des Prozesses gab es keine freie Distribution von Aktien. Den Bürgern Sloweniens wurde beim Ankauf von Aktien lediglich Rabatt gewährt, und die Arbeiter und Angestellten kamen in den Genuß zusätzlicher Rabatte in ihren Firmen.

Das Konzept setzte verschiedene Methoden ein, um Flexibilität zu garantieren. Vier Hauptformen der Eigentumsreform waren vorgesehen: Verkauf der vorhandenen Aktien, Kapitalerhöhung, Transfer der Aktien an den Entwicklungsfonds und *debt-equity swaps.* Diese Formen konnten kombiniert werden. Die Aufbringung zusätzlichen Kapitals galt als bevorzugte Form; in diesem Fall blieb das Kapital in der Firma. Die Privatisierungsagentur und der Entwicklungsfond mußten den Prozeß unterstützen.

Das Konzept versuchte, die ökonomischen und gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen und die Auswirkungen der Privatisierung auf die makroökonomischen Leistungen zu berücksichtigen, und es schien für eine Wirtschaft geeignet, die auf dem eher merkwürdigen Begriff des gesellschaftlichen Eigentums basierte. Die Autoren verwahrten sich gegen die Illusion, die Privatisierung würde die Effizienz der Wirtschaft über Nacht erhöhen und gerecht verlaufen. Statt dessen unterstrichen sie, daß die Privatisierung lediglich die Voraussetzungen für ökonomische Effizienz schaffen könne, und daß es sich eher um einen Prozeß als um eine einmalige Maßnahme handeln würde. Sie argumentierten ferner, daß die slowenische

Wirtschaft gegenüber anderen postkommunistischen Staaten gewisse Vorteile aufweise, die es auszunützen gelte. Dezentralisierung und Unabhängigkeit der Firmen, die Berücksichtigung der bestehenden Industriestruktur und ihrer regionalen Streuung wurden als äußerst wichtig angesehen. Firmen mit 100 bis 500 Angestellten machten das Gros der sozialistischen Betriebe aus, und viele hatten gute Handels- und Kapitalverbindungen mit dem Ausland. Die Bindung der Arbeitnehmer an ihre »eigene« Firma half, die sozialen Kosten des Übergangs zu verringern. Schließlich behaupteten die Urheber dieses Konzepts, daß es institutionelle Schocks, eine aufgeblähte Administration und potentielle politische Einmischung verhindere und so erlaube, den Privatisierungsprozeß fortlaufend an die Gegebenheiten anzupassen; es gestatte, rasch eine schmale, aber tragfähige Eigentümerstruktur zu schaffen, die dann stufenweise vervollständigt werden könne.

Das Konzept wies gewisse größere Mängel auf: Niemand würde gerne Firmen mit geringer Leistung oder Verlusten privatisieren oder umstrukturieren. Diese Firmen würden höchstwahrscheinlich beschließen, die gemeinsamen Aktien an den Entwicklungsfonds zu transferieren und somit für eine freiwillige Verstaatlichung optieren. Der Staat hätte sich dann um solche Firmen und ihre Privatisierung zu kümmern. Der Prozeß könnte Manipulationen und Korruption unterliegen, da die Firmenbelegschaft vermutlich einen für sie günstigen, der Öffentlichkeit aber nachteiligen Deal vorschlagen wird; die Käufer könnten unverhoffte Gewinne machen. Der Anreiz der Arbeitnehmer, Aktien zu kaufen, würde die Schaffung von Insiderinvestoren stimulieren, die eine Politik verfolgen könnten, die nur ihrem Interesse, nicht aber dem der Besitzer dient; die Gewinne könnten weiterhin in die Lohntüten der Arbeitnehmer fließen, auf Kosten der übrigen Aktionäre.

Das Scheitern des Konzepts

Die neue politische Elite beklagte sich, daß die vom KMS-Gesetz geschaffenen Bedingungen für den Eigentumstransfer ungerecht seien; die frühere Unternehmensnomenklatura und privilegierte Angestellte würden profitieren, während andere von der Möglichkeit ausgeschlossen seien, Aktionäre zu werden. Auch wurde fälschlich angenommen, daß diese Privatisierungsstrategie alle Arbeitnehmer zwangsläufig zu Eigentümern machen würde. Solche irrigen Annahmen vermittelten den Eindruck, daß die Privatisierung einen neuen Typus sozialistischer Marktwirtschaft schaffen würde. Der an Harvard lehrende Wirtschaftswissenschaftler und vielbeschäftigte Berater in Fragen des postkommunistischen Übergangs zur Marktwirtschaft Jeffrey Sachs wies darauf hin, daß durch den freiwilligen

Charakter der Kommerzialisierung unnötige Verzögerungen entstünden, daß Insidern zu viel Einfluß zugestanden würde, daß es keine Privatisierungsmaßnahmen für verlustbringende Firmen gebe und daß keine praktikable Vision vorliege, wie große Teile der Wirtschaft innerhalb kurzer Zeit zu privatisieren wären. Seine Kritik machten sich führende Politiker zu eigen, denen das KMS-Konzept mißfiel; aus diesem Grunde wurde es schließlich verworfen.

Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Jeffrey Sachs und mir entstanden nach der zweiten Lesung des Privatisierungsgesetzes am 21. März 1991. Der Entwurf beinhaltete nicht die Vorschläge von Sachs, da sie erst eintrafen, nachdem der Gesetzesentwurf im Parlament vorlag. Allerdings kündigte ich in meiner Parlamentsrede an, daß einige seiner Vorschläge für den dritten (endgültigen) Entwurf in Betracht gezogen würden. Der zweite Entwurf wurde angenommen. Prof. Sachs wurde darüber informiert; er fragte, ob wir seine Hilfe benötigten oder nicht. Ich erklärte ihm die Lage und lud ihn am 24. März per Fax zu einem neuerlichen Besuch ein; ich unterstrich, wie unverzichtbar seine Hilfe sei, bemerkte aber auch, welche seiner Ideen in das Privatisierungsgesetz aufgenommen würden und welche nicht. Der dritte Entwurf berücksichtigte dann die Änderungen des Parlaments; er beinhaltete auch einige der Anregungen von Sachs. Der endgültige Entwurf wurde von verschiedenen Regierungsgremien bestätigt und für die Annahme durch die Regierung am 12. April 1991 vorbereitet. Der damalige Premierminister Lojze Peterle begann, höchstwahrscheinlich auf Anregung seiner Berater und der Mitglieder der slowenischen Diaspora in den USA und in Argentinien, das Gesetzgebungsverfahren zu behindern – offensichtlich wollte er die Ankunft von Sachs am 17. April in Ljubljana abwarten. Die Diskrepanzen wurden größer. Nach einem Treffen zwischen der Regierung und führenden Politikern von DEMOS, bei dem Sachs alternative Privatisierungsmodelle präsentierte, teilte ich dem Premierminister unter vier Augen mit, daß ich zu einem Rücktritt bereit sei, falls die Regierung das KMS-Privatisierungskonzept fallen ließe. Am nächsten Morgen folgte ich einer offiziellen Einladung nach Luxemburg. In meiner Abwesenheit wurde Professor Sachs zu einer Parlamentssitzung eingeladen, wo er »meinen«, d.h. den offiziellen Gesetzesentwurf der Regierung, verurteilte; der Premier kündete eine Änderung des Konzepts und meinen Rücktritt an. Am 21. April bot ich meinen Rücktritt offiziell an, und das Parlament nahm ihn zusammen mit dem von Finanzminister Marko Kranjec am 8. Mai 1991 an.

Der endgültige KMS-Gesetzesentwurf gelangte so nie ins Parlament. Im Sommer 1991 wurde ein völlig neues Gesetz (das Peterle-Sachs-Umek-Gesetz) vorbereitet und dem Parlament bewußt irreführend als endgültiger Entwurf präsentiert; die verständliche Ablehnung seitens des Parlaments,

ein völlig neues Gesetz zu verabschieden, wurde von verschiedenen Seiten als Teil eines kommunistischen Komplotts dargestellt.

Das Peterle-Sachs-Umek (PSU)-Konzept[7]

Das PSU-Konzept einer zentralistischen und distributiven Massenprivatisierung gehörte zu einem Typ von Privatisierungsmodellen, die auch in anderen osteuropäischen Staaten, insbesondere in Polen, vorgeschlagen wurden. Zentralistisch bedeutet, daß die Regierung das Privatisierungsverfahren durchführt. Bei einer massenhaften Privatisierung werden staatseigene Betriebe unverzüglich in Aktiengesellschaften umgewandelt und ihre Aktien an die Bevölkerung gratis verteilt, entweder direkt in Form von Kupons oder indirekt durch finanzielle Vermittlungsinstanzen wie Holding- und Investmentgesellschaften oder Pensionsfonds. Der Vorschlag übernahm auch einige Punkte des früheren Konzepts.

Die Distributionsregeln richteten sich nach der Firmengröße. Man unterschied drei Gruppen: große, mittlere und kleine Betriebe. In allen Firmen wurden 10% der Aktien gratis unter der Belegschaft verteilt, in großen Firmen (mit mehr als 500 Angestellten) wurden 70% des Kapitals an den Entwicklungsfonds als kollektive Aktien und 20% als käufliche Vorzugsaktien transferiert. In Mittelbetrieben (125 bis 500 Angestellte) wurden mindestens 30% der Aktien in kollektive Aktien und 42% in Vorzugsaktien an den Fonds übertragen, 18% wurden an die Arbeiter zum Buchwert verkauft. In kleinen Firmen (mit weniger als 125 Angestellten) wurden 49% der Aktien in Vorzugsaktien und 20% in kollektiven Aktien an den Fonds transferiert und 21% für den direkten *buy-out* durch die Arbeitnehmer bereitgestellt. In der zweiten Phase werden 15% der Aktien des Entwicklungsfonds an den slowenischen Kompensationsfonds transferiert, 20% an den Pensionsfonds und 35% an fünf neuerrichtete Investmentfirmen. Die Aktien dieser Firmen werden dann unter die volljährigen Bürger Sloweniens verteilt.

Die angeblichen Vorteile der Massenprivatisierung kennen wir aus anderen Ländern. In Slowenien wurden folgende Argumente am häufigsten angeführt: Es gibt keine Notwendigkeit für eine spezifisch slowenische »Selbstverwaltungs«-Methode. Im Gegenteil, die alten Strukturen sollte man vergessen. Die vorgeschlagene Methode »würde sofort das Eigentumsmodell der westlichen Wirtschaftssysteme schaffen, welches die Unternehmensführung verbessert« (aus der Einführung in den Gesetzesentwurf). Die Methode wird von ausländischen Experten vertreten, die besser als die heimischen Quasi-Ökonomen wissen, was zu tun ist, und sie wird von internationalen Finanzinstitutionen gestützt. Institutionelle (d.h. kollektive) Eigentümer können, unter Einsatz der fähigsten heimischen und

ausländischen Manager, die Firmen überwachen und umstrukturieren und für Effizienz und Rentabilität garantieren. Diese Privatisierung ist gerecht, jeder erhält die Möglichkeit, Eigentümer zu werden, was einen stimulierenden Effekt haben wird. Die Methode privilegiert nicht die berüchtigten »roten« Manager, die ihre Karriere politischen Verbindungen statt beruflicher Qualifikation verdanken. Der Aktientransfer an institutionelle Eigentümer könnte die Pensionsbeiträge ersetzen oder zumindest verringern. Und nicht zuletzt sind keine teuren und zeitaufwendigen Evaluierungen erforderlich.

Die Kritiker dieser Option führten Argumente an, die auch in anderen Ländern vorgebracht wurden. Zu den gängigsten zählten: Der Eigentumstransfer an Investmentfirmen, und die Übertragung der Eigentümerschaft dieser Firmen an die Bürger läuft auf eine Zweiphasen-»Papier-Privatisierung« hinaus, die die tatsächlichen Fragen, d.h. die Effizienz nicht berücksichtigt, und verzögert eher eine echte Privatisierung, für die »wir dringend aktive statt passiver Eigentümer, strategische Partner statt Finanzinvestoren und eine kohärente Gruppe privater Investoren statt tausender kleiner Eigentümer benötigen«.[8] Den typisch planwirtschaftlichen Standpunkt dieser Methode illustrieren die Einteilung der Firmen in drei Klassen, die exakt festgesetzten Prozentsätze und das Vertrauen in den Buchwert. Die Methode führt neue Institutionen ein (Investmentgesellschaften, wechselseitige Fonds), die sich von der bisherigen Umgebung deutlich unterscheiden. Dies erzeugt eine gefährliche Diskontinuität. Außerdem ist nicht ausgemacht, daß eine Institution, die kraft Regierungserlaß in einen anderen Gesellschaftstypus verpflanzt wird und sich dann dort entwickelt, dieselbe Leistung wie im alten Zusammenhang erbringen wird. Investmentfirmen und wechselseitige Fonds sind als Ersteigentümer passive Investoren, die die Risiken streuen und nicht genügend Eigentümerinteresse an einer bestimmten Firma haben, um sie tatsächlich umzustrukturieren. Die Regierung würde die Vorstände der institutionellen Eigentümer ernennen und diese wiederum die Manager der Firmen. Es ist allzu optimistisch anzunehmen, daß Aufsichtsräte, die die Eigentümerinstitutionen vertreten, die Manager effizient kontrollieren könnten; ihnen würde es am Interesse der Privateigentümer mangeln und sie würden gehorsame Staatsbeamte werden. Die Privatisierung würde zu einer administrativen Operation schrumpfen, zu einer Reorganisation des Staatseigentums. Unter den Bedingungen der früheren Planwirtschaften mochte dies ein Schritt nach vorn sein; für Slowenien würde dies aber einen Schritt zurück bedeuten. Der Staat wäre der tatsächliche Eigentümer und dies würde die politische Einmischung eher verstärken. Die zweite Phase der Privatisierung, d.h. die Ausbreitung von Eigentümerschaft auf die gesamte Bevölkerung, erweckt den Eindruck von »Fairneß«, sie mag politisch attraktiv sein, hat aber

nichts mit Effizienz und echter Fairneß gemein, denn sie öffnet der politischen Kontrolle einmal mehr Tür und Tor, insofern sie die Eigentümerschaft anonymisiert – ein Schritt zurück zur alten, sozialistischen Form des Eigentums »von jedem und niemand«.

Die real existierende Privatisierung: Vorläufige Bilanz und Perspektiven

Die Privatisierung hat innerhalb der Regierung und der politischen Parteien zu Meinungsverschiedenheiten geführt und politische Instabilität hervorgerufen. Die Kontroverse hatte eher politischen als ökonomischen Charakter – es ging um die zukünftige Kontrolle der Wirtschaft. Die dezentralisierte Privatisierung hätte vermutlich ermöglicht, daß die Kontrolle in den Händen der Manager verbleibt und folglich in den Händen der alten politischen Elite. Die zentralistische Privatisierung wiederum überträgt die Kontrolle an die Regierung und somit an die neue politische Elite. Das erste Modell gründet sich auf einen stufenweisen Aufbau marktwirtschaftlicher Institutionen und auf das Erbe der Vergangenheit, das zweite folgt dem Muster des *social engineering:* der Kapitalismus wird »geschaffen«.

Nach fast zweijähriger Debatte wurde das Privatisierungsgesetz ziemlich unerwartet am 11. November 1992 vom scheidenden Parlament angenommen. Das Gesetz ist Ausdruck eines (nicht sehr konsequenten) Kompromisses zwischen zwei Konzepten. Viele Entscheidungen werden beispielsweise den vorhandenen Unternehmen überlassen, und eine Mehrheitseigentümerschaft aktiver Insider gegenüber passiven außerbetrieblichen Eigentümern ist möglich. Andererseits gewährleistet das Gesetz eine schnelle »Privatisierung« durch die Distribution von Kupons. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen administrativen Verordnungen wurden am 1. Juni 1993 genehmigt, Privatisierungsanträge mußten der Privatisierungsagentur bis Ende 1994 vorgelegt werden; Firmen, die diese Frist nicht einhalten, werden dem Entwicklungsfonds unterstellt und Eigentum desselben.

Der Beginn der Privatisierung verlief ziemlich träge. 1993 reichten nur 135 Betriebe von 2600 ihre Programme bei der Agentur ein, von denen 31 genehmigt wurden. 1994 entsprachen etwas mehr als 50% der Unternehmen den Anforderungen. Angesichts der zahlreichen auftretenden Schwierigkeiten wurde die Frist stillschweigend verlängert. Unter den verschiedenen Wegen, die Unternehmen gewählt haben, ist der interne *buy-out* der Aktien die häufigste Privatisierungsmethode. Dies betrifft vor allem die rentablen kleinen und Mittelbetriebe, ganz im Einklang mit dem Erbe der Selbstverwaltung. Die zweithäufigste Methode besteht in einer Kombination von öffentlicher Versteigerung mit interner Aufteilung der Aktien. Sie wird vor allem von den rentablen großen Unternehmen angewendet, wo

die internen *buy-outs* durch die Belegschaft allein keine Aktienmehrheit garantieren. Die großen unrentablen Firmen, für die bei Insidern oder beim allgemeinen Publikum keine Aktiennachfrage besteht, bleiben in den Händen des Entwicklungsfonds und warten auf eine Privatisierung nach konventionellen Methoden.

So haben die »östlichen Wirklichkeiten«, die unter die Kuratel »westlicher Theorien« gestellt wurden, letztendlich doch gesiegt. Die Privatisierung ist langsam und konfus geworden, während die spontane Privatisierung gedeiht. So berichtet Uros Korze von Methoden, die eine Privatisierung trotz fehlendem Gesetz ermöglichte.[9] Das damals noch nicht aufgehobene föderative Unternehmensgesetz ermöglichte erfindungsreichen Unternehmern eine indirekte Privatisierung mittels Kapitaltransfer und die Schaffung von sogenannten By-pass-Unternehmen. Für eine solche spontane Privatisierung gibt es zahlreiche und unterschiedliche Beispiele, vor allem auf dem Handelssektor. Die erste Privatisierungsrunde hat nur formell Privateigentum geschaffen – sie wird weder das existierende Management antasten noch Impulse für mehr wirtschaftliche Effizienz geben. Echtes Privateigentum schafft hingegen Anreize zum Sparen, zum Investieren, es motiviert, nach neuen Produkten zu schauen, die Produktion zu erneuern, vorhandene Ressourcen optimal auszunützen und die Risiken der Entscheidungen selbst zu tragen. All das kann nicht per Erlaß geschaffen werden. Die Übertragung des Eigentumsverhältnisses auf formell private, vom Staat errichtete Institutionen und die Vergabe von Aktien dieser Institutionen an Bürger mittels Gießkannenverfahren vollzieht die Privatisierung auf dem Papier und vernachlässigt die realen Probleme. Der erhoffte Effizienzeffekt der Privatisierung kann sich daher um mehrere Jahre verzögern und so die Not verlängern, die der Zusammenbruch des alten Systems und die Überführung in ein neues mitsichbringen. Trotzdem wurden die entsprechenden Warnungen ignoriert, vor allem wohl deshalb,weil sie die bestehenden Eigentumsrechte, vor allem jene der Manager berühren würden.[10]

Viele neue »Kupon-Kapitalisten« werden wahrscheinlich ihre Aktien bald nach Ablauf der zweijährigen Sperrfrist verkaufen, weil sie Geld vorziehen. Dies wird sich auf den neu entstehenden Kapitalmarkt auswirken, da Spareinlagen eher für Konsumgüter als für Investitionen verwendet werden. Zudem werden die neuen Investmentfonds wahrscheinlich eher als passive denn als aktive Investoren agieren und nicht an einer Re-investition ihrer Profite interessiert sein. Die Verbindung von Insidern mit außerbetrieblichen Eigentümerinstitutionen könnte zusätzliche negative Auswirkungen zeigen: Die Insider werden zu verhindern suchen, ihre Profite mit den Eigentümerinstitutionen zu teilen, und daher lieber höhere Löhne auf Kosten der Dividenden zahlen.

Lektionen

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft begann ohne ein klares Bild von der eigentlichen Situation, ohne ein detailliertes neues Wirtschaftsprogramm samt der notwendigen sozialpolitischen Vorkehrungen. Statt dessen nährten westliche »Propheten« die Illusionen, daß Marktmechanismen die ehemals sozialistischen Länder mühelos und rasch in Wohlfahrtsstaaten verwandeln würden. Bereitwillig setzten alle ehemals sozialistischen Länder ihr Vertrauen in die kapitalistischen Marktmechanismen, und jede Regierung verpflichtete sich fest zu einer umfassenden Privatisierung. Die Illusionen machten allmählich Enttäuschung, Pessimismus und sogar Ohnmacht Platz, als der Übergang sich als schmerzhafter Prozeß erwies, der viele Rückschläge und soziale und politische Spannungen mit sich brachte, die aus der Redistribution von Einkommen, Wohlstand und Macht resultierten. Auch auf westlicher Seite ist Ernüchterung festzustellen.

Im allgemeinen unterscheidet man in der Übergangsdiskussion drei Schlüsselelemente: makroökonomische Stabilität, mikroökonomische Umstrukturierung und Privatisierung.

Die von westlichen Ökonomen und größeren Finanzinstitutionen angeregten Stabilisierungsprogramme basierten mehr oder weniger auf Kreditbeschränkungen, der Verringerung des Finanzdefizits, der Abwertung der heimischen Währung, der Liberalisierung des Außenhandels und der Einführung zweier symbolischer Ankerpunkte: Wechselkurse und nominelle Gehälter. Solche Programme übersehen indes die Charakteristiken der Übergangsdepression.[11] Der Rückgang der Wirtschaftsaktivität, der aus dieser Politik resultieren kann, wurde unterschätzt: Sie vernachlässigt das bereits niedrige Niveau der Kapazitätsausnützung und die Tatsache, daß die Preise überwiegend noch über die Kosten statt über die Nachfrage festgesetzt werden. Zum Glück verhinderten die Flaute, die Trägheit und das Unvermögen, den vorgeschlagenen Kurs zu verwirklichen, größere Katastrophen, die bei der Realisierung solch ungeeigneter Programme hätten entstehen können.

In der Politik des Übergangs herrscht die pseudoliberale Errichtung des Kapitalismus per Verordnung vor. Zwar können Marktinstitutionen per Dekret errichtet werden, und die meisten postkommunistischen Länder waren nur allzu bereit, westliche Institutionen zu kopieren. Doch die Kluft im sozialen Verhalten nach vierzig oder siebzig Jahren Kommunismus kann nicht einfach übersprungen werden; es kann Jahrzehnte dauern, bevor manche der im Übergang begriffenen Länder über eine institutionelle Struktur verfügen werden, in der marktkonforme wirtschaftspolitische Maßnahmen Erfolg zeigen.

Das Privatisierungsfieber übersah, daß Privateigentum allein keine Effizienz bewirkt. Die Entwicklungen in Slowenien bestätigen die Untersuchungsergebnisse von Pinto, Belka und Krajewski in Polen[12], wonach die Verschärfung der budgetären Beschränkungen, zunehmende Unabhängigkeit der Firmen und die Loyalität ihrer Manager von größerer Bedeutung sind als formelle Eigentumsverhältnisse. Formal gesehen ist die Privatisierung ein systematischer und gesetzlich sanktionierter Transfer von »volkseigenem«, staatlichem oder öffentlichem Eigentum an private Körperschaften, Personen, Firmen etc. Die Privatisierung sollte die Effizienz verbessern, Gerechtigkeit bei der Verteilung von Vermögen und Sozialleistungen ermöglichen und die Abschaffung des Einparteiensystems beschleunigen. Die Steigerung der Effizienz läßt bis heute auf sich warten, und was die Fairneß betrifft, so ist sie allenfalls halbherzig. Statt dessen wurde die Privatisierung in den ehemals sozialistischen Ländern oft auf sehr durchsichtige politische Ziele reduziert. Das Engagement für die Privatisierung und die Form ihrer Durchführung sind nur teilweise auf den Glauben an die Überlegenheit der Marktwirtschaft zurückzuführen; sicherlich reflektierten sie auch die spezifischen Konstellationen der politischen Macht und wurden instrumentalisiert, um politische Konkurrenten auszuschalten.

Die Privatisierungsmodelle sind stark von den Ideen willkürlich ausgewählter westlicher Experten geprägt. Paradoxerweise favorisieren sie das alte kommunistische Prinzip, die Wirtschaft per Dekret mittels planwirtschaftlicher Maßnahmen zu lenken. Sie übergehen dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Länder. All diesen Privatisierungsprogrammen ist gemein, daß sie auf grandiose administrative Operationen setzen, gegen die die alten Träume der Zentralplaner verblassen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die postkommunistischen Debatten und Querelen um die Privatisierung das Marxsche Dogma zu bestätigen scheinen, wonach das Eigentum an den Produktionsmitteln alle übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

1 Dem Team gehörten Vejiko Bole, Marko Kranjec, Jozé Mencinger, Ivan Ribnikar und Mitglieder des Aufsichtsrates der Slowenischen Nationalbank an. Das Selbstlob ausländischer Berater über ihren Beitrag zur Schaffung der slowenischen Währung ist ungerechtfertigt. Slowenien bedurfte ihrer Hilfe nicht; ihre Ratschläge lösten nur noch mehr Verwirrung aus. Provisorische Banknoten wurden z.B. im Oktober 1990 gedruckt, lange vor dem Auftauchen ausländischer Berater, und die meisten Entscheidungen der Slowenischen Nationalbank standen zu ihren Vorschlägen konträr.

2 J. Mencinger, The Birth and Childhood of a Currency: The Experience of Slovenia, in: J. Gacs, G. Winckler, International Trade and Restructuring in Eastern Europe, Stuttgart 1994, S. 101-122.

3 Als das Sechsparteienbündnis DEMOS (Demokratische Opposition Sloweniens) im Mai 1990 die Wahlen gewann, wurde der Autor dieses Artikels eingeladen, das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten zu übernehmen mit dem Aufgabenbereich wirtschaftliche Angelegenheiten, der die Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms der Regierung einschloß.

4 Die wirtschaftlichen Leistungen waren 1990 und 1991 weitaus besser als in den anderen Republiken. Dank einer pragmatischen Politik wurde Slowenien im Finanz-und Wechselkursbereich lange vor der politischen Souveränität unabhängig. Das System direkter Steuern, welches einfache, transparente und einheitliche Abgaben einführte, trat im Dezember 1990 in Kraft. Das Budget Sloweniens als eines unabhängigen Landes wurde dem Parlament im Februar 1991 präsentiert, und ein System einfacher indirekter Steuern wurde vorbereitet. Die meisten Vorbereitungen für eine eventuelle unabhängige Währung waren Anfang 1991 abgeschlossen. Vgl. J. Mencinger, From Socialism to Capitalism and from Dependence to Independence (The Double Transition of Slovenia, in: *EST-OUEST,* Vol. 22, Nr. 5, 1991, S. 57-92).

5 Das Konzept wurde als das Mencinger-Konzept bekannt, obwohl daran mindestens drei Personen beteiligt waren: Uros Korze, Chef des Entwicklungsfonds, Jozé Mencinger, Minister, und Marko Simoneti, Chef der Privatisierungsagentur.

6 Accelerating Privatization in Eastern Europe: The Case of Poland, in: *The World Bank Economic Review,* April 1991.
Jeffrey Sachs wurde im Januar 1991 von Drnovsek, einem damaligen Mitglied der föderativen Präsidentschaft Jugoslawiens und späteren Premierminister Sloweniens nach Slowenien eingeladen. Der Autor traf Sachs zum ersten Mal im Februar; wir diskutierten über makroökonomische Angelegenheiten, die Umstrukturierung, die Etablierung eines unabhängigen monetären Systems und die Privatisierung. In den meisten Punkten stimmten wir weitgehend überein; Meinungsverschiedenheiten zeigten sich hinsichtlich der Realisierung der Konzepte und insbesondere der Rolle der Regierung im Übergangsprozeß.

7 Lojze Peterle war Premierminister der ersten postkommunistischen Regierung, Igor Umek ihr Planungsminister.

8 M. Simoneti, Comments on »Accelerating Privatization in Eastern Europe: the Case of Poland« by Jeffrey Sachs, in: *The World Bank Economic Review,* 1991.

9 Uros Korze, Decentralized Privatization: Pitfalls and Benefits – Slovenia, in: M. Simoneti, A. Bohm (Hg.): Privatization in Central and Eastern Europe 1991, Central and Eastern European Privatization Network, Ljubljana 1992, S. 140-153.

10 A. Bajt, A Property Rights Analysis of the Transition Problems in the East, Institut für Ökonomie an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana 1992, S. 26.

11 J. Kornai, Anti-Depression Cure for Ailing Postcommunist Economies (Interview), in: *Transition,* Februar 1993.

12 Pinto/Belka/Krajowski, Transforming State Enterprises in Poland: Evidence on Adjustment by Manufacturing Firms, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1993, S. 213-270.

György Bence und Seymour Martin Lipset

DER WOHLFUNDIERTE IRRTUM

Die Sowjetologie und das Ende des Kommunismus

Die Sozial- und Politikwissenschaften sehen sich heute mit der Frage konfrontiert, warum sie – aber auch die nichtakademischen Experten etwa bei den westlichen Geheimdiensten – den Zusammenbruch des Kommunismus nicht vorhergesehen haben oder zumindest seine Möglichkeit.

In den Worten des Politologen: »Der ›Herbst des Volkes‹ markiert ein klägliches Versagen der Politikwissenschaft. Jede nachträgliche Erklärung des Untergangs des Kommunismus muß nicht nur die historischen Entwicklungen aufzeigen, sondern auch die theoretischen Annahmen rekonstruieren, die uns davon abgehalten haben, diese Entwicklungen vorauszusehen.«[1] Wir möchten uns hier mit dem zweiten Teil der Frage beschäftigen. Dabei werden wir uns in erster Linie auf die angelsächsische sowjetologische Literatur stützen.

Die Grenzen der Wissenschaft

Um das Scheitern der Sowjetologie besser zu verstehen, müssen wir uns die Grenzen der zuständigen Wissenschaften vor Augen führen, nämlich ihr inhärentes Unvermögen, das Partikulare vorherzusagen. Sozialwissenschaftler und Politologen sind gute Historiker, aber keine guten Prognostiker. Robert Solow, Nobelpreisträger für Ökonomie, hat die Unzulänglichkeiten seiner Disziplin in der dramatischen Frage zusammengefaßt: »Warum sollte man von jemandem, der so schlechte Prognosen macht, erwarten, daß er zu anderen Themen brauchbare Meinungen hat?«[2]

Das auffälligste Beispiel für das Unvermögen der Soziologen und Politologen, Entwicklungen vorherzusagen, betrifft die Rolle der Ethnizität in der modernen Gesellschaft. Die meisten Wissenschaftler sagten voraus, daß das ethnische Bewußtsein im Zuge der Industrialisierung, der Urbanisierung und des Ausbaus des Bildungswesens schwinden werde. Universalismus werde an die Stelle des Partikularismus treten. Dieses Argument hat eine Parallele in dem Glauben der Marxisten, daß der Sozialismus ethnische Spannungen und ethnisches Bewußtsein abbauen würde. Zwangsläufig müsse es in der Zukunft zu einer Assimilierung der Minderheiten kommen.[3]

Bekanntlich ist das Gegenteil eingetreten, sowohl in den westlichen als auch in den kommunistischen Ländern, aber ebenso in den weniger entwickelten. Der Nationalismus erwies sich als Schwachstelle des Kommunismus, nicht nur der polnische, tschechische oder ungarische gegenüber der Sowjetunion, sondern auch jener in Jugoslawien und der Sowjetunion selbst.

Wir wollen den Sozialwissenschaften nicht unterstellen, daß sie unfähig seien, soziale und ökonomische Phänomene zu analysieren.[4] Ihre Stärke liegt jedoch in dem, was Robert Merton »Theorien mittlerer Reichweite« genannt hat, und in der Erklärung von zeitlich und räumlich begrenzten Entwicklungen – besonders in der Vergangenheit – wo zumindest eine gewisse Möglichkeit besteht, sich auf empirische Daten zu stützen. Sobald die Sozialwissenschaften sich aber mit Systemtrends und -tendenzen befassen, büßen sie an Erklärungsvermögen ein. Die Ökonomen versuchen dieses Problem zu vermeiden, indem sie sich auf analytisch geschlossene Systeme konzentrieren, die auf einer beschränkten Zahl von Annahmen basieren.

Die allgemein geltenden Grenzen der Sozialwissenschaften allein erklären aber noch nicht ihr Scheitern hinsichtlich der Sowjetunion. Ein weiterer Grund liegt unserers Erachtens darin, daß die mit Osteuropa und der Sowjetunion befaßten Forscher die Quellen, die ihnen für eine Prognose zur Verfügung standen, nicht genutzt haben. Dies äußerte sich darin, daß allgemeine Trends sozialen Wandels ignoriert wurden, Entwicklungen also, welche Soziologen und Politikwissenschaftler in anderen Zusammenhängen im allgemeinen ziemlich gut erkennen, oder daß sie, und dies war häufiger der Fall, daraus keine Schlüsse zogen.

Fehlprognosen

Das Grundproblem der wissenschaftlichen und der nichtwissenschaftlichen Analysen zur Sowjetunion lag darin, daß sie zu sehr mit Ideologie und Politik befrachtet waren. Die Linke ebenso wie die Rechte waren in ihren Urteilen über das Sowjetsystem von ihren politischen Überzeugungen bestimmt. Die Rechte glaubte, daß die Sowjetunion ein »Reich des Bösen« sei, ein repressives, totalitäres Regime, das mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln seine Macht erhalten und sogar ausdehnen wollte. Daß das System von innen gestürzt werden könnte, schien ihr unvorstellbar. Sie war davon überzeugt, daß der Kommunismus ein ausbeuterisches System sei, daß er die Logik der Ökonomie und der menschlichen Natur vergewaltige und daß es eine nicht unbeträchtliche Opposition gegen das Regime gebe; nur wenige aber dachten daran, daß diese Faktoren einen Zusammenbruch herbeiführen könnten. Die Rechte glaubte darüber hinaus, zumindest am

Anfang, daß das System militärisch effizient sei und die Moral in der Armee relativ hoch, daß es mithin eine ernstzunehmende Bedrohung darstelle.

Die Linke hatte unterschiedliche Auffassungen und Überzeugungen bezüglich der Natur der sowjetischen Gesellschaft. Die verschiedenen Flügel der kommunistischen Bewegung mit Ausnahme der Trotzkisten meinten, daß das System im Grund fortschrittlich sei, daß es die Produktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhe und daß das Volk den Kommunismus befürworte. Trotzki wiederum verwies auf die Ineffizienz der Sowjetunion und die Ausbeutung der Massen, hielt das System aber gleichzeitig für progressiv, d.h. für inhärent antikapitalistisch, solange die wesentlichen Produktionsmittel Staatseigentum waren.[5] In der nichtkommunistischen Linken reichte das Spektrum der Einschätzungen von Positionen, die jenen der Kommunisten ähnelten, bis zu weitaus kritischeren, die sich zuweilen sogar der Rechten näherten.

Trotz aller Kritik an Deformation und Korruption sahen die meisten Gruppierungen der Linken in der kommunistischen Welt einen Verbündeten im Kampf um die Schaffung eines gerechteren und freieren Gesellschaftssystems. Die Hauptverantwortung für den Kalten Krieg gab die Linke dem Westen. Sie glaubte nicht an eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion und teilte mit der Rechten die Überzeugung, daß das sowjetische Regime nicht gestürzt werden könne und ein Zusammenbruch ziemlich unwahrscheinlich sei.

Es wäre allerdings unfair, den Wissenschaftlern, die sich – ob nun von links oder von rechts – mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern befaßt haben, vorzuwerfen, sie hätten ihre politischen Präferenzen gedankenlos in Zukunftsvorstellungen projiziert. Gerade in der Sowjetologie wurden die methodologischen Schwierigkeiten bei der Voraussage langfristiger Entwicklungen ernst genommen. Es ist wohl kein Zufall, daß Daniel Bell sich bei seinen Überlegungen zur Vorhersage in den Sozialwissenschaften auf sowjetologische Analysen bezieht:

> »Man sollte klar zwischen zwei Typen von Veränderung unterscheiden: zwischen Veränderungen, die in der Sowjetgesellschaft (...) und solchen, die in der Sowjetpolitik stattfinden, wenngleich in entscheidenden Augenblicken beide einander bedingen. Man muß zwischen Prozeß und Ereignis unterscheiden; oder, um eine alte Unterscheidung des trockenen Soziologen William Graham Summer zu strapazieren, zwischen *spontaner (crescive)* und *verordneter (enacted)* Veränderung.
>
> Unter spontanen Veränderungen verstehen wir solche, die plötzlich eintreten, um sich greifen, nolens-volens fortschreiten und sich mit einer gewissen Autonomie entwickeln. (...)

> Verordnete Veränderungen verdanken sich bewußten Entscheidungen oder Absichten von Gesetzgebern und Herrschern (z.B. Kriegserklärungen, Kollektivierung der Landwirtschaft, Schaffung neuer Industrien etc.). Jene, die Änderungen verfügen, müssen die Gewohnheiten der Bevölkerung und die vorhandenen Ressourcen berücksichtigen; diese Faktoren haben lediglich einschränkende, nicht determinierende Funktion.
> Soziologische Analysen sind am genauesten, wenn sie sich mit spontanen Veränderungen befassen. Diese können dingfest gemacht und ihre Richtung erfaßt werden; wie bei den Schollen eines Eisbergs läßt sich ihr Kurs und sogar ihr Bersten relativ leicht spezifizieren. Hingegen versagen soziologische Analysen oft bei der Vorhersage politischer Entscheidungen. (...)
> Die Eigenart der Veränderungen, die man beschreibt, bedingt die Art der möglichen Vorhersagen. Man kann die Grenzen umfassender spontaner Veränderungen bestimmen und vorhersagen (wenn man z.B. die Ressourcen der Sowjetunion kennt, (...) kann man die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums abschätzen), wenn man aber die schnellen Kurswechsel der Tagespolitik voraussagen will, kommen so wechselhafte Faktoren wie Zufall, Laune und schlichte menschliche Streitsucht ins Spiel.[6]

Bell zufolge wäre es unvernünftig gewesen, von den Sozialwissenschaftlern mehr Erfolg bei der Vorhersage des entscheidenden historischen Moments des Übergangs zu erwarten als von Journalisten oder Staatsmännern. Tatsächlich erwiesen sich deren Einschätzungen nicht selten als zutreffender als jene der vermutlich über mehr Informationen verfügenden Sozialwissenschaftler.

Der Zusammenbruch des Kommunismus ging so schnell vonstatten, daß insbesondere die Sozialwissenschaftler, die es im allgemeinen mit langsameren Veränderungsprozessen zu tun haben, große Schwierigkeiten mit diesem Ereignis hatten. Es schien inhärent unplausibel, daß Politiker wie Gorbatschow oder Jelzin, die es bis an die Spitze der kommunistischen Hierarchie geschafft hatten, zu solch waghalsigen, ja geradezu revolutionären Initiativen fähig waren, daß daraufhin die kommunistische Hierarchie nicht imstande war, diesen Schritten stärkeren Widerstand entgegenzusetzen, und daß schließlich der Übergangsprozeß relativ friedlich verlief.

Heute wissen wir, daß es den Reformern nicht immer gelungen ist, sich ihres kommunistischen Habitus zu entledigen, daß der konservative Teil der kommunistischen Hierarchie bessere Mittel gefunden hat, sich den Veränderungen zu widersetzen, als eine Konterrevolution zu inszenieren, und daß der Übergangsprozeß noch immer zu Gewaltkonflikten enormen

Ausmaßes führen kann. Aber selbst wenn sich die Ereignisse von nun an nach dem *Worst-case*-Szenario entwickeln, würde dies nichts an dem außergewöhnlichen Charakter des Übergangsprozesses ändern.

Was wir folglich von den Sozialwissenschaftlern auf dem Gebiet der Sowjetologie durchaus hätten erwarten können, wäre etwas Bescheideneres als Vorhersagen über die Politik von Gorbatschow, Jelzin oder von deren Gegnern. Nahegelegen hätte eine Beschreibung, die – ausgehend von einer Bestandsaufnahme der sozialen und ökonomischen Veränderungen – die Lage am Vorabend des großen Übergangs dargestellt und die, zumindest implizit, die Möglichkeit für das, was sich tatsächlich ereignete, eingeräumt hätte.

Wir möchten nun ein paar Beispiele betrachten, wie die Sowjetologen die Chancen für Systemveränderungen in der Sowjetunion am Beginn des revolutionären Prozesses beurteilten. Heute gleicht dies dem Blättern in einem alten Familienalbum. Die Figuren auf den Bildern muten kurios an, und der Betrachter wundert sich über das völlige Fehlen von Hinweisen auf das ihnen bevorstehende Schicksal.[7]

Als 1987 das enorme Ausmaß der Perestroika offenkundig wurde, glaubten so gut wie alle westlichen Experten, daß Gorbatschows Reformen nur im Rahmen des kommunistischen Regimes stattfinden könnten. Uneinig waren sie sich lediglich über das Ausmaß der zu erwartenden Veränderungen. Archie Brown, ein führender britischer Sowjetologe, war ein typischer Gorbatschow-Enthusiast:

> Vieles hängt natürlich vom Umfang der Veränderungen ab. Wenn Wirtschaftsreformen, die keine vollentwickelte Marktwirtschaft hervorbringen, von vornherein nicht zählen, und wenn außenpolitisch das Kriterium für eine wesentliche Veränderung darin bestehen soll, daß die UdSSR aufhört, die Überlegenheit ihres sozioökonomischen Systems zu proklamieren und die Versuche einstellt, ihren Einfluß weiter auszudehnen, dann werden jene im Westen, die Veränderungen in der Sowjetunion für unwahrscheinlich halten, zu ihrer eigenen Genugtuung unschwer beweisen können, daß sie recht hatten.
> Es scheint allerdings so, daß Veränderungen, die diese unrealistischen Kriterien nicht erfüllen, gleichwohl von Bedeutung sein können – schwer zu erreichen zwar, aber doch erstrebenswert. Dies würde für eine Reform gelten, welche die Verantwortung innerhalb des Systems wesentlich dezentralisieren würde, Wahlen mit mehreren Kandidaten innerhalb der Partei oder zu den Sowjets einführen, die Macht der Ministerien reduzieren und weitaus mehr Konzessionen gegenüber dem Markt machen würde, als es der gegenwärtige Wirtschaftsmechanismus erlaubt, während die Rolle der Partei und der staatlichen

> Institutionen in der Wirtschaft eher modifiziert als abgeschafft würde (...) Auch sollte die sowjetische Außenpolitik für klarere und sicherere »Spielregeln« für den Wettbewerb der Systeme sorgen.[8]

William Odom, ein hochrangiger Sowjetologe in der amerikanischen Armee, zeigte sich weniger enthusiastisch. Bezeichnend ist jedoch, wie weit er mit Brown übereinstimmt, wenn es um die Grenzen der Perestroika geht:

> Es scheint immer deutlicher, daß Gorbatschow keine Systemveränderung intendiert. Er bedient sich mit erstaunlicher Energie und Geschick des ihm von seinen Vorgängern vermachten Systems. Er setzt alles daran, damit das System seine frühere Vitalität wiedergewinnt. (...) Wenn das, was wir unter Reform verstehen, eine signifikante Verbesserung des Lebensstandards der Sowjetbürger und ein größerer Schutz ihrer individuellen Rechte ist, so kann eine solche Reform nicht sehr weit gehen, ohne das System in einem Maße zu verändern, wie es Gorbatschow nicht wünschen kann.[9]
> Möchte Gorbatschow unbedingt eine fundamentale Systemveränderung? Wenn er sie will, so sind seine Chancen, sie zu kontrollieren, sehr gering, praktisch null. (...) Man muß daher annehmen, daß Gorbatschow ein bescheideneres Ziel anstrebt, nämlich eine Revitalisierung des alten Systems.[10]

Ausnahmen

Nicht alle Prognosen der Sowjetologen waren falsch. Zbigniew Brzezinski gab 1969 *Dilemmas of Change in Soviet Politics* heraus, ein Buch, das vierzehn Beiträge über die Zukunft der Sowjetunion enthielt.[11] Sechs der Autoren, darunter Brzezinski selbst, Robert Conquest, Merle Fainsod, Eugene Lyons, Giorgio Galli und Isaac Don Levine betrachteten den »Zusammenbruch als eine ernste, jedoch nicht unmittelbar bevorstehende Eventualität«. Robert Conquest, sah in der UdSSR »ein Land, dessen politisches System im Hinblick auf seine soziale und ökonomische Dynamik radikal inadäquat ist. Das ist eine Formel für Veränderungen – Veränderungen, die plötzlich und katastrophal sein können. (...)«[12]

Die Mehrheit der Sowietologen stimmte diesen Beurteilungen jedoch nicht zu. Sie stützten sich hauptsächlich auf sowjetische Daten und schlossen daraus, daß die sowjetische Wirtschaft so gut lief, daß »in den siebziger Jahren die allgemeine (auch von der CIA geteilte) Ansicht herrschte, daß das Bruttosozialprodukt der UdSSR etwa 60 % des amerikanischen betrug.«[13]

In den auf sowjetischen Quellen beruhenden Untersuchungen etwa von

Murray Feshbach, einem Demographen, der sich mit Gesundheitsstatistiken befaßte, hätte man sich allerdings schon in den 70er Jahren über die elenden Lebensbedingungen in der Sowjetunion informieren können.[14] Besonders bemerkenswert war seine Beobachtung, daß die Kindersterblichkeit dort zu- und die Lebenserwartung abnahm. Solche Tendenzen waren in keinem anderen Land der Welt zu beobachten. Feshbach beobachtete und dokumentierte auch den enormen Alkoholismus in der Sowjetunion.

Daß die Nationalitätenfrage und die ethnischen Spannungen das System unterminieren würden, ist Kernpunkt einer Analyse aus dem Jahre 1980, die der Soziologe Randall Collins nur mit Mühe in einer Fachzeitschrift publizieren konnte. Dort schrieb er, daß die Sowjetunion sich in einer Phase des Niedergangs befinde, wobei die Wahrscheinlichkeit einer dramatischen Beschleunigung dieses Prozesses noch vor der Jahrhundertwende sehr groß sei.[15] Das Land sei ökonomisch, militärisch und politisch überfordert, es sei einfach nicht imstande, das »Baltikum, die Ukraine, den Kaukasus, und die zentralasiatischen muslimischen Gebiete zu kontrollieren.«[16] Das Scheitern der Sowjetunion habe das Vertrauen in die kommunistische Ideologie erschüttert und damit zu einem starken Legitimitätsschwund geführt, meinte Collins gut Weberianisch. Nicht nur die Massen und die Intelligentsia, auch die Privilegierten glaubten nicht mehr an sie.

Der Sozialhistoriker Moshe Lewin legte 1988 eine aufschlußreiche Interpretation der frühen Ära Gorbatschow vor, die damals nur wenig Beachtung gefunden hat. In seinem quasi-marxistischen (aber nicht kommunistischen) Ansatz wies er auf die Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten und Spannungen zwischen den einzelnen Teilen des Systems hin, die zu einem Zusammenbruch führen würden.[17] Eine solche für innere Unterschiede empfängliche dialektische Denkweise, die einer bedeutenden Tradition der modernen Gesellschaftstheorie verpflichtet ist, bot einen deutlichen Vorteil für das Verständnis langfristiger Prozesse in kommunistischen Gesellschaften.[18]

Auch der Harvard-Historiker Richard Pipes stützte sich in seiner Prognose der Sowjetkrise auf quasi-marxistische Ideen. 1984, vor Gorbatschows Amtsübernahme, wies Pipes darauf hin, daß eine »revolutionäre Situation« entstehen könnte, und bediente sich dabei Lenins berühmter Beschreibung des »Patt zwischen der regierenden Elite und der breiten Bevölkerung: Erstere konnte nicht länger regieren und letztere nicht mehr in der alten Art regiert werden«.[19] Allerdings ließ Pipes offen, welcher Weg, Reform oder Revolution, aus der Krise führen würde.

Das Totalitarismus-Modell

Die westliche akademische Kommunismusforschung war von den fünziger bis zu den siebziger Jahren vom Totalitarismus-Modell geprägt. Obgleich von vielen Sowjetologen in den siebziger und achtziger Jahren verworfen, hat es sich als das fruchtbarste Paradigma erwiesen. Die beiden einflußreichsten Darstellungen des Modells finden sich in Hannah Arendts *Der Ursprung des Totalitarismus*[20] und in Carl J. Friedrichs und Zbigniew Brzezinskis *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*.[21]

Das Neuartige an der totalitären Regierungsform (ein idealtypisches Konstrukt, das gleichwohl der empirischen Realität faschistischer und kommunistischer Staaten abgenommen ist) ergibt sich aus vier Charakteristika. Erstens werden alle Institutionen, ob ökonomischer, politischer, kultureller oder sozialer Natur, einer einzigen Kontrollhierarchie unterstellt. Parallelismen und Rivalität in den Organisationsstrukturen werden jedoch nicht eliminiert: die totalitäre Regierungsform gedeiht darauf. In letzter Instanz werden gleichwohl alle konkurrierenden Gruppen einer einzigen Kommandozentrale unterstellt, verkörpert in der Person des Diktators.

Eine zweite Gruppe von Eigenschaften bezieht sich auf die Methoden der Herrschaftsausübung. Zentral ist der Terror; er wird aber ergänzt durch zusätzliche Kontrollmethoden wie Massenpropaganda, vom Staat veranstaltete Rituale zum Zwecke der Mobilisierung und systematische, auf die modernen technologischen Entwicklungen und Organisationstechniken gestützte Überwachung.

Drittens steht dieser gewaltige Apparat unter einer Ideologie, die eine totale Transformation der menschlichen Natur und Gesellschaft anstrebte. Und viertens, muß das totalitäre Regime aufgrund seiner Struktur, Methoden und ideologischen Ziele unweigerlich mehr als nur eine politisches Regierungsform oder ein Herrschaftssystem im herkömmlichen Sinn werden: Totalitarismus bedeutet auch eine nie dagewesene Durchdringung und Transformation des sozialen Systems.

Obwohl die ersten drei Punkte auf die tatsächliche Situation Bezug nahmen, sah man die totale Transformation der Gesellschaft als eine Utopie an, der man sich unter gewaltigen Menschenopfern nur nähern, die man aber niemals erreichen konnte. Vertreter der Totalitarismustheorie beurteilten die Erfolgsaussichten bestimmter totalitärer Regime verschieden, niemand aber glaubte, daß der Totalitarismus jemals total verwirklicht werden könnte.

In Friedrichs und Brzezinskis Buch wurden z.B. jene Institutionen, die keine radikale Umgestaltung erfahren hatten, wie die Familie, die Kirchen und manche Berufsvereinigungen, darunter das Offizierskorps, als letzte, dem totalitären System nicht einverleibte Inseln angesehen.[22] Hannah

Arendt jedoch, pessimistisch hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit menschlicher Bindungen unter dem Druck des Totalitarismus, verwies darauf, daß solche Regime sich ständig traditioneller Institutionen bedienten, wie etwa der rationalen Bürokratie und des Rechtssystems, um hinter dieser Fassade ihre dunklen Machenschaften zu betreiben.[23]

Im Laufe der Zeit verlor das Totalitarismus-Modell allmählich seine ursprüngliche Plausibilität und schien immer mehr einer Überholung und Erneuerung zu bedürfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die eklatanten Parallelen zwischen Nazismus und Stalinismus verschwommener. Nach Stalins Tod fehlte der Grundpfeiler des alten Systems, die Person des Diktators. Die Beziehungen zwischen den Teilen des totalitären Machtapparates, zwischen der Partei, dem Staat und dem Sicherheitsapparat, vertieften sich zusehens. Die Bürokratie, nach dem ursprünglichen Modell eine reine Fassade, wurde immer mehr als die Hauptstütze des Regimes gesehen.

Die Herrschaftsmethoden wurden milder. Obgleich systematische Überwachung und Beobachtung des politischen Verhaltens fortgesetzt oder sogar perfektioniert wurden, nahm das Ausmaß der Einschüchterungen bedeutend ab und, was nicht weniger wichtig war, Repressionen wurden bei nonkonformistischem oder dissidentem Verhalten vorhersehbar. An der offiziellen Doktrin des Marxismus-Leninismus wurde bis zuletzt festgehalten, in der alltäglichen Praxis wurde sie jedoch durch pragmatische Überlegungen oder sogar durch traditionelle Werte ersetzt.

Die Durchdringung und Transformation der Gesellschaft erwies sich als weit weniger erfolgreich, als es das Totalitarismus-Modell angenommen hatte. Die Institution der Familie sammelte neue Kräfte und durchlief gleichzeitig eine Modernisierung. Private Beziehungen zwischen Individuen wurden neu geknüpft. Staatliche Strukturen und Organisationen wurden unterlaufen und von ihrer ursprünglichen Zielsetzung abgebracht durch Netzwerke persönlicher oder »informeller« Beziehungen. Das Resultat unterschied sich deutlich von Hannah Arendts suggestivem Bild einer gesellschaftlichen Wüste atomisierter Individuen, die nach Bedarf bis zur Raserei mobilisiert werden können.[24]

Der allgemeine institutionelle und ideologische Rahmen war zwar von neuen sozialen Beziehungen unterminiert und überwuchert, er blieb aber erhalten. Diese Kontinuität erlaubte es, das alte theoretische Paradigma an die neuen Realitäten anzupassen. Der klassische Stalinismus wurde als Vorbereitungsphase eines reiferen bzw. verknöcherten, degenerierten und korrupten bürokratischen Regimes besonderer Art reinterpretiert.

Daß das Totalitarismus-Modell niemals die Verbindung zu den sowjetischen Entwicklungen verloren hatte, ist vor allem auf Brzezinski zurückzuführen, der in einer langen Reihe von beeindruckenden Arbeiten die

Gedankenlinie fortsetzte, die Friedrich mit seinem Standardwerk aus dem Jahr 1956 eröffnet hatte. Von den frühen sechziger Jahren bis 1989, als *The Grand Failure* erschien, arbeitete Brzezinski stets mit der Alternative »Transformation oder Degeneration«.

1969 stellte Brzezinski die Frage folgendermaßen: »Befindet sich Rußland am Ende einer hochmotivierten, aktiven Periode seiner Geschichte und am Beginn einer sterilen bürokratischen Phase? Solche aktiven und bürokratischen Zyklen waren für die russische Geschichte typisch: Eine große Herausforderung löst eine große nationale, unter Zwang kollektiv organisierte Reaktion aus: Die organisierte Antwort erstarrt ihrerseits in bürokratischer Stagnation und führt zu einer Periode des Niedergangs.«[25] Ein Jahr später kommt Brzezinski in seinem Buch über die »technotronische Ära«, seiner Version der vom Westen ausgehenden, auf Wissen basierenden postindustriellen Veränderungen, zu dem Schluß, daß die streng zentralisierten sowjetischen Kontrollsysteme in Staat und Wirtschaft dysfunktional geworden waren, weil die »wissenschaftlich-technische Revolution«, um Breschnjews Terminologie zu benützen, größere Flexibilität und mehr Pluralismus erfordert hätten, als die Partei akzeptieren konnte. Eine mögliche Folge könnte »politische Desintegration« sein.[26] Fast zwanzig Jahre später sah Brzezinski fünf Optionen für das Regime: 1. die *Perestroika* hat Erfolg, 2. »anhaltender, aber ergebnisloser Aufruhr«, 3. »neuerliche Stagnation«, 4. »ein regressiver und repressiver politischer Staatsstreich als Reaktion auf Option 2 oder 3«, 5. »Aufsplitterung der Sowjetunion als Folge einer Kombination der Optionen 1 – 4.«

Brzezinski hielt die zweite Option für die wahrscheinlichste Alternative »der nächsten Jahre«. Er erwartete kein schnelles Ende des totalitären Regimes, war aber überzeugt, daß der Augenblick des Scheiterns bevorstand. Der Geist war aus der Flasche, und es gab wenig Hoffnung, daß eine erneute Stagnation ihn besänftigen oder ein Coup ihn zurück in die Flasche befördern könnte.[27]

Der Revisionismus in der Sowjetologie

Gegen Ende der turbulenten sechziger Jahre verlor das Totalitarismus-Modell in der akademischen Sowjetologie an Einfluß. Für jüngere und mehr links orientierte Wissenschaftler hatte das Modell viel von seiner Attraktivität eingebüßt. In einem Artikel, der 1968 in der maßgeblichen *Encyclopedia of the Social Sciences* erschien, hielt ihm Herbert J. Spiro die Grabrede.

> »Totalitarismus« ist ein Terminus des zwanzigsten Jahrhunderts, der erst in den späten dreißiger Jahren in den allgemeinen bzw. akademischen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat. (...) In der *Encyclopedia*

> *of the Social Sciences* (1930-1935), z.B. findet sich unter »Totalitarismus« kein Eintrag. (...)
> Angesichts der Tatsache, daß die Sozialwissenschaften heute für den Systemvergleich differenziertere Begriffe entwickeln und die in Entwicklung befindlichen politischen Systeme entdecken, daß die Erfindung neuer Modernisierungsmethoden die sklavische Nachahmung von eher auf Zwang beruhenden Verfahren, welche überholten Modellen entstammen, überflüssig machen kann, und daß die Unterschiede zwischen den Hauptprotagonisten des kalten Krieges dahinzuschwinden beginnen, mag auch der Terminus »Totalitarismus« seltener gebraucht werden. Sollten sich diese Erwartungen erfüllen, wird eine dritte Enzyklopädie der Sozialwissenschaften, wie schon die erste, »Totalitarismus« nicht anführen.[28]

Diese schroffe Ablehnung kam hauptsächlich von einer neuen Generation von Wissenschaftlern, denen die tiefverwurzelte Furcht vor dem Totalitarismus fremd war, wie sie viele ihrer älteren Kollegen noch geprägt hatte. Ihre Erfahrungen waren andere als die ihrer akademischen Vorgänger, die vor dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus geflüchtet waren oder die in ihrer Militärzeit- oder im diplomatischen Dienst unmittelbare Bekanntschaft mit dem Totalitarismus gemacht hatten. Die Jüngeren konnten die Sowjetunion als geschätzte Gäste besuchen, sie begegneten einem Land, das nicht totalitär schien. Abbot Gleason, Professor für russische Geschichte, beschrieb dies in einer bezeichnenden Weise:

> Mit der Einrichtung eines akademischen Austausches im Laufe der sechziger Jahre konnten amerikanische Professoren und (was noch wichtiger war) promovierte Studenten relativ lange Aufenthalte in der Sowjetunion verbringen. Sie hatten die Möglichkeit, sowjetische Normalbürger und ihr Leben kennenzulernen, wie es Ausländern jahrzehntelang fast unmöglich war. Es scheint zumindest auf den ersten Blick, daß ein zweijähriger Aufenthalt im allgemeinen zwar eine verheerende Auswirkung auf prosowjetische linke Einstellungen hatte, daß er aber auch das Totalitarismus-Modell unterminierte. Gewiß war der Staat fast überall eingedrungen, aber der Abstand zu der albtraumhaften Vision von *1984* war offensichtlich groß und blieb es auch. Der Staat hatte nicht nur das »Privatleben« nicht eliminiert – es war die Gastsfreundschaft und die Bedeutung, die die Freundschaft hatte, was die Amerikaner oft beeindruckte und sie gelegentlich zu der Frage veranlaßte, ob nicht vielmehr sie ein atomisiertes Volk seien.[29]

Der Glaube dieser Generation an die moralische Überlegenheit der westlichen Demokratie und an die amerikanische Außenpolitik war außerdem durch den Vietnamkrieg beträchtlich erschüttert. Obschon die Kriegsgegner nicht wie die liberalen Fellow Travellers und Kommunisten der dreißiger Jahre die Errungenschaften des Kommunismus verherrlichten, erschien ihnen eine prinzipielle Ablehnung des Kommunismus suspekt. Jede Kritik am Sowjetsystem, die auf liberalen oder konservativen Werten basierte, verstanden sie als eine indirekte Verteidigung der westlichen Demokratie oder, noch schlimmer, als Propaganda des Kalten Krieges.

Die Revisionisten lehnten vor allem die Parallele zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion ab. Les K. Adler und Thomas G. Patterson verwarfen in einem einflußreichen Artikel über »Die Verschmelzung von Nazi-Deutschland und Sowjetrußland im amerikanischen Bild des Totalitarismus« diese Analogie:

> Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg haben Amerikaner, manche zufällig, andere bewußt, verzerrte Ähnlichkeiten zwischen der nationalsozialistischen und der kommunistischen Ideologie, zwischen der deutschen und der sowjetischen Außenpolitik, der autoritären Kontrolle, den Handelspraktiken und zwischen Hitler und Stalin hergestellt. Diese populäre Analogie war eine mächtige und weit verbreitete Vorstellung, die die amerikanische Wahrnehmung des Weltgeschehens im Kalten Krieg entscheidend prägte. Nachdem die amerikanische Führung Rußland zum »Feind« erklärt hatte, übertrugen die Amerikaner ebenso leichtherzig wie überzeugt ihren Haß von Hitler-Deutschland auf Stalins Rußland.[30]

Tatsächlich war nichts zufällig an der Weise, wie diese Analogie von seriösen politischen Kommentatoren und Sozialwissenschaftlern ausgearbeitet und eingesetzt wurde. Es handelte sich eher um eine enorme intellektuelle und moralische Anstrengung.[31] Dies trifft besonders auf die nichtkommunistische und antistalinistische Linke zu, die, typisch für die Vergeßlichkeit der Neuen Linken gegenüber der Alten, von Adler und Patterson ignoriert wurden.32

Eine andere Argumentationslinie zielte auf die soziologische Irrelevanz, die man dem totalitären Modell unterstellte. Stephen F. Cohen sprach in seinem Buch *Rethinking the Soviet Experience*, der am besten begründeten und umfassendsten Darstellung der revisionistischen Position, über die »Unfähigkeit der Totalitarismus-Schule, sich eine authentische soziale Dimension der sowjetischen Politik vorzustellen«:

> Im Zentrum historischer und politischer Forschung steht im allgemeinen die Analyse gegenseitiger Beeinflussungen und Interaktionen zwischen Staat und Gesellschaft. Nicht so in den Untersuchungen zur Sowjetunion, die nur einen brutalen, jahrzehntelangen Einbahnprozeß sahen, in dem der Parteistaat »seine Ideologie nach Belieben« einer unbeweglichen Gesellschaft aufzwang. Das bevorzugte analytische Szenario war ein »permanenter Bürgerkrieg zwischen den Herrschern und den Beherrschten«, ein »Regime ohne Verbindung zum Volk«. Indem sie Stalins Despotismus und Massenterror, den Hauptpfeiler des Totalitarismus, fälschlicherweise für das Ganze des sowjetischen politischen und sozialen Lebens nahmen, vergaßen die meisten Sowjetologen eine Grundwahrheit. Selbst solche despotische Bedingungen bedeuten »keinesfalls«, wie ein sowjetischer Dissident später ausführte, »daß die sowjetische Gesellschaft einem Lehmklupen gleicht, der jedem Druck nachgibt.«[33]

Abgesehen von Extremfällen wurde die soziale Dimension der sowjetischen Politik jedoch nicht einmal zur Glanzzeit des Totalitarismus-Modells vernachlässigt. Auf der 1953 von der amerikanischen Akademie der Wissenschaften organisierten Konferenz über Totalitarismus, deren Ergebnisse zu Schlüsseltexten der Disziplin wurden, sprach Karl W. Deutsch über »Sprünge im Monolithen«. Er bezog sich auf jene Sprünge, die aufgrund der sozialen Zwänge, unter denen das System operiert, nicht gekittet werden konnten.

> Um völlige Identifikation und Loyalität zu erzielen, (...) muß eine Regierung weitgehend zugänglich und müssen ihre Handlungen relativ vorhersehbar sein. (...) Totalitäre Regime brauchen zumindest den Schein der Zugänglichkeit und Berechenbarkeit, wenn sie die aktive Unterstützung ihrer Bürger erwarten. (...) (Aber) je kalkulierbarer eine Regierung ist, umso geringer ihre Chance, totalitär zu bleiben. (...) Offensichtlich können diese inhärenten Konflikte in der grundlegenden politischen Unterstützung totalitärer Regime relativ lange überspielt werden; aber wenn sich dies über Generationen hinzieht, dürfte das Schicksal der meisten totalitären Regime zusehens zweifelhaft werden.[34]

Hannah Arendt fand Deutschs eher vorsichtige Schlußfolgerungen »überoptimistisch«,[35] es gab aber auch andere Stimmen. David Riesman schrieb schon 1952 über die »Grenzen der totalitären Macht«:

> Vor zwanzig, ja sogar noch vor zehn Jahren war es eine wichtige intellektuelle Aufgabe (...), interessierten Amerikanern zu erklären,

daß das sowjetische und das Nazi-System nicht bloß Übergangsstadien waren, (...) daß sie tatsächlich neue Formen sozialer Organisation darstellten, noch gefräßiger als selbst die brutalsten vorangegangen Diktaturen. Mir scheint jedoch, daß jetzt die Aufgabe des intellektuellen und moralischen Aufrüttelns erfüllt ist und sogar die Gefahr besteht, sie überzuerfüllen. (...)
Ich glaube, wir können von der Bösartigkeit des Stalinismus so fasziniert sein, daß wir schließlich seine Effizienz bei der Durchsetzung seiner schrecklichen Ziele überschätzen. (...) Überinterpretation ist ohnedies die notorische Untugend der Intellektuellen, und selbst wenn wir mit Hannah Arendt zu Recht auf die Notwendigkeit verweisen, daß wir zum Verständnis des Totalitarismus von traditioneller Rationalität absehen müssen, könnten wir leicht dem Reiz eines bösen Geheimnisses erliegen; es gibt eine alte Tradition, uns gegen unseren Willen vom Bösen faszinieren zu lassen. Und die größere Gefahr in der Praxis besteht darin, daß wir (...) weniger als die Macht des Feindes seine Ziele falsch einschätzen könnten und in der Folge übermäßig eingeschüchtert oder übermäßig agressiv werden.[36]

Diese kritischen Beobachtungen waren nur Plänkeleien verglichen mit dem massiven Vordringen der Soziologie und der Sozialpsychologie in die Sowjetologie, wie es Alex Inkeles und seine Mitautoren Raymond A. Bauer und Clyde Kluckhorn betrieben haben. Alle Lieblingsthemen der Revisionisten finden wir in den Büchern und Artikeln dieser Autoren wieder, wie etwa die »Bedeutung informeller Mechanismen für das Funktionieren einer Gesellschaft, die auf der Oberfläche hoch zentralisiert und kontrolliert zu sein scheint und vorgibt«,[37] oder die privaten Kommunikationsnetzwerke, welche eine zumindest teilweise unabhängige Meinungsbildung ermöglichen.[38]

Inkeles und seine Mitautoren warfen das Totalitarismus-Modell nicht über Bord, sondern, wie Martin Malia unlängst bemerkte, bereicherten es »um konkrete Analysen seiner vielfältigen Strukturen.«[39] Inkeles kritisierte jedoch die exklusive und einseitige Anwendung des Totalitarismus-Modells nicht weniger als die Revisionisten der folgenden Generation, die seinen Beitrag typischerweise nicht anerkannten.[40]

Ein drittes von den Revisionisten gegen das Totalitarismus-Modell angeführtes Argument bezog sich auf die schwache Vorhersagekraft der alten Schule. Dieses Argument formulierte Stephen Cohen in sehr ähnlicher Weise wie wir im ersten Abschnitt. Ironischerweise kann eben diese Kritik auch gegen das neue Modell gewendet werden.

> Nicht Prognosen sollten das Hauptziel wissenschaftlicher politischer Analysen sein, sondern Verständnis. Die Sowjetologie hatte sich (...) das sowjetische politische Leben ohne soziale Faktoren vorgestellt, ein »monolithisches Regime« ohne relevante innere Konflikte. (...)
> Diese Schule konnte sich nicht vorstellen, was sich schon in den fünfziger Jahren abzeichnete – ein allmähliches Abgehen von Stalins Weg eines auf Terror beruhenden Despotismus. (...) Die Sowjetologen diskutierten ja die Möglichkeiten solcher Veränderungen und schlossen sie im allgemeinen aus.[41]

Das pluralistische Modell

In den siebziger Jahren wurde das Totalitarismus-Paradigma weitgehend abgelöst von einem Modell, für das sich keine allgemein anerkannte Bezeichnung durchsetzte. Man sprach von »Pluralismus«, mit oder ohne Spezifizierungen und Adjektiven wie »quasi-«, »bürokratisch«, »institutionell« und »korporatistisch«. Die Differenzen waren nicht rein terminologischer Natur, sondern drückten wichtige analytische Kontroversen aus.[42] Über die empirischen Inhalte des Modells herrschte aber ein weitreichender allgemeiner Konsens.

Dem pluralistischen Modell zufolge – wählen wir dieses Etikett der Einfachheit halber – waren die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Interessen, die man in jeder modernen Gesellschaft findet, im politischen System sowjetischen Typs nicht nur vorhanden, sondern auch artikuliert und repräsentiert. Die kommunistische Regierung bemühte sich nicht, diese Interessen zu transformieren oder zu unterdrücken, was ohnehin unmöglich gewesen wäre, sondern versuchte ihr Möglichstes, auf sie einzugehen, und spielte im Grunde eine Vermittlerrolle, um das Gleichgewicht innerhalb des Regimes aufrechtzuerhalten. Es gelang ihr auf diese Weise für ein stabiles soziales Arrangement zu sorgen, welches von einigen Autoren tatsächlich als »Sozialvertrag« bezeichnet wurde.

Die Vertreter des pluralistischen Modells leugneten weder die drastische Einschränkung der Redefreiheit oder das organisatorische Monopol des Parteistaates, noch ignorierten sie Phänomene wie den chronischen Mangel an Konsumgütern. Unter den Analytikern der Sowjetszene waren sie die ersten und begeistertesten Anhänger von Gorbatschows Reformen, da ihnen sehr wohl bewußt war, daß vieles der Reform bedurfte.

Jerry Hough, der heftigste Befürworter der pluralistischen Schule, traf eine scharfe Unterscheidung zwischen den Chancen einer Interessensgruppe, Politik auf der Input-Seite zu machen (seine Forderungen öffentlich vorzubringen, sich zur Durchsetzung seiner Forderungen zu organisieren etc.), und den Chancen, günstige politische Resultate zu erzielen.[43]

Genauso wie beim Totalitarismus-Modell gibt es auch beim pluralistischen extreme Positonen. Auf der Suche nach Anzeichen von Gruppenpolitik widmeten sich Koryphäen der pluralistischen Schule der Untersuchung von Leserbriefen in sowjetischen Zeitungen oder verfolgten Diskussionen um die marxistisch-leninistische Lehre bis in die feinsten Verästelungen. Man versuchte sich auch in Wahlanalysen und analysierte allen Ernstes die marginalen Unterschiede bei Wahlen für die kommunistische Einheitsliste.[44]

Das Hauptproblem der pluralistischen Position lag allerdings tiefer. Indem es die Differenzen zwischen demokratischen und kommunistischen Systeme trivialisierte, beeinträchtigte das neue Modell die Vorstellungskraft der Soziologen in höherem Maße als das alte. Während dieses tiefergehende Veränderungen fast unmöglich erscheinen ließ, verstellte jenes den Blick für die Notwendigkeit solcher Veränderungen.

Den bezeichnendsten Ausdruck dieser Tendenz finden wir wieder in Houghs Werk. In den späten siebziger Jahren schrieb er die zum Klassiker avancierte Monographie von Merle Fainsod völlig um, die, ursprünglich dem Totalitarismus-Modell verpflichtet, 1953 unter dem Titel »How Russia is Ruled« veröffentlicht wurde. Der neuen Ausgabe, die nun unter dem Titel »How the Soviet Union Is Governed« erschien, ergänzte Hough um ein Schlußkapitel über »die Zukunft des Sowjetsystems«, das zur Gänze aus seiner Feder stammt.

> Die Sowjetunion hat ein autoritäres politisches System, sie besitzt aber eine Verfassung und einen Katalog von Parteiregeln, die weitgehend den westlichen Vorstellungen von Demokratie entsprechen, und sie schwört einer Ideologie die Treue, die volle Etablierung von Demokratie und individueller Freiheit verspricht. (...)
> Aufgrund der mehrdeutigen Natur der sowjetischen politischen Tradition ist es wahrscheinlich, daß jede zukünftige Evolution die Rahmenbedingungen des gegenwärtigen Systems in dem einen oder anderen Sinn beibehalten wird.[45]

Die Wiederkehr des Totalitarismus-Modells

Wie triumphal der Sieg der pluralistischen Schule auch erscheinen mochte, jenseits der Grenzen des Fachs blieb er folgenlos. Die Rede vom »Totalitarismus« hingegen wurde Teil der politischen Sprache, und mit der literarischen Umsetzung des Begriffs durch Schriftsteller wie Koestler, Milosz, Orwell und Silone erhielt er einen festen Platz im Bewußtsein politisch informierter Menschen im Westen und in wachsendem Maße auch in Osteuropa. Am Ende der siebziger Jahre, als der sowjetologische Pluralis-

mus auf seinem Höhepunkt schien, war die Renaissance des »Totalitarismus« bereits in vollem Gange.

Als mit der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 die letzte Hoffnung auf eine Erneuerung des kommunistischen Systems schwand, zeigte sich eine zunehmende Zahl von sowjetischen und osteuropäischen Dissidenten an der Theorie des Totalitarismus interessiert.[46] In Jacques Rupniks Buch über die Transformation von Osteuropa finden wir eine Beschreibung dieses Prozesses:

> In der Kommunikation zwischen Ost und West war der Begriff des Totalitarismus mit Paradoxen und Mißverständnissen beladen. Zu der Zeit, als die Länder Ostmitteleuropas (...) den »reinen« Totalitarismus der Stalinära erlebten, waren sie, aus einleuchtenden Gründen, von der im Westen über den Begriff geführten Diskussion abgeschnitten. Als er, umgekehrt, zwanzig Jahre später als unwissenschaftliches Produkt des kalten Krieges aus der westlichen Sowjetologie verbannt wurde, wurde er von den unabhängigen Denkern in Ostmitteleuropa in Beschlag genommen. Das Jahr 1968 markiert einen Scheideweg, es war ein Katalysator, der bewirkte, daß sich das Totalitarismuskonzept im Osten und Westen auseinanderentwickelte. Im Westen setzte mit 1968 die Ära der Entspannung ein, die die Art und Weise, wie Politiker, Wissenschafter und Journalisten das Wesen des kommunistischen Systems wahrnahmen, nachhaltig beeinflußte. Die Intellektuellen im anderen Europa sahen die sowjetischen Panzer in Prag als endgültigen Beweis für das Scheitern einer Reform von innen und für die Existenz eines dauerhaften totalitären »Kerns« im Zentrum des kommunistischen Systems.[47]

Mit Ende der siebziger Jahren, als die neue Welle offener Dissidenz in Polen und in der Tschechoslowakei in der öffentlichen Meinung des Westens registriert wurde, konnten auch die Wissenschaftler, die sich mit der Sowjetunion und Osteuropa befaßten, davon nicht völlig unberührt bleiben.[48]

Der neue Dissens in Osteuropa entwickelte sich aus der Enttäuschung über den marxistischen Revisionismus, den Reformkommunismus und den »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in ihren lokalen Spielarten. Die Dissidentenbewegungen fühlten sich paradoxerweise von jenen Zügen des Totalitarismus-Modells angesprochen, die eine innere Umgestaltung des Systems ausschlossen. Die dissidentische Version des Modells sah eine Beschränkung der absoluten Herrschaft des Staates auf die formelle Ebene von Politik und Wirtschaft vor. Der Spielraum zwischen diesem Bereich und dem privaten Familienleben bzw. den informellen Netzwerken hinge-

gen wäre demnach offen für gemeinschaftliches Handeln, ja sogar für Gemeinschaftsstrukturen dauerhafterer Art, die mehr oder weniger von der totalitären Kontrolle ausgespart blieben. Die offizielle Ideologie wurde als ein System ritualisierter Formeln und absurder Lügen dargestellt, an die zu glauben die Menschen vorzugeben hatten, die aber niemand ernst nahm.[49]

Das waren originäre und interessante Annahmen, und sie verhießen einen neuen politischen Stil, der in seinen Zielen radikal antiautoritär, in seinen Methoden aber rational und gemäßigt war.[50] Doch selbst die optimistischsten Dissidenten, die annahmen, daß der totalitäre Staat am Ende von einer mächtigen Bürgergesellschaft, die in seinem Schatten heranwuchs, bedrängt würde, gingen nicht davon aus, daß der Untergang des Regimes unmittelbar bevorstünde. Als dies wirklich geschah, waren sie daher nicht weniger erstaunt als die westlichen Beobachter der sowjetischen und der osteuropäischen Szene, wenngleich vielleicht besser auf die nächsten Schritte vorbereitet.[51]

Wir haben einen Kreis beschrieben – vom klassischen Totalitarismus-Modell über den pluralistischen Revisionismus bis zur Neuauflage des Totalitarismus-Modells. Jedes dieser Modelle bot – wenngleich auf verschiedene Weise und in unterschiedlichem Grad – wichtige Einsichten in die Möglichkeiten mehr oder weniger radikaler Veränderungen im kommunistischen System. Sie alle ließen freilich kaum die Vorstellung zu, daß das System kurzfristig oder überhaupt transformiert werden könnte. Wenn wir aber aus diesem Kreis heraustreten und nicht nur die Theorien betrachten, die zum Verständnis des totalitären Systems entwickelt wurden, hellt sich das Bild auf. Fast möchte man sagen, das Scheitern der Sowjetologie sei teilweise darauf zurückzuführen, daß sie die Beziehung zur klassischen Tradition der Sozialtheorie verloren hatte.

Implikationen der klassischen Theorien

Vieles in den klassischen Theorien implizierte, daß der Kommunismus eine reaktionäre und repressive Gesellschaft erzeugen und das System schließlich scheitern würde. Wir denken hier an die Schriften von Max Weber und Robert Michels, an Vilfredo Pareto und Raymond Aron, aber auch an Marx und Engels. Auch klassische liberale Ökonomen wie Ludwig von Mises, Friedrich Hayek oder Joseph Schumpeter kamen zu dem Schluß, daß sozialistische Planwirtschaft und verstaatlichte Industrie zwangsläufig ineffizient sein.

Max Weber war der Mentor von Michels und inspirierte dessen Untersuchungen zur sozialistischen Oligarchie. Weber erlebte noch den Beginn der Sowjetherrschaft. Er diskutierte mit seinen Studenten über die Zukunft

des Sozialismus und sagte voraus, daß er kein taugliches, egalitäres System hervorbringen würde, sondern aufgrund seiner stärkeren Bürokratisierung eher ein repressiveres als das kapitalistische.

Obgleich Mitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei, äußerte Robert Michels starke Kritik am Sozialismus, die großen Einfluß haben sollte. Seine »Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie«, die erstmals 1911 erschien, betonte die oligarchischen Tendenzen in den politischen Parteien, vor allem in den sozialistischen, darunter die bedeutendste jener Zeit, seine eigene.[52] Er verwies darauf, daß die Parteibürokraten keine Arbeiter waren und daher, wie schon Rosa Luxemburg aus einer anderen Perspektive bemerkte, das Parteiprogramm nicht die soziale Lage der Arbeiterklasse, sondern die Position und die Interessen der sozial privilegierten Parteielite widerspiegele. Michels meinte daher, daß die sozialistischen Parteien vielleicht siegen und an die Macht kommen, der Sozialismus als egalitäres System aber niemals Realität werden könnte.

Michels Werk hatte großen Einfluß auf die jungen amerikanischen Radikalen in den dreißiger und frühen vierziger Jahren, darunter auf zwei zukünftige Soziologen, Philip Selznick und Seymour Martin Lipset. Beide waren Trotzkisten, was bedeutete, daß sie sich des ausbeuterischen autoritären Charakters der Sowjetunion kritisch bewußt waren. Als sie aber innerhalb der eigenen Bewegung autokratische Tendenzen feststellten, akzeptierten sie Michels Annahme, daß Oligarchie und Diktatur der Organisationsstruktur revolutionärer Bewegungen inhärent seien, und verließen schließlich die Bewegung. Gleichzeitig verschärften sie ihre Kritik an der Sowjetunion.

James Burnham, ein führender amerikanischer Trotzkist, entwickelte in seinen beiden Büchern *The Managerial Revolution* und *The Machiavellians* die These, daß die Bürokratie nicht nur zur neuen herrschenden Klasse des Sowjetsystems wurde, sondern auch in der ganzen westlichen Industriegesellschaft die Führung übernahm, die dadurch etatistisch werden und Managementcharakter erhalten würde.[53]

Diese Auffassungen standen nicht im Widerspruch zu denen von Karl Marx, dem Begründer der sozialistischen Theorie und der kommunistischen Ideologie. Im »Kapital« notierte Marx: »Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft.«[54] Ironischerweise implizierte dies, daß die USA der erste Kandidat für den Sozialismus waren.

Rußland hingegen – ganz zu schweigen von China – konnte natürlich nicht unter den ersten sozialistischen Ländern sein. Die russischen Marxisten, Bolschewiken und Menschewiken, kannten ihren Marx und waren davon überzeugt, daß Rußland erst die Stadien einer bürgerlichen Gesellschaft und kapitalistischen Wirtschaft durchlaufen müsse.

Mit der Existenz der Sowjetunion verschwand nach 1917 fast gänzlich die Vorstellung, daß der Sozialismus nur in einer entwickelten industriellen Gesellschaft entstehen könnte. Erwähnenswert ist jedoch, daß Antonio Gramsci Mitte der zwanziger Jahre schrieb, daß Italien »amerikanisiert« werden müsse, um sozialistisch zu werden.[55]

Theoretische Erkenntnis und politische Urteilskraft

Einige Politiker und Journalisten der Rechten und der Linken scheinen gewußt zu haben, was in der Sowjetunion geschah. Die vielleicht genaueste Beschreibung und Prognose stammt von dem konservativen Journalisten Bernard Levin. Er meinte, daß die gleichen nationalistischen, sozialen und politischen Kräfte, die in den Eliten Osteuropas Dissidenten auf den Plan gerufen hatten, zwangsläufig um 1989 das gleiche Resultat in der Sowjetunion zeitigen würden. In erstaunlicher Voraussicht schrieb er 1977 in der Londoner *Times*, daß in der Sowjetunion die Anführer der Revolte

> jetzt schon da sind, Befehle befolgen, ihre Pflicht tun, nicht nur öffentlich sondern auch privat die offizielle Linie gegenüber Dissidenten vertreten. Sie konspirieren nicht, sie stehen nicht mit westlichen Geheimdiensten in Verbindung, sie üben keine Sabotage. Sie sind in jeder Hinsicht vorbildliche sowjetische Funktionäre. Genauer gesagt, in beinahe jeder Hinsicht: Sie haben sich die Wahrheit über ihr Land eingestanden und sich geschworen, etwas für es zu tun.
>
> Das Szenario wird etwa so aussehen: Es wird keine Gefechte in den Straßen geben, keine Barrikaden, keine Generalstreiks, Unterdrücker werden nicht an Laternenpfählen gehängt, staatliche Büros nicht geplündert und in Brand gesteckt, Radiostationen nicht besetzt, es wird keine Massendesertion in der Armee geben. Bald aber werden im Politbüro neue Gesichter auftauchen – ich bin überzeugt, in den Gemeinde- und sogar in den regionalen Verwaltungsbehörden sind sie bereits da – und allmählich, ganz allmählich, werden weitere neue Gesichter folgen. Bis sie eines Tages einander ansehen und verstehen, daß es keinen Grund mehr gibt, die Wahrheit in ihren Herzen zu verschließen. Das ist der zündende Moment.
>
> An dieser Prognose ist nichts romantisch oder phantastisch; es ist die nüchternste Extrapolation bekannter Fakten und bestätigter Zeugnisse. So oder ähnlich *wird* es sich abspielen. *Wann*, darüber Vermutungen anzustellen, ist weder möglich noch nützlich; ich bin aber sicher, daß es Leute noch erleben werden, die viel älter sind als ich. Nehmen wir der Ordnung halber an, am 14. Juli 1989.[56]

In den achtziger Jahren sprach Ronald Reagan mehrfach davon, daß es mit dem System bergab ginge. 1982 unterstrich er vor dem britischen Parlament die simple Tatsache, daß »die Millionen von Flüchtlingen in der modernen Welt immer aus der kommunistischen Welt und nicht in diese flüchten«; den Marxismus-Leninismus warf er auf den »Misthaufen der Geschichte«. 1983 bezeichnete er den Kommunismus als ein »trauriges, bizarres Kapitel in der Geschichte, dessen letzte Seiten gerade jetzt geschrieben werden.« Und 1987 am Brandenburger Tor: »In der kommunistischen Welt sehen wir Versagen, technologische Rückständigkeit, einen sinkenden Standard des Gesundheitswesens, ja Mangel am Allernötigsten – an Lebensmitteln«.[57] Die Wirtschaft war in Reagans Augen die Schwachstelle des sowjetischen Systems. Seine Auffassungen stimmten allerdings nicht mit den Empfehlungen überein, die er von Experten der CIA, dem Verteidigungs- und dem Außenministerium erhalten hatte. Der Präsident verfügte offenbar über eigene Quellen, einige davon in der Spionageabwehr und der *Rand Corporation*.

Auf der Linken war es Daniel Patrick Moynihan der seit den späten siebziger Jahren immer wieder auf die Schwäche der Sowjetunion hinwies. Auf die Frage, was in den Achtzigern passieren würde, antwortete er 1979, daß das Sowjetsystem »explodieren könnte«. Er verwies auf die ökonomischen Schwierigkeiten, die erhöhte Sterberate und die Spannungen zwischen den Nationalitäten.[58] In einer Rede vor dem Senat im Januar 1980 bemerkte Moynihan: »Die Anzeichen für eine ökonomische Stagnation, ja Rezession sind überdeutlich. Die Indizien für soziale Unordnung – soziale Pathologie ist kein zu starker Ausdruck dafür – sind noch schlimmer. Das entscheidende Ereignis der Dekade könnte der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums sein«. In einer 1984 an der Universität von New York gehaltenen Rede verwies er darauf, daß die Sowjetidee keine Loyalität mehr erzeuge,[59] und im Oktober 1984, kurz vor Gorbatschows Amtsantritt, erklärte er: »Der kalte Krieg ist vorüber, der Westen hat gewonnen. (...) Die Sowjetunion (...) ist zusammengebrochen. Als Gesellschaft funktioniert sie einfach nicht. Niemand glaubt mehr an sie.« Moynihan unterschied sich von Reagan in seinen politischen Schlußfolgerungen. Seine Strategie war abzuwarten, bis das System zusammenbricht.[60]

In Anbetracht solcher Urteile von führenden Politikern und Journalisten über die Zukunft der Sowjetunion fragt man sich, wieso diese recht behielten und so viele unserer Kollegen auf dem Gebiet der Sowjetologie sich geirrt haben. Die Antwort liegt zum Teil in der Ideologie. Reagan und Levin stammen aus dem rechten Milieu, und Moynihan aus dem linken antistalinistischen, sozialdemokratischen Milieu, und in beiden neigt man dazu, stets das Schlimmste anzunehmen. Die meisten Sowjetologen hingegen waren Linksliberale; ihre Orientierung machte es ihnen schwer, die

Skepsis gegenüber den Prinzipien staatlicher Planwirtschaft zu akzeptieren.

Die Unterschiede in den Analysen des Sowjetsystems hängen aber auch von den unterschiedlichen Fragestellungen ab. Die Wissenschaftler versuchten herauszufinden, wie das System arbeitete. Die langfristige Existenz der UdSSR hielten sie für selbstverständlich. So suchten sie nach Institutionen und Werten, die das Staatswesen und die Gesellschaft stabilisierten.[61] Die Journalisten und Politiker neigten hingegen dazu, dysfunktionale Aspekte hervorzuheben, die eine Krise auslösen konnten.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der vierzehn Autoren im oben zitierten, 1969 erschienenen Sammelband von Brzezinski *Dilemmas of Change in Soviet Politics*, belegt diese Annahme gut: Vier von sechs Autoren, die die Möglichkeit eines Zusammenbruchs vorhersahen, waren wie Levin, Moynihan und Reagan Nichtakademiker. Sechs von acht Autoren, deren Blick in der Systemkontinuität befangen blieb, waren Wissenschaftler.

Kann die moderne Soziologie trotz aller Fehleinschätzungen etwas zur Analyse der Entwicklungen in der ehemals kommunistischen Welt beitragen? Wir hoffen, es ist uns gelungen zu zeigen, daß sie dies vermag. Vielleicht hilft ein Dokument, letzte Zweifel auszuräumen: 1989, als die Partei also noch an der Macht war, fand an der Höheren Parteischule in Moskau eine dreitägige Konferenz über »Die Partei und die Perestroika« statt, an der kommunistische Wissenschaftler und Intellektuelle aus der ganzen Sowjetunion teilnahmen. Das stenographische Protokoll enthielt kaum Verweise auf Marx und Lenin. Zur Analyse der Situation und zur Rechtfertigung verschiedener Reformvorschläge wurden Max Weber und Talcott Parsons zitiert.[62]

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

1 Adam Przeworski, Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, New York 1991, S. 1.
2 Robert M. Solow, The Public Dimensions of Economies: Some Pitfalls, in: *Challenge* 21, 1978, S. 39.
3 Rita Jalai und Seymour Martin Lipset, Racial and Ethnic Tensions: A Global Perspective, in: *Political Science Quarterly* 107, 1992/93, S. 137-158.
4 Vgl. Seymour Martin Lipset, Predicting the Future of Post-industrial Society: Can we do it?, in: S.M. Lipset (Hg.), The Third Century: America as a Post-Industrial Society, Stanford 1979, S. 1-18.
5 Leo Trotzki, Die verratene Revolution, 1937.
6 Daniel Bell, Ten Theories in Search of Reality: The Prediction of Soviet Behaviour in the Social Sciences, in: *World Politics* 10, 1958, S. 358.
7 Vgl. Donald R. Kelley, Perestroika, in: *Soviet Studies* 44/2, 1992, S. 349.
8 Archie Brown, The Soviet Political Scene: The Era of Gorbachev?, in: L.W.Lerner und D.W. Treadgold (Hg.), Gorbachev und the Soviet Future, Westview Press, 1988, S. 38 f.

9 William E. Odom, How far can Soviet Reform go?, in: *Problems of Communism* 36, 1987, S. 30.
10 Ebd., S. 33.
11 Zbigniew Brzezinski (Hg.), Dilemmas of Change in Soviet Politics, New York 1969. S. insbesondere Brzezinskis »Concluding Reflections«. Vgl. auch William Odom, The Pluralist Mirage, in: *The National Interest* 31, 1993, S. 99 f.
12 Robert Conquest, Immobilism and Decay, in: Brzezinski, Dilemmas, a.a.O., S. 72.
13 Martin Malia, From Under the Rubble, What?, in: *Problems of Communism* 41, 1992, S. 96.
14 Murray Feshbach, Population and Manpower Trends in the U.S.S.R., Beitrag zu der Konferenz »The Soviet Union Today«, die 1978 in Washington stattfand; ders., Issues in Soviet Health Problems, in: *Soviet Economy in the 1980s: Problems and Prospects*, U.S. Congress, Joint Economic Committee, Washington 1982, S. 203-227; ders., Soviet Population, Labor Force and Health, in: *The Political Economy of the Soviet Union*, U.S. Congress, Joint Hearings of the House Committee on Foreign Affairs and Joint Economic Committee, Washington 1983, S. 91-138.
15 Randall Collins, Weberian Sociological Theory, New York 1986, S. 187.
16 Ebd., S. 197
17 Moshe Lewin, The Gorbachev Phenomenon: A Historical Interpretation, Berkeley 1988.
18 Für eine systematische Behandlung der Spannungen zwischen Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa siehe Walter D. Connor, Socialism's Dilemmas: State and Society in the Soviet Bloc, New York 1988, Kap. 1. Blair A. Ruble beschrieb die langfristigen sozialen Veränderungen in der Sowjetunion als eine »stille Revolution«, die den Weg für Gorbatschows Reformen vorbereitete, in seinem Beitrag »The Soviet Union's Quiet Revolution«, in: George W. Breslauer (Hg.), Can Gorbachev's Reforms Succeed? Berkeley 1990.
19 Richard Pipes, Survival Is Not Enough: Soviet Realities and America's Future, New York 1984, S. 199-200.
20 Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1973.
21 Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956.
22 Ebd., Teil VI.
23 Arendt, Origins, Kap. 12, Abschnitt 1.
24 Eine grundlegende Kritik der »Atomisierungsthese« findet sich in: Ralf Dahrendorf, Totalitarianism revisited, in: *Partisan Review* 55, 1988, S. 541-554.
25 Zbigniew Brzezinski, Concluding Reflections, in: »Dilemmas of Change«, a.a.O., S. 162-163.
26 Zbigniew Brzezinski, Between Two Ages: America's Rule in the Technotronic Era, New York 1970, S. 164-172.
27 Zbigniew Brzezinski, The Grand Failure: The Birth and Death of Communism in the Twentieth Century, New York 1989, S. 100.
28 Herbert J. Spiro, Totalitarianism, in: David L. Sills (Hg.), International Encyclopedia of the Social Sciences, New York 1968, Bd. 16, S. 106 und 112.
29 Abbot Gleason, Totalitarianism in 1984, in: *The Russian Review* 43, 1984, S. 153.
30 Les K. Adler und Thomas G. Patterson, Red Fascism: The Merger of Nazi Germany and Soviet Russia in the American Image of Totalitarianism, 1930s-1950s, in: *American Historical Review* 75, 1979, S. 1046.
31 Zum amerikanischen Standpunkt, siehe Robert A. Skotheim, Totalitarianism and American Social Thought, New York 1971. Die sorgfältigste historische Abhandlung der wissenschaftlichen Literatur – sowohl der amerikanischen als auch der europäischen Entwicklungen – findet sich in Martin Jaenicke, Totalitäre Herrschaft: Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971.
32 Irving Howes großzügige und gleichzeitig höchst kritische retrospektive Analyse bietet einen Blick auf die moralische und intellektuelle Verwirrung hinter den frühen Totalitarismustheorien: Totalitarianism Reconsidered: Yesterday's Theories, Today's Realities, in: *Dissent* 38, 1991, S. 63-71.
33 Stephen F. Cohen, Rethinking the Soviet Experience: Politics and History Since 1917, New York 1985, S. 23 f.
34 Karl W. Deutsch, Cracks in the Monolith: Possibilities and Patterns of Disintegration in Totalitarian Systems, in: Carl J. Friedrich (Hg.), Totalitarianism, New York, 1964, S. 316 f.
35 Vgl. ihren Diskussionsbeitrag in dem von Friedrich herausgegebenen Band, a.a.O., S. 336.
36 Some Observations on the Limits of Totalitarian Power, in: David Riessman, Abundance For

What? And Other Essays, New York 1964, S. 80-83. Dieser Essay wurde zum ersten Mal 1952 publiziert.

37 Raymond Bauer, Alex Inkeles, Clyde Kluckhorn, How the Soviet System Works: Cultural, Psychological and Social Themes, Cambridge, Mass. 1956, S. 218.

38 Raymond Bauer und David B. Gleicher, World-of-mouth Communication in the Soviet Union, in: *Public Opinion Quarterly* 17, 1953, S. 297-310; Alex Inkeles und Raymond Bauer, The Soviet Citizen: Daily Life in a Totalitarian Society, Mass., 1958, Kap. VII.

39 Martin Malia, From Under the Rubble, What?, a.a.O., S. 98-99.

40 Cohen, Rethinking, a.a.O., S. 7 und 25.

41 Ebd., S. 25.

42 Eine Übersicht über diese Debatten findet sich in der Festschrift für H. Gordon Skilling; dieser hatte als erster Sowjetologe vorsichtig die analytische Akzentverschiebung auf den Pluralismus formuliert: Susan Gross Solomon (Hg.), Pluralism and the Soviet Union: Essays in Honour of H. Gordon Skilling, New York 1983. Zu Skillings eigenem Rückblick vgl.: Interest Groups and Communist Politics Revisited, in *World Politics* 36, 1983, S. 1-27. Zur korporatistischen Version vgl. Valerie Bunce und John M. Echols, Soviet Politics in the Brezhnev Era: 'Pluralism' or 'Corporatism'?, in: Donald R. Kelley (Hg.), Soviet Politics in the Brezhnev Era, New York 1980.

43 Vgl. Jerry F. Hough »The Soviet Union and Social Science Theory«, Cambridge, Mass., 1977. Vgl. insbesondere S. 23f., 33f., 40, 42, 173ff., 180, 197ff.

44 Peter Rutland, Sovietology: From Stagnation to Perestroika? A Decade of Doctoral Research in Soviet Politics, in: *Kennan Institute Occasisonal Papers* nr. 241, Washington, The Woodrow Wilson Center 1990. S. auch ders., Sovietology: Notes for a Post-mortem, in: *The National Interest* 31, 1993, S. 109-123.

45 Jerry F. Hough und Merle Fainsod, How the Soviet Union Is Governed, Cambridge, Mass. 1979, S. 560. Zu Houghs Prognosen zur Zeit von »Gorbatschows Endspiel« s. Peter Reddaway, The End of the Empire, in: *New York Review of Books*, 7. Nov. 1991, S. 59.

46 Auf dem Gebiet der Sowjetologie kam der erste Appell, die sowjetischen Dissidenten als Informationsquelle, aber auch als Lieferanten neuer theoretischer Erkenntnisse ernst zu nehmen, von Peter Reddaway: Uncensored Russia, Washington, American Heritage Institute, 1972. Die beste wissenschaftliche Übersicht über das frühe dissidente Denken in Osteuropa findet sich in dem von Rudolf Tokes herausgegebenen und mit einer Einleitung versehenen Band »Opposition in Eastern Europe«, Baltimore 1979. Zu späteren Entwicklungen siehe Tony R. Judt, The Dilemma of Dissidence: The Politics of Opposition in East-Central-Europe, in: *East European Politics and Societies* 2, 1988, S. 185-240. In den achtziger Jahren war Timothy Garton Ash ein naher Beobachter der osteuropäischen Dissidentenszene, so nahe, daß er zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime selbst Teil des Ereignisses wurde. Vgl. T. Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990.

47 Jacques Rupnik, The Other Europe, New York 1989, S. 224.

48 Dem Ungarn Pierre Kende und dem polnische Brüderpaar Smolar kamen als Informanten in Westeuropa eine große Rolle zu. Cf. P. Kende, Krzyzstof Pomian, Varsovie-Budapest 1956, Paris 1978. Symptomatischer Ausdruck der Stimmungsänderung war Claude Lefort, L'invention démocratique: Les limites de la domination totalitaire, Paris 1981. Vgl. auch Walter Laqueur, Is there now, or has there ever been, such a Thing as Totalitarianism?, in: *Commentary* 80, 1985, S. 29-35, und Pierre Hassner, Le totalitarisme vu de l'Ouest, in: Guy Hermet, Pierre Hassner, Jacques Rupnik, Totalitarismes, Paris 1984.

49 Siehe in erster Linie die beiden Klassiker der Dissidenz: Adam Michnik, Letters from Prison and Other Essays, Berkeley 1986, und Vaclav Havel, Living in Truth, London 1988. Aus der großen Fülle an Literatur seien zwei jüngere Werke herausgegriffen, die die Erfahrung der Dissidenten mit der westlichen Demokratietheorie verbinden möchten: Jeffrey C. Goldfarb, Beyond Glasnost: The Post-Totalitarian Mind, Chicago 1989, und Jean L. Cohen und Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge, Mass. 1992.

50 Die osteuropäischen Ideen der Dissidenz fanden auch in dieser Hinsicht Anwendung in der westlichen politischen Theorie. Vgl. besonders Alfred Stepan, Rethinking Military Politics: Brazil and the Southern Cone, Princeton 1988.

51 Vladimir Tismaneanu, Reinventing Politics: Eastern Europe from Stalin to Havel, New York 1992, S. 280-181.

52 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 1911.
53 James Burnham, The Managerial Revolution: What is Happening in the World, Westport, Conn. 1972; ders., The Machiavellians: Defenders of Freedom, 1970.
54 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 12 (MEW, Band 23, Berlin 1962).
55 Antonio Gramsci, Selections from the Prison Notebooks, New York 1977, S. 21 f., 272, 318.
56 Wiederabgedruckt unter dem Titel »One who got it right«, in: *National Interest* 31, 1993, S. 64 f.
57 Edwin Meese, The Man who won the Cold War, in: *Policy Review* 60, 1992, S. 36-39.
58 Daniel Patrick Moynihan, Will Russia blow up?, in: *Newsweek*, 19.Nov. 1979, S. 144, 147.
59 Senator to Reagan: 'We won the Cold War', in: *Watertown Daily Times*, 10. Sept. 1984.
60 *Buffalo News*, 15. Oktober 1984.
61 Ein gutes Beispiel ist Severyn Bialers »Sources of Soviet Stability«, in: Terry L. Thompson und Richard Sheldon (Hg.), Soviet Society and Culture: Essays in Honor of Vera S. Dunham, Boulder 1988.
62 S. Frederick Starr, Pooped Party, in: *The New Republic*, 4. Dez. 1989, S. 20.

Martin Malia

TOTALITARISMUS UND SOWJETOLOGIE

Es ist der Geist, der
sich den Körper baut.
Goethe

Der Zusammenbruch des Kommunismus lieferte als Nebenprodukt eine Gewissenserforschung der ehemaligen Sowjetologen und der Sozialwissenschaftler über das Unvermögen ihrer Disziplinen, das Ende des Kommunismus vorherzusehen. Und es gibt Grund genug, eine Nachdenkpause einzulegen, denn das sowjetische »Rätsel«, wie es Churchill nannte, ist in der Tat das große soziologische Enigma unseres Jahrhunderts: Seine größte Macht, eine Mischung aus Faszination und gleichzeitiger Ablehnung, übte es in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aus, als die Sozialwissenschaften sich gerade ihren eigenen Platz in der westlichen akademischen Welt neben den Geistes- und den Naturwissenschaften erobert hatten. Bei ihren Vorstößen auf östliches Terrain produzierte die neue Zunft allerdings nur bescheidene Resultate.

György Bences und Martin Lipsets Artikel im vorliegenden Heft liefert einen kritischen und anregenden Überblick über die theoretischen Annahmen, die die zuständigen Wissenschaften davon abhielten, den Sturz des Kommunismus vorauszusehen. Die Autoren kommen aber zu dem Schluß, daß, wenn wir von Theorien, die ausdrücklich zum Verständnis des Kommunismus entwickelt wurden, zur »klassischen Theorie« übergehen, wir auf eine Sozialwissenschaft stoßen, die »implizierte, daß der Kommunismus eine reaktionäre und repressive Gesellschaft erzeugen und das System schließlich scheitern würde.« Die klassischen Theorien, die Bence und Lipset untersuchen, sind jene von Max Weber, Robert Michels und Karl Marx.

Die Autoren stützen sich auf Webers Vermutung, daß der Sozialismus noch mehr Bürokratie hervorbringen würde als der Kapitalismus. Darin sehen sie einen Schlüssel zu den sozialen Spannungen, die zum Untergang des Sowjetsystems führten. Webers Theorie der Bürokratie ist aber so »idealtypisch« und seine damals zwangsläufig hypothetischen Bemerkungen zum Sozialismus sind so spärlich, daß es schwierig ist, von dort zu den spezifischen Strukturen des sowjetischen Parteistaates mit seiner Planwirt-

schaft, seiner universalen ideologischen Mobilisierung und seiner omnipräsenten politischen Polizei zu springen. Webers Bürokratiebegriff liefert uns kaum einen Ansatz für die allmächtige, ideokratische Bürokratie der totalitären sowjetischen Herrschaft.

Um diese Lücken zu füllen, greifen die Autoren auf Webers Schüler Robert Michels und seine Analysen der inhärent oligarchischen Tendenzen sozialistischer Parteien zurück. Michels kam zu dem Schluß, daß sozialistische Parteien zwar an die Macht kommen können, niemals aber ein egalitäres System schaffen würden – eine Auffassung, die Bence und Lipset zutreffend mit der von Rosa Luxemburg vergleichen (dasselbe könnte man mit Trotzkis Sicht der sowjetischen Bürokratie tun). Die Sowjetpartei war in der Tat hierarchisch aufgebaut, nach dem Vorbild der deutschen Sozialdemokraten. Daraus läßt sich aber kaum ableiten, daß ein sozialistisches Regime scheitern muß, wenn es, wie das Sowjetregime, keine egalitäre Gesellschaftsordnung hervorbringt. Bisher hat noch keine Gesellschaft eine wirklich egalitäre Ordnung geschaffen, und doch gelingt es den meisten Gesellschaften, trotz eines hohen Maßes an Entfremdung fortzubestehen. Weber und Michels zusammen liefern uns daher bestenfalls nur die halbe Erklärung für das Scheitern des Kommunismus in der Sowjetunion.

Die klassische Theorie von Marx ist dagegen geradezu ein Hindernis für das Verständnis dessen, was seine russischen Schüler aus ihr gemacht haben. Wie die Autoren richtig betonen, behauptete Marx, daß der Sozialismus nur in einer industriell entwickelten Gesellschaft entstehen könne. Demgemäß würde jeder Versuch, den Sozialismus in einem rückständigen Land aufzubauen, eine soziologische Monstruosität hervorbringen. Und die Autoren schließen nicht ausdrücklich aus, daß die Sowjetunion deshalb gescheitert ist, weil sie vom orthodoxen Marxismus abgewichen war.

Sie bleiben darin unbestimmt – aus guten Gründen, führt eine solche Ableitung aus der klassischen marxistischen Theorie doch zu dem Fehlschluß, daß, wenn die Sozialisten des 20. Jahrhunderts nur an der marxistischen Lehre festgehalten und ihr Utopia in hochindustrialisierten Gesellschaften aufgebaut hätten, alles in Ordnung gewesen wäre. Von eben dieser impliziten Annahme geleitet gingen die Hauptvertreter der westlichen Sowjetologie in die Falle einer Bewertung des sowjetischen Unternehmens aus quasimarxistischer Perspektive. In der Tat konstituierte die Ineinssetzung von Sozialismus und Entwicklung das, was man *das* Paradigma der westlichen Sowjetologie nennen könnte. Doch führt kein Weg an der Wahrheit vorbei, daß nirgendwo in der realen Welt das verwirklicht werden kann, was Marx und die gesamte Zweite Internationale unter Sozialismus verstanden. Nur eine genaue Untersuchung der inneren Paradoxe des Marxismus kann eine adäquate Erklärung für die Entstehung des »großen

Paradigmas« und dem daraus folgenden Scheitern der sozialwissenschaftlichen Sowjetologie liefern.[1]

Der Marxismus beruht auf einer Kombination von miteinander nicht zu vereinbarenden Elementen. Erstens, auf der sozioökonomischen Logik der Geschichte, die eisern vom Feudalismus zum Kapitalismus und weiter zum Sozialismus führt, und darin besteht für Bence und Lipset das Wesen des Marxismus. Zweitens steht am Ende dieses Prozesses die revolutionäre Negation des Kapitalismus durch den Sozialismus; in Marx' Marxismus bedeutet Revolution Gewalt und der daraus resultierende Sozialismus ist radikal Nicht-Kapitalismus, der durch die völlige Aufhebung des Privateigentums, des Profits, des Marktes und sogar des Geldes erreicht wird. Karl Marx war – das muß hier betont werden – kein Sozialdemokrat, er war ein utopischer Visionär mit einem sozialwissenschaftlichen Antlitz.

Marx mußte das sozialdemokratische Etikett akzeptieren, weil sich die ihrem Wesen nach reformistische deutsche Arbeiterpartei der 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts damit versehen hatte. Er bevorzugte jedoch immer den radikaleren Ausdruck aus dem Manifest von 1848 – »kommunistisch« – wie etwa in der Kritik des Gothaer Programms von 1875, wo er die Entwicklung vom Sozialismus zum vollentwickelten Kommunismus skizzierte. Und die Essenz dieser radikalen Position (wenn auch nicht das Etikett) machte sich die deutsche Sozialdemokratische Partei mit der Verabschiedung des Erfurter Programms von 1891 zueigen.

Diese große Synthese von marxistischer Theorie und Massenpartei, die zu einem Modell für die gesamte Zweite Internationale avancierte, wurde allerdings bald von den Unvereinbarkeiten der zugrundeliegenden Doktrin untergraben. Es zeigte sich, daß die sozioökonomische »Gesetzmäßigkeit« oder »Logik der Geschichte« in den entwickelten Industriegesellschaften nicht zu einer revolutionären Aufhebung von Privateigentum, Profit und Markt führt. Vielmehr führt sie vermittels demokratischem politischen Handeln zu einem Wohlfahrtsstaat; denn Politik ist kein bloßer »Überbau« wie Marx glaubte, sondern eine »unabhängige Variable«, wie wir es heute nennen würden.

Darauf wies als erster Eduard Bernstein hin und zog die Schlußfolgerung, daß die Sozialisten die revolutionäre Aufhebung des Kapitalismus aufgeben und sich auf konkrete Reformen konzentrieren sollten: Die Bewegung sei alles, das Ziel nichts – so seine Formel des Sozialismus. Karl Kautsky und die Mehrheit der Partei verwarfen diese Haltung als »revisionistisch« – zu Recht, denn Bernstein hatte den ursprünglichen Marxismus tatsächlich ausgehöhlt, indem er dessen Ziel verabschiedete. Als Antwort auf diese Häresie pochte Kautsky entschieden auf die marxistische Grundlehre, wobei er sie allerdings de facto verwässerte, ohne ihre

inneren Unvereinbarkeiten zu überwinden. Kautsky fand eine neue historische »Gesetzmäßigkeit« in den demokratischen Wahlen: Sie würden dem Proletariat eines Tages die Mehrheit im Parlament bringen, und diese Mehrheit würde dann den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf gesetzlichem Wege verfügen – Verstaatlichung der Wirtschaft, rationale Planung und Kollektivierung der Landwirtschaft.

Kautsky schlug also eine evolutionäre Revolution vor – eine Kombination von Unvereinbarem, die ebenso utopisch war wie der ursprüngliche Marxismus. Wenn wir die Tatsache beiseite lassen, daß das Proletariat niemals auf mehr als ein Drittel der Bevölkerung eines Landes anwuchs (was in den 90er Jahres des 19. Jahrhunderts schwer vorauszusehen war), konnte man aus der Geschichte der Klassenantagonismen des 19. Jahrhunderts unschwer ableiten, daß ein solches Programm kaum zu realisieren sein würde: Das Vermögen einer ganzen Gesellschaft zu konfiszieren und zu kollektivieren, in den Worten von Marx die »Expropriation der Expropriateure«, stellt – selbst wenn dies vom Parlament verfügt und nicht von den Barrikaden herab diktiert wird – einen revolutionären Akt dar, und eine Umwälzung solchen Ausmaßes kann nur zu massivem Widerstand führen.

Ein Häufchen reicher Leute kann man relativ leicht enteignen, ohne den inneren Frieden zu gefährden; nicht aber eine breite wohlhabende Mittelschicht und die unabhängigen Bauern. Nie in der Geschichte hat ein Land den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im strengen Sinne auf parlamentarischem Wege vollbracht. Entweder blieb der Versuch auf halbem Wege stecken, oder es kam zu einem Rückzug, wie bei den schwedischen Sozialdemokraten, bei Léon Blums Volksfront oder in jüngerer Zeit bei François Mitterand. Salvador Allende versuchte, den Weg zu Ende zu gehen und nach seinem Wahlsieg einen Sozialismus nach kubanischem Vorbild einzuführen; Bürgerkrieg und Niederlage waren die Folgen.

Es gibt indes noch einen anderen Weg, wie man Bernsteins Revisionismus begegnen kann: indem man nämlich die Gesetzmäßigkeit der Geschichte dahingehend aktualisiert, daß man eine außerparlamentarische demokratische Bewegung zuläßt, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu Fall zu bringen. Ein solcher Ansatz findet sich bei Rosa Luxemburg, nach der die zunehmende Unterdrückung durch den fortgeschrittenen oder »Finanz«-Kapitalismus die Arbeiter dazu treibe, das System durch einen Massenstreik zu stürzen – als ob dieser gewaltlose Ausdruck des Gemeinwillens nicht die bewaffnete staatliche Gewalt auf den Plan rufen würde. Noch jeder Massenstreik in der Geschichte, bis hin zum britischen Generalstreik von 1927, wurde vom Staat gebrochen, ohne daß es je zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen wäre. Links von Kautsky haben wir also eine weitere auf einer Mehrheit basierende, doch immer noch

utopische Strategie, wie man zu einem vollentwickelten Sozialismus gelangen könnte.

Es gibt allerdings eine zweite linksradikale Strategie, um der Revisionismus-Falle zu entgehen – es ist der Weg von Lenins Kaderpartei. Lenin ging so wie Bernstein davon aus, daß die Arbeiterklasse nur ein »tradeunionistisches« reformistisches Bewußtsein ausbilden würde. Aber im Gegensatz zu Bernstein leitete Lenin daraus ab, daß die »revolutionäre Intelligenz« ein »wissenschaftlich-sozialistisches Bewußtsein« in die Arbeiterklasse hineinzutragen habe. Nur unter der Führung dieser ideologischen Kaderpartei könne das Proletariat die Geschichte im Sozialismus kulminieren lassen.

Zur gleichen Zeit aktualisierte Lenin, Rosa Luxemburg und Rudolph Hilferding folgend, die Gesetzmäßigkeit der Geschichte um die Theorie des »Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus«, der zufolge die »kolonialen«, »semikolonialen« oder rückständigen Nationen die am meisten ausgebeuteten und daher die revolutionärsten Komponenten des Weltsystems darstellen. In dem daraus resultierenden imperialistischen Krieg wäre es folglich legitim, die Weltrevolution im »semikolonialen« Rußland zu beginnen. Selbst wenn die russische Partei und ihre proletarische »Basis« im Lande nur eine Minderheit ausmachten, würde die erforderliche demokratische Rechtfertigung ihrer Handlungen nachgeliefert werden, sobald die Revolution auf den fortgeschrittenen Westen übergreife.

In der großen Auseinandersetzung der Zweiten Internationale vertraten Bernstein und Lenin zu Recht die Auffassung, daß Marx' Geschichtslogik nicht *von alleine* zum Sozialismus als Nicht-Kapitalismus führen würde. Der nüchterne Realist Bernstein befürwortete, das revolutionäre Ziel zugunsten eines evolutionären Reformismus aufzugeben, und wurde so zum Begründer der modernen Sozialdemokratie. Damit hörte er allerdings auf, ein echter Marxist zu sein. In ihrem Bad Godesberger Programm von 1959 ließ die Partei von Engels und Kautsky ihren marxistischen Bezug ganz fallen. Lenin mit seinem hartnäckigen Realismus im Dienste einer unrealisierbaren Utopie ordnete die »spontane« Logik der Geschichte dem ideologisch geprägten Willen der Partei unter und wurde so zum Begründer des revolutionären Kommunismus. Trotz dieser Akzentverschiebung von der Logik der Geschichte zum Willen blieb er Marx treu; denn man *muß* Marxist sein, wenn man Sozialismus als echten Nicht-Kapitalismus anstrebt. Als Gorbatschow den Klassenkampf durch »universelle menschliche Werte« und einen bescheidenen Markt ersetzte, brach Lenins System über Nacht zusammen.

Luxemburg und Kautsky repräsentierten den moralisch überlegenen »echten« demokratischen Sozialismus, da ihre Positionen nie in der Praxis

erprobt wurden. Sie konnten Lenins Diktatur daher herablassend (und zutreffend) als Karikatur des idealen Sozialismus attackieren; wie die Geschichte aber jetzt beweist, hätten ihre eigenen Programme kaum die von ihnen so eloquent verteidigte ideale Gesellschaft hervorgebracht. In der realen Welt waren die Alternativen für den Sozialismus entweder Bernsteins »Ausverkauf« an den Kapitalismus für einen profanen Wohlfahrtstaat oder Lenins diktatorischer Durchbruch zur strahlenden Utopie des ursprünglichen Marxismus.

Dieser ideologische Hintergrund sollte infolge des pervertierten Verlaufs von Lenins Revolution schließlich das Verständnis des Sowjetkommunismus dominieren. Bald wurde klar, daß Lenins Gesetzmäßigkeit der Geschichte falsch war: Der Krieg und das bolschewistische Beispiel bewirkten keine Revolution im Westen, und seine Kaderpartei blieb eine Minderheit in einem rückständigen Land. In der Theorie begründete man diese Besonderheit damit, daß die »Stabilisierung des Kapitalismus« nur temporär sei; eine neuerliche Krise und ein weiterer Krieg würden schließlich zur Weltrevolution führen, und die Aufgabe der Bolschewiken sei es, bis dahin die Stellung der russischen Sozialisten zu halten – in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des Aufstieges von Faschismus und Nazismus eine für Marxisten einleuchtende Position.

In der Zwischenzeit stellte sich für die Vorhut die praktische Frage, wie sie sich als proletarische Partei in einem bäuerlichen Land verhalten solle. Die Antwort lautete »Sozialismus in einem Land«. Dies bedeutete jedoch nicht, wie manchmal behauptet, daß die Revolution sich abgekühlt und auf die Weltrevolution verzichtet hätte zugunsten der nationalen Aufgabe, den Sozialismus nur in Rußland aufzubauen. Die neue Doktrin besagte vielmehr, daß, obwohl ein vollentwickelter Sozialismus nur in Rußland zu erreichen sei, dieser Sieg erst gefestigt werden könne, wenn der Rest der Menschheit dem Beispiel gefolgt sein würde. Der Sozialismus sowjetischen Typs blieb also im eigenen Land wie im Ausland fest der Utopie verpflichtet und daher auch einem permanenten Zustand des »internationalen Klassenkampfs« mit der »kapitalistischen« Außenwelt.

Gleichwohl wurde im Laufe der Zeit der utopische Impuls im wesentlichen nach innen gekehrt, um den Sozialismus zunächst in Rußland aufzubauen. Und so wurde es zur Aufgabe der Partei, durch Zwang von oben jene industrielle und proletarische Gesellschaft zu erschaffen, aus der eigentlich *sie*, die Partei, hätte hervorgehen sollen. Dieses offensichtlich nicht-marxistische Resultat wurde durch ein Hin und Her von Vormarsch und Rückzug erreicht – vom utopischen Sprung kopfüber in den Kriegskommunismus von 1918-1921 über die halbherzige Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen durch die NEP von 1921-1929 bis zur kal-

ten Hysterie der radikalen Industrialisierung und Zwangskollektivierung durch Stalins Fünfjahresplan in den dreißiger Jahren.

So wandelte sich der Marxismus von einer Theorie, die die inneren Widersprüche der Industriegesellschaften entlarven sollte, zu einem ideologischen Knüppel für den Gewaltmarsch zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit. Die Leninistische Partei, die sich nicht durch ihre soziale Zusammensetzung sondern durch ein ideologisches »Bewußtsein« definierte, hat in Wirklichkeit Marx' Materialismus auf den Kopf gestellt, genau so, wie Marx dies einst mit Hegels Idealismus getan hatte. Und die daraus erwachsene Rolle, rückständigen Ländern eine Zwangs-»Entwicklung« zu verordnen, sollte für den Rest des Jahrhunderts das Schicksal des Marxismus bleiben.

Dieses paradoxe Ergebnis beruht aber weder auf einem Zufall noch auf einem Verrat des »wahren« Marxismus, sondern war das logische Resultat der inneren Unvereinbarkeiten des Marxismus. Nur durch Zwang kann der Kapitalismus vollständig eliminiert werden. Und nicht zufällig wurde dies zuerst in einem rückständigen Land und bedingt durch den Krieg versucht, denn nur die Zerstörung der noch wenig entwickelten russischen Bürgergesellschaft durch den totalen modernen Krieg konnte jene Tabula rasa schaffen, die es einer kleinen Gruppe von Zeloten erlaubte, die Macht zu ergreifen und das ganze Land zu enteignen. Und nur die ideologische Pseudogewißheit lieferte ihnen den eisernen Willen dazu; vielleicht ist dieser Fanatismus der wesentliche Beitrag der marxistischen Pseudowissenschaft zur permanenten Revolution von oben.

Für die westlichen Sozialwissenschaften mit ihrem Hang zu Empirismus und Positivismus, ihrer Orientierung an dem prestigeträchtigen aber irreführenden Modell der Naturwissenschaften, ist es jedoch schwierig, ein so pervertiertes Phänomen wahrzunehmen wie eine ideokratische Partei, die ihre eigene Gesellschaft schafft. Und so war die sozialwissenschaftliche Sowjetologie permanent bemüht, die auf dem Kopf stehende sowjetische Welt so zu sehen, als ob die Gesellschaft das Regime hervorgebracht hätte. Dadurch wurde diese Welt aber *wirklich* auf den Kopf gestellt und fundamental mißverstanden.[2]

Zwei Grundformen verkörpern dieses Mißverständnis. Erstens die quasi-marxistische Erklärung der sowjetischen Entwicklung durch die Tatsache, daß das bäuerliche Rußland für den Sozialismus »noch nicht reif« gewesen sei. Weil das sozialistische Ziel dennoch nicht preisgegeben werden sollte, wurde die Zwangsindustrialisierung zur unglückseligen Notwendigkeit, wobei es zu all jenen Deformationen des sozialistischen Ideals kam, die der Westen anprangerte und die Stalin verkörperte. Kurz gesagt, die Schuld am Scheitern des sowjetischen Sozialismus liegt demnach in der russischen Rückständigkeit, nicht im Sozialismus selbst.

Das zweite Hauptmißverständnis beruht auf der Modernisierungstheorie, die eigentlich eine Säkularisierung der marxistischen Geschichtslogik darstellt. Raymond Aron nannte es »Marxismus ohne Klassenkampf«; in diesem neuen Gewand wird er zum bürgerlichen Materialismus von Walt Rostows gesetzmäßigen »Stadien des Wirtschaftswachstums«. Vertreter dieses Standpunktes tun die sozialistische Ideologie als Oberflächenphänomen ab und behaupten, daß die Bolschewiken in Wirklichkeit eine Zwangs-»Entwicklung« unter dem Handikap außergewöhnlicher Rückständigkeit betrieben. Was das Sowjetsystem tatsächlich antrieb, war nicht die ideokratische Partei, sondern die universellen und objektiven Imperative der »modernen« Gesellschaft; und die Deformation dieses Prozesses in Rußland war einmal mehr der ungefügen und ungefügigen Masse der Bauern zuzuschreiben.

Es gibt zwei wichtige logische Implikationen dieser Doppelform von Mißverständnis. Erstens wird weder der Politik noch der Kultur Autonomie zugestanden: Der Marxismus sieht in beiden einen rein derivativen »Überbau«, und die Modernisierungstheorie versteht sie als Nebenaspekte der wirtschaftlichen Entwicklung. Zweitens würden in einem voll »entwickelten« Sowjetrußland die anfänglichen Deformationen verschwinden, um einem demokratischen Sozialismus (für die Quasimarxisten), oder einer »hochentwickelten Industriegesellschaft« (für die »wertfreien« Modernisierungstheoretiker) Platz zu machen.

Die beiden hier skizzierten Erklärungsansätze und ihre Implikationen wurden in der sowjetologischen Literatur kaum ausdrücklich thematisiert. Sie strukturierten vielmehr unterschwellig die ständig zunehmenden empirischen Untersuchungen über Sowjetrußland, besonders nachdem das »Totalitarismus-Modell« in den späten sechziger Jahren durch den sozialwissenschaftlichen »Revisionismus« verdrängt worden war. In Wahrheit hat dieser seinen Ursprung bereits in der Oktober-Revolution und ihren Folgen für die oben resümierte politische Revisionismus-Debatte.

Der Aufstieg und Triumph dieses »großen Paradigmas« – von 1917 bis zum sozialwissenschaftlichen »Revisionismus« der siebziger und achtziger Jahre – soll hier anhand einiger zentraler Arbeiten von Historikern skizziert werden. Aber auch die Politikwissenschaftler bewegten sich innerhalb dieses Rahmens, ebenso wie die Ökonomen, denen er als Bezug für ihre übertrieben optimistischen Bewertungen und Wachstumszahlen diente. Es gab natürlich auch Opposition von seiten der Nachhut des Totalitarismus-Modells gegen das große Paradigma, das Grundmuster der Mainstream-Sowjetologie ist aber trotz zahlreicher Verfeinerungen von monotoner Folgerichtigkeit.

Die Grundzüge des Paradigmas finden sich bei den Menschewiken, die

als orthodoxe radikale Marxisten der Zweiten Internationale die bolschewistische Machtergreifung als soziologisch verfrüht und daher als undemokratisch verurteilten; ihrer Voraussage nach konnte sie nur zu einem »Barackensozialismus« führen. Allerdings waren sie in ihrer Verurteilung nicht besonders konsequent, denn als Sozialisten konnten sie sich nicht mit den Weißen gegen ihre Brüder auf der Linken verbünden, wie unberechenbar diese auch waren. Während des Bürgerkrieges verurteilten sie zwar die Bolschewiken, unterstützten sie aber gegen die Weißen. Nachdem Lenin 1922 die meisten ihrer Führer in den Westen verbannt hatte, willigten viele der im Lande verbliebenen Menschewiken ein, im Gosplan (der staatlichen Planungskomission) zu arbeiten; tatsächlich stammten die ersten Entwürfe für den Fünfjahresplan weitgehend von Menschewiken.

Diese ambivalente Haltung der Menschewiken gegenüber ihren feindlichen Brüdern auf der Linken wurde nach 1945 von New Yorker Emigranten auf die entstehende westliche Sowjetologie übertragen. Sie äußerte sich ab Mitte der 60er Jahre überwiegend in zahlreichen Untersuchungen über die russischen Arbeiter von 1905 bis 1917, ein Unterfangen, das auch von der Arbeit des britischen Marxisten E.P. Thompson beeinflußt war, der die Oktoberrevolution als eine authentische soziale Revolution des Proletariats darstellte, die die Bolschewiken an sich gerissen, aber nicht irreparabel korrumpiert hatten. Demnach hatte sich die Sowjetmacht zumindest am Anfang gesetzmäßig aus der Gesellschaft entwickelt.[3]

Das nächste Entwicklungsstadium des Paradigmas bildete der Trotzkismus. Wie verhielt sich Trotzki zum Dilemma der russischen Revolution? In der Zeit des Kriegskommunismus, als Trotzki an der Macht war und die westliche Revolution unmittelbar bevorzustehen schien, war es seine (der Parteiposition entsprechende) Absicht, den Aufbau des Sozialismus zunächst nur in Rußland in Angriff nehmen, ohne auf die proletarische Machtergreifung im Westen zu warten. Später, als er unter der NEP, also in der Zeit des »erzwungenen Rückzugs« des Sozialismus, in der Opposition war, modifizierte Trotzki diese Position und kritisierte die »übertriebenen« Zugeständnisse an die Bauern; er rief nach einer raschen Industrialisierung in Verbindung mit einer aggressiv revolutionären Außenpolitik zur Rettung des bedrohten russischen Sozialismus. Im Exil variierte Trotzki das Paradox der Sowjetmacht schließlich dahingehend, daß er Stalins Industrialisierungsdiktatur als gesetzmäßiges Resultat einer isolierten Revolution in einem rückständigen Land interpretierte: Da Rußland nicht den für den Sozialismus notwendigen »Überfluß« produzieren konnte, eignete sich die Parteibürokratie das vorhandene Vermögen an und wurde so zu einer korrupten Oligarchie, die von Stalin bloß verkörpert wurde. Die Revolution war zwar »verraten«, nicht aber verloren, da der Kapitalismus eliminiert und alles Eigentum kollektiviert worden war. Nach dem Abgang

Stalins und seiner Clique könnte das Land folglich zum wahren Sozialismus zurückkehren.

Nach Trotzkis Tod wiederholte Isaac Deutscher all dies in einer monumentalen Reihe von Werken, und nach Stalins Ableben prophezeite er, daß Trotzkis Prognose für Rußland durch Chrustschows Reformen Wirklichkeit werden würde. In Deutschers Werk vollenden sich zugleich der Trotzkismus und das große Paradigma. Es läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Eine echte Arbeiterbewegung wurde vorübergehend durch die russische Rückständigkeit und Stalins Diktatur deformiert, doch nach der Industrialisierung Rußlands durch die Partei würde die Revolution schließlich materiellen Überfluß erzeugen und so ein menschliches Antlitz annehmen.[4]

Das gleiche Schema wiederholt sich in weniger ideologischer Form in E.H. Carrs Standardwerk der westlichen Sowjetologie *The Bolshevik Revolution*. Hier heißt es: »Der von der Revolution in einem Land mit einem ökonomisch rückständigen und zahlenmäßig schwachen Proletariat etablierte Sozialismus war nicht der von Marx und Lenin als Resultat der vereinten (europäischen, d.A.) proletarischen Revolution verkündete Sozialismus und konnte es nicht sein. (...) Daher hatte die russische Revolution von Anfang an einen hybriden und mehrdeutigen Charakter.« Trotzdem sieht Carr die sowjetische Planwirtschaft als »die ökonomische Hälfte« des Sozialismus; sie ist für ihn »die große Errungenschaft der Revolution«. Die russische Situation war aber so schwierig, daß die Partei in der »sozialistischen Offensive« von 1929/30 ihre Ziele oft durch nichtsozialistische Zwangsmaßnahmen anstreben mußte. Wenn dies auch mitunter westliche Beobachter befremdete, so brachte es den rückständigen Ländern des Ostens doch große Hoffnung. In Rußland »waren die Früchte der Industrialisierung, der Mechanisierung und der langfristigen Planung« in den 60 Jahren schließlich »herangereift«. So fiel die Revolution am Ende doch noch auf die Füße.[5]

Auch die Mainstream-Sowjetologie arbeitete bis zum Ende der Sowjetherrschaft neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften in das große Paradigma ein, indem sie z.B. den Marxismus mit einer verfeinerten Modernisierungstheorie oder mit den sozialgeschichtlichen Methoden der *Annales*-Schule kreuzte. Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus dominierte die Schule von Moshe Lewin, nach der Lenin vom Sowjetischen Kongress im Oktober 1917 zwar ein »Mandat« (sic) erhalte hatte, seine Partei aber unglücklicherweise durch Feindseligkeiten von außen zur Diktatur gezwungen war. Ein noch größeres Unglück war, so Lewin, daß die Partei durch den bäuerlichen Charakter Rußlands in den prekären Zustand eines »fortgeschrittenen, in der Luft schwebenden politischen Überbaus« geriet. Die beste Lösung dieses Dilemmas wäre eine

Verknüpfung von Trotzkis Programm einer forcierten Industrialisierung mit Bucharins Politik der Kooperation mit den Bauern gewesen, »um über den Markt in den Sozialismus hineinzuwachsen«. Aber Stalin gewann den Machtkampf, und mit Stalin »eilte der Überbau voran«, um die fehlende proletarische und industrielle Basis zu schaffen. Die neue Gesellschaft war unvermeidlich »kontaminiert« durch die abergläubische und servile »Mentalität« der Bauernmassen und das autoritäre Erbe des Zarismus, was die große Deformation in Gestalt von Stalins »Personenkult« zur Folge hatte. Dennoch war die von ihm geschaffene Gesellschaft »industriell, städtisch und gebildet«; der autoritäre Überbau der Partei würde mithin eines Tages gesetzmäßig liberalisiert werden müssen, um sich seiner »entwickelten« Basis anzupassen.[6]

So griff man immer wieder auf die Menschewiken, auf Trotzki, Deutscher und Carr zurück, bis zu jenem Augenblick, da die Mainstream-Sowjetologie in Gorbatschow endlich den berufenen Reformer des Systems zu erkennen glaubte. Hartnäckig kehrte mit jedem Jahrzehnt die gleiche falsche Frage wieder: Warum stießen die russischen Kommunisten beim Aufbau des Sozialismus auf solch enorme Schwierigkeiten, und warum ließen sie solch drastische Deformationen zu? Doch waren eben diese Schwierigkeiten und Deformationen zugleich Ausdruck einer anderen – und berechtigten – Frage: Welche Folgen hat es, wenn man das Ziel anstrebt, eine menschliche Gesellschaft aufzubauen, indem man alle Macht – die politische, ökonomische und kulturelle – einem Parteistaat überträgt, der nur sich selbst verantwortlich ist?

Ein Grund dafür, daß diese elementare Frage nicht gestellt wurde, liegt darin, daß alle, die im Laufe der Zeit zum großen Paradigma beigetragen haben, zu den Verlierern im marxistischen Lager gehören. Kautsky, Luxemburg und die Menschewiken unterlagen dem revolutionären Erfolg des Leninismus; Trotzki dessen siegreicher Fortsetzung im Stalinismus; Deutschers und Carrs Erwartungen wurden am Scheitern von Chrustschows Reformen und Dubceks »Sozialismus mit menschlichen Antlitz« zunichte, und ebenso erging es Lewin angesichts des Debakels von Gorbatschows Perestroika.

Doch keiner unter diesen Verlierern war bereit, das sozialistische Ziel aufzugeben. Bei jeder Niederlage erklärten sie wie Marx angesichts der Niederlage des 18. Brumaire: Das nächste Mal wird es klappen. Voraussetzung für diese Zuversicht war die Überzeugung, daß der sowjetische Sozialismus von Anfang an etwas Gutes und Gesetzmäßiges enthalten mußte. Hatten nicht die Sowjets die richtigen sozialistischen Maßnahmen getroffen, von der Aufhebung des Privateigentums bis zur Ablösung des kapitalistischen Marktes durch den Plan? Und so wurde man ewig auf den Großen Oktober zurückverwiesen.

Der zweite Grund für das Versäumnis der Sowjetologen, die auf der Hand liegende Frage zu stellen, liegt darin, daß die Modernisierungstheoretiker naturgemäß unfähig waren, die Ideologie ernst zu nehmen, weder die ihres Gegenstandes noch die ihrer Kollegen. So konnten die zu Zwangsmaßnahmen greifenden kommunistischen Utopisten als praktisch eingestellte Erbauer der Nation gelten; und die ideologischen Sowjetologen als nüchterne Positivisten, denen es um »Fakten« ging.

Nach dem Ende des Kommunismus sollte es möglich sein, die positivistischen Illusionen der Modernisierungstheorie und die ideologischen Illusionen der Kommunisten zu sezieren und zu erkennen, daß die ideologische Politik und nicht die sozioökonomische Gesetzmäßigkeit der Schlüssel zur Lösung des verblichenen sowjetrussischen »Rätsels« ist. Das richtige Modell erhält man ganz einfach, indem man das große Paradigma umdreht. Denn in der verkehrten Welt des kommunistischen Rußland ist – im Gegensatz zu jeder anderen »modernen« Gesellschaft – der Überbau des ideokratischen Parteistaates die »Basis« des Systems; die atomisierte Gesellschaft und die Planwirtschaft sind seine Produkte, nicht seine Schöpfer.

Der altmodische Begriff »Totalitarismus« für dieses Modell wurde ausdrücklich geprägt, um die Verirrungen der modernen Massenpolitik zu analysieren. Seine Verfechter, von Hannah Arendt über Carl J. Friedrich bis Zbiginiew Brzezinski, wollten damit eine radikal neue Mutation unter Webers Formen politischer Herrschaft charakterisieren. Totalitarismus ist ein Phänomen der pervertierten Massendemokratien im Zwanzigsten Jahrhunderts, gekennzeichnet durch den Primat einer von Ideologie angetriebenen Politik über die sozialen Kräfte. Im Sowjetsystem fand diese Pervertierung ihre vollkommenste und dauerhafteste Gestalt.

Aus dem Amerikanischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

1 Der Autor entwickelt im vorliegenden Beitrag einige Gedanken weiter aus seinem Buch: The Soviet Tragedy: A History of Socialism in Russia, 1917-1991, New York 1994 (Deutsche Ausgabe: Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991, Stuttgart 1994). Vgl. auch die erweiterte französische Ausgabe: La tragédie soviétique: histoire du socialisme en Russie, 1917-1991, Paris 1995. Eine ähnliche Position wie die hier vertretene findet sich in Andrzej Walicki, Marxism and the Leap to the Kingdom of Freedom: The Rise and Fall of the Communist Utopia, Stanford UP 1995.

2 Vgl. die detaillierte Kritik des Autors an der westlichen Sowjetologie und ihren Disziplinen in dem Artikel: From Under the Rubble, What?, in: *Problems of Communism* (Januar-April 1992), S. 89-106.

3 Das zentrale Dokument dieses amerikanischen Para-Menschewismus ist Leopold Haimson, The Problem of Social Stability in Urban Russia, 1905-1917, in: *Slavic Review* 23, 1964, S. 619-642 und 24, 1965, S. 1-22. Eine zusammenfassende Darstellung der Bewegung findet sich in: Daniel Kaiser (Hg.), The Workers' Revolution in Russia, 1917: The View from Below,

Cambridge 1987, und in Ronald Suny, Towards a Social History of the October Revolution, in: *American Historical Review* 88, 1983, S. 31-52.

4 Deutschers Ansichten finden sich vor allem in seinem dreibändigen Werk über Trotzki: Bd. 1, The Prophet Armed. Trotsky: 1879-1921 (1954); Bd. 2, The Prophet Unarmed. Trotsky: 1921-1929 (1959); Bd. 3, The Prophet Outcast. Trotsky: 1929-1940 (1963), alle New York/Oxford UP. Vgl. auch die Stalin-Monographie vom selben Autor: Stalin, New York/Oxford UP 1949, Neuausgabe 1966.

5 Vgl. E.H. Carr, A History of Soviet Russia: Bd. 1: The Bolshevik Revolution, 1917-1923, 3 Teile (1951-53); Bd. 2: The Interregnum, 1923-1924 (1954), Bd. 3, Socialism in One Country, 1924-1926, 3 Teile (1958); Bd. 4 (gemeinsam mit R.W. Davies), Foundations of a Planned Economy, 1926-1929, 2 Teile (1969-1979), alle New York. Die meisten der hier wiedergegeben Zitate finden sich im Schlußkapitel seines Abrisses: The Russian Revolution: From Lenin to Stalin, New York 1979.

6 Die wichtigsten einschlägigen Werke Moshe Lewins sind: The Making of the Soviet System: Essay in the Social History of Interwar Russia, New York 1985; The Political Undercurrents of Societ Economic Debates: From Bukharin to the Modern Reformers, Princeton 1974, Neuausgabe 1991; The Gorbachev Phenomenon, Berkeley 1988, 1991.

Claire Wallace

EINE WESTFEMINISTIN GEHT IN DEN OSTEN

1991 kam ich zum ersten Mal nach Prag. Die StudentInnen der Gruppe, die ich dort in einem Kurs zu ›Gesellschaft und Politik‹ unterrichten sollte, kamen aus dem gesamten ehemaligen Ostblock. Ich wußte, daß ihre Erfahrungen sich von meinen unterscheiden würden. Ich wollte ihre Blickwinkel gleichermaßen verstehen, wie ich meinen darlegen wollte. In England hatte ich Kurse in Women's Studies organisiert, die immer auf reges Interesse stießen. Die Vorlesungen sind brechend voll mit StudentInnen, die etwas über dieses Thema lernen wollen – Women's Studies-Kurse wurden von der Universität praktisch als ›Verkaufsschlager‹ benutzt. Ich kam aus einer Situation, in der feministisches Gedankengut unter AkademikerInnen erregt diskutiert wurde, die bereitwillig ihre Freizeit opferten, um Arbeitsgruppen zu gründen und Kurse auszuarbeiten. Als Studentin wurde meine eigene intellektuelle und emotionale Entwicklung von kritischen Theorien geformt, die nicht nur radikale Einsichten in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaften zu eröffnen, sondern darüber hinaus den vagen Gefühlen der Unzufriedenheit mit gegenwärtigen Geschlechterverhältnissen Form zu verleihen schienen. Diese Theorien erlaubten uns nicht nur, über unsere Gesellschaft zu diskutieren, sondern sie schienen einen Weg zu bieten, wie wir sie selbstbewußt zum Besseren verändern können. Ich spreche von feministischen Theorien. Ich kam aus einer Disziplin, die in den letzten zwanzig Jahren in hohem Maße vom Feminismus geprägt wurde – der Soziologie –, und habe selbst eine Reihe von Büchern und Artikeln geschrieben, um diesen Prozeß zu analysieren.

In Prag angekommen, mußte ich feststellen, daß feministische Ideen im postkommunistischen Osteuropa völlig anders rezipiert werden – sie stoßen auf Desinteresse oder sogar ausgesprochene Feindseligkeit. Als ich dieses Thema zur Sprache brachte, hat es die StudentInnen gewiß inspiriert: Es inspirierte sie, Essays darüber zu schreiben, warum der Feminismus in Osteuropa irrelevant ist. Nicht nur ich habe diese Erfahrung gemacht. Ein Dozent erntete eine noch feindseligere Reaktion, als er ein Seminar zum Thema »Geschlecht, Sexualität und die Politik des Geschlechtlichen« vorschlug (Themen, die in der westlichen Soziologie gegenwärtig heftig debattiert werden). Eine Studentin meinte: »Wir dachten, Sie seien ein seriöser Wissenschaftler, und nun tun Sie so etwas«, und ein

Student: »Ich würde Sie am liebsten umbringen«. Selten rufen Seminare so heftige Emotionen und leidenschaftlichen Unmut hervor.

Ich lernte schnell, das Wort ›Feminismus‹ nicht zu benutzen und meine Identität als Feministin nicht zu sehr in den Vordergrund zu rücken. Während der letzten vier Jahre konnte ich mit einer Reihe von Frauen und Männern aus der Region sprechen, die sich ebenfalls für Geschlechterfragen interessieren. Ich mußte feststellen, daß viele meiner Ideen für sie irrelevant oder anstoßerregend sind. Durch das Diskutieren mit StudentInnen und KollegInnen bin ich gegenüber einigen Ideen der feministischen Bewegung, so wie sie auf postkommunistische Erfahrungen angewendet werden, kritisch geworden; aber das hat mir auch dabei geholfen zu erkennen, wo und in welcher Weise die Berücksichtigung von Geschlecht in diesem Kontext notwendig ist. Ich habe mich bemüht, die mir angebotenen Perspektiven ernstzunehmen und sie zu verstehen, was mir wiederum erlaubt hat, einige meiner eigenen Vorstellungen zu überdenken. Es zeigte sich, daß Frauen und Männer in beiden Hälften Europas sich oft mit den gleichen Fragen beschäftigen, aber unterschiedlich darüber sprechen: Sie sitzen im gleichen Seminar, reden aber aneinander vorbei und schaffen so Mißverständnisse auf beiden Seiten.

Im ersten Teil meiner Untersuchung werde ich die Relevanz der Geschlechterperspektive für den postkommunistischen Umbruch und für die Theorien prüfen, die über ihn entwickelt wurden und werden. Im zweiten Teil wende ich mich einigen im postkommunistischen Kontext mißverstandenen feministischen Vorstellungen zu den Bereichen Arbeit, Familie, politische Partizipation und reproduktive Rechte zu. In diesen Bereichen hat der feministische Diskurs einige seiner bedeutendsten Erkenntnisse hervorgebracht, zugleich reden hier Frauen aus den verschiedenen ideologischen Fraktionen am ehesten aneinander vorbei.

Vorab jedoch noch einige allgemeine Überlegungen zum entstehenden Geschlechterdiskurs in Osteuropa. Der Eiserne Vorhang fiel eben zu jenem Zeitpunkt, da die feministischen Ideen ausgereift waren. Die westeuropäischen und nordamerikanischen Frauen, die diese Ideen entwickelt haben, sind häufig auch Veteraninnen im Kampf um mehr Rechte und bessere Bedingungen für Frauen in Fragen wie Abtreibung, Kinderversorgung, Lesbenrechte oder Chancengleichheit. Die hart errungenen Siege haben ihrer Rhetorik einen militanten Unterton verliehen, in dem oft Sarkasmus und leidenschaftliche Empörung mitschwingen. Wie jede/r, die/der Women's Studies unterrichtet oder eine Konferenz besucht hat, bescheinigen kann, ist das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis oft problematisch. Feministische Konzepte gehen nicht in reiner, kontemplativer Theorie auf, sie sind vielmehr, wie diffus auch immer, an eine bestimmte politische Perspektive und eine politische Bewegung geknüpft; sie

implizieren soziales Handeln und verlangen von der Person, die für sie eintritt, Stellung zu beziehen. Dieser parteiliche Blickwinkel ist vielen SozialwissenschaftlerInnen und Intellektuellen in Osteuropa ein Greuel. Nach Jahrzehnten politischer Verzerrung ihrer Disziplinen schätzen sie wissenschaftliche Objektivität. ›Wissenschaft‹ von Politik fernzuhalten, ist für sie ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität und ihres Lebensinhalts.

Die feministische Bewegung hat sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Formen und Schattierungen entfaltet und eine Fülle an Ideen und Perspektiven in verschiedenen Disziplinen (sowohl alten als auch neuen) gestiftet, die sich wechselseitig befruchteten: die Literaturwissenschaft beeinflußte die Soziologie, die Soziologie wiederum die Geschichtswissenschaft. Gay Studies beeinflußten Black Studies und Black Studies beeinflußten Women's Studies und so weiter. Eine Fülle von Literatur ist erschienen, Bücher, Zeitschriften, Artikel usw. Women's Studies und Feminismus haben sich Nischen an den Universitäten, auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt und bei den Stiftungen geschaffen.

In der Anfangsphase des Umbruchs waren westliche Intellektuelle daher in der Position der Stärkeren. Geld für Konferenzen und Stipendien aufzubringen, war ihnen ebenso möglich wie die inhaltlichen Schwerpunkte gemäß ihren eigenen Anliegen zu setzen. Hier bot sich die Gelegenheit, ihren osteuropäischen ›Schwestern‹ zu ›helfen‹, die sich gerade aus autoritären Gesellschaften freikämpften. Das war eine Sache, für die frau sich einsetzen konnte, eine Gelegenheit, den Weg zu weisen und die gelernten Lektionen weiterzugeben, ein gutes Beispiel zu zeigen und zu demonstrieren, was sie ›im Westen‹ bereits erreicht hatten. Wenn auch mit den besten Intentionen angegangen, konnte dies von der anderen Seite im besten Falle als Bevormundung, im schlimmsten als Imperialismus gesehen werden. Dieses Ungleichgewicht an Ressourcen spiegelte sich auch in einem zahlenmäßigen Ungleichgewicht wider. Der weitreichende Einfluß des Feminismus in einigen intellektuellen Milieus Westeuropas stand in Kontrast zu dem mangelnden Interesse bei der Mehrheit der osteuropäischen Intellektuellen. Und den wenigen Interessierten wurden westliche Fragestellungen aufgenötigt. Wie eine Tschechin bemerkte, fühlten sich die östlichen Frauen wie Tiere im Zoo, die bei Konferenzen und Treffen ausgestellt wurden.[1] Sie hatten außerdem das Gefühl, daß ihren eigenen Vorstellungen kein Gehör geschenkt wurde. Ich möchte damit nicht sagen, daß osteuropäische Frauen keine ausgeprägten Standpunkte zum Thema Geschlecht hätten, ganz im Gegenteil. Sie interessierten sich jedoch mehr für die Frage der Mutterschaft und die Möglichkeit einer ›weiblichen‹ Alternative, und sie lehnten die konventionelle Politik und die entsprechenden Arbeitsrollen ab. Dies kam westlichen Feministinnen nicht eben zupaß, hatten sie doch

selbst viele Jahre für die entgegengesetzten Ziele gekämpft, für die Befreiung von der Mutterrolle etwa oder für mehr politische Repräsentation.

Diese Anfangsphase ist nun vorüber. Unter postkommunistischen Intellektuellen hat sich mittlerweile ein Diskurs zum Thema Geschlecht[2] entwickelt, der die Annahmen des westlichen Feminismus in verschiedenster Weise herausfordert. Am ehesten ließe sich eine Parallele zum schwarzen Feminismus ziehen, der eine Kritik an dem aus weißer Perspektive entwikkelten Feminismus und dessen impliziten Annahmen über Weiblichkeit und Männlichkeit darstellt.[3] Osteuropäische Frauen – gewappnet mit den Erfahrungen, die sie sowohl im Kommunismus als auch in den neu entstehenden marktwirtschaftlichen Gesellschaften gesammelt haben – sind nun ebenso der Ansicht, daß die Geltung vieler, im westlichen Feminismus enthaltener universalisierender Annahmen über Geschlecht sich auf den Kontext beschränkt, dem sie entsprungen sind. Die Erfahrung postkommunistischer Frauen drückt sich anders aus, und ihre intellektuelle Ausbildung läßt sie ebenfalls zu anderen Erklärungsmustern greifen.

Das Fehlen einer Geschlechterperspektive in den Theorien des postkommunistischen Umbruchs

Mir wurde oft gesagt, daß man in der postkommunistischen Welt über wichtigere und dringendere Dinge als das Geschlecht nachzudenken habe – z.B. über die politische und wirtschaftliche Transformation. Über Geschlechterverhältnisse zu diskutieren, lenke nur davon ab; man habe, anders als einige westliche WissenschaftlerInnen in ihren Gesellschaften, Besseres zu tun. Es ist sicher richtig, daß Osteuropa schwerwiegenden Problemen gegenübersteht, von drohenden oder bestehenden Kriegen über ethnische Spannungen, den sozialen Folgen der rapiden Privatisierung bis zum täglichen Überleben. Anzunehmen, daß Geschlecht irrelevant für diese Fragen sei, ist jedoch ein Irrtum. Das Hauptproblem besteht gerade im Fehlen einer kritischen Geschlechterperspektive in vielen maßgeblichen Theorien über den Übergang vom Kommunismus.

Nationalismus ist eines der Schlüsselthemen des Übergangsprozesses. Die Wiederkehr des Nationalismus ist nur eine Art und Weise, wie patriarchale Verhältnisse umgestaltet und die entsprechenden männlichen und weiblichen Rollen in die neuen Formen der Verteidigung des Nationalstaats und der Aggression gegen andere eingeschrieben werden. Die Redefinition von Nationalismus beinhaltet eine Redefinition der Geschlechterrollen: Männer sind wieder Krieger und Verteidiger der Ethnie – darauf verweisen die wenigen Arbeiten, die eine Geschlechterperspektive zu diesem Thema einbringen –, während es die Pflicht der Frauen ist, die nächste Generation von Verteidigern der eigenen Kultur zu gebären. Hier spiegelt

sich, als Nachwirkung der verordneten Gleichheitsideologie im Kommunismus, eine Tendenz, ›traditionelle‹ Geschlechterrollen zu stärken. Nirgendwo ist dies so offensichtlich, wie in den Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien. Kriege gehen stets mit Vergewaltigungen einher (worauf Feministinnen die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit gelenkt haben), und Geschlechterverhältnisse bilden den Kern dieser Form der Kriegsführung. Sie lassen sich erfolgreich zu Propagandazwecken ausbeuten. Es motiviert Männer zum Weiterkämpfen, wenn man ihnen das Gefühl gibt, die patriarchale Kontrolle über ›ihre‹ Frauen zu verlieren. Krieg ist dann ebenso Kampf um das Territorium der Frauenkörper wie um geographisches Territorium.

Vergewaltigung wird jedoch nicht nur gegen Frauen als Instrument der Erniedrigung und der Verletzung der persönlichen Integrität eingesetzt. Flüchtlinge bezeugten, daß in diesem neuen Balkankrieg auch viele Männer vergewaltigt werden. JournalistInnen berichteten mehrfach von einem neuen Machismo, der sich auf ein ganzes Spektrum populärer kultureller Symbole stützt, einschließlich Rambo-Stirnbändern und lässig zur Schau gestellten Waffen.[4] Er kreiert eine neue gewalttätige Ästhetik – Krieg als populäre Mode. Diese Symbolik, die dazu dient, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Männer zu verstärken, ist für Situationen, in denen andere Formen sozialer Ordnung zusammengebrochen sind, besonders bezeichnend. Die neue, primitive Männlichkeit ist eine wesentliche, logische Folge der gegenwärtigen Situation.

Die Diskussion um die *civil society* wurde durch den Umbruch im Osten um neue Aspekte bereichert, das Verhältnis von *civil society* und Familie wird allerdings nur beiläufig erörtert.[5] In der umfangreichen Literatur zum Thema wird die Partizipation von Frauen und die Frage, wie darüber die Geschlechtsrollen rekonstruiert werden können, nur vereinzelt erwähnt. Ein Gesichtspunkt ist hierbei die Rolle nichtstaatlicher Organisationen, ein Gebiet, das traditionell Frauen zugeschrieben wird und in dem die Partizipation von Frauen entscheidend ist.

Für das Verständnis des Umbruchs ist die Rolle der *Schattenwirtschaft* unter dem alten Regime von großer Bedeutung: die vielfältigen ökonomischen Funktionen, die Personen sowohl innerhalb als auch außerhalb der »offiziellen«, d.h. staatlichen Wirtschaft einnahmen, in Verbindung mit Selbsthilfe und häuslicher Produktion. All dies half den Haushalten, die ökonomischen Krisen vor und nach 1989 zu überleben. Die Rolle, die Frauen in dieser Form häuslicher Produktion spielen, und die Funktion ihrer Netzwerke und Aktivitäten in der informellen Beschaffung und dem Tausch von Gütern wird jedoch nicht erörtert. Diese besondere Form der Verbindung und Trennung von Haushalt und ökonomischem Leben ist eindeutig von Geschlechtsrollen abhängig. Aber in den Theorien, die ent-

wickelt wurden, um diesem Aspekt sozialen Lebens Rechnung zu tragen, wird dies kaum diskutiert, auch wenn Feministinnen oft die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung unbezahlter Arbeit in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften lenkten.

Das *Wahlverhalten* von Frauen stellt in den Untersuchungen zum Übergang selten mehr als eine Variable unter anderen dar. Diskussionen über *Privatisierung,* über die Reform der *Sozialpolitik* nehmen selten eine geschlechtliche Perspektive ein, obwohl sie alle wichtige Auswirkungen auf die Geschlechterrollen haben. Und in Diskussionen über *Migration* wird sowohl die sexuelle als auch die ökonomische Ausbeutung von Frauen fast nie erwähnt.

Ich könnte viele weitere Beispiele anführen, aber die erwähnten reichen wohl aus, um den ›geschlechtsblinden‹ Charakter der herrschenden Übergangstheorien zu illustrieren. Die feministischen Debatten wurden abseits ausgetragen, was den Eindruck verstärkt hat, daß der Feminismus für die Hauptfragen der gegenwärtigen sozialen Transformationen irrelevant sei.

Man könnte daher behaupten, daß die feministischen Theorien es versäumt hätten, die zentralen Fragen und Debatten des postkommunistischen Umbruchs auch zu ihrem Gegenstand zu machen. Der Grund dafür liegt allerdings nicht darin, daß die feministischen Theorien hinsichtlich dieser Problematik irrelevant wären – sie wurden schlicht und einfach nicht in diese Richtung ausgearbeitet. Vielmehr haben feministische Theorien und Debatten ihre eigene Dynamik entwickelt, die auf Personen, die sich mit der radikalen Rekonstruktion ihrer Gesellschaft befassen, nicht selten ziemlich esoterisch und leichtfertig wirkt. Die gegenwärtigen westlichen Auseinandersetzungen mit Sexualität, Konsumgesellschaft oder Postmodernismus muten hier eher als ein Wohlstandsgesellschaften vorbehaltener Luxus an. Es hat den Anschein, als habe sich die Diskussion um die postmoderne Dekonstruktion der Geschlechtskategorien zu einer Zeit entwickelt, zu der sie keinen großen Anreiz auf Gesellschaften im Prozeß der Re-Formierung von Geschlechtsrollen ausüben konnte. In einem Kontext, der eine Neubewertung der Position von Frauen erzwingt, ist Dekonstruktion wenig hilfreich. Sich der Kategorie ›Frau‹ ganz und gar zu entledigen (wozu die feministische Theorie gegenwärtig neigt), bietet in Diskussionen über den Umbruch dagegen eine willkommene Möglichkeit, Geschlechterfragen insgesamt unthematisiert zu lassen. Auch dieses Mißverständnis hängt vielleicht mit der mangelnden Ausarbeitung der feministischen Theorien in Richtung ihrer Anwendbarkeit auf die Erfahrungen von Frauen und Männern unter den neuen sozialen Bedingungen zusammen. Differenzierung und Identität sind für das Verständnis der sozialen Transformation von zentraler Bedeutung, und die in den Gender Studies

entwickelten Ideen haben hier viel anzubieten. Aber sie müssen übersetzt und verstanden werden.

Osteuropäische Frauen nehmen ihre eigene Position häufig als relativ rückständig im Verhältnis zu der reichen Entfaltung der Gender Studies im Westen wahr. Eine der bedeutendsten feministischen SprecherInnen in der Region, Jirina Siklova, ist z.B. der Meinung, daß sie noch Zeit brauchen, um ihre eigene Position zu entwickeln.[6] Jirina Smejklova-Strickland geht indessen davon aus, daß sich erst einmal ein weibliches Subjekt artikulieren müsse, bevor mit der Dekonstruktion der sexuellen Differenz begonnen werden kann.[7] Diese Positionen stehen für eine Art ›kulturellen Rückständigkeitskomplex‹. Ich glaube dennoch, daß Frauen aus Osteuropa einen Beitrag zur Selbstkritik des gesamten Feminismus leisten können. Ich werde dies anhand verschiedener Mißverständnisse illustrieren, und zwar an Punkten, an denen, wie es scheint, wichtige Debatten stattfinden, bei denen die Frauen aus den verschiedenen ideologischen Fraktionen aber schlicht aneinander vorbeireden.

Mißverständnisse
1. Geschlecht und Arbeit

In ihrer Erfahrung als Vollzeitarbeiterinnen unterscheiden sich osteuropäische Frauen mit Sicherheit von vielen Westfrauen. Der westliche Feminismus leitete sich ursprünglich von Mittelschichtsfrauen her, die aufgrund der Beschränkung ihres Lebenskreises auf das Haus aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen waren und um den Zugang zu Höherer Bildung und zum Arbeitsmarkt kämpften. Dennoch waren im kommunistischen System Geschlechterfragen weit davon entfernt, ›gelöst‹ zu sein. Die »Befreiung durch Beteiligung an der Produktion« war keine tatsächliche Befreiung, solange andere konservative Modelle der Geschlechterideologie die kommunistischen Gesellschaften nach wie vor prägten. Die häusliche Arbeitsteilung und eine ›naturalistische‹ Auffassung der Geschlechtsrollen wurden niemals in Frage gestellt, was eine Doppelbelastung der Frauen zur Folge hatte. Dies gilt nicht nur für die frühere kommunistische Ordnung, sondern kennzeichnet auch die gegenwärtige Diskussion um die Stellung der Frauen: daß Frauen für Kinder und Haushalt zuständig sind, wird nicht problematisiert.

Die Frauen aus der Region können behaupten, die Befreiung in Gestalt ihrer Beteiligung am Produktionsprozeß erlebt zu haben – als Zwangsarbeit, um die Maschine der großen sozialistischen Transformation in Gang zu halten –, und diesbezüglich ihrer Illusionen beraubt zu sein. Mit ihr zerbrach auch die große Illusion. Gezwungen zu sein, ›wie ein Mann‹ zu arbeiten, hat die Frauen nicht zu Männern gemacht, sondern ihnen zusätz-

lichen Druck auferlegt. Obwohl der Zugang zu Höherer Bildung und zur Arbeitswelt – ein Erbe des alten Systems – einen Vorteil für die Frauen darstellt, konzentriert sich ihr heutiger Kampf auf den Versuch, widersprüchliche Anforderungen in einem Kontext, in dem es keine Teilzeitarbeit, aber dafür eine stark ausgeprägte Familienideologie gibt, miteinander in Einklang zu bringen. Als Ziel der Befreiung werden daher eher mehr Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensstilen und zufriedenstellendere Lösungen für die Kombination von Mutterschaft und Arbeit angesehen.

In den achtziger Jahren wurde diese Problematik auch von einigen westeuropäischen Feministinnen erkannt. Das Modell einer karrieregeleiteten Biographie als höchstes Ziel kritisierten sie als androzentrisch. In der, von einigen als ›postfeministisch‹ bezeichneten, westlichen Welt – d. h. in einer Welt, in der der Anspruch der Frauen auf gleiche Rechte für selbstverständlich erachtet wird, und in der Frauen sich wie Männer verhalten können – geht es der neuen Generation Frauen darum, den Männern ihre Privilegien streitig zu machen. Sie definieren ihre Sexualität autonom, und in ihrer Begeisterung darüber, im Berufsleben Spitzenpositionen erobert zu haben, übernehmen sie mit den Gehältern und Firmenwagen der Männer auch gleich ihre Werte. Osteuropäische Frauen könnten ihnen sagen, daß dies nicht der Weg zur Freiheit ist, und werfen sich folglich nicht mit der gleichen Energie in diesen Kampf. Das heißt jedoch nicht, daß Materialismus verachtet würde. Im Gegenteil scheinen die glitzernden Symbole marktwirtschaftlichen Erfolgs um so verlockender in Gesellschaften, in denen vormals das Prinzip gleicher und geringer Einkommen gegolten hatte.

Der Wandel zu einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft hat die Maskulinisierung hoher Gehälter und Posten mit sich gebracht. Unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen bieten sich Männern neue Rollen. Wie eine meiner polnischen Gesprächspartnerinnen es formulierte, sollen Männer ausziehen und nach Geld ›jagen‹. Im Kommunismus hatten sie unter einer entmännlichten Rolle zu leiden, die sie nun durch eine aggressivere Macho-Rolle als Jäger auf dem Markt kompensieren können. Die neuen Männerrollen bedeuten, daß Frauen das Nachsehen haben. Begleitet wird dies von einem Marketing und einer Werbung, die sich an Männer als Manager, als Motoren der neuen kapitalistischen Welt wendet, während die Frauen z.B. als Sekretärinnen dargestellt werden, die sich für Büroausstattung, Kleidung oder Haushaltswaren begeistern. Die neuen Werbekampagnen, die sich gerne spärlich bekleideter Frauen bedienen, um alles Mögliche von Bier bis Bingo zu verkaufen, sind grob sexistisch und zementieren die Rolle des Mannes als demjenigen, der die wichtigen Entscheidungen in der Gesellschaft fällt. Diese Vergeschlechtlichung der Rollen ist auch insofern

von Bedeutung, als gegenwärtig neue Typen sozialer Beziehungen und das Klima zur Akzeptanz neuer Rollen geschaffen werden.

Geschlecht ist ein Ausgangspunkt zunehmender sozialer Differenzierung. Obwohl Frauen in kommunistischen Gesellschaften traditionell weniger als Männer verdienten und kaum unter den leitenden Managern und Politikern zu finden waren, verdanken sie der kommunistischen Gleichheitsideologie doch soziale Rechte wie etwa das, auch nach längerem Erziehungsurlaub zur Arbeit zurückkehren zu können. Das ist nun abgeschafft. Als Folge der neu entstehenden Ungleichheiten gehören alleinerziehende Frauen (dies trifft übrigens auch für die meisten westlichen Länder zu) und ältere Menschen (meistens Frauen) zu den ärmsten Gesellschaftsgruppen. Frauen verlieren als erste ihre Arbeit – 1992 stellten Frauen in der Russischen Föderation 52% der Arbeitskräfte, dagegen 71% der Arbeitslosen. Es fehlt an wirksamen Gesetzen bzw. an dem Interesse, sie zu schaffen. Das bedeutet, daß Frauen offen bis zu einem Grad diskriminiert werden können, der in den meisten westlichen Ländern Sanktionen nach sich zöge: Arbeitgeber in Polen konnten beispielsweise Frauen bei der Einstellung per Unterschrift dazu verpflichten, nicht schwanger zu werden. Stellen können überall in Osteuropa nach sexistischen Kriterien ausgeschrieben werden, und sexuelle Belästigung gehört in den verschiedensten Berufsbereichen zum Alltag. Es sind zunehmend Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt die Verliererinnen sind.[8]

Über der Kritik an diesen Praktiken sollte man freilich nicht die Herausforderung und den Reiz vergessen, welche sich mit den Möglichkeiten neuer Geschlechterrollen und -verhältnisse ergeben. Die postkommunistische Welt bietet auch eine Vielzahl an Perspektiven, von denen Frauen profitieren können.

2. *Die Familie*

In den kommunistischen und postkommunistischen Ländern war und ist die Familie sowohl für das ökonomische Überleben als auch für die affektive Identität von zentraler Bedeutung.[9] Die Geburtenrate liegt in diesen Gesellschaften fast durchweg vergleichsweise hoch. In diesem Kontext wird Mutterschaft daher als ein wesentliches Element weiblicher Existenz angesehen. In der öffentlichen Sphäre spielten die Frauen kaum eine entscheidende Rolle (so waren sie z.B. in den Zentralkomitees unterrepräsentiert), dies wurde jedoch kaum als Mangel empfunden. In der informellen Welt sozialer Beziehungen nahmen die Familie und das Familienleben einen wichtigen Platz ein, und hier hatte die Partizipation von Frauen eine wesentlich größere Bedeutung. Die Familie war das Refugium in einer korrupten und herzlosen Welt und repräsentierte eine der wenigen Quel-

len sinnvoller sozialer Beziehungen. Dem privaten Bereich insgesamt kam eine hohe Bedeutung zu, so daß die Frauen innerhalb der informellen Wertehierarchie eine starke Position hatten. Peggy Watson[10] vertritt in ihren Untersuchungen den Standpunkt, daß sich mit dem Postkommunismus das Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Bereich verändert habe und die damit zunehmende Geschlechterungleichheit unbemerkt bleibe.

Aus diesen Gründen widerstrebt es den Menschen aus Osteuropa, die radikale Kritik der Familie – wie sie der westliche Feminismus formuliert – zu übernehmen. In den Seminardiskussionen über Gewalt oder sexuellen Mißbrauch in der Familie zeigen sich viele StudentInnen überrascht, daß diese Phänomene in westlichen Ländern so verbreitet sind. Sie versichern mir, daß bei ihnen dergleichen nicht stattfinde, oder zumindest in einem geringeren Ausmaß. Die Vorstellung, daß Fehlverhalten in der Familie oder zwischen den Geschlechtern an den Grenzen des früheren Eisernen Vorhangs endet, und der Widerwille, die dunkleren Seiten des Familienlebens zu untersuchen, erklärt sich zu einem Gutteil aus der wichtigen Funktion und hohen Wertschätzung der Familienbeziehungen, zumal andere soziale Beziehungen in dieser Gesellschaft Argwohn und Schweigen ausgesetzt waren.

Insbesondere die Mutterschaft wurde in Verhältnissen, in denen nahezu jede Frau heiratete und Kinder bekam, unterstützt und war ein bedeutender Aspekt der Identität einer Frau. Die Scheidungsrate war allerdings auch hier hoch, und fast alle Alleinerziehenden sind Frauen. Frauen kümmerten sich also um die Kinder, erledigten aber auch den größten Teil der Hausarbeit, und es waren die Netzwerke der Frauen, die vieles im Sozialleben erst möglich machten. Die Großmütter übernahmen oft die Kindererziehung, um die arbeitenden Mütter zu entlasten, und diese weibliche Tradition überdauerte auch Scheidungen. Vor diesem Hintergrund wurde behauptet, daß die Beseitigung staatlicher Zwänge und die Liberalisierung der Gesellschaft den Frauen die Möglichkeit biete, zu ihren ursprünglichen Rollen in der Familie ›zurückzukehren‹. Das setzt allerdings voraus, daß es diese ursprünglichen Rollen gibt, ganz abgesehen davon, daß in Osteuropa große regionale Unterschiede hinsichtlich der Geschlechterrollen bestehen.

Mit den Veränderungen, die die Einführung der Marktwirtschaft mit sich brachte, verlor die Familiensphäre im Verhältnis zum öffentlichen Bereich an Bedeutung. Wenn die Menschen ihre Meinung öffentlich äußern können, ist die Familie als Quelle von Identität und als Hüterin authentischer Beziehungen nicht mehr so wichtig. Mit dieser Abwertung der Familie werden jedoch auch die Frauen marginalisiert. Sie haben also nicht nur im Bereich der formalen Beziehungen verloren, insofern ihre ohnehin mangelhafte Repräsentation in Politik und öffentlichem Leben

nun gänzlich verschwindet (s.u.), sondern auch im informellen Bereich. Die Maskulinisierung des öffentlichen Lebens, sei es im Bereich des Marktes oder der Politik hat zur Folge, daß es den Frauen immer schwerer fällt dort mitzuhalten – zumal ihre Wertvorstellungen sie nicht unbedingt dazu prädestinieren.

Westfeministinnen wird unterstellt, sie seien darauf aus, die Familie anzugreifen und zu untergraben. Feminismus wird mit Frauen in Verbindung gebracht, die ihre Kinder zugunsten ihrer eigenen selbstsüchtigen Interessen vernachlässigen. Dieses Bild korrespondiert mit der Kritik, die in den USA von den Vertretern des *backlash* gegen den Feminismus vorgebracht wird. Vielleicht erklärt sich damit die Popularität einiger dieser Kritiker in Osteuropa, obwohl bisher noch keine Verbindung zwischen Frauenbefreiung und Alleinerziehung, Kriminalität oder zunehmenden Sozialausgaben gezogen wurde. Steigende Scheidungsraten, Alleinerziehende und andere Formen ›postmoderner‹ Familien waren bisher ein Merkmal westlicher Gesellschaften. Dieser Trend zeichnet sich nun jedoch auch in osteuropäischen Gesellschaften ab. Er spiegelt freilich eher eine generelle Tendenz zur ›Individualisierung‹ und zu neuen Lebensstilen wider, als daß dem Feminismus dafür die Schuld gegeben werden könnte. Wir könnten entgegnen: Warum sollten hauptsächlich Frauen für andere Familienmitglieder verantwortlich sein?

Die Frauen sind erschöpft. Zahlreiche Studentinnen haben sowohl in Diskussionen als auch in ihren Seminararbeiten angesprochen, daß Frauen sich von ihrer Mehrfachrolle in den kommunistischen und auch in den postkommunistischen Gesellschaften überlastet fühlen. Sie sind voll beschäftigt und leisten den Hauptteil der Haus- und Familienarbeit. Im Haushalt fehlen ihnen immer noch viele arbeitsersparende technische Einrichtungen, die im Westen Standard sind. Darüber hinaus müssen sie in einigen Ländern nach wie vor Schlange stehen. In Osteuropa war die Hausarbeit wesentlich beschwerlicher als im Westen. Viele Grunderzeugnisse mußten die Frauen selbst herstellen, etwa indem sie selbstgezogenes Obst oder Gemüse auch konservierten. Fast keine Dienstleistung ist kommerzialisiert. Nur durch die Mobilisierung ihrer Netzwerke werden die Frauen mit all dem fertig, und dies stärkt den Zusammenhalt zwischen den Generationen und zwischen den Familienmitgliedern. Viele Frauen finden die Vorstellung, den Beruf aufzugeben und Vollzeithausfrau zu werden, verlockend. Die neuen Images verbinden diese Rolle mit Glamour und persönlicher Attraktivität und mögen vielen Frauen, die von Produktion und Reproduktion ausgelaugt sind, attraktiv erscheinen, besonders vor dem Hintergrund der grauen und strengen Darstellung der Frau in der Vergangenheit. Daher auch der Impuls, die Differenz anstelle der Gleichheit der Geschlechter zu zelebrieren.

3. Politische Repräsentation

Im Westen messen wir den gesellschaftlichen Erfolg von Frauen oft am Grad ihrer Repräsentation in öffentlichen Ämtern, insbesondere im Parlament. Obwohl Frauen in den höchsten Ämtern nicht proportional repräsentiert waren, diente in vielen kommunistischen Ländern ein Quotensystem dazu, sicherzustellen, daß sie besser als in den meisten westlichen Ländern vertreten waren. Diese politische Partizipation war jedoch obligatorisch und nicht das Ergebnis der Kämpfe von Frauen. Sie war darüber hinaus eine Scheinvertretung, die die Beteiligung der Frauen am politischen Leben darauf reduzierte, bei öffentlichen Ereignissen Fähnchen zu schwenken. Diese Erfahrung hat unter den Frauen Zynismus entstehen lassen. Wie Hana Havelkova[11] darlegt, rissen Frauen sich nicht um öffentliche Ämter, zumal diese ohnehin kein hohes Ansehen genossen. Frauen umgingen ihre politischen Verpflichtungen gerne zugunsten der informellen und wichtigeren Netzwerke der Familie und Freundschaft. Das Quotensystem verstärkte im übrigen eher Minderwertigkeitskomplexe, als daß es Förderungsmöglichkeit geboten hätte. Im Zuge der Transformation entledigten sich die Frauen gerne dieser beschwerlichen Bürden, überließen damit freilich den öffentlichen Bereich, der rasch an Bedeutung gewinnt und in dem die Schlüsselentscheidungen für die Zukunft getroffen werden, vollends den Männern.

Wenn Frauen öffentlich aktiv werden, dann oft in ihrer Rolle als Mütter. Eine Bewegung namens »Prager Mütter gegen Umweltverschmutzung« meidet jede Verbindung zum Feminismus und betont die mütterlichen Pflichten der Frauen, ihre politische Repräsentation als Mütter. Die von diesen Frauen entwickelten Formen des Protests zugunsten einer besseren Welt für ihre Kinder ist für Frauen mit einer westlich-feministischen Betrachtungsweise schwer nachzuvollziehen. Auch wenn es ein Aspekt des Widerstands von Frauen innerhalb der neuen sozialen Bewegung der letzten Jahrzehnte war, weibliche Symbole einzusetzen (wie die Proteste um den Luftwaffenstützpunkt Greenham Common in England deutlich machen, wo Frauen am Stützpunkt campten, Spielzeug, persönliche Gegenstände und Tampons an dessen Zaun anbrachten), ist der Widerstand der Mütter eine neue Erfahrung.

Die Erfahrungen von Frauen aus postkommunistischen Ländern können uns lehren, daß politische Repräsentation nicht die einzige, vielleicht nicht einmal die wichtigste Form von Macht ist; sie kann auch eine Form der Entfremdung sein.

4. Reproduktive Rechte

Einige der wichtigsten Forderungen, für die der Feminismus kämpft, betreffen die reproduktiven Rechte. Von Demonstrationen zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung bis hin zu den Kritiken der neuen Reproduktionstechnologien haben Feministinnen immer für das Recht der Frauen gestritten, über ihre eigenen Körper und ihre Fruchtbarkeit zu verfügen.

In Osteuropa hat dieser Kampf noch größere Bedeutung, da Verhütungsmittel bis vor kurzem kaum zur Verfügung standen (und in vielen Gegenden immer noch fehlen), und die Abtreibung als Methode der Geburtenkontrolle, insbesondere nach dem ersten oder zweiten Kind, eingesetzt wurde. In einigen Ländern wurde Abtreibung als Bestandteil staatlicher oder imperialer Kontrolle angesehen. In Litauen wurde z.B. behauptet, daß sie von den Russen eingeführt wurde, um die litauische Bevölkerung in Grenzen zu halten. Daß die Abtreibungsmethoden eine Gefahr für Gesundheit und Leben darstellten, hat nicht zu feministischen Protesten geführt. Nur in Polen, wo das Recht auf Abtreibung von den postkommunistischen Regierungen gravierend beschränkt und die Verhütung von der Kirche verdammt wurde, mobilisierte sich die öffentliche Meinung für reproduktive Rechte, ohne allerdings die Verabschiedung einer der drakonischsten Anti-Abtreibungs-Gesetzgebungen in Europa verhindern zu können. Obwohl die polnischen Frauen religiöser sind als die Männer, schließt dies nicht aus, daß sie in dieser und in anderen Angelegenheiten nicht mit der Kirche übereinstimmen.[12]

Die Manipulation der Reproduktion als Instrument staatlicher Politik hat entscheidende Auswirkungen auf die Möglichkeit von Frauen, ein unabhängiges Leben, basierend auf einer selbst gewählten Lebensweise zu führen. Trotz des erheblichen Leidens ost- und mitteleuropäischer Frauen haben es die Feministinnen bisher versäumt, dies zu ihrer Sache zu machen.

Das Recht auf Selbstbestimmung wird in der postkommunistischen Welt nicht immer als der positivste Aspekt der Frauenbefreiung angesehen, insbesondere weil die Methoden fragwürdig und schmerzhaft waren und einer staatlichen Politik zur Maximierung der Produktivität von Frauen gehorchten. Die freie Wahl der verfügbaren und harmlosen Formen der Geburtenkontrolle, ein wesentlicher Bestandteil des Rechtes der Frauen auf Selbstbestimmung, wird in Osteuropa nicht als vordringliche Angelegenheit angesehen.

Die hier skizzierten Mißverständnisse werden durch die Stereotypen, die die wechselseitigen Wahrnehmungen der Ost- und WesteuropäerInnen prägen, noch verstärkt. Im folgenden werde ich zwei dieser Stereotypen untersuchen: ›Westfeministinnen‹ und ›osteuropäische Frauen‹.

Stereotypen
1. »Westfeministinnen«

In der populären Presse, aber auch von so bedeutenden und aufgeklärten Figuren wie Václav Havel werden die Westfeministinnen oft verhöhnt. Sie werden als kreischende Schlampen wahrgenommen, die psychologische Probleme haben, extrem unattraktiv, wahrscheinlich lesbisch und in ihrem Privatleben unglücklich sind; zumindest haben sie Schwierigkeiten, einen Mann zu finden. Viele Menschen glauben darüber hinaus, daß die Gleichheit zwischen den Geschlechtern im Sozialismus ohnehin bereits verwirklicht wurde, denn im Gegensatz zum Westen gingen die meisten Frauen dort arbeiten und, konkurrierten mit den Männern.

Auch viele junge Frauen äußerten entsprechende Meinungen, obwohl sich in einer Untersuchung von fast 2000 Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die 1993 in Polen durchgeführt wurde, junge Frauen eher als junge Männer für eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit und für bessere Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt aussprachen.[13] Obwohl darüber hinaus die meisten von ihnen das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung befürworteten, assoziierten sie ihre Überzeugungen nie mit den Forderungen westlicher Feministinnen bzw. ihrem Schreckensbild in den Köpfen.

In Osteuropa herrscht also eine sehr monolithische Sicht des Feminismus vor. Faktisch gibt es unter den Feministinnen aber ganz unterschiedliche, oft unvereinbare Standpunkte. Einige Feministinnen sind eher ›konservativ‹ orientiert. Sie akzeptieren, ja sie zelebrieren die Frauenrollen der Fürsorge und Erziehung. Andere kämpfen statt dessen für mehr Anerkennung im öffentlichen Leben. Die tiefen Gräben zwischen den radikalen und separatistischen Feministinnen auf der einen Seite und den eher liberalen auf der anderen Seite sind nur ein Beispiel für die vielen unterschiedlichen Meinungen innerhalb der feministischen Bewegung. Eigentlich ist es nicht mehr möglich von einer Bewegung zu sprechen. Das einzige was Feministinnen vereint, ist die Hinterfragung des Geschlechts. Aus dieser Problematisierung von Geschlecht kann sich jedoch ein breites Spektrum an Antworten oder Lösungen ergeben.

Während die Auseinandersetzung mit Frauenfragen in den USA ganz unterschiedliche Formen annehmen kann, von Gesetzesreformen bis hin zur Bewahrung des Familienlebens, entsprang in Europa ein Großteil feministischer Rhetorik und Perspektiven, insbesondere in den 70er Jahren, der sozialistischen Bewegung. Das heißt, daß viele Metaphern und Begriffe aus dem Sozialismus in den Feminismus übersetzt wurden, selbst von Feministinnen, die sozialistische Lösungen ablehnten. Wendungen, wie die ›weltweite Schwesternschaft‹ die Auffassung, daß Frauen eine

›unterdrückte Gruppe‹ darstellen oder daß es einen unvermeidlichen ›Kampf‹ der Geschlechter gibt, waren Ergebnisse dieser Allianz von Sozialismus oder Marxismus und Feminismus. Solche Metaphern und Begriffe haben für Frauen in Osteuropa jedoch extrem negative Konnotationen. Die damit verbundene Rhetorik erinnert die im real existierenden Sozialismus aufgewachsenen Frauen an die hohlen Schlagworte des alten Regimes.

Im Bemühen, dies zu verstehen, zucke ich inzwischen bei manchen Ausdrücken, die ich selbst früher benutzte, zusammen. Was in der Opposition angemessen erscheint, kann als Teil der vorherrschenden Ideologie unangemessen sein. Diese Erfahrung hat mich auch veranlaßt, meine eigenen Annahmen hinsichtlich solcher über-generalisierter Kategorien zu überprüfen. Die Rede vom Krieg der Geschlechter wird der Komplexität, den subtilen Differenzen, Allianzen und Gegensätzen, die in den gegenwärtigen Geschlechtsrollen enthalten sind, nicht gerecht. Die Welt auf einen manichäischen kosmischen Konflikt zu reduzieren, ist weder theoretisch noch empirisch hilfreich. Ein solches Denken muß die Frauen in Osteuropa befremden, es geht an ihnen vorbei.

2. »*Osteuropäische Frauen*«

Den ›westlichen Feminismus‹ zu verallgemeinern, als handele es sich um ein homogenes Set von Theorien und Politiken, ist ebenso gefährlich wie der Versuch, generalisierende Aussagen über osteuropäische Frauen zu machen. Die bisher verborgenen Unterschiede zwischen diesen Ländern treten nun allmählich zutage und nehmen durch das unterschiedliche Tempo der ökonomischen Entwicklung noch zu.

In einem faszinierenden Essay über die Erfahrungen russischer Frauen untersucht Olga Isupova[14] die Rollen, welche die bäuerliche Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland den Frauen auferlegte. Sie arbeiteten auf dem Feld, in der landwirtschaftlichen Produktion und trugen auch die Hauptverantwortung für das Heim. Zwischen dieser aktiven Rolle und der Rolle der wohlbehüteten bürgerlichen Frau, als dem ursprünglichen Objekt der westlichen-feministischen Kritik, liegen Welten. Infolge der Schwäche der Bourgeoisie im zaristischen Rußland und ihrer Zerstörung nach der Revolution bildete sich diese klassische Frauenrolle in der Region nicht aus. Die Frauen wurden vielmehr gezwungenermaßen als Vollzeitbeschäftigte in die Produktion integriert, was eher eine Erweiterung ihrer alten Rolle als die Schaffung einer neuen bedeutete, auch wenn sie nun eher in Fabriken als auf dem Feld arbeiteten. Die enorme Dezimierung russischer Männer während der Revolution, im Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg hatte zur Folge, daß die russischen Frauen fast alle Funktionen in Gesellschaft und Produktion übernehmen mußten. Das sozialistische

Gleichheitsideal baute somit auf traditionellen Rollen und De-facto-Zwängen auf.

In anderen Regionen des ehemaligen Ostblocks, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei, war die Gesellschaft dagegen bürgerlicher, so daß die unfreiwillig produktive Rolle der Frauen hier eher eine Verletzung der hergebrachten Ordnung darstellte; gleichzeitig war hier die bürgerliche Frauenbewegung, die am Ende des 19. Jahrhunderts einen Teil des nationalen Befreiungskampfes ausmachte, weit gediehen, bis die Nazis ihr ein Ende machten.[15] In Ländern wie Ungarn und Bulgarien holte der Kommunismus die Frauen von den Feldern und Bauernhöfen in die Fabriken und Städte – in das öffentliche Leben. In der ganzen Region profitierten besonders die Frauen vom Ausbau der Bildung unter dem Kommunismus. Infolgedessen sind Frauen in vielen Bereichen Höherer Bildung heute in der Überzahl und bilden eine Generation mit hohen Erwartungen. Zu den Erfahrungen rumänischer Frauen mit der drakonischen Geburtenpolitik Ceaucescus lassen sich keine Parallelen ziehen. Die polnischen Frauen erleben die Einmischung der Kirche in die Politik, die zu einem rigiden Abtreibungsverbot geführt hat. In Ostdeutschland, wo diese Frage wahrscheinlich am intensivsten diskutiert wurde, gibt es wieder andere Erfahrungen: Die großzügige Familienpolitik des alten Regimes ermöglichte den Frauen eine relative ökonomische Unabhängigkeit und führte zu einer vergleichsweise hohen Alleinerzieherrate. Nach der Absorption der ehemaligen DDR durch Westdeutschland wurde diese Unterstützung jedoch abgeschafft und den Frauen abrupt eine wesentlich konservativere Geschlechterpolitik aufgebürdet.

Aber nicht nur die Unterschiede zwischen diesen Ländern werden immer deutlicher. Auch innerhalb der Länder lassen die unterschiedlichen Chancen ethnischer Minoritäten auf dem Arbeitsmarkt sowie ihre differierenden Familienstrukturen und Formen von Reproduktion starke Spannungen und Diskrepanzen entstehen. Wir sollten daher vorsichtig sein, generalisierende Aussagen über ›die Frauen‹ in der Region zu machen.

Das Ende des Eisernen Vorhangs hat eine ganze Reihe von Selbstverständlichkeiten der Nachkriegszeit über den Haufen geworfen und auch unser Verständnis von Politik und Gesellschaft nicht verschont. Das Studium von Gesellschaften, die eine radikale Transformation durchmachen, bietet neue Einsichten in die Gegenwart und auch in unsere eigene Gesellschaft. Das Verschwinden alter Dichotomien, wie ›Ost‹ und ›West‹, ›links‹ und ›rechts‹, ›kommunistisch‹ und ›kapitalistisch‹ wie auch – vielleicht – ›männlich‹ und ›weiblich‹, eröffnet neue Wege zum Verständnis der sozialen Welt.

Die Frauen in Osteuropa ringen darum, diese Veränderungen zu verstehen und ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Inzwischen tritt jedoch eine neue

Generation junger Frauen ins intellektuelle Leben, die sich nur relativ fern an das kommunistische System erinnern. Diese jungen Frauen sind die Generation mit der besten Ausbildung, die bisher aus diesem Teil Europas hervorging, und sie haben gesehen, wie ihre Mütter alle notwendigen produktiven und reproduktiven Funktionen erfüllten und nutzten, um soziales Leben überhaupt erst zu ermöglichen. Sie genießen und nützen die Pluralität von Geschlechtsidentitäten und werden kaum zum ›Heimchen am Herd‹ zurückkehren, um das klassische Muster der Kleinfamilie zu erfüllen, selbst wenn sie in Gesellschaften leben, die durch zunehmende Militarisierung und wachsenden Nationalismus geprägt sind.

Viel wird inzwischen getan, um Gleichgesinnte aus verschiedenen Ländern und Institutionen in West und Ost zusammenzubringen. Netzwerke wurden geschaffen und Mittel aufgetrieben, um die Eigeninitiative von Frauen aus der Region zu fördern. Ich hoffe, daß auch die vorliegenden Überlegungen ein wenig zum Verständnis zwischen den Frauen im Westen und im ehemaligen Osten beitragen.

Aus dem Englischen von Dagmar Fink

Anmerkungen

Ich danke Larissa Flint, Laura Busheikin und allen anderen am Prager Gender Studies Centre sowie Lucie Cviklova, Ivan Chorvat, Olga Isuprova, Jaroslava Stastna, Julie Beck, Peter Lentini und Troy McGrath von der Central European University in Prag.

1 S. Trnka/L. Busheikin (Hg.), Bodies of Bread and Butter: Reconfiguring Women's Lives in the Post-Communist Czech Republic. Prague Gender Studies Centre, Prag 1993.
2 N. Funk/M. Mueller (Hg.), Gender Politics and Post-Communism. Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union, New York/London 1993; B. Einhorn, Cinderella Goes to Market, London 1993.
3 N. Wornow, »Feminism. Another ›ism‹ – who needs it?«, Vortrag gehalten an der Comenius-Universität, Bratislava 1992.
4 M. Glenny, The Fall of Yougoslavia: The Third BalkanWar, New York/London 1992; deutsch: Jugoslawien: Der Krieg, der nach Europa kam, 1993.
5 N. Funk, Feminism East and West, in: N. Funk/M. Mueller, a.a.O.
6 J. Siklova, McDonalds, Terminators, Coca Cola Ads and Feminism? Imports from the West, in: S. Trnka/L. Busheikin, a.a.O.
7 J. Smejkalova-Strickland, Do Czech Women Need Feminism? Perspectives of Feminist Theories, in: S. Trnka/L. Busheikin, a.a.O.
8 N. Barr (Hg.), Labour Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. The Transition and Beyond, Oxford UP 1994.
9 I. Mozny, The Czech Family in Transition, in: S. Ringen/C. Wallace, Social Reform in the Czech Republic, Central European University, Prag 1994; C. Wallace, Young People and Families in Poland: Changing Times, Changing Dependencies, in: European Journal of Social Policy 1995, in Vorbereitung. Vgl. auch I. Chorvat, Some Historical, Political and Ideological Aspects of Family Life: The Impact of Industrialization, Totalitarianism and Feminism on the Family. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Central European University, Institut für Soziologie, Prag 1994.
10 P. Watson, Eastern Europe's Silent Revolution: Gender, in: Sociology 27 (3), S. 471-488.

11 H. Havelkova, Some Pre-Feminist Thoughts, in: N. Funk/M. Mueller, a.a.O.
12 C. Wallace, Polish Young Women at the Crossroads, Arbeitspapier, Central European University, Prag 1995.
13 Ebd.
14 O. Isupova, Symbolic Representations about Gender Roles in Contemporary Russian Society, unveröffentlichte Dissertation, Central European University, Prag 1994.
15 K. David-Fox, Czech Feminists and Nationalism in the Late Habsburg Monarchy, in: S. Trnka/L. Busheikin, a.a.O.

Hana Havelková

REAL EXISTIERENDER FEMINISMUS

Rezeption und Anwendung

Bei uns ist »feministische Theorie« bis heute vor allem ein Sammelbegriff für *westliche* feministische Theorien, und in diesem Sinne werde ich den Terminus auch in den folgenden Überlegungen verwenden. Zwar gibt es in der Tschechischen Republik bereits einige TheoretikerInnen, die beginnen, sich mit Fragen der Geschlechtsidentität und der geschlechterdifferenten Rollen[1] zu befassen, doch soweit mir bekannt ist, arbeitet noch niemand an einem eigentlich feministischen theoretischen Konzept. Die Praxis sieht meist so aus, daß die Brauchbarkeit des Repertoires feministischer Theorie für die Untersuchung unserer Realität erprobt wird, daß ihre Anwendungsmöglichkeiten »ertastet« werden. Wir stehen mitten in einem Prozeß der Suche nach geeigneten analytischen Instrumenten, und wir suchen sie nicht nur in der feministischen, sondern auch in anderen westlichen Theorien, mit denen wir uns vor 1989 nicht vertraut machen konnten.

Ich unterscheide in diesem Zusammenhang zwischen Rezeption und Anwendung. Die Rezeption feministischer Theorie findet bei uns seit längerem statt. Sie ist natürlich selektiv, jede(r) lässt sich auf andere Weise inspirieren. Ich selbst leite an der Karls-Universität einen feministischen Kurs, an einem anderen nehme ich teil, und über mangelndes Interesse von seiten der StudentInnen kann ich mich wahrlich nicht beklagen. Die (männlichen) Studenten bilden jeweils etwa die Hälfte der Hörerschaft. Man kann auch nicht behaupten, daß die Problematik der Geschlechtsidentität die Öffentlichkeit nicht interessiere. Nach 1989 widmeten mehrere Zeitschriften ganze Nummern der Frauen- oder Feminismus-Problematik.[2] Was an der feministischen Theorie am stärksten interessiert, ist ihre Thematisierung der Geschlechterdifferenz und der weiblichen Erfahrungen – es handelt sich, würde ich sagen, in erster Linie um eine *kulturelle* Rezeption.

Die feministische *politische* Philosophie hingegen wird kaum rezipiert. In dieser Hinsicht bin ich offenbar eine Ausnahme, habe aber selbst das Stadium des Erprobens eigentlich noch nicht überwunden. Es stellt sich nämlich die Frage, weshalb die feministische politische Philosophie nicht einfach und direkt auf unsere Realität zu applizieren ist. Und ich muß

hinzufügen, daß diese Frage zugleich eine defensive Funktion hat. Sind wir im Falle der kulturellen Rezeption feministischer Theorie mehr oder weniger Subjekte und wählen individuell, nach eigenem Gutdünken aus, was übersetzt wird, so sind die Versuche ihrer Applikation sozusagen zu uns »eingedrungen«. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß dieses »Eindringen« gut, als Hilfe gemeint war. Dennoch fanden wir uns in der ersten Zeit in der Rolle von Objekten wieder und haben diese Art der Hilfe – das heißt ihr ideologisches Moment – zurückgewiesen.

Ich spreche nicht nur über reale Erfahrungen mit westlichen feministischen Aktivistinnen: Feministisch denkende Frauen, vorwiegend Amerikanerinnen, von denen sich viele für längere Zeit in Prag niedergelassen haben, kontaktierten einzelne Frauen wie auch das Prager Gender Studies Center (man muß freilich der Fairneß halber sagen, daß der New Yorker Organisation NEWW, Network of East-West Women, zu verdanken ist, daß dieses Zentrum gegründet wurde). Sie kamen, bewerteten und begannen zu belehren. Ich habe selbst Dutzende von Gesprächen erlebt, unter vier Augen oder in Gruppen, bei denen es immer um ein und dasselbe ging: von ihrer Seite die Feststellung, daß unsere Gesellschaft sexistisch und patriarchalisch sei, die Frauen zweitrangige Bürger, außerdem konservativ, unfrei und diskriminiert usw.; von unserer Seite die Ablehnung dieser Diagnose in allen Punkten. Keineswegs weil sich keine Belege für diese Feststellungen hätten finden lassen, sondern weil alle diese Begriffe in unserem Kontext etwas andere Konnotationen haben und jeder Begriff in ein allgemeineres, übergeordnetes gesellschaftliches Problem eingebunden, »eingeschrieben« ist, von dem man ihn theoretisch nicht ohne weiteres isolieren kann. Vor allem haben wir diejenigen, die uns zu belehren suchten, darauf aufmerksam gemacht, daß sie unsere Wirklichkeit durch das Prisma ihrer eigenen Erfahrung und einer verinnerlichten feministischen Optik lesen. Das Resultat dieser mühseligen Diskussionen war Enttäuschung auf beiden Seiten: auf ihrer, weil wir uns nicht belehren lassen wollen, und auf unserer, weil sie die große Verschiedenheit unserer gelebten Erfahrung nicht respektieren, nicht fähig sind, ihr zu trauen und sie ernst zu nehmen. Der Vollständigkeit halber füge ich hinzu, daß keine gemeinsamen Sitzungen mehr stattfinden: Sie haben die ihren und wir die unseren. Mit dieser eher tragikomischen Geschichte möchte ich auf die allgemeine Schwierigkeit des Ost-West-Dialogs auf der Ebene der politischen Philosophie aufmerksam machen. Es handelt sich dabei nicht um eine Einzelerfahrung – wir haben sie oft auf Konferenzen mit Teilnehmerinnen aus Ost und West gemacht. Professor Ann Snitow, die Gründerin des NEWW, klagte in ihrer Prager Vorlesung von 1993: »Das ist das Härteste, was ich in dreiundzwanzig Jahren feministischer Organisation erlebt habe«.[3]

Feministische Grundbegriffe – Ausgangspunkt oder Resultat?

Die »Verteidigung« der Differenz, d.h. des spezifischen Ausgangspunkts feministischer politischer Philosophie im tschechischen Kontext ist insofern problematisch, als dieser Kontext eine historische Erfahrung darstellt, die wiederum die Folge eines historischen Irrtums ist. Das Leben besteht aber nicht nur aus der Politik der machthabenden Elite. TheoretikerInnen, die nicht hier gelebt haben, begehen in ihren Analysen unserer Frauenfrage leicht den Fehler, ihre Interpretation auf die staatliche Frauenpolitik zu beschränken, die darüber hinaus nur in ihrer negativen ausbeutenden Intention betrachtet wird. So einfach war es aber nie. Ich bin der Meinung, daß die Analyse der Erfahrung des realen Sozialismus in gleichem Maße zu untersuchen hat, was durch die Schuld des Systems, dank des Systems, trotz des Systems, als Kompensation des Systems und in bewußter Opposition zum System geschah. Diese Erfahrung hat die gleiche Gültigkeit wie jede andere auch. In diesem umfassenden Sinn bildet sie einen spezifischen Rahmen, der die unmittelbare Anwendung einer Reihe von gängigen zentralen feministischen Begriffen nicht zuläßt.

Begriffe wie Patriarchat, Unterdrückung, Diskriminierung, Ungleichheit, zweitrangige Bürger etc. sind nicht wertfrei, sondern kritisch, wertend. Für den westlichen Feminismus ist es aufgrund der westlichen Erfahrung selbstverständlich geworden, diese Begriffe zur grundlegenden Charakterisierung der Beziehung zwischen den Geschlechtern zu gebrauchen. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit dies der westlichen gesellschaftlichen Erfahrung entspricht. Was aber die Erfahrung bei uns und offensichtlich auch in anderen Ländern mit kommunistischer Vergangenheit angeht, so kann man meiner Meinung nach bei einer gesellschaftlichen Analyse nicht von diesen Begriffen ausgehen; sie können nur den Charakter von Ergebnissen haben, von Schlußfolgerungen, die auf Werturteilen basieren. Ich will nicht leugnen, daß die Tschechische Republik als Land mit industrieller, kapitalistischer und demokratischer Tradition wie andere moderne Demokratien auf dem begründet war, was Carole Pateman das moderne oder fraternale Patriarchat nennt. Es trifft aber auch zu, daß dieses Land eine lange und schwerwiegende Erfahrung durchmachte, die es seinen westlichen Nachbarn entfremdet hat: auf der Ebene der Ideologie und der Sozialstruktur, und bis heute auch auf jener der ökonomischen Struktur, die in Fragen der Geschlechteridentität und -rollen eine ziemlich entscheidende Rolle spielt.

Mein theoretischer Ausgangspunkt ist, daß man in unserem Kontext nicht isoliert mit feministischen Begriffen arbeiten kann, vielmehr offenbart sich ihre Relevanz nur im Zusammenhang mit anderen, aus westlicher Sicht unbekannten Erfahrungen. Die Kanadierin Busheikin drückt dies

nach zwei Jahren Arbeit im Prager Gender Studies Center folgendermaßen aus: »Es ist im Westen jetzt Mode geworden, über Rasse, Klasse und Geschlecht als sich überschneidende Aspekte der Unterdrückung zu sprechen, doch bietet dies keinen Rahmen, der sich auf osteuropäische Frauenerfahrung befriedigend anwenden ließe«.[4] Ist es nicht überhaupt abwegig, sich die Frage zu stellen, welches der Status einer durchschnittlichen tschechischen Frau ist, verglichen mit jenem von amerikanischen »White-Middle-Class-Women«? Uns quält weder rassische noch soziale Unterdrückung, wir betrachten aber auch die sexuelle Unterdrückung nicht als prioritär. Das Problem liegt anderswo. Unser Land befindet sich als ganzes gegenüber den westlichen Ländern in einer sozial und kulturell anderen Position. Dieser äußere Umstand ist der Gesellschaft, Männern wie Frauen, bewußt und wird noch lange ihr Verständnis von Problemen der Geschlechteridentität prägen: Diese Fragen werden als politisch zweitrangig oder aber als von der sozialen und kulturellen Differenz zum Westen abgeleitet wahrgenommen.

Noch einmal: Es ist nicht schwierig, in unserer Gesellschaft sexistische oder patriarchale Züge auszumachen. Wenn wir aber wissen wollen, was diese im konkreten Leben bedeuten, dürfen wir bei der Analyse nicht mit ihnen *beginnen*.

Die Geschichte

Die spezifische Erfahrung, in die Geschlecht eingeschrieben ist, läßt sich nicht auf eine Dimension reduzieren. Dennoch kann man sagen, daß die Geschichtlichkeit bei uns zentral ist, daß sie in unserer Wirklichkeit eine viel bedeutendere Rolle spielt als in den westlichen Gesellschaften. Es kamen jene, die die Geschichte verändern und beherrschen wollten, und sie haben sie auf ein Gleis gelenkt, von dem wir bis heute nicht zurückgefunden haben. Dies ist allgemein bekannt; doch daß es für die Geschlechterproblematik gleich in mehrfacher Hinsicht Folgen hatte, ist auf den ersten Blick nicht offensichtlich.

Der historische Kampf um die Erhaltung oder Abschaffung der totalitären Macht wurde praktisch zum einzigen Inhalt der Politik, auf Kosten ihrer *sozialen* Dimension. Die kommunistische Sozialpolitik war in diesem Kampf die wichtigste Karte, sie war gleichzeitig aber nicht Politik im eigentlichen Sinne, denn sie war nie Thema oder Gegenstand einer Diskussion. Sie schützte die Frauen bis zu einem gewissen Grad und entwickelte ein stabiles, einheitliches Verhaltensmodell, das es den Frauen ermöglichte, Mutterschaft und Beruf zwar unter Anstrengungen, aber trotzdem zu vereinigen. Sie ermöglichte ihnen jedoch keine eigene Wahl der Rollen. Die soziale Gesetzgebung nach 1989 behielt die bisher gültigen Normen größ-

tenteils bei. Die Rückkehr sozialer Fragen als politisches Thema setzte mit großer Verspätung ein – die primären (historischen) politischen Aufgaben sind bis heute der Wiederaufbau der politischen Institutionen und wirtschaftlichen Mechanismen. Die soziale Dimension der Politik ist zweitrangig geblieben. Wahrscheinlich wird sie erst 1996, bei den dritten demokratischen Wahlen nach 1989, zum Zuge kommen. Die ersten Wahlen waren im Grunde ein antikommunistisches Referendum, die zweiten ein Referendum über die radikale Wirtschaftsreform.

Mit der Konservierung der Sozialpolitik sind jedoch auch die Geschlechterverhältnisse konserviert worden. In beiden Fällen kann es sich um eine Zeitbombe handeln. Die Öffentlichkeit sieht das jedoch bis jetzt nicht so, und es ist eine Frage, ob diese Bombe tatsächlich explodieren wird. Die Regierung konzentriert ihre Politik auf die Sicherung der sozialen Netze, und sie tut dies relativ sorgsam. Niemand hindert die Frauen daran, individuell an diesen Prozessen teilzunehmen. Die Zeit der historischen Aufgaben wird wohl erst dann von einer Zeit der normalen Politik abgelöst werden, wenn sich die Gesellschaft gefestigt und die Sozialstruktur wenigstens teilweilse stabilisiert hat.

Der Transformationsprozeß der Gesellschaft bedeutet nichts anderes, als daß sich alles in Bewegung befindet und das Ergebnis unklar ist. Es handelt sich immer noch um einen Kampf mit der Geschichte, immer noch geht es um den Charakter und die geopolitische Situierung des Staates. Die Undeutlichkeit der gesellschaftlichen Strukturen, Beziehungen und Einflüsse ist der fundamentale modus vivendi. In diesem Wandel eine Dominanz oder Diskriminierung hinsichtlich der Geschlechter zu diagnostizieren, ist umso schwieriger, als die Periode der gesellschaftlichen Transformation in der Tschechischen Republik bisher keine große »Frauenfrage«, welche die Frauen auch mobilisiert hätte, in den Vordergrund des politischen Interesses getragen hat: Das Abtreibungsgesetz ist (im Unterschied zu Polen) liberal geblieben, die Frauen wurden (im Unterschied zur ehemaligen DDR) bislang nicht vom Arbeitsmarkt gedrängt. Die erschwerte Situation alleinerziehender Mütter wird im Kontext der allgemeinen sozialen Schwierigkeiten wahrgenommen und vom Problem der Rentner in den Schatten gestellt. Das Problem der Prostitution und des damit verbundenen Frauenhandels wird mit der Öffnung der Grenzen und der generell gestiegenen Kriminalität in Zusammenhang gebracht. Und die Lösung für all diese Probleme wird in der Angleichung der wirtschaftlichen Situation unseres Landes an die westlichen Länder gesehen.

Auffällig ist die Abwesenheit von Frauen in der Politik. In der Regierung gibt es keine einzige Frau, im Parlament beträgt der Frauenanteil nur ungefähr zehn Prozent. Daran, wie diese Tatsache verstanden wird, will ich versuchen, den Unterschied zwischen der direkten und der vermittelten

feministischen Interpretation zu veranschaulichen. Von einem feministischen Standpunkt aus handelt es sich um ein klassisches Beispiel weiblicher Diskriminierung, d.h. darum, daß sich Frauen in der Position zweitrangiger Bürger befinden. Aus unzähligen Gesprächen mit tschechischen Kolleginnen, Testpersonen und Bekannten weiß ich aber, daß sie diese Situation eher als Ergebnis einer bewußten Entscheidung der Frauen denn als Resultat männlicher Taktik betrachten, und sie führen Gründe an, weshalb Frauen nicht in die Politik gehen wollen. Während Feministinnen diese Haltung ziemlich sicher als Ausdruck eines fehlenden Bewußtseins bezeichnen würden, hält eine große Anzahl tschechischer Frauen sie für »reiflich überlegt«. Wie ist das zu verstehen?

Diese Haltung der Frauen hat zwei Aspekte, einen negativen und einen positiven. Der negative betrifft die Beurteilung der Relevanz der Anwesenheit von Frauen in der Politik: Repräsentation hinsichtlich der Geschlechter wird für den heutigen Zeitpunkt als noch nicht relevant oder vorrangig angesehen.[5] Der positive Aspekt hängt mit der Vorstellung davon zusammen, worauf es zu diesem Zeitpunkt am meisten ankommt: auf die menschlichen Werte und die Suche nach der eigenen Identität, aber auch auf die Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen und psychischen Situation in den Familien.

Die Bewertung dieser Haltung als konservativ mag sich ändern, wenn wir näher auf die Spezifik des Transformationsprozesses eingehen. Vor allem muß hervorgehoben werden, daß es sich um eine Transformation der gesellschaftlichen Grundlagen handelt, um den Aufbau (oder Wiederaufbau) der grundlegenden demokratischen Institutionen und um einen Lernprozeß, wie man in diesem neuen Rahmen leben kann. In diesem Zusammenhang halte ich es für zweckmäßig, den Begriff des Bürgersinns auf zwei Ebenen oder Weisen zu verstehen: als *konkreten* Bürgersinn und als *abstrakten*. Unter dem ersten Begriff verstehe ich Haltungen, die auf konkreten Kenntnissen und Erfahrungen des einzelnen hinsichtlich des sozialen und politischen Systems beruhen. Der abstrakte Bürgersinn hingegen bezieht sich auf die Vorstellung eines mit der Projektion bestimmter Ideale verbundenen (neuen) Systems. Während des Transformationsprozesses sind die BürgerInnen mit unbekannten Bedingungen konfrontiert, auf die sie ihre konkreten Erfahrungen aus der Vergangenheit und ihre abstrakten Zukunftsideale beziehen.

Mit Hilfe dieser Begriffe läßt sich die Haltung der Frauen zu ihrer Repräsentanz in der Politik erklären. Da sich in der tschechischen Gesellschaft bisher kein Funke entzündet hat, der eine Politisierung irgendeiner Frauenfrage zur Folge gehabt hätte, bleibt die Beziehung der Frauen als BürgerInnen zur Politik im abstrakten Modus. Ihr konkreter Bürgersinn ist immer noch in hohem Maße durch die vergangene Erfahrung geprägt,

die durch die spezifischen Funktionen der Familie im Sozialismus bestimmt war. Die Transformation der Gesellschaft hat die ökonomische und psychische Funktion der Familie nicht beseitigt, sondern verstärkt – ich behaupte, daß die wirtschaftliche Transformation in unserem Land sich mehr auf die Familie stützt, als gut ist. Die Frauen haben also erstens kein Bedürfnis, weibliche Lobbies zu bilden, weil sie die Probleme, die vorläufig durch die Politik gelöst werden, für universell halten. Zweitens halten sie politisches Engagement für ihre eigenen Interessen weder für ein vorrangiges Anliegen noch für eine Sache des Prestiges, sie geben anderen Aufgaben den Vorzug, die sie für kreativer halten und die es ihnen besser ermöglichen, der Familie die nötige Zeit zu widmen (gerade diese Haltung betrachten sie als ein Zeichen von Reife). Von ihrem abstrakten Bürgersinn zeugt, daß sie konservative Parteien unterstützen, deren Politik sie potentiell gefährden kann. Dies ist nur möglich, weil sie die Ansicht der Männer teilen, daß die Lösung der wirtschaftlichen Probleme die Voraussetzung für die Befreiung aus ihrer schwierigen privaten Situation ist und absolute Priorität hat. Auf diese Weise bleiben Geschlechterfragen den sogenannten gesamtgesellschaftlichen untergeordnet.

Die realistische Haltung der Frauen hinsichtlich ihrer Repräsentation in der Politik liegt jedoch auch am spezifischen Charakter der Politik während des Transformationsprozesses. Die aktuelle tschechische Politik ist eingeschränkt, praktisch auf die Organisation der wirtschaftlichen Transformation sowie die Außenpolitik reduziert. Die Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programms, die soziale Transformation als solche – eine typische Frauendomäne in der Politik – hinkt der ökonomischen Transformation enorm nach. Es scheint, daß Männer wie Frauen die gegenwärtige politische Zeit als Zeit der Männer betrachten, als Zeit der harten Ellbogen und typisch männlichen Verhaltensweisen. Darüber hinaus gibt es einen weiteren Aspekt. Die Frauen scheinen instinktiv zu fühlen, daß der Raum, in dem man sich die neuen Bedingungen konkret aneignet, weniger die Politik als vielmehr der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ist. Sie wissen, daß sie hier tatsächlich etwas verpassen könnten, wogegen die Politik »noch warten« kann. Der Bedeutung der wirtschaftlichen Transformation im staatlichen Maßstab entspricht die Bedeutung des individuellen Kampfs um einen Platz in der neuen Gesellschaft. Das sind die beiden Ebenen, zwischen denen ein vorläufig noch unbestimmter Raum für die Rekonstruktion der Sozialpolitik liegt, ein Raum, der Probleme birgt, die die Frauen immer mehr betreffen werden – einstweilen sind auch diese Probleme noch nebelhaft. Dessen ungeachtet ist es unter diesen Umständen problematisch, aus der gegebenen Situation die direkte Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Frauen zweitrangige Bürger seien.

Die Sozialstruktur

Die Zeit der historischen Aufgaben wird vielleicht früher oder später vergehen. Die Frage ist, ob sie in unserer Realität eine bleibende Spur hinterlassen wird, und wenn ja, auf welche Weise. Das kommunistische Experiment hat in der Gesellschaft eine tiefe Veränderung des Charakters und der Funktionen der öffentlichen und der privaten Sphäre verursacht. Der drastischen Unterdrückung der gesellschaftlichen Funktionen der öffentlichen Sphäre, d.h. der Liquidierung der politischen und zivilen Institutionen, des freien Unternehmertums und der Unterbindung der Selbstverwirklichung im Beruf, entsprach eine unverhältnismäßige, funktionelle Überbelastung der privaten Sphäre, vor allem der Familie. Durch die Abschwächung der Bedeutung der Öffentlichkeit wuchs die Bedeutung der Erziehung in der Familie auf ungewöhnliche Weise. Die Nichtigkeit des individuellen Subjekts im öffentlichen Raum wurde für die Familie zu einer großen psychischen Belastung. Öffentliche Aktivität war nicht mit Prestige verbunden, hingegen wuchs die Bedeutung des Familienlebens.[6] Die größte Abweichung von der Struktur der modernen westlichen Gesellschaften bestand aber zweifellos in der Kompensation der nicht funktionierenden staatlichen Wirtschaft: durch die Schattenwirtschaft mit ihren Netzen von Familienclans, die ihre Kontakte und den Zugang zu den Quellen, die sie als Staatsangestellte hatten, für sich nutzten. Der Soziologe Ivo Mozny spricht in diesem Zusammenhang sogar davon, daß die Familie »den Staat kolonisierte«[7] – ein kurioses Pendant zum staatlichen Paternalismus.

Durch diese Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen im Vergleich zu den westlichen Ländern wurden auch die Geschlechterrollen definiert. Die öffentliche und die private Existenz stellten nicht einen Gegensatz von Transzendenz und Immanenz im Sinne Simone de Beauvoirs dar, der Raum der Freiheit war eher die private als die öffentliche Sphäre.

Die spezifische Verteilung der Geschlechterrollen läßt sich jedoch erst als Resultat der Verbindung dieses Verschiebungsprozesses in der Sozialstruktur mit dem Prozeß der weiblichen Emanzipation durch die Vollbeschäftigung der Frau verstehen. Die Dominanz der Frau in der Familie hing paradoxerweise damit zusammen, daß die Frauen in der öffentlichen Sphäre fast vollzählig anwesend waren – sie stellten 47% der Arbeitskräfte. Um beide Rollen zu bewältigen, mußte die Frau Organisatorin des Familienlebens sein. Aufgrund der Bedeutung der Familie und der Rolle der Frau in ihr entwickelte sich aber eine sekundäre Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Doch damit ist die Spezifik der Rollenverteilung noch nicht voll entfaltet. Während die Männer in der öffentlichen Sphäre viel mehr leitende Stellungen innehatten, waren die Frauen sichtba-

rer, und paradoxerweise waren sie es, die die Macht des Staates oder bestimmter Institutionen nach außen, dem Einzelnen gegenüber, repräsentierten: auf den Ämtern, in den Schulen, in den Geschäften. Ihre Anzahl in der staatlichen Verwaltung läßt auch ihre Rolle in der Schattenwirtschaft erahnen.

Wirtschaftlich funktionierte die Familie auf der Basis des Doppellohn-Modells. Der finanzielle Beitrag der Frau wurde zur Selbstverständlichkeit (in Fragebögen bezeichneten Frauen das oft als ihre Pflicht), auch ihre Männer gewöhnten sich daran, damit zu rechnen. Nicht selten kam es sogar vor, daß ein Mann keine Notwendigkeit spürte, der Frau Haushaltsgeld zu geben. Die Emanzipation der Frau beruhte vor allem auf der finanziellen Unabhängigkeit von ihrem Mann und wurde durch eine doppelte Arbeitsbelastung erkauft – es entstand der Frauentyp, der das Unmögliche schaffte. Man spricht vom Kult der »starken Frau«, westliche Feministinnen benutzen den Ausdruck »Superwoman«.

Soziologische Untersuchungen bestätigen eine Dominanz der Frau in der Familie und einen Verlust der väterlichen Autorität. Der Zusammenhalt der Kleinfamilie ist allerdings trotz ihrer traditionellen Züge hierzulande nicht größer als im Westen. Der Prozentsatz der Scheidungen entspricht dem »Standard« entwickelter Länder – in Prag ist fast jede zweite Ehe betroffen. Die Scheidung wurde bisher mit überwältigender Mehrheit von den Frauen eingereicht – sie beklagen sich über das ungenügende Verantwortungsbewußtsein der Männer für die Familie, und viele führen deshalb an, daß sie ihre Aufgaben allein besser bewältigen könnten.

Unter diesen Umständen wird klar, weshalb die Frauen die Lösung ihrer problematischen Situation nicht in einer breit angelegten Emanzipation sehen: Die haben sie bereits erlebt. Darum machen sie eher auf das Problem der Männer aufmerksam, und darum sind viele sogar der Ansicht, daß es auch für sie von Vorteil wäre, wenn die Männer in der Familie mehr Verantwortung übernähmen und auch ihren Teil an Autorität hätten. Darum betrachten sie die Diskriminierung oder die Ungleichheit der Geschlechter nicht als ihr Hauptproblem und haben kein Vertrauen in den Feminismus.

Durch die Art und Weise, wie sich die Sozialstruktur gegenwärtig differenziert, kommt es auch zu einer Differenzierung der Familienmodelle. Es gibt, manchmal dank des Mannes, manchmal dank der Frau, immer mehr Familien mit hohem Einkommen. Der Prozentsatz von Frauen, die beschlossen haben, zu Hause zu bleiben, ist niedriger als erwartet. Immer noch bemühen sich mehr als achtzig Prozent der Frauen, einen Beruf auszuüben, in erster Linie aus finanziellen Gründen, da der Lebensstandard der meisten Familien eher sinkt. Oft haben die Frauen – ähnlich wie ihre Männer – nicht nur eine, sondern mehrere Beschäftigungen. Gleich-

zeitig ist die gesellschaftliche Funktion der Familie angesichts der unstabilen Zeit und der wachsenden Jugendkriminalität noch wichtiger geworden. Man kann sagen, daß die Struktur der Geschlechterrollen, wie sie vom kommunistischen System geerbt wurde, sich reproduziert und in vieler Hinsicht vielleicht sogar noch vertieft. In hoffnungslosem Gegensatz stehen sich der hohe Wert der Familie auf der einen und der große Bedarf an Berufsmöglichkeiten für Frauen auf der anderen Seite gegenüber – beides ist durch empirische Untersuchungen belegt.[8] Ich möchte das bereits erwähnte Argument noch einmal unterstreichen, daß die Hoffnung unter diesen Umständen in einer Verbesserung der gesamten wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft gesehen wird, von der die Frauen u.a. verbesserte und erschwinglichere Dienstleistungen erwarten.

Emanzipation und Kultivation

Die intuitive Annahme, daß eine wirklich freie Gestaltung des eigenen Lebens durch die Folgen einer breitangelegten Emanzipation vom bereits erlebten Typ in beträchtlichem Maß behindert würde, kommt in der weitverbreiteten Überzeugung zum Ausdruck, daß die Emanzipation den Frauen nicht so sehr die Freiheit als vermehrt Pflichten gebracht habe. Gleichzeitig sind die Frauen sich des Werts ihrer finanziellen Unabhängigkeit bewußt, und es hat nicht den Anschein, als wollten sie darauf verzichten. Auf dieser Unabhängigkeit waren über Jahre auch die Partnerbeziehungen aufgebaut. Man kann sagen, daß die Gleichheit der Geschlechter auf der Gleichheit des öffentlichen Status begründet ist. Fragil und unvertraut ist die Vorstellung einer auf Unterschiedlichkeit begründeten Gleichheit. Es scheint, daß weder Männer noch Frauen genügend darauf vorbereitet sind. Mit anderen Worten, man kann den berechtigten Verdacht hegen, daß weder die Frau noch der Mann eine eventuelle finanzielle Abhängigkeit der Frau langfristig ertragen würden und die Gleichheit in der Partnerschaft dadurch bedroht sein könnte. Paradoxerweise ist eine Rückkehr zum konservativen Typ des Familienlebens, trotz der Rhetorik hinsichtlich des humanisierenden Potentials des Frauseins und der Mutterschaft, nicht sehr wahrscheinlich. Die konservative Rhetorik, auf die uns westliche Frauen so oft aufmerksam machen, gehört lediglich der idealen, abstrakten Ebene an. Sie drückt aber etwas ganz Reales aus: die Erfahrung, daß die (rechtlich-formale oder auch finanziell reale) Gleichheit an sich noch nicht genügt, sondern nur eine Voraussetzung ist, die erst durch die Kultivierung der Beziehungen einen Sinn bekommt. Man hält die Beziehung zwischen den Geschlechtern in der tschechischen Gesellschaft für hinreichend revolutioniert, und deshalb sollte man die konservative Rhetorik meiner Meinung nach als Wunsch nach kultureller Konsolidierung

interpretieren. Diesen Wunsch betrachte ich auch als die tiefste Quelle für die Furcht vor dem Feminismus als einem Einfluß, der die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf eine neue Art destabilisieren und der eine neuerliche Erschütterung der Werte mit sich bringen könnte – dies umso mehr, als man bisher nicht viel über den Feminismus weiß. Daß der Weg zur Kultivierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern *auch* über den Feminismus führt, dessen sind sich bisher nur einige wenige Frauen bewußt – wie es scheint, eher aus der jüngsten Generation. Damit kehre ich zu meiner einleitenden Beschreibung der Rezeption und Anwendung des Feminismus zurück. Vielleicht ist jetzt schon klarer, weshalb die feministische Theorie in unserem Kontext eine umso bedeutendere Rolle spielen kann, je weniger ihre »ideologischen« Prämissen im Vordergrund stehen. Aus Erfahrung weiß ich, daß es die konkretesten Erfahrungen des Feminismus sind, die am ehesten ansprechen.

Dieser Zugang zur feministischen Theorie erinnert übrigens in vielem an die westliche postfeministische Diskussion. Ich vermute, daß dies kein Zufall ist. Trotz der Problematik der Modernisierung der Geschlechterrollen »von oben« hat bei uns zweifellos eine gewisse Modernisierung stattgefunden, und trotz des Fehlens einer feministischen Diskussion haben die Frauen die Entwicklung ihrer Situation stets intensiv reflektiert. Vielleicht wären die westlichen Feministinnen besser in der Lage, unseren Gesichtspunkt zu verstehen, wenn sie unsere Situation eher als postfeministisch denn als präfeministisch betrachteten.

Ideologie

Eine Reihe von Autorinnen aus Osteuropa erklären das schwierige Verhältnis zwischen feministischer Theorie und postkommunistischer Realität mit den ideologischen Barrieren, die sich aus der Profanation der sozialistischen Rhetorik ergeben haben. Diese Interpretation ist unbestritten berechtigt, sie verfehlt jedoch die tiefere rationale Grundlage der bei uns vorherrschenden Abwehrhaltung. Ich spreche bewußt erst zum Schluß über die ideologischen Faktoren, in der Hoffnung, daß sie vor dem Hintergrund der vorangegangenen Analysen besser zu verstehen sind.

Die Erfahrung des realen Sozialismus hat in der tschechischen Gesellschaft eine tiefe Skepsis gegenüber großen befreienden Ideen erzeugt, eine Abneigung gegen »-ismen« überhaupt. Der Feminismus weckt gerade als »-ismus« Argwohn, was, wie ich bereits erwähnte, keineswegs ausschließt, daß je nach individuellen Bedürfnissen gerne auf ihn zurückgegriffen wird. Damit in Zusammenhang steht die Abneigung gegen große Lösungen, die auf der Subsumtion des Individuums unter einen angeborenen Status basieren; solchen »Lösungen« gegenüber wird der Wert des erworbenen

Status der einzelnen unterstrichen.[9] Die Skepsis bezieht sich insofern auch auf die Annahme einer kollektiven weiblichen Identität; die Frauen wollen sich vor allem als Individuen verstehen und präsentieren – das entspricht der gegenwärtig herrschenden individualistischen Atmosphäre der postkommunistischen tschechischen Gesellschaft. Es ist anzunehmen, daß diese individualistische Ideologie, eine Art postkolonialer Reaktion, durch die wachsende Sensibilität für soziale Probleme korrigiert werden wird. Die Skepsis gegenüber großen befreienden Ideen wird jedoch kaum schwinden.

Theorie und Normativität

Die Situation der Frauen hat sich in den westlichen und den osteuropäischen Ländern asynchron entwickelt, insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Erfahrung mit der weiblichen Emanzipation ist in Osteuropa viel länger, zugleich aber sehr spezifisch, so daß sich die Frage stellt, ob diese Erfahrung für die feministische Theorie auf irgendeine Weise von Nutzen sein kann. Auf jeden Fall könnten die Schwierigkeiten mit der Anwendung dieser Theorie auf eine ihrem ursprünglichen Kontext fremde Situation Anlaß zum Nachdenken über den Universalitätsanspruch einiger grundlegender Konzepte sein, und auch darüber, was wir in der Geschlechterfrage als das Wichtigste betrachten wollen.

Als tschechische »Feministin« (bin ich das überhaupt?) ist mir das Dilemma feministischer »Aufklärung« und ihrer Einflußnahme bewußt. Ich habe zum Beispiel nicht die Absicht, die tschechischen Frauen davon zu überzeugen, daß sie diskriminiert sind, wenn sie selbst sich nicht diskriminiert fühlen. Die individuelle Einschätzung und Bewältigung der Situation ist stets das Entscheidende, auch wenn dieses Modell seine Grenzen hat. Außerdem verhält sich ein Mensch, der sich gleichberechtigt fühlt, auch dementsprechend. Ich habe auch nicht die Absicht, das offensichtliche Bemühen um eine Harmonisierung der Geschlechterbeziehungen, das schon als Wille zur Solidarität an sich wertvoll ist, als illusorisch zu »entlarven«. Andererseits ist klar, daß eine Harmonisierung, die nur ein frommer Wunsch ist, das Problem eher vertuscht als löst. Und vermutlich wird auch bald schon die Zeit kommen, da diese Betrachtungen sich nicht mehr nur auf akademischer Ebene bewegen, sondern sich mit einer neuen konkreten zivilen Erfahrung der Frauen konfrontiert sehen.

Aus dem Tschechischen von Susanna Roth

Anmerkungen

1 Der für den angelsächsischen feministischen Diskurs zentrale Begriff *»gender«*, der sich auf die gesellschaftlich konstituierte Geschlechtsidentität bezieht, hat im Tschechischen so wenig wie im Deutschen ein Äquivalent. Wir geben ihn hier je nach Kontext mit »Geschlechtsidentität«, »-rolle« oder einfach »Geschlecht« wieder. (Anm. d. Red.)
2 Zum Beispiel *Souvislosti* (Zusammenhänge, ein christliches Periodikum), *Prostor* (Der Raum, eine Zeitschrift eher konservativer Orientierung), und *Filozoficky casopis* (Philosophische Zeitschrift), *Inicialy* (Initialen, eine Literaturzeitschrift); ein Sonderheft gab auch die Tageszeitung *Lidove noviny* heraus, und soeben erschien eine dem Thema Geschlechtsidentität *(gender)* gewidmete Nummer der *Sociologicky casopis* (Soziologische Zeitschrift).
3 Vgl. Jirina Siklova: Are Women in Central and Eastern Europe Conservative?, in: Nanette Funk, Magda Mueller (Hg.): Gender Politics and Post-Communism, New York/London (Routledge, Chapman and Hall, Inc.) 1993. Vgl. Laura Busheikin: Is sisterhood really global?, in: Susanna Trnka und Laura Busheikin (Hg.), Bodies of Bread and Butter: Reconfiguring women's lives in the post-communist Czech Republic, Gender Studies Center, Prag 1993.
4 Ebd., S. 74.
5 Vgl. Jirina Siklova, a.a.O.
6 Siehe dazu ausführlicher: Hana Havelkova: A Few Pre-Feminist Thoughts, in: Funk/Mueller, a.a.O. Außerdem: Dies., »Patriarchy« in Czech Society, in: *Hypatia*, Bd. 8 (1993), Nr. 4.
7 Ivo Mozny: Proc tak snadno... [Warum so einfach...], Prag (Sociologicke nakladatelstvi) 1991.
8 Marie Cermakova und Lumir Gatnar: Zeny v socialni strukture [Frauen in der Sozialstruktur], Prag (Sociologicky ustav AV CR) 1992.
9 Vgl. Jirina Siklova, a.a.O.

Dieter Simon

WESTLICHE THEORIE – ÖSTLICHE REALITÄT

Drei Szenen aus der deutsch/deutschen Wissenschaft

(Alle Ähnlichkeiten sind kein Zufall)

Aufbruch der Idealisten

Als Modell kann das politische System dienen. An seinen Figuren wird schneller deutlich, was gemeint ist.

Politische Karrieren sind Machtkarrieren. Deswegen enden sie nur ausnahmsweise in allseitigem Einverständnis. Mit Verabschiedung in gerührter Stimmung und einmütigem Wechsel auf das Altenteil. Meist geht es anders. Ein Ministerpräsident wird gestürzt und quält sich verbitterte Segenswünsche auf seine Nachfolger ab, bevor er in der Versenkung verschwindet. Ein Generalsekretär streckt seinen Kopf zu häufig und allzu ehrgeizig aus der Deckung und wird zum Zwecke der Dekapitierung in die Provinz verschickt, wo ihn die Vasallen herumschubsen. Ein Fraktionsführer wird nicht wiedergewählt. Der Versuch, ihn nutzbringend zu versorgen, enthüllt, daß sich niemand von ihm einen Nutzen verspricht. Solche und ähnliche Typen gibt es auf den verschiedenen Ebenen der Macht häufig. Für alle gilt in der Regel: *they never come back*. Es sei denn, es gibt eine große Wende. Dann ist die Regel außer Kraft, und die schon Abgehalfterten werden noch einmal aufgezäumt. Sie erhalten eine zweite Chance, und einige zeigen tatsächlich erst bei dieser Gelegenheit so richtig, was in ihnen steckt.

In der wissenschaftlichen Welt gilt das politische Modell nur sehr eingeschränkt. Professoren und solche, die es werden wollten, sind anders. Sie stürzen nicht. Sie bleiben stecken, verdorren langsam im Labyrinth der Wissenschaft, ohne daß dies öffentlich sonderlich auffiele oder gar zum Gegenstand engagierter Erörterung gemacht würde. Das ist nicht so gerecht, wie es scheint. Es bleiben nicht immer und nicht nur die Schlechten auf der Strecke. Daß dem so wäre, gehört zu den Legitimationslegenden der Universität. Soziale Intelligenz und einflußreiche Lehrer kompensieren manchen Mangel an Begabung. *Fortune* tut ein übriges. Wenn die drei Lehrstühle des Faches von drei Vierzigjährigen besetzt sind, muß man – falls kein Unfall nachhilft – 25 Jahre auf eine Chance warten.

Der Gewinner ist häufig nicht besser als der Verlierer. Aber in der Regel

sind es doch die Minderbemittelten, die zurückfallen; die Fußkranken und Bedächtigen, die am Wegrand lagern; die müden Wiederkäuer und Uninspirierten, denen die Provinz Schicksal wird.

Sie alle haben mit der Wende die große Chance erhalten. Häufig war sie zu groß für die geringe Fassungskraft der Begünstigten. Deren Auftritte im Osten hallen bis weit in den Westen. Da wurden jetzt Arbeitszimmer eingerichtet, als zögen langverbannte Prinzen aus den Abstellkammern der Vergangenheit in wohlverdiente Paläste. Unhabilitierte Sitzenbleiber eigneten sich von heute auf morgen den Habitus des Großordinarius von vorgestern an. Der Sozialfall als verkanntes Genie. Frischgebackene Anfänger nutzten die Gunst der großen Stunde für Forderungen, die auch von Scheelsucht nicht geplagte Ministeriale erbleichen ließ. Ausgebrannte Heimwerker kostümierten sich als Fackelträger der Freiheit und berechneten den Ossis die Kosten. Die zahlten. Mit Westgeld aus dem Westen.

Die Westtheorie besagte, daß die Besten und von diesen wieder die Idealisten nach Osten ziehen würden. Gelegentlich war das so. Kein kundiger Beobachter würde dies bestreiten. Aber wenn heute auch hintere Ränge völlig geräumt sind, wenn noch die drittklassigste Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien – wenn dies so ist, dann hat offenbar die Praxis die Theorie erschlagen.

Konsultiert man jene Idealisten, die meist längst (und gramgebeugt unter der Anstrengung, eine nichtbürgerliche Gesellschaft aushalten zu müssen) die Heimreise angetreten haben, hört man Geschichten aus einer fremden – offenbar eher vorübergehend vergessenen als vergangenen – Welt. Histörchen von Selbstberufungen, passivem Widerstand und aktiver Verweigerung, von Talaren und Amtsketten, von »Magnifizenzen«, die gleichwohl nichts Großes machen, von »Spectabilitäten«, denen jedoch Ansehnlichkeit fehlt, von farbenfrohem Wichs, Einzug und Auszug, Auerbachs Keller und Wiederbelebung der großen Tradition.

Welcher Tradition?

Die von 1949 bis 1989 kommt nicht in Betracht. Die von 1933 bis 1945 auch nicht. 1945 bis 1949 wurden keine Traditionen begründet. 1918 bis 1933 auch nicht. 1914 bis 1918 war Krieg. 1871 – 1914? Soweit wird man schon zurückgehen müssen. Erstaunlich, was nach hundert Jahren noch alles erinnert wird. Das kollektive Gedächtnis ist gut.

Sehr gut allerdings nicht. Denn sonst würden die Idealisten auch anderes erinnern können. *Ethos* etwa, *Dienst* z.B., *Zusammenarbeit* auch und *Pflicht* vielleicht. Aber davon hört man nichts.

Die Ost-Universitäten seien zu erneuern. Das war gesamtdeutsche Prämisse. Die Forschung solle gestärkt werden und die Freiheit des Denkens und Lehrens Einzug halten. Erneuerung von oben war freilich nicht attraktiv. Mit dem Staatsregiment sollte es auf alle Zeiten vorbei sein. Selbsterneuerung und Autonomie klangen unvermeidlich viel besser. Doch wie erneuert sich selbst, wer nie autonom war? Wo doch schon autonom *geborene* Körperschaften sich nicht erneuern können – will man sie reformieren, dann müssen sie, wie man bei den Franzosen lernen kann, neu gegründet werden. Eine Antwort auf die Gretchenfrage, wie die verbal Reformwilligen mit diesem Münchhausen-Syndrom umgehen könnten, wurde nie gesucht. Die Absicht zu suchen, hätte allerdings die gemeinsame Überzeugung vorausgesetzt, daß fundamentaler Erneuerungsbedarf bestehe. Diese Überzeugung war aber nur dem Westen eigen. Im Osten dachte man überwiegend mehr an den Wegfall ungeliebter Kurse und lästiger Verpflichtungen im gesellschaftlichen Bereich. In den besten Fällen vielleicht an einen Neubeginn auf dem *dritten Weg*.

Wenn der Osten von »Erneuerung der Universitäten« sprach, meinte er also dasselbe wie der Westen, wenn der vor der Wende von der dringenden »Erneuerung der Universitäten« faselte: Reform auf der Grundlage des bestehenden, »im Kern gesunden« Alten; die immanente Verbesserung; das Ende der Ablenkungen und Bevormundungen jeder Art unter Rettung aller Besitzstände und Seilschaften. Die alten Zöpfe als Münchhausens Zopf.

Voreilig wurde vergessen, daß es nicht Studenten und Professoren gewesen waren, die seinerzeit auf den Straßen der *Heldenstadt* »Wir sind das Volk« skandierten; daß nicht Professoren und Studenten auf der Mauer am Brandenburger Tor tanzten, sondern wirklich das Volk (ostdeutsch: die Volksmassen). Es wurde übersehen, daß die Universität jener gesellschaftliche Raum gewesen war, in dem der DDR-Sozialismus seine deutlichsten Gewinne eingeheimst hatte. Den Herrschenden wurde eine Revolution zugemutet.

Als man sah, daß es so nichts werden würde, war es schon zu spät. Hastig begann man mit der Reform von außen und oben, um sich nicht den Vorwurf der Wehrlosigkeit gegenüber Altkadern zuzuziehen. Universitätsgründer sprossen reichlich aus westlichem Boden. Daß, wer Universitäten gründen will, nachdenken und nicht nur rechnen können muß, blieb beiseite. Daß, wer plant, auch rechnen können muß, ebenso.

Der Preis der Hast war der alte Hut. Einfallsarmut und der Hinweis auf den bekannten *Sachzwang* – hier: studentischer Bedarf nach Unterricht; »kein Semester darf verlorengehen« (ein angesichts der üblichen westlichen Studienzeitvergeudung offenbar besonders heftig gefühlter Zwang)

– ersetzte die Konzepte. Ruinen aus dem Westen als kostspielige Modelle für den Aufschwung.

Die überkommenen Insassen der Hochschulen (Ost) halfen tatkräftig mit. Die schweigsame Toleranz des Beginns, die Solidarität der Ehemaligen verschwanden. Sie verwandelten sich langsam – vor allem bei der Musterung jener, die schließlich unbeschadet den Gauck-GAU überstehen würden – in die Neigung zum kaltblütigen Genossenmord. Was übrigblieb, ist nicht der Rede wert. Man sagt mir: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Das hat man auch in den 50er Jahren ostwärts, bei der Vertreibung nicht Linientreuer, öfter lesen können.

Am Ende errichteten die beidseitigen Vereinigungsgewinnler im Osten die Universitäten der Zukunft: sie gleichen der maroden Universität des Westens wie ein Ei dem anderen. Und obendrein sind beide Eier faul.

Anfertigung einer Bilanz

Theorievergleiche sind keine einfache Sache. Das ist nicht gerade eine Neuigkeit.

Schon Theorien, die nur aus wenigen Sätzen bestehen, kommen nicht ohne zahlreiche und komplexe Prämissen aus. Diese müssen genau aufgeschlüsselt und in den Vergleich einbezogen werden. Sonst erfährt man nichts über die Reichweite der zu vergleichenden Theorien, und ihr Erklärungswert kann nicht gegeneinander abgewogen werden.

Die Schwierigkeiten wachsen, wenn ausgreifendere Theorien auf dem Prüfstand stehen. Etwa »Gesellschaftstheorien«, die beanspruchen, eine gegenwärtige Gesellschaft total zu erfassen und zu erklären – und womöglich ihre weitere Entwicklung vorherzusagen. In solchen Fällen wird die Theoriearchitektur voraussetzungsvoll und unvermeidlich verwickelt. Schnelle Kommunikation scheint nicht möglich. Ist sie dennoch erforderlich, kommt es zu wechselseitiger Übermittlung von Kürzeln, dann zum Austausch von Schlagworten, schließlich zur Konfrontation von (politisch aufgeladenen) Parolen.

Dem Westen war dieser Sachverhalt längst geläufig. Dem Osten nicht weniger. Es schien zweckmäßig und in beiderseitigem Interesse, das aus der Vergangenheit bekannte Modell nicht mehr zu favorisieren. Von langen, öffentlich kaum interessierenden – und wie zu vermuten war: im Dissens endenden – theoretischen Diskussionen konnte man sich nichts versprechen. Also einigte man sich für den gemeinsamen Umgang mit der wissenschaftlichen Vergangenheit (nur der DDR, denn schließlich war sie der BRD beigetreten und nicht umgekehrt!) auf pragmatische »Bilanzen«.

»Bilanz« klingt angenehm ökonomisch. Außerdem trocken-empirisch.

Es geht weniger um komplizierte Theorien als um Fakten-Listen. Soll und Haben. Wer wissen will, was bleibt oder sogar bleiben soll, muß zunächst deklarieren, was war.

Den Naiven schien dies eine Aufgabe der DDR-Wissenschaft zu sein. Denn eigentlich mußte die am besten wissen, was sie getan und was sie nicht getan hatte. Der Westen hatte keine Einwände. Das allzu rosige Schöngerede der Unverbesserlichen würde man durchschauen und korrigieren. Die Herrschaft über die »Beschreibung« fiel, wie nicht anders zu erwarten, dem Westen zu.

Das Ergebnis war überraschend. Die westlichen Auftraggeber mochten die Beschreibungen nicht akzeptieren. Sie fanden, die gelieferten Texte seien nicht wirklich deskriptiv. Es handele sich eher um moralisch und vorwurfsvoll angehauchte politpropagandistische Auslassungen, die mit der alten DDR-Realität wenig gemein hätten.

Die DDR-Bürger bestanden hartnäckig auf der Richtigkeit ihrer Darlegungen. Zwar könne man einräumen, daß nicht immer alles so verwirklicht worden sei, wie es beabsichtigt war, so daß den »Deskriptionen« ein gewisser normativer Kern nicht abzusprechen sei. Aber: das sei ein Umstand, der mehr oder minder jeder Schilderung von normativen Sachverhalten anhafte. Wenn ein Westdeutscher etwa den »Rechtsstaat« beschreibe, dann liefere auch er damit zunächst nur die Skizze einer Absicht, die man so in der Realität nicht verwirklicht finde. Darüber sei sich jeder im klaren. Man bringe diesen Umstand gegebenenfalls in einer späteren Kritik an der realen Existenz der Einrichtung zur Sprache.

Den Westfrauen und Westmännern leuchtete das nicht wirklich ein. Aber sie fanden, daß sich an dieser Stelle ein Zwist nicht lohne. Lieber wollten sie die Sache selbst in die Hand nehmen und die erwünschten Bilanzen in eigener Regie erstellen.

Als sie ihre Papiere abgeschlossen hatten, baten sie die östlichen Mitarbeiter um eine kollegiale Kritik und um den Nachtrag entsprechender Ergänzungen. Die Ostkollegen taten sich schwer. Sie wollten nicht unhöflich sein, zumal ihnen ohnehin gelegentlich bedeutet wurde, wieviel sie dem Westen zu verdanken hätten. Aber sie erkannten sich in den Texten nicht wieder. Nicht nur, daß diese in einer Sprache verfaßt waren, die den Ostlesern über große Strecken als ein abstoßendes und kaum begreifliches Kauderwelsch erschien. Was sie da als »Beschreibung« lasen, verfehlte obendrein meilenweit ihre lebendigen Erinnerungen und Erfahrungen. Schließlich hatten sie, wie sie betonten, »dort gelebt«, sollten also in der Lage sein festzustellen, wie schief ihre Vergangenheit hier auferstand.

Als die ersten amerikanischen Ethnologen bei den Hopi auftauchten,

bemühten sie sich um genaue Beobachtung und fertigten umfangreiche Berichte an. Man darf vermuten, daß auch die Hopi nicht zögerten, ihren an der Begegnung nicht beteiligten Genossen ausführlich zu berichten. Über die Berichte der Hopi ist nichts bekannt, da sie nicht gedruckt wurden. Die Berichte der Amerikaner können heute als Hypostase der Befangenheit gelesen werden – wenn man sie denn überhaupt noch lesen will. Immerhin haben sie die amerikanische Gesellschaft beeinflußt. Den Hopi haben sie allerdings nichts eingebracht.

Sollte man also auf eine Bilanzierung der Ostwissenschaft völlig verzichten? Das wäre nicht zweckmäßig gewesen, denn schließlich konnte nur aufgrund dieser Bilanz entschieden werden, ob das, was geblieben war, bleiben sollte oder nicht. Im Hinblick auf die faktischen Herrschaftsverhältnisse votierte man »einstimmig« für »Westbilanz«. Die »Ostbilanz« wurde der östlichen Historiographie anheimgegeben.

Ob sie jemals Möglichkeit und Gelegenheit zum Schreiben finden wird, ist freilich nicht gewiß.

Sprachverhältnisse konstituieren die gesellschaftliche Realität. Ein richtiger Marxist kann das nicht akzeptieren. Das darf man selbst dann nicht von ihm erwarten, wenn man im übrigen bereit ist, ihn als solchen zu tolerieren.

Ist er klug genug, ist das nicht weiter schlimm. Er kann sich in der Welt, die nach dem *linguistic turn* unter anderem auch mit der Konventionalität der Sprache lebt, ohne weiteres zurechtfinden. Ob es nun *richtig* »Erziehung«, »Lehre« oder »Unterricht« heißt, wird ihm schon der Anpassung halber gleichgültig sein – so gleichgültig wie die Frage, ob er »Hähnchen« oder »Broiler« serviert bekommt. Er wird weder da noch sonstwo darauf beharren, daß eine Sache eine andere ist, weil sie anders heißt – und umgekehrt. Im besten Fall, der jedoch immer noch der schlechteste ist, spricht er wie Großvater Marx persönlich.

Leider sind nur die wenigsten klug genug. Es ist nicht anders als im Westen. Unterhalb einiger weniger, die die Spuren legen oder die Fährten verfolgen, sitzen Tausende, die nichts anderes tun und tun werden als auf abgesunkenem Kulturgut hinter den Führern herzupaddeln. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Die Welt läuft mit durchschnittlichen Rädern auf den Schienen der Mediokrität. Ansonsten bliebe sie stehen. Auch im Westen sind es nicht die Philosophen, die die Masse derjenigen stellen, die miteinander auskommen müssen und sich auseinanderzusetzen haben. Nur hat es diese Masse, wenn sie westwärts unter sich ist, etwas leichter, weil *anything* – bis hin zur Privatsprache – *goes* und es keine Funktionäre gibt, die mit schraubstockgleichen Sprachzangen die Welt zurechtbiegen.

Der west-östlichen Sprachkonfrontation ist leider nicht mit der amüsierten Feststellung beizukommen, daß jemand, der seinen »*approach* an

Karl Mannheim festmacht«, nicht aus dem Osten, und jener, bei dem sich die »Widersprüche« oder sogar der »Grundwiderspruch« hier und dort »widerspiegelt«, nicht aus dem Westen stammen könne. Das ist nur solange amüsant, wie es um nichts geht. Die Frage nach dem Appetit auf Eisbein läßt sich ohne Rückgriff auf gnoseologische Prämissen entscheiden.

Sobald aber eine theoretische Verständigung angestrebt wird, Handlungspräferenzen festgelegt werden sollen, »Zielstellungen« (Lehnübersetzung aus dem Russischen, für westlich: »Zielsetzung«) zu diskutieren sind, generieren die verschiedenen Sprachwelten Kommunikationskonflikte. Die sind von anderer Art als jene, welche bei fachsprachlich different sozialisierten Wissenschaftlern und solchen, die sich dafür halten, auftreten.

Denn die Schwierigkeiten sind bekannt. Folglich kommen, nach der Phase wechselseitigen Jargonverdachts, wenn guter Wille und die nötige Geduld aufgebracht werden, jene Lernprozesse in Gang, an deren Ende dann Interdisziplinarität gefeiert wird.

Im Ost/West-Fall sind die Schwierigkeiten unbekannt, unerkannt, verleugnet.

Es geht weder um *Kaderwelsch* (B. Brecht), noch um die von Orwell popularisierte *Zwiesprech*-Doppelzüngigkeit, noch um die umschreibende *Sprachverweigerung* der *nicht staatstragenden Autoren* (W. Thierse). Es geht um die »tückische Polysemie« (P.v. Polenz), d.h. die Unterschiede im Wort- und Begriffsverständnis, die auf der tiefen Imprägnierung durch die marxistisch-leninistische wissenschaftliche Routine und den gesellschaflichen Alltag beruhen. Diese Polysemie hat die theoretische Sprache in einem Maße durchsetzt, daß die verschiedenen Plattformen, von denen aus gesprochen wird, auf Bohrtürmen in weit entfernten Meeren zu ruhen scheinen. Sie müssen erst gewechselt werden.

Wer auf welche zu wechseln hat, ist auf längere Sicht klar – aber was geschieht mit den heute über 18-jährigen?

Altmeister Goethe ließ im Faust diese mephistophelische Frage in der klassischen Walpurgisnacht durch die Sphinx (!) beantworten:

Doch sagt, was soll nur aus euch werden?
Was für unruhige Gebärden?
Wo wollt ihr hin? Begebt euch fort! ...
Ich sehe jener Chorus dort
macht euch zum Wendehals. Bezwingt euch nicht,
Geht hin!

Da die Möglichkeit zum Entweichen in Fällen des Systembruchs auf jene Eliten beschränkt ist, die auch auf der anderen Seite keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben, wird der Rest wohl dem »Chorus« anheimfallen.

Die gegenwärtig überall anzutreffenden Wendehälse der neuen Begriff-

lichkeit sind allerdings kaum weniger unappetitlich als die der politischen Szene. Bei ihnen endet die Theorie der Verständigung in der Praxis der Papageien.

Gerettete Potentiale

»An ostdeutschen Hochschulen/Universitäten wurde nicht geforscht. Universitäten dienten der Bildung, Erziehung und Ausbildung des sozialistischen Menschen. Die Forschung war nach sowjetischem Vorbild an den Akademien konzentriert«. Ein falsches Urteil. Ein Vorurteil des Westens. Der Osten beeilte sich, es zu bestätigen. Zwar widersprachen die Universitäten, aber als Angeklagte waren sie nicht sehr glaubwürdig. Mitglieder der Akademien bekräftigten die Einschätzung, daß sie die eigentlichen Wissenschaftler gewesen seien. Die Bekräftigung war nützlich, denn sie versprach nach der Auflösung der Akademien ein Unterkommen in anderen Bereichen der Wissenschaft. Sie war außerdem eine Genugtuung. Denn mancher, der seine Weisheiten gerne gelehrt hätte, hatte vom alten Regiment zu hören bekommen, seine Ansichten seien besser in stiller Forschung aufgehoben als in der Lehre. Dem Westen war die Bestätigung des Vorurteils sehr willkommen. Denn einerseits verwandelt Bestätigung ein Vor-Urteil in Urteil. Andererseits hatte man die Akademien aus strukturellen, politischen und finanziellen Erwägungen aufgelöst. Die vielen Tausend Mitarbeiter waren so leicht nicht aufzulösen. Zwar ließ sich durch Dividieren einiges erreichen: Wissenschaftler – Nichtwissenschaftler; produktive Wissenschaftler – unproduktive Wissenschaftler; unbelastete produktive Wissenschaftler – belastete produktive Wissenschaftler. Nach jeder Teilung war der Haufen jener, über die nicht mit einem Achselzucken hinweggegangen werden konnte, kleiner. Aber nicht klein genug. Am Ende waren immer noch Tausende übrig. Tausende, an denen nicht eigentlich etwas auszusetzen war. Sie waren – rein wissenschaftlich gesehen – ordentlich, gut, sogar sehr gut. Sie hatten sich nichts zuschulden kommen lassen. Sie waren fleißig und wollten arbeiten. Fehlten bloß die Arbeitsplätze. Denn die waren soeben beseitigt worden.

Der Westen hatte keine Arbeitsplätze. Für die vierzehn Allerbesten schon. Aber nicht für die restlichen 9.986. Wohin also mit diesen? Man hätte sie auf die Straße setzen mögen. Aber das schien nicht klug zu sein. Wissenschaftler sind keine Arbeiter. Von Arbeitern kann man erwarten, daß sie sich Arbeit suchen. Finden sie keine, ist das Pech. Darüber muß man sie mit Arbeitslosengeld und -hilfe hinwegtrösten. In der Regel funktioniert das. Wissenschaftler sind demgegenüber meist nicht bereit, Pech ohne Umstände als Pech zu sehen. Sie diskutieren. Wo das Pech herkommt?

Wieso es bei jedem verschieden ausfällt? Ob es einer zu verantworten hat? Unangenehme Fragen. Unruhestiftende Fragen. Arbeitslose Wissenschaftler in großer Zahl sind ein Unruhepotential. Latente Aufrührerschicht. Dachten die aus dem Westen. Sie kannten den Osten schlecht. Hätten sie geahnt, wie eifrig die Wissenschaftler sich verbeugen würden; wie sie übereinander herfallen und sich wechselseitig bei den neuen Herren anschwärzen würden; wie sie durch harte Worte und schnelle Gesten wegzuscheuchen waren, wie lästige Fliegen vom Tellerrand – hätten sie dies geahnt, sie hätten sich vielerlei Mühe nicht gemacht.

So aber gründeten sie alles mögliche. Ein Institut hier und ein Institut da. Bundesinstitute, Länderinstitute. Großforschung, Max Planck-Forschung, Fraunhofer-Forschung, Was-auch-immer-Forschung. Viele konnten untergebracht werden. Ein großer Rest blieb immer noch. Für ihn wurde das Wissenschaftler-Integrationsprogramm entworfen. Eine Idee, abgeleitet aus einem Vorurteil. Da an der Universität keine Forschung gewesen war, würde sich die Universität freuen, wenn sie ganz plötzlich viele Forscher geschenkt bekäme. Die Wissenschaftler sollten in die bestehenden Hochschulen *integriert* werden.

Die Universitäten freuten sich nicht. Sie wollten keine Forscher. Denn zum einen hatten sie selber welche. Sollten sie die entlassen, um Platz für die »Neuen«, womöglich nicht besseren, zu machen? Zum anderen mochten sie die »Neuen« immer noch nicht. Früher hatte man die nunmehr Neuen hinausgeekelt oder beneidet oder beides. Jetzt kamen sie zurück und begehrten die Plätze der Alten. Dabei waren sie doch selber alt und man wollte, wenn schon Neue, dann echte Neue. Am besten aus dem Westen.

Auch die Wissenschaftsminister der Länder freuten sich nicht. Sie hatten zwar nichts gegen ein Geschenk. Aber das Geschenk sollte dauerhaft sein. Das sah hier nicht so aus. Einige Jahre nur wollte der Bund zahlen. So bis 1996 etwa. Dann sollten die Länder zahlen. Sie müßten zahlen, wenn sie die Wissenschaftler integriert hätten. Also integrierten sie sie nicht. Oder jedenfalls nur einige. Man spricht von vieren.

Eine zynische Bilanz. Gottlob gab es nicht nur das Integrations-Programm. Es gab auch die geisteswissenschaftlichen Zentren. Das war eine noch viel schickere Idee.

Nach den Teilungen und Gauckungen der heimatlosen Akademiemassen war ein Bündel Geisteswissenschaftler übriggeblieben. Nicht eben viele. Rund 150. »Peanuts«, würde ein im Geschäftsleben Stehender wohl sagen. Für die sollten Zentren gegründet werden. Um, wie man mit ostdeutscher Zunge formulierte, »Potentiale« zu retten. Aber nicht nur deshalb. Unerwartet schien es eine Möglichkeit zu geben, etwas für die Geisteswissenschaften zu tun. Daß dies erforderlich sei, hatten prominente

Geisteswissenschaftler eben erst in einem dicken Memorandum der Öffentlichkeit eindringlich erläutert. Und sie hatten auch Möglichkeiten zur Unterstützung angepriesen: die Einrichtung außeruniversitärer Zentren.

Über Nacht gab es beides: »Potentiale« und die Empfehlung, die schon empfohlenen *Zentren* einzurichten. Rettung und Vision in einer Tat. Das war zuviel. Immerhin war das Memorandum in der und für die BRDa (Bundesrepublik Deutschland »alt«; siehe auch: BRDn = Bundesrepublik Deutschland »neu«) geschrieben, nicht für die BRDn. Man wollte die Zentren also selbst haben. Sie den Exkommunisten zu geben, würde die Idee beschmutzen. Sagen konnte man das allerdings so nicht. Und hätte nicht einer der Oberprominenten, jahrelang und erfolgreich als Liberaler getarnt, unvorhersehbar und überraschend die Fassung verloren und in einer Großratssitzung sich durch erregte Beschimpfung und einen erstaunlich unkontrollierten Ausbruch von Aversion als kalter Kriegsheld decouvriert – es wäre diese innerste Meinung vermutlich nie aufgedeckt worden.

Man hätte den krampfhaft zierlichen Eiertanz, *Zentren* einzurichten, ohne sie »Zentren« zu nennen, damit das Denken nicht fehlgeleitet würde durch besorgniserregende Namen, vielleicht als Folge von Angst gedeutet. Angst vor einem möglichen Zentrenkönig. Vielleicht auch bloß als Abgrenzungs- und Hierarchisierungsbedarf. »Zentrum« heißt Mitte; »Schwerpunkt« ist Subordination.

So aber weiß man es besser. Das 20. Jahrhundert hat auch in diesem Bereich Unerhörtes hervorgebracht. Manchmal steht jetzt am Ende der Adoption die Hinrichtung. Nicht schnell allerdings und nicht auf einen Schlag. Langsam schiebt man den Brocken an den Tellerrand, bis er fast von selbst unter den Tisch fällt. Bis 1996 ist alles gesichert.

Und was wird nach 1996 sein?

Nun was wohl?

Die östlichen Zementköpfe, die man im Westen gern und zu recht die »Ewiggestrigen« nennt, haben nach 1990 eine »Theorie« entworfen – eine der ihnen so überaus lieben finsteren Thesen, wonach die aus dem Westen (besser noch: »gewisse Kräfte«) es darauf angelegt hätten, die »fortschrittlichen Potentiale« mit Stumpf und Stiel auszurotten, um der bedrohlichen »Systemkonkurrenz« für alle Zeit zu entgehen. Der liberale Westen lachte. Er sah keine Konkurrenz. Der muffige »Fortschritt« belustigte ihn. Er konnte nicht verstehen, woher die Lust auf Ausrottung kommen sollte. Er verwies fröhlich auf die Zukunft.

In der wird ihm die Fröhlichkeit spätestens dann vergehen, wenn er versuchen wird, die Falschheit der Zementkopf-These zu beweisen.

Vor dem Kulturpalast (Maciej Brzozowski, FORUM)

Manhattan, Warschau (Art Pawlowski, FORUM)

Sex-Shop, Warschau (Maciej Brzozowski, FORUM)

Warschauer Geschäftmanner bei ihrer Pause (Jaroslaw Stachowicz, FORUM)

Die Sonne scheint auf den Westen von Warschau (Jaroslaw Stachowicz, FORUM)

Gewächshaus, jetzt bewachter Parkplatz, in der Nähe von Warschau
(Jaroslaw Stachowicz, FORUM)

Leichentransport. Verkauf von Särgen - Tag und Nacht. Niedrigstpreise, Südpolen (Chris Niedenthal)

Arm, aber bestens informiert (Jaroslaw Stachowicz, FORUM)

Charles Taylor

NATIONALISMUS UND MODERNE

Der Nationalismus ist heute ein heftig diskutiertes Thema. Das nimmt angesichts der Massaker in der einstigen Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien nicht wunder. Längst scheinen solche furchtbaren Gewaltausbrüche keine Ausnahmen mehr zu sein, sondern die Regel zu werden. Viele sehen in ihnen einen Atavismus, so als lebten am Ende des 20. Jahrhunderts urzeitliche Mentalitäten und unvordenklicher blinder Haß wieder auf. Das kann indes nicht der richtige Blickwinkel sein, da der Nationalismus in vieler Hinsicht etwas typisch Modernes ist. Die Kämpfe in Bosnien etwa beunruhigen uns insofern, als sich darin ein fraglos moderner Diskurs – Forderungen nach Selbstbestimmung, Volksherrschaft etc. – mit Elementen vermischt, die der Moderne (oder dem, was wir darunter verstehen) fremd zu sein scheinen.

Wie ist das zu begreifen – und gibt es dabei überhaupt ein greifbares »das« im Sinne eines einzelnen Phänomens? Die schlichte Annahme, es gebe eine Sache namens »Nationalismus«, die überall da anzutreffen sei, wo sich Menschen auf ethnische oder kulturelle Selbstbestimmung berufen, hilft uns wohl kaum weiter. Demnach wären die bosnischen Serben und die Einwohner von Québec in einen Topf zu werfen[1] und die Unterschiede dadurch zu erklären, daß die einen »extremer« seien als die anderen, ganz im Sinne der Analogie: Whisky pur macht betrunken, verdünnt nur beschwipst.

Auf den Nationalismus bezogen sind eindimensionale Theorien kaum weniger verheerend als sonst in den Sozialwissenschaften. Ich werde daher zu analysieren versuchen, was die unterschiedlichen Formen des Nationalismus mit den Hauptmerkmalen der modernen politischen Kultur und den daraus erwachsenden Spannungen und Nöten zu tun haben.

Bestimmten Erklärungsansätzen zufolge ist der Nationalismus eine verständliche Gefühlsaufwallung von Menschen, die etwa unter verwirrenden gesellschaftlichen oder ökonomischen Neuerungen leiden – zumal in schlechten Zeiten. So sei trotz aller berechtigten Empörung nachvollziehbar, warum bei der letzten Wahl so viele Russen ihre Stimme Schirinowski gaben oder die Algerier jüngst mehrheitlich den FIS wählten: Ginge es den Menschen besser und fühlten sie sich sicherer, dann fänden solch extreme und gefährlichen Demagogien kaum Resonanz.

Aussagen dieser Art mögen viel Wahres bergen, sie verraten jedoch nicht, was wirklich interessant wäre: Warum gerade der Nationalismus oder der islamische »Fundamentalismus« wütende oder verwirrte Protestwähler locken. Gerade das hat aber viel mit dem Fortschreiten dessen zu tun, was ich hier »Moderne« nenne – und vielleicht gerade da, wo sie »antimoderne« Züge anzunehmen scheint.

Nationalismus, Staat und Kultur

Zunächst möchte ich nachzeichnen, wie der Nationalismus aus den modernen Gesellschafts- und Staatsformen hervorgeht. Dazu gibt es eine interessante Theorie von Ernest Gellner.[2] Seine in gewissem Sinne funktionalistische Darstellung begreift moderne Gesellschaften vor allem als Wirtschaftssysteme, die ihrem Wesen nach vom Staat bedient und (in Maßen) verwaltet werden müssen.

Moderne Wirtschaftssysteme sind ihrem Begriff nach durch Wachstum und Wandel geprägt. Als solche brauchen sie geographisch wie auch beruflich flexible Erwerbstätige. Immer weniger Menschen bleiben ihr Leben lang einem Beruf treu, und längst werden Metiers nicht mehr innerfamiliär vererbt, wie es für viele vormoderne Gesellschaften typisch war. Solche Mobilität ist nur durch einen hohen Grad an Allgemeinbildung, Alphabetisierung und Rechenkenntnis erreichbar, wie es ihn nie zuvor gab. Die moderne Arbeitsteilung ist zugleich ebenso vielgestaltig wie oberflächlich, setzt sie doch als selbstverständlich voraus, daß Beschäftigte oder zumindest ihre Kinder formbar sind. Berufe gehen nicht mehr mit den festen Statusgrenzen einher, die frühere Gesellschaften prägten, besonders extrem das traditionelle indische Kastensystem.

Überdies muß dieses allgemein hohe kulturelle Niveau auch homogen sein. Benötigt werden Menschen, die sich miteinander verständigen können, ohne dabei stark auf vertraute Familien-, Sippen-, Sprach- oder Herkunftskontexte angewiesen zu sein. »Geschäfte zu machen«, ein Gerichtswesen, Verwaltungsapparate und dergleichen in Gang zu halten, derlei wäre heute unmöglich ohne Millionen von Menschen, die mühelos kontextunabhängig miteinander kommunizieren können. Es muß also eine Standardsprache geben, die alle ehemals florierenden örtlichen und schichtspezifischen Dialekte ersetzt. Außerdem müssen sich die Marktakteure in eine gesellschaftsübergreifende Kultur einfügen, um jenseits ihrer spezifischen Kontexte und Prägungen füreinander zugänglich zu sein. Doch wie bereitet man sie darauf vor? Gerade im Hinblick auf dieses Problem spielt der moderne Staat eine besonders wichtige Rolle.

In den alten Agrargesellschaften beschränkte sich die Hochkultur im wesentlichen auf die Schicht der *literati*. Die Weitergabe der Kultur oblag

teils der Familie, teils speziellen Institutionen, die oft eine gewisse Distanz zum Staat hielten (im vormodernen Europa etwa den Kirchen). Doch im modernen Kontext ist die Aufgabe, alle Bürger den neuen Erfordernissen gemäß zu erziehen, zu gewaltig und zu wichtig, als daß sie dem Privatsektor überlassen bleiben könnte. Der schiere Umfang und die notwendige Einheitlichkeit der Ausbildungsmaßnahmen erfordern, daß sich der Staat ihrer annimmt. Moderne Gesellschaften bzw. Wirtschaftssysteme sind also auf ein staatliches Bildungswesen angewiesen.

Somit fördert und verbreitet der Staat eine homogene Sprache und Kultur, die er gewissermaßen auch definiert. Moderne Gesellschaften brauchen, das ist ihr funktionaler Imperativ, offizielle Sprachen, ja Kulturen. Folglich, so Gellner, habe nicht der Nationalismus als Gefühl oder politische Bestrebung die Homogenität erzwungen, eher sei diese ein Erfordernis des modernen Staates, nur stelle sich »genau dieser unverzichtbare Imperativ an der Oberfläche schließlich als Nationalismus dar«[3].

Bis zu diesem Zitat kann ich Gellner im wesentlichen zustimmen. Im einzelnen mögen Differenzen bestehen, doch scheint es ein unleugbares Merkmal moderner, wachstumsorientierter, marktwirtschaftlicher und bürokratisch verwalteter Industriegesellschaften zu sein, daß sie über ihre Bildungssysteme und faktisch auch Medien gezielt eine stark homogene Sprache und Kultur durchsetzen. Es scheint gar nicht anders sein zu können. Der Bedarf an Fachleuten und mehr noch an lernfähigen Kräften, die imstande sind, sich immer neue Techniken und Methoden anzueignen, das Erfordernis, über ständig wachsende Netzwerke zu kommunizieren, zwingt dazu, standardisierte, kontextunabhängige Sprachen zu verbreiten, in die zugleich vielfältige spezialisierte »Sprachspiele« eingelassen sind.[4] Dadurch lösen sich die alten, an Familie, Sippe, Heimat, Herkunft gebundenen »Netzwerk«-Identitäten zunehmend auf, und an ihre Stelle treten neue, »kategoriale« Identitäten, die uns (über Konfession, Beruf, Staatsbürgerschaft etc.) landes- oder gar weltweit mit einer Vielzahl anderer Menschen verbinden.[5]

Gegenüber früheren Gesellschaften, die meist in eine »Hochkultur«, das Reservat einer kleinen Schicht, und mehrere einander teilweise überlappende »Volkskulturen« untergliedert waren, neigt der moderne Staat zu einer allgemeinen »Hochkultur«; er schleust immer mehr Menschen durch eine tertiäre Ausbildung, um ihnen, wie es »Hochkulturen« schon immer mit ihren Neulingen hielten, einen »Kanon« einzuprägen. Wie Gellner formuliert: »Eine Hochkultur durchdringt die ganze Gesellschaft, definiert sie und hält sich eben dadurch am Leben. *Gerade darin* liegt das Geheimnis des Nationalismus.«

Doch wie erklärt man ihn? Für Gellner liegt auf der Hand: Wenn

moderne Gesellschaften »offizielle« Sprachen haben, dann ist es gewiß sehr nützlich für alle, sich diese anzueignen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Ansonsten müßten sie sich, aus ihrer Sicht, mit Zweitsprachen behelfen, an die offizielle Sprache assimilieren oder fordern, die Staatsgrenzen neu zu ziehen, so daß fortan die eigene Sprache zur offiziellen wird: Damit ist der nationalistische Imperativ geboren.

Gegen Gellners Theorie wurden mehrere Einwände erhoben, vor allem weil sie offenbar schlecht erklären kann, warum der Nationalismus in vorindustriellen Verhältnissen wie denen Osteuropas im 19. oder Afrikas im 20. Jahrhunderts aufkam. Doch ich will nicht bei diesen Problemen verweilen, die vermutlich lösbar sind. Mir geht es eher um die Lücken in dieser Theorie.

Gewisse Gruppen assimilieren sich, durchlaufen ohne viel Murren die Tretmühlen von Schule und Militär, legen ihre regionalen Dialekte ab – kommen als Bauern und gehen als Franzosen.[6] Doch warum wehren sich andere und gründen nationalistische Gruppen? Und weshalb ist es in Staaten mit zwei Hauptsprachen so schwierig, zu einem geregelten Miteinander zu finden? Sicherlich gelingt es zuweilen, nur leider viel zu selten; Streit und Schwierigkeiten scheinen die Regel. Warum eigentlich?

Man könnte meinen, daß die Problematik der Zweisprachigkeit keiner Erklärung bedarf, weil das Leben mit einer Sprache offensichtlich viel einfacher ist. Doch: Einfacher als was? Wenn alle sofort bereit wären, sich auf eine Sprache zu einigen, dann wäre es ja verrückt, auf zweien zu bestehen. Wenn allerdings Streit, Ressentiments, Separatismus, vielleicht sogar die Auflösung des Staates drohen, dann dürfte die Zweisprachigkeit im Grunde doch nicht *so* schwierig sein. Selbst Bürger eines zweisprachigen Staates, habe ich (ganz sicher voreingenommen) die Erfahrung gemacht, daß Klagen über Aufwand und Nachteile der Zweisprachigkeit meist ein äußerlicher Vorwand für heimlichen Chauvinismus sind.

Falls das zuträfe, fehlte Gellners Erklärungsmodell ein entscheidendes Glied: Daß sich manche Minderheiten anpassen, andere dagegen wehren, müßte auf den Nationalismus der letzteren zurückgeführt werden. Zweisprachige Lösungen sind nicht deshalb schwierig, weil sie so kompliziert oder teuer wären, sondern weil sie hauptsächlich aus nationalistischen Gründen bekämpft werden. Der Nationalismus figuriert also in der Erklärung weiter als ein Explanans statt als ein hinreichend begründetes Explanandum.

Gellners großes Verdienst ist jedoch, definiert zu haben, was bei nationalistischen Konflikten alles auf dem Spiel steht. Gerade weil der moderne Staat eine offizielle Sprache bzw. Kultur erzwingt, muß es für stark national gesinnte Gruppen in erster Linie darum gehen, sich des Staates zu bemächtigen. Das erklärt zum Teil, warum die modernen nationalistischen

Mentalitäten oder Gesinnungen so oft um den Staat kreisen (wie von Gellner definiert).

Dennoch frage ich mich, ob man den modernen Nationalismus, wie es Gellner tut, direkt auf den Staat beziehen sollte. Gewiß zeigt er sich überwiegend, aber nicht ausschließlich, von dieser Seite. Der französisch-kanadische Nationalismus etwa trat vom 19. bis zum 20. Jahrhundert in zwei Formen auf, deren stärkere dem Staat abgewandt war und nichtstaatliche Institutionen förderte, besonders die Kirche. Zwar kam spätestens mit dem Aufstand von 1837 auch die bekanntere staatsbezogene Version hinzu, blieb jedoch bis zur Wende von 1960, als sie das Terrain übernahm (worauf eine Unabhängigkeitsbewegung entstand und die »Franko-Kanadier« zu »Québécois« wurden), stets im Hintergrund.

Um die wahren Ursprünge des modernen Nationalismus aufzudecken, reicht es also anscheinend nicht, auf den Staat zu rekurrieren. Bevor wir weitere Erklärungsmöglichkeiten untersuchen, möchte ich ergänzend zu Gellner einige weitere funktionale Erfordernisse des modernen Staates ans Licht bringen.

Nation als imaginierte Gemeinschaft

Moderne Nationalstaaten sind nach einem bekannten Diktum Benedict Andersons »imaginierte Gemeinschaften«.[7] Man könnte auch sagen, daß sie eine soziale Imagination besonderer Art ausprägen, namentlich gesellschaftsübergreifende Vorstellungen von sozialen Räumen. Zwei Hauptmerkmale der modernen Imagination lassen sich am besten durch ihren Kontrast zu dem kennzeichnen, was ihnen in der europäischen Geschichte vorausging.

Erstens lösten horizontale Gesellschaften die hierarchischen ab. In letzteren gingen Hierarchie und »mittelbare Zugehörigkeit« Hand in Hand. Eine Ständegesellschaft wie das Frankreich des 17. Jahrhunderts war offenkundig hierarchisch gegliedert, was bedeutet, daß man ihr stets über eine ihrer Komponenten angehörte. Bauern waren an Fürsten gebunden, die wiederum vom König abhingen. Man saß in städtischen Körperschaften, die eine Stellung im Reich innehatten, nahm Aufgaben im offiziell anerkannten Parlament wahr und so fort. Demgegenüber ist die moderne Idee der Staatsbürgerschaft durch Unmittelbarkeit bestimmt. Wie vielfältig ich auch durch vermittelnde Organisationen mit der übrigen Gesellschaft verbunden sein mag: Meine Staatsangehörigkeit begreife ich als grundsätzlich von derlei unabhängig. Ebenso wie alle anderen Bürger bin ich direkt auf den Staat bezogen, dem wir gemeinsam dienen.

Gewiß muß das nichts an den Gepflogenheiten ändern. Ich kenne eine Frau, deren Schwager Richter oder Abgeordneter ist, also rufe ich sie an,

wenn ich in Schwierigkeiten bin. Geändert hat sich bloß das normative Bild. Die neue Norm könnte für uns jedoch kaum bestehen, läge ihr nicht eine veränderte Vorstellung von Zugehörigkeit zugrunde. Zwar gab es im Frankreich des 17. Jahrhunderts und davor gewiß Gruppen, denen die Idee der direkten Zugehörigkeit fremdartig und nebulös erschienen wäre, wohingegen die Gebildeten dafür das Modell der antiken Republik hatten. Aber viele andere konnten sich die Zugehörigkeit zu einem größeren Gebilde, etwa einem Königreich oder einer Kirche, nur mittels klar gegliederter Einheiten wie Pfarrgemeinde, Gut, Stadt, Kloster etc. vorstellen. Daher bedeutet Moderne unter anderem, daß die soziale Imagination umgewälzt, frühere Formen der Vermittlung an den Rand gedrängt und Bilder unmittelbarer Zugehörigkeit verbreitet wurden.

Das geschah auf mehreren Wegen: Nicht nur entstand eine Öffentlichkeit[8] und nährte den Eindruck, man nehme direkt an einer landesweiten (oder sogar internationalen) Diskussion teil; es entwickelten sich auch Marktwirtschaften mit dem Postulat, daß alle ökonomischen Akteure gleichberechtigt vertragliche Beziehungen miteinander eingehen könnten, und schließlich die moderne Staatsbürgerschaft. Gewiß gibt es noch andere Formen, in denen die unmittelbare Zugehörigkeit von unserer Imagination Besitz ergreift. So ordnen wir uns Modesphären zu, in denen wir Stile aufgreifen und weitergeben oder zählen uns zum weltweiten Publikum von Medienstars. Obwohl solche Räume auf besondere Art hierarchisch – an quasi mythologischen Figuren ausgerichtet – sind, bieten sie allen Betroffenen eine direkte, durch keine weitere Bindung oder Loyalität vermittelte Zugehörigkeit. Ähnliches gilt, wiewohl mit stärkerer innerer Beteiligung, für die verschiedenen sozialen, politischen und religiösen Gruppen, die ein entscheidendes Merkmal des modernen Lebens sind, da sie Menschen überörtlich, ja sogar international in Kollektive einbinden.

Diese Formen der imaginierten unmittelbaren Zugehörigkeit sind eng mit der modernen Gleichheit und Individualität verknüpft – eigentlich sogar bloß Facetten beider. Die unmittelbare Zugehörigkeit hebt das heterogene Moment von hierarchischen Zugehörigkeiten auf und macht uns uniform. (Um das Problem, ob dies der einzig mögliche Weg ist, geht es heute oft in den Konflikten um multikulturelle Lebensformen.) Zugleich verlieren die traditionellen Vermittlungsformen erheblich an Bedeutung; der einzelne befreit sich zunehmend davon, stärkt also sein individuelles Selbstbewußtsein. Moralisch aufgefaßt bedeutet der moderne Individualismus nicht, daß man nirgends mehr hingehört – das wäre seine anomische Verfallsform –, sondern daß man sich immer weiteren, anonymeren Gebilden zuordnet: einem Staat, einem Bündnis, der Menschheit. Es ist derselbe Schritt – nur aus anderer Perspektive gesehen –, den ich oben mit

den Worten Craig Calhouns beschrieben habe: von »Netzwerken« zu einer »kategorialen« Identität.

Das zweite Hauptmerkmal der modernen sozialen Imagination ist, daß sie größere überörtliche Gebilde in nichts anderem, nichts Höherem mehr verwurzelt sieht als dem gemeinsamen Handeln in der profanen, weltlichen Zeit. Das war im vormodernen Staat anders. Die hierarchische Ordnung eines Reiches sollte die »Große Kette der Wesen« fortsetzen, der Rechtsgrund der Stammeseinheit bestand seit »unvordenklichen Zeiten« oder wurzelte in einem »urzeitlichen« Stiftungsakt im Sinne Eliades. Dieser Bezug auf eine ursprüngliche Rechtssetzung spielte in vormodernen Revolutionen bis zum Ende des englischen Bürgerkriegs deshalb eine so bedeutende Rolle, weil man das Gemeinwesen insofern für handlungstranszendent hielt, als es sich nicht aus eigener Kraft selbst erzeugen konnte, sondern nur deshalb als Einheit bestand, weil es bereits als solche verfaßt war. Seine Legitimität hing deshalb vom Rückgriff auf die Urverfassung ab.

Die im 17. Jahrhundert aufkommende Theorie des Gesellschaftsvertrages gehört offenkundig einer anderen Denkungsart an. Doch diese neue Sicht der Dinge fand erst Ende des 18. Jahrhunderts Eingang in die soziale Imagination. Als Wasserscheide könnte die Amerikanische Revolution gelten. Zwar stand auch sie noch im Zeichen eines Rückgriffs, da die Siedler um ihre verbrieften Rechte als Engländer kämpften – und das unter organisierten Kolonialparlamenten, die zu einem Kongreß verbunden waren; aber aus der Gesamtentwicklung entsprang die entscheidende Fiktion eines »Wir, das Volk«, in dessen Namen die neue Verfassung verkündet wurde.

Damit beschwor man den Gedanken, ein Volk oder, wie es damals auch hieß, »die Nation«, könne vor und unabhängig von ihrer politischen Verfassung bestehen. So stand es dem Volk frei, sich durch eigenen Entschluß in der profanen Zeit eine Verfassung zu geben. Eine so epochemachende Tat wurde natürlich schnell mit älteren Bildern von einer höheren Zeit ausgeschmückt. Der *Novus ordo seclorum* stützt sich, wie der neue Kalender der Französischen Revolution, stark auf die jüdisch-christliche Apokalypse. Dadurch hat der Verfassungsakt teil an der Kraft jener heiligen »Urzeit«, die von höheren Mächten erfüllt ist und zu der wir immer wieder zurückkehren sollten. Dennoch ist dabei eine neue Sicht der Dinge im Spiel: Völker können einen Nationalcharakter haben und jenseits vorgegebener politischer Schemata zusammenfinden. Damit ist eine Hauptprämisse des modernen Nationalismus geboren; ohne sie hätte die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung keinen Sinn, verbrieft sie doch das Recht der Völker, sich ohne Rücksicht auf die überkommene politische Ordnung selbst Verfassungen zu geben.

Andersons Darstellung leuchtet darin ein, daß sie die beiden Merkmale

der modernen Imagination miteinander verknüpft. Er zeigt, wie das Entstehen von Gesellschaften mit unmittelbarer Zugehörigkeit an ein neues Zeitverständnis und an entsprechende Vorstellungen von einem sozialen Ganzen geknüpft war und wie sich das neue Nationalgefühl in der Idee ankündigte, die Gesellschaft unter dem Aspekt der Gleichzeitigkeit aufzufassen[9]: Das gesellschaftliche Ganze besteht aus den Myriaden gleichzeitiger Ereignisse, die das soziale Leben in jedem gegebenen Moment ausmachen und diesen Ausschnitt einer Art homogenen Zeit erfüllen. Dieses klare und eindeutige Konzept der Gleichzeitigkeit entstammt einer absolut säkularen Denkweise. Solange die profane Zeit mannigfach mit höheren Sphären verwoben war, bürgte nichts dafür, daß Gleichzeitigkeit oder Sukzession von Ereignissen sicher bestimmbar waren.

Im rein säkularen Zeitverständnis können wir uns die Gesellschaft als »horizontal«, also ohne »Höhepunkte« vorstellen, an denen die gewöhnliche Ereignisfolge in eine höhere Zeit einmündet. Daher müssen wir auch keine privilegierten Personen oder Instanzen wie Könige oder Priester mehr anerkennen, die an solchen Stellen vermeintlich als Mittler wirken. Gesellschaften mit unmittelbarer Zugehörigkeit setzen genau diese strikt horizontale Sicht voraus, in der jedes Mitglied »unmittelbar zum Ganzen ist«. Zwischen dem Selbstverständnis, den zersplitterten kategorialen Identitäten und den synoptischen Darstellungsweisen moderner Gesellschaften mit unmittelbarer Zugehörigkeit ergeben sich in der »Zeit des Weltbildes« enge innere Zusammenhänge[10]: die Gesellschaft als Komplex gleichzeitiger Geschehnisse, der soziale Austausch als anonymes »System«, das soziale Feld als Landkarte, die historische Kultur als Museumsobjekt etc.[11]

Nationalismus und Patriotismus

Was verrät uns diese Analyse der sozialen Imagination über den modernen Nationalismus? Sie kann veranschaulichen helfen, worum es in den nationalistischen Konflikten geht, und damit das Bild Gellners abrunden, wonach moderne Staaten und Wirtschaftssysteme funktionell auf staatlich geförderte offizielle Sprachen angewiesen sind, denn ähnliche funktionale Erfordernisse gehen auch mit der modernen sozialen Imagination einher.

Horizontale Gesellschaften mit unmittelbarer Zugehörigkeit, die sich durch einen Akt der Bürger politisch formieren, bilden den Hintergrund für die Legitimation des Staates im Namen des Volkes. Dieser Grundsatz ist in der modernen Welt kaum noch zu leugnen, bildet fast das einzige tragfähige Fundament für alle Regierungsformen, die nicht nur vorübergehend oder vorläufig bestehen sollen – abgesehen vielleicht von einigen »islamischen« Staaten –, obgleich es nach wie vor mißbraucht wird, um die

übelsten Tyranneien zu rechtfertigen. Sogar kommunistische Staaten berufen sich auf das Prinzip der Volkssouveränität, und der Faschismus gab sich als Gemeinwille eines siegreichen Volkes aus.

Nun bestehen auch hier besondere funktionale Erfordernisse. Nehmen wir zunächst das Bestreben, den Grundsatz der Volkssouveränität in repräsentativen Demokratien zu wahren. Freie Gesellschaften dieser und jeder anderen Art sind naturgemäß auf ein gewisses Engagement ihrer Bürger angewiesen. Der traditionelle Despotismus konnte von den Menschen lediglich erwarten, daß sie sich passiv den Gesetzen beugten. Antike oder moderne Demokratien hingegen beanspruchen mehr, sie sind auf die Motivation ihrer Bürger angewiesen, die notwendigen Beiträge zu leisten, in Gestalt von Vermögen (das heißt Steuern), manchmal Blut (im Kriegsfall) und immer in Form einer gewissen Unterstützung des Staates. Freiheitliche Gesellschaften müssen despotischen Zwang weitgehend durch selbst auferlegten Zwang ersetzen können, sonst ist ihr Bestand gefährdet. Zum Beispiel sind demokratische Staaten, in denen die politische Partizipation eine bestimmte Schwelle unterschreitet, nicht mehr legitimiert. Bei einer Wahlbeteiligung von zwanzig Prozent könnte keine Regierung behaupten, vom Volk beauftragt zu sein, auch wenn sie rechtmäßig ins Amt gelangte.

Demokratien erfordern also ein starkes Engagement ihrer Bürger; sie müssen den Bürgerstatus als einen wichtigen Bestandteil ihrer Identität betrachten – selbstverständlich ganz allgemein gesprochen: Jede Gesellschaft zeigt ein breites Spektrum, das von höchster Motivation bis zum inneren Exil reicht. Nur muß der Mittelwert über Normalnull liegen und eben diese Zugehörigkeit die wesentliche sein, das heißt stärker als alles, was die Bürger spalten könnte.

Der moderne demokratische Staat verlangt demnach ein gesundes Maß an Patriotismus, eine kräftige Identifikation mit dem Gemeinwesen und die Bereitschaft, ihm etwas zu opfern.[12] Deshalb mußte sich der Identitätsschwerpunkt des modernen Bürgers zunehmend von der Familie, Gruppe, Schicht oder (vielleicht besonders) der Religion auf die Staatszugehörigkeit verlagern. Diese Verlagerung mag bewußt ideologisch gefördert werden wie beim französischen Republikanismus; oder sie erfolgt indirekt, indem andere Zugehörigkeiten – zu Geschlecht, Rasse, Religion etc. – im öffentlichen Leben als irrelevant dargestellt werden.[13]

Doch beides läuft aufs gleiche hinaus und ergänzt die von Gellner beleuchteten Faktoren. Der moderne Staat muß somit, um überleben zu können, neben einer homogenen Sprache und Kultur auch eine homogene Identität und Zugehörigkeit fördern. Beides bewirkt, daß die trennenden Merkmale entweder ganz und gar verschwinden oder zumindest ihre Bedeutung und Relevanz einbüßen.

Wie paßt das alles zum Nationalismus? Zunächst liegt auf der Hand, daß

sich der Patriotismus manchmal bis zur Ununterscheidbarkeit aus ihm speisen kann. Beide sind aber strikt zu trennen, wenn wir unsere Geschichte verstehen wollen. Von Nationalismus kann die Rede sein, wenn die übliche politische Loyalität unabhängig vom Staatswesen ethnisch, sprachlich, kulturell oder religiös begründet ist. Nationalisten meinen dem Staat nur in dem Maße Loyalität zu schulden, wie er gerade ihre nationale Identität verkörpert – die als etwas Vorpolitisches aber auch ohne ihn bestünde.

Doch es gibt auch die antike Form des Patriotismus: Ich liebe mein Vaterland vor allem wegen seiner Gesetze. Dabei spielt die vorpolitische Identität keine Rolle, sondern die *patria* ist eindeutig politisch definiert. Diese Form nahm der Patriotismus ursprünglich in den beiden großen Parade-Revolutionen der liberalen Ära, der Amerikanischen und der Französischen an. Keine von beiden begann nationalistisch, sondern die Nation galt als Produkt der Vorgeschichte (im Falle Amerikas einer Allianz, die auf einer offenkundig alle betreffenden historischen Situation beruhte), und Patrioten traten für die Freiheit der Nation ein. Erst später, als (die Eliten) andere(r) Völker zu spüren begannen, daß echte Freiheit nicht allein dadurch zu erreichen war, daß man die bestehenden (oft imperialen) politischen Strukturen umwälzte oder seinen Platz in einem liberalen Imperium (etwa dem Napoleons) fand, erhob der Nationalismus sein Haupt.

Doch in der Folge ging Nationalismus so regelmäßig mit Patriotismus einher, daß auch ehemals vornationalistische Länder beide direkt zu verknüpfen begannen. Statt einfach die Allgemeingültigkeit der freiheitlichen Institutionen hervorzuheben, fördert ein mächtiger Nationalismus die Idee, sie müßten für jedes Volk maßgeschneidert werden. Heute führt man diese Errungenschaften sogar in ihren Ursprungsländern, wo sie zunächst als zeitlos galten, auf besondere historische Umstände zurück.

Der Nationalismus stellte sich also in den Dienst des Patriotismus. Wenn heute führende Politiker ihr Land einen, also die Menschen aus ihrem feindseligen Separatismus herauslocken wollen, dann beschwören sie eine grandiose nationale Identität und ersinnen Mythen, die suggerieren, daß diese Identität in der Landesgeschichte eine wichtigere Rolle spielt als die zu überwindenden Gruppenidentitäten. So schilderte Nehru in seinem Buch *Discovery of India* die indische Identität als Grundlage eines säkularen, panindischen Nationalismus, mit dem er die potentiell kriegerischen kommunalen Orientierungen der Hindus und Muslime überwinden wollte.

Zwischen Staat und Nation besteht also eine dialektische Spannung. Nicht nur streben Nationen immer Staatlichkeit an; um überleben zu können, müssen moderne Staaten auch ein gewisses Maß an nationaler Loyalität durchzusetzen versuchen. Darin liegt eine Parallele zu der oben

erwähnten Annahme, daß der Nationalismus die Homogenisierung moderner Gesellschaften vorantreibt, er jedoch auch ihr Resultat sein kann.

Das alles »erklärt« den modernen Nationalismus aber noch nicht, denn zum einen entsteht Nationalismus auch oft ohne Staatsbildung, und zum anderen wurde noch nicht gezeigt, warum einige staatlich geförderte patriotische Feldzüge gelingen, andere hingegen an festgefügten, uneinnehmbaren Identitäten scheitern. (Gehört z.B. der säkulare indische Nationalismus Nehrus dazu?) Das letzte Glied fehlt also.

Allerdings haben wir nun genauer definiert, welche Konflikte aus dem Nationalismus resultieren, und, Gellner folgend und ergänzend, bestimmt, was dabei auf dem Spiel steht. Daraus hat sich auch ergeben, daß der moderne Staat auf eine starke gemeinsame Identität drängen muß. Falls sich eine Gruppe darin nicht berücksichtigt sieht, und die Mehrheit ihre Sorgen übergeht, fühlt sich dieser Kreis als Bürger zweiter Klasse behandelt und einem Assimilationsdruck ausgesetzt, was Spannungen zur Folge haben muß.

Das erklärt zwar nicht das Auftreten solcher Zustände, hilft aber zu erkennen, warum überall dort, wo sie vorliegen, mit den blutigen Szenarien nationalistischer Kämpfe zu rechnen ist. Separatistische Strömungen, Assimilationspolitik, faule Kompromisse und ähnliches sind nicht allein das Produkt schierer Gemeinheit und weniger noch des Rückfalls in vormoderne Stammesmentalitäten, sondern beruhen auf einer Rivalitätssituation mit typisch modernen Strukturen.

Doch wie wirken sich solche Konflikte angesichts der funktionalen Erfordernisse demokratischer Staaten aus? Nach dem demokratischen Modell der Legitimität beruht das geltende Recht in gewissem Sinne auf kollektiven Beschlüssen des ganzen Volkes. Indes sind diese nicht einfach über Referenden zu fassen. Vielmehr gehen ihnen Beratungen, Klärungen und Bewertungen voraus. Deshalb stellt das Volk zugleich eine kollektive Beratungseinheit dar. Da es aus gleichen und autonomen Bürgern bestehen soll, ginge eine Entscheidung, bei der einige Bürger von anderen abhängig wären, folglich nicht vom ganzen Volke aus, sondern nur von dem mächtigeren Teil.

Fassen wir beide Aspekte zusammen, so ergibt sich das Ideal eines Beratungs- und Beschlußverfahrens, in dem prinzipiell alle zu Wort kommen können. Gewiß muß dies streng genommen immer utopisch bleiben, weshalb sich demokratische Gesellschaften gewöhnlich mit Annäherungen begnügen. Wenn aber der Eindruck entsteht, daß gewisse Teile der Bevölkerung systematisch übergangen werden, dann ist die Legitimität des demokratischen Rechtsstaates ernsthaft bedroht.

In früheren Zeiten diente meist die Arbeiterklasse als Paradebeispiel für eine solche Bevormundung, während man heute mit gutem Grund die

erwerbslosen, marginalisierten Armen nennen könnte – vielleicht auch die Frauen, was ja oft vehement geschieht. Doch mir geht es vor allem darum, wie man von Bevormundung im Hinblick auf ethnische oder sprachliche Gruppen sprechen kann.

Minoritäten können das Gefühl haben, die Dinge anders zu sehen als die Mehrheit, oder das Gefühl, daß diese ihre Probleme generell nicht versteht oder anerkennt, und entsprechend, daß die Mehrheit nicht bereit ist, Konflikten durch geänderte Verfahrensregeln Rechnung zu tragen: daß also die Minorität systematisch übergangen wird, sich in der öffentlichen Debatte kein Gehör verschaffen kann und damit praktisch von der Beratungseinheit ausgeschlossen ist.

Die Ursachen für dieses Gefühl müßte unsere immer wieder aufgeschobene Suche nach den Wurzeln des Nationalismus zutage fördern. Wir erkennen aber schon jetzt, wie zersetzend solche Konfliktlagen in modernen Demokratien wirken, da sie deren Legitimationsgrundlagen direkt betreffen. Um den modernen Nationalismus zu verstehen, muß man also auch wissen, wie störanfällig demokratische Gesellschaften für ihn sind.

Aufruf zur Abgrenzung gegen die dominierende Kultur

Kommen wir nun endlich zu den Wurzeln des Nationalismus? Ich hatte betont, daß man ihn nicht als eine atavistische Reaktion mißverstehen darf. Er ist ein typisch modernes Phänomen, obwohl man nach dem oben Ausgeführten meinen könnte, er sei beides: *modern* als Kontext für Konflikte, umstrittene Werte und die Bereitschaft, für nationale Gefühle zu kämpfen, wie ich im Anschluß an Gellner (und Anderson) skizziert habe; *atavistisch* dagegen hinsichtlich der Gestalt dieser Gefühle selbst. So ließen sich beide Aspekte scheinbar nahtlos verknüpfen.

Ich meine indes, daß auch das Gefühl erst in der Moderne aufkommen konnte, und das möchte ich nun erläutern. Weshalb entsteht überhaupt Nationalismus? Warum nahmen die Deutschen Napoleons freiheitliches Reich nicht freudig an, wie es Hegel gefallen hätte? Warum strebte Algerien nach Unabhängigkeit statt, der Logik von »l'Algérie, c'est la France« folgend, die volle französische Staatsbürgerschaft zu fordern? Man könnte zahlreiche andere Beispiele nennen.

Vor allem muß man erkennen, daß der Widerstand meist von bestimmten Eliten ausgeht, die in der Regel sehr eng mit der Kultur des Mutterlandes vertraut sind, gegen die sie sich wehren. Sofern es diesen Eliten gelingt, eine nationalistische Initiative zu gründen, bitten sie später die Masse des Volkes mit aufs Podest. Entsprechend sollte man bei solchen Initiativen zwei Phasen unterscheiden.

Hinsichtlich der ersten Phase muß man fragen, weshalb sich die Eliten

der Eingliederung in die dominierende Kultur widersetzen, obwohl (oder gerade weil?) sie bereits viele ihrer Werte übernommen haben. Hierzu müssen wir nun eine weitere Facette der sich entfaltenden Moderne betrachten.

In gewissem Sinne ist die Moderne wie eine mächtige Flutwelle, die eine traditionelle Kultur nach der anderen verschlingt. Sofern wir die oben aufgeführten Merkmale verstehen – Aufkommen marktwirtschaftlicher Industrien und bürokratisch verwalteter Staaten mit konstitutioneller Volksherrschaft –, breitet sie sich wahrhaft aus wie eine Welle. Die ersten beiden Veränderungen (vielleicht auch die dritte) sind in der Tat unaufhaltsam. Wer sie oder ein funktional geeignetes Äquivalent nicht freiwillig mitvollzieht, fällt im Machtspiel so weit zurück, daß er überrannt und damit gezwungen wird, sie nachzuholen.

Anders jedoch, wenn man gleichsam das Innenleben dieser institutionellen Neuerungen betrachtet. Zwar treffen und erschüttern sie alle traditionellen Kulturen. Wo aber die ursprüngliche Kultur nicht untergeht und das Volk nicht ausstirbt oder zwangsassimiliert wird – wie es beim europäischen Kolonialismus oft genug der Fall war –, kommt eine erfolgreiche Synthese nur zustande, wenn das Volk seine traditionelle Kultur als einen Rückhalt bewahrt, um sich auf die neuen Bräuche einzustellen. Insofern sich die weltweit im Zuge der Modernisierung entstehenden Kulturen damit erheblich voneinander unterscheiden, stellt die Moderne weniger eine einzelne Woge dar als vielmehr eine Folge von Wellen. In diesem Prozeß gesellen sich eine japanische, eine indische sowie mannigfache Modulationen einer islamischen Moderne zur Schar der westlichen Kulturen, die ihrerseits keineswegs völlig gleichförmig sind.

Aus dieser Sicht können wir verstehen, warum die Flutwelle der Moderne auf traditionelle Kulturen bedrohlich wirkt. Für die Feinde des Neuen bleibt sie eine von außen kommende Gefahr. Alle anderen sind im Gegensatz zu den Konservativen offen für bestimmte Spielarten institutioneller Reformen. Gewiß möchten sie nicht das Schicksal jener Völker teilen, die von der Welle erfaßt und mitgerissen wurden. Vielmehr streben sie eine kreative Synthese im Stil des Westens an, ohne diesen lediglich nachahmen zu wollen, was einer Selbstaufgabe gleichkäme. Sie müssen also eigene Wege finden.

Das moderne Abendland ist eine siegreiche Kultur, weil seine Neuerungen alle Gesellschaften, die sie einführen, mit einer immensen Macht ausstatten. Im Laufe der Eroberungen entstehen Schemata der Über- und Unterlegenheit. Genau darin liegt die Herausforderung für die Würde des Alten – welche die traditionellen Eliten um so weniger annehmen, je mehr sie abseits bleiben. Werden sie hingegen in die Modernisierung verstrickt, so haben sie fortwährend das Problem der Rückständigkeit ihrer

traditionellen Kultur vor Augen, die sie wettmachen wollen. Fraglich ist nur, ob sie dazu imstande sind. Das Drängen der Eliten auf einen Sonderweg ist demnach nicht bloß der Sorge um ihre Landsleute geschuldet, sondern auch der eigenen Würde. Solange sie sich im kreativen Umgang mit den strukturellen Neuerungen treu bleiben können, macht es ihnen wenig aus, daß ihre angestammte Kultur bei den Angehörigen der siegreichen Macht als unterlegen gilt.

Eine Ursache für die moderne nationalistische Wende liegt also darin, daß sich an vorderster Front die Eliten weigern, die Kultur des Mutterlandes anzunehmen. Dabei geht es nicht nur um Abgrenzung, sondern auch um die existentielle Bedrohung eines wertvollen Gemeingutes ebenso wie des inneren Gefühls der Würde oder des eigenen Wertes. Verletzter Stolz und Demütigung sind es, die dem Nationalismus seine emotionale Kraft geben.

Äußerlich gesehen ist der Nationalismus also modern, weil er ein modernes Dilemma betrifft. Doch ich sagte auch, daß er gewöhnlich unter »modernistischen« Eliten aufkommt, und das kann kein bloßer Zufall sein. Wenn die bedrohte Würde eine Facette des Nationalismus ausmacht, so haben sich in der Moderne auch deren Voraussetzungen stark verändert.

Das folgte zwangsläufig aus dem Übergang von hierarchischen zu horizontalen Gesellschaften: Der alte Ehrbegriff war seinem Wesen nach hierarchisch, setzte Montesquieu zufolge ein »Bevorzugen und Besserstellen« voraus.[14] Ehre war immer mit einem herausgehobenen Status verbunden, wie es nach wie vor bei »Ehrentiteln« der Fall ist. Dagegen brachten moderne, egalitäre Gesellschaften die Idee der »Würde« hervor, an der alle Menschen gleichermaßen teilhaben sollen. Kant beispielsweise verstand darunter ein Vorrecht aller vernünftigen Wesen.[15] Philosophisch könnten wir dem beipflichten, aber politisch gesehen kommt eigentlich nur Angehörigen selbständiger Gesellschaften mit unmittelbarer Zugehörigkeit gleiche Würde zu[16], die – typisch modern – durch ihre gemeinsame kategoriale Identität geprägt sind. Damit kann das Selbstwertgefühl nicht mehr überwiegend der Abstammung oder Sippe entspringen, sondern nährt sich aus Formen der kategorialen Identität.

Doch auch diese können bedroht sein, und je genauer wir die moderne Gesellschaft erforschen, desto mehr stellt sich die Frage der Würde in diesem Sinne. Der Nationalismus ist modern als typische Reaktion auf eine bedrohlich fortschreitende Modernisierungswelle. Eliten konnten gegenüber Eroberern schon immer empfindlich an Würde verlieren. Entweder sie wehren sich, oder sie einigen sich auf der Grundlage eines gemeinsamen Identitäts- und Ehrgefühls mit den Siegern. Es ist aber auch möglich, der erstrebten Würde eine neue kategoriale Identität aufzuprägen – und eben dieses Vorgehen nennen wir nationalistisch, obwohl es echt modern ist.

Der moderne Kontext des Nationalismus wendet dessen Würdeanspruch zugleich nach außen. Menschliche Identität kann sich niemals nur innerlich bilden, da der andere stets eine Rolle spielt. Doch manchmal ist er nicht mehr als eine Folie, ein Kontrast, eine Art zu definieren, was wir selbst zum Glück sind oder leider nicht sind. In dieser Relation standen die Ureinwohner der Neuen Welt zu den nachkolumbischen Europäern. Als das Andere der Zivilisation war der »Wilde« für sie eine Art Selbstdefinition, ob zum Guten (indem sie sich »zivilisiert« nannten) oder zum Schlechten (die korrupten Europäer gegenüber den »edlen Wilden«). Solcher Fremdbezug erfordert keine Interaktion: Je weniger, desto besser, denn sonst könnte ja das Klischee zu wanken beginnen.

Doch der andere kann auch direkt ins Spiel kommen, wenn man seine Anerkennung sucht, um sich der eigenen Identität zu vergewissern. Das war in engen Beziehungen zwar immer der Fall, spielte aber in vormodernen Zeiten gegenüber Außenstehenden kaum eine Rolle: Wenn man auch die Identität im Verhältnis zum anderen bestimmte, so doch nicht anhand seiner Reaktionen. Wo diese an Bedeutung gewinnen, spielt die Interaktion – oder besser: ihr Ablauf in den Augen der Beteiligten, weil es dabei hauptsächlich um Illusionen geht – eine zentrale Rolle. Wesentlich ist dabei, für wie wesentlich die Träger der Identität selbst die Interaktion halten.

In der modernen Welt bildet sich die Identität zunehmend in diesem direkten Verhältnis zu anderen, in einem Raum der Anerkennung heraus. Das dürfte zumindest für den Nationalismus auf der Hand liegen[17], denn dieser präsentiert sich als so etwas wie eine moderne Identitätsstrategie – die paradigmatisch geworden ist: Das Modell der nationalen Konflikte wird auf den Feminismus, Kämpfe zwischen kulturellen Minderheiten, die Homosexuellenbewegung etc. angewandt.[18]

Kurz, in der ersten Phase kommen unter den Eliten meistens deshalb starke Nationalgefühle auf, weil der Wert ihrer Identität bedroht ist. Anfangs ist sie anfällig dafür, daß Bürger dominanter Staaten sie mißachten; später jedoch sehen sich die dominierten Völker auf der Bühne der Weltöffentlichkeit beurteilt, und von der Beurteilung ihres Auftritts hängt viel für sie ab. Die Bühnensprache orientiert sich so stark am Fortschritt, daß man immer neue Neologismen einführen mußte, um die Unterscheidungen zu verharmlosen. Die ehemals »rückständigen« Staaten hießen nach dem Krieg »unterentwickelt«, was später ebenfalls als anstößig galt, so daß wir heute zwischen Entwicklungs- und Industrieländern unterscheiden. Dieser Jargon, der auf die Weltöffentlichkeit zurückwirkt, dient als Hintergrund für den modernen Nationalismus.

Wir sehen nun, wie weit er von atavistischen Reaktionen oder urzeitlichen Mentalitäten entfernt ist. Zum einen förderte es noch nie das Selbst-

wertgefühl, erobert zu werden oder davon bedroht zu sein; zum anderen ist der Kontext für das Aufkommen des Nationalismus (starke Modernisierungsschübe, unter denen die alten Abgrenzungen leiden, die Entwicklung kategorialer Identitäten und einer Weltöffentlichkeit als Bühne der Anerkennung) durch und durch modern.

Vom elitären Protest zur Massenbewegung

Die verweigerte Eingliederung entspringt zwar, als erste Stufe des modernen Nationalismus, dem modernen Abgrenzungsbedürfnis, äußert sich aber im Bereich der Würde, des bedrohten Selbstwertgefühls und in einer stetig wachsenden Sphäre der Anerkennung. Damit ist aber nur die erste Stufe erklärt, nicht dagegen, warum sich der Nationalismus auf breiter Basis durchsetzen und ganze Gesellschaften erfassen kann. Wie löst er sich von den Eliten ab?

Meine Antwort auf diese Frage dürfte noch unbefriedigender klingen als die vorige, denn dafür scheint es gar keine einheitliche Erklärung zu geben. Manchmal gelingt es charismatischen und phantasievollen Anführern, nationale Bestrebungen mit den drängendsten Nöten zu verknüpfen, also dem Nationalismus eine Massenbasis zu erschließen, wie Gandhis Salzmarsch bezeugt. Oft sickern diese Bestrebungen allmählich von der Elite bis zu jenen durch, die in ihr ein Vorbild verehren. Wenn wir bedenken, daß die Moderne selbst, wie oben gesehen, dazu neigt, eine bestimmte Variante der ursprünglichen Hochkultur zu verallgemeinern, dann liegt auf der Hand, warum immer mehr Bevölkerungsschichten ihre Lage genau so erleben, wie sie von den Eliten dargestellt wird.

Auf diese Weise kann die Masse des Volkes dahin gelangen, alte nationalistische Bestrebungen zu teilen und sogar die eigene Identität für bedroht zu halten. Doch zuweilen wird der Nationalismus auch zu einer Massenbewegung, der viele beitreten, ohne die ursprüngliche Zielsetzung zu teilen. Hier und da säen aktive Minderheiten, ihrerseits von nationalistischen Bestrebungen oder Ängsten getrieben, Streit, Mißgunst und Haß zwischen Volksgruppen, die bis dahin friedlich zusammengelebt haben. Das gleiche können terroristische Morde oder Greueltaten bewaffneter Banden bewirken, die einer der beteiligten Gruppen zugeschrieben werden. Bislang Unbeteiligte beginnen dann, ihren ebenfalls unbeteiligten Nachbarn zu mißtrauen, so daß sich die Gruppen aus Furcht oder bloßer Vorsicht abschotten. In der Folge rechtfertigen sie sogar die Gewalt ihrer selbsternannten »Selbstschutz«-Truppen oder protestieren zumindest nicht dagegen, wenn diese unter den nun nicht mehr vertrauenswürdigen Nachbarn zu wüten anfangen. Das Szenario ist nach den traurigen Entwicklungen in Kroatien und Bosnien nur zu bekannt.

Am Ende sind alle Volksgruppen gegeneinander aufgebracht oder gar geographisch in »ethnisch bereinigte« Regionen aufgeteilt, wobei Haß und Furcht durch Berichte über Greueltaten noch geschürt werden, und viele fühlen sich betrogen oder irregeführt. Nach und nach geraten alle Gruppen in die Klauen eines mächtigen Nationalismus. Zwar berufen sie sich auf ihre je eigene Version einer ethnisch definierten »Selbstbestimmung«, aber die Massen dürften hier kaum von einem Aufruf zur Abgrenzung oder dem Gefühl der bedrohten Identität motiviert sein. Vielmehr resultiert ihr Nationalismus aus der physischen Bedrohung, der nackten Angst, vom Feind vertrieben oder gar ausgelöscht zu werden. Alle Gruppen sind davon überzeugt, ahnungslos zum Gegenstand einer Verschwörung geworden zu sein und nur defensiv reagiert zu haben. Die Tragödie ist, daß den Beteiligten zumeist nicht bewußt ist, daß der Konflikt durch entschlossene, gewalttätige Minoritäten geschürt wird, die mit Provokation und Gegenprovokation spielen.

Viele der heutigen nationalistischen Massenbewegungen antworten in dieser defensiv-reaktiven Form auf die Furcht vor Vertreibung oder Völkermord. Davon zeugt der Teufelskreis brutaler Gewalt zwischen den Armeniern und Aseris, Georgiern und Abchasen und so fort. Allerdings stellt dieser Nationalismus beileibe keinen Sonderfall dar. Wir haben gesehen, daß minoritäre Eliten am Werk sind, die sich abgrenzen wollen. Dabei dringt die Strömung jedoch nicht in immer neue Schichten vor, die schließlich zur ursprünglichen Zielsetzung bekehrt werden wie bei Gandhis Salzmarsch, sondern sie wird nicht selten (und oft manipulativ) mit Strategien der Spaltung und gegenseitigen Bedrohung durchgedrückt.

Der Aufstieg eines über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft definierten »Nationalismus« in Indien veranschaulicht diese Mechanismen. Bevor sie im 20. Jahrhundert massenhaft agitiert wurden, lebten Hindus und Muslime weithin in einer heute kaum noch vorstellbaren Eintracht. Beide Gruppen pflegten gewisse Formen von Synkretismus. In einigen Regionen des Subkontinents feierten die Hindus die Feste der Muslime mit und umgekehrt. Gegen diesen Brauch begannen Eliten beider Gruppen um die Jahrhundertwende im Namen eines reineren und strengeren Glaubens zu protestieren.

Ganz ähnlich prangern islamische Reformer seit rund hundert Jahren mannigfache volkstümliche Praktiken, etwa verschiedene Aspekte des Sufismus, an und fordern einen reineren, oft stärker an der Scharia orientierten Islam. Auch hierbei handelt es sich nicht einfach nur um einen »Aufruf zur Abgrenzung«; aber gewiß halten es solche religiösen Eiferer für notwendig, sich dem expansiven Westen entgegenzustellen und das beschädigte Selbstwertgefühl des Islam zu stärken, der ehemals selbst eine siegreiche Zivilisation verkörperte.

Plädoyer für einen theoretischen Synkretismus

In meinem – durch Anderson inspirierten – Versuch, die Lücke in Gellners Erklärungsansatz zu schließen, habe ich den Kontext der modernen nationalistischen Konflikte skizziert und gezeigt, warum diese virtuell unausweichlich sein können. Doch wir wissen immer noch nichts über die Quellen der nationalistischen Bestrebungen, haben also Hamlet, aber nicht den Prinzen. Um das fehlende Glied einzufügen, mußte ich den Kontext der expandierenden Moderne und den damit verbundenen Aufruf zur Abgrenzung heranziehen, der – von Eliten als ein Gebot der Würde empfunden – in vielen, auch düsteren und destruktiven, Formen, die wenig mit ihm selbst zu tun haben, zur Basis von Massenbewegungen werden kann.

Was besagt das alles für die Spielarten des Nationalismus? Lassen sie sich als etwas Homogenes darstellen? Das scheint schwierig zu sein, so daß ich meine Hypothese bereits in Auflösung sehe. Zum einen würde ich etwa die verschiedenen Formen des islamischen »Fundamentalismus« in Ländern der Dritten Welt (Iran, Algerien) derselben Kategorie zuordnen wie den Nationalismus. Wenn ich diesen jedoch angesichts der »Modernisierungswelle« als einen Aufruf zur Abgrenzung im Namen der bedrohten Würde zu erklären versuche und dieser Würde eine neue, kategoriale Identität unterlege, so würden darunter auch aufstrebende kommunistische Parteien in der Dritten Welt fallen. Nun mag es, wie Liah Greenfeld argumentiert (der meine Analyse viel verdankt),[19] sogar ein Gewinn sein, vorläufige begriffliche Unterscheidungen nicht zu fetischisieren. Was also, wenn unsere Erklärungskategorien mehr einschließen als das, was wir anfangs »Nationalismus« nannten? Falls dadurch wirklich Gemeinsamkeiten beleuchtet würden, könnte uns das nur zum Vorteil gereichen.

Ohne also ein komplexes, vielfältiges und facettenreiches Phänomen wie den islamischen Integrismus auf ein einziges Erklärungsprinzip zurückführen zu wollen, meine ich, daß verschiedene seiner Formen Züge des soeben skizzierten Profils aufweisen. Das Gefühl, im Namen der bedrohten Würde auf einer Weltbühne zu agieren, scheint ebenso stark ausgeprägt, wie die konsequente Ablehnung des Westens (oder der Vereinigten Staaten als Inkarnation des »Großen Satans«) und die Überempfindlichkeit für Kritik aus dieser Richtung. Islamische Staaten sind extrem anfällig für die Bedrohung ihres Selbstwertgefühls durch überlegene Mächte, weil sich der Islam als eine Offenbarung verstand, die alle Welt erobern sollte: Die islamische Vorsehung, wenn ich diesen christlichen Begriff hier verwenden darf, bewährt sich zwar im Fall des Sieges, bricht aber bei erfahrener Ohnmacht sehr schnell zusammen.

Trotz aller gläubigen Bekenntnisse zu seinen Ursprüngen ist dieser

Integrismus in anderer Hinsicht ausgesprochen modern, etwa wenn er seine Anhänger in horizontalen, auf unmittelbarer Zugehörigkeit beruhenden Gruppen mobilisiert. Absolut selbstverständlich benutzt er den »modernen« institutionellen Apparat der gewählten Parlamente, bürokratischen Staaten und Armeen. Obwohl er die Lehre von der Volkssouveränität durch eine Art Theokratie ersetzt, wurden die traditionellen herrschenden Schichten ihrer Legitimität entkleidet. Die Iranische Revolution richtete sich gegen den Schah. Eine besondere Autorität genießen also nur noch jene, denen sie »rational« zusteht: Im Sinne der Grundlagen und Ziele des Staates sind es die Fachleute für Gottesrecht (wobei Ayatolla Khomeini das islamische Recht – gestützt auf die Macht der Medien – mißbrauchte, um seine Fatwa gegen Salman Rushdie zu verhängen). In der Tat scheint für alle Formen des Fundamentalismus zu gelten, daß sie kurioserweise stets da am modernsten sind, wo sie sich für absolut traditionsgläubig halten.

Wenn ich hier die Gemeinsamkeiten von Nationalismus, proletarischem Internationalismus und religiösem Fundamentalismus unterstreiche, so mag dies auch dazu beitragen, ihre Wechselwirkungen zu verstehen, da alle drei faktisch oft um das gleiche Terrain kämpfen. Der arabische Nationalismus wich dem islamischen Integrismus[20], wie der Niedergang des sowjetischen Kommunismus den Weg für nationalistische Exzesse ebnete. Die Suche nach einer kategorialen Identität, die den Aufruf zur Abgrenzung artikulieren und die erstrebte Würde stützen könnte, nimmt viele Formen an – und sofern einige davon in Mißkredit geraten, müssen andere zwangsläufig an Reiz gewinnen.

Diese Vielfalt und Rivalität überträgt sich auch auf die jeweiligen Definitionen des Nationalismus. In vielen Ländern wetteifern mehr oder weniger umfassende Zugehörigkeiten miteinander, wie *québécois* und kanadisch, slowakisch und tschecho-slowakisch, schottisch und britisch. Versteht man den Nationalismus als einen Aufruf zur Abgrenzung, so erlaubt er eine große Vielfalt unterschiedlicher Reaktionen. Das Bestreben, gewisse Formen der Moderne in die eigene Kultur aufzunehmen, läßt sich offensichtlich sehr verschiedenartig umsetzen, je nachdem, was übernommen und was bewahrt werden soll. Gewiß haben Gellner und andere, gestützt auf ihre fast universale Definition des Nationalismus, sehr plausibel erklärt, warum nahezu alle Neuerer die Staatsgewalt übernehmen wollen. Doch wir verstehen nun auch, warum unter besonderen Umständen ein Phänomen wie der »Nationalismus« in Québec möglich ist, wie er bis 1960 herrschte.

Allerdings besteht zwischen dem liberalen Nationalismus z.B. von Unabhängigkeitsströmungen im heutigen Québec und dem mörderischen Nationalismus in Bosnien ein grundsätzlicher Unterschied. Trotz einiger

gemeinsamer Wurzeln (die mein Modell erfaßt) unterscheiden sie sich qualitativ klar voneinander. Daher wäre es völlig falsch anzunehmen, in beiden Formen äußere sich ein und dieselbe Kraft lediglich stärker oder schwächer. Nicht nur war die zweite Phase in Bosnien rein »defensiv«, sondern Nationalisten unterscheiden sich eben ganz grundlegend durch das, was sie jeweils übernehmen wollen.

Gewisse Nationalisten betrachten Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit ungeachtet ethnischer Differenzen als erstrebenswerte Aspekte der Moderne. Sie haben also die patriotischen Zielsetzungen der vornationalistischen Gründerrevolutionen übernommen oder besser gesagt: nie verloren. Ursprünglich sollten die in den Revolutionen zu befreienden »Nationen« aus allen freien Bürgern der historisch definierten Gesellschaften bestehen. Daß Frauen oder afro-amerikanische Sklaven in gewissen Varianten nicht als »freie Bürger« galten, tat dem Prinzip selbst keinen Abbruch. Dieses war im Gegenteil so mächtig, daß schließlich alle Einschränkungen wegfielen. Von diesem Liberalismus war die erste nationalistische Welle Europas geprägt, die aus der Opposition gegen die Heilige Allianz hervorging. Sie wahrte den ursprünglichen, revolutionären Verfassungspatriotismus, und ihr Nationalgefühl umfaßte auch die liberalen Grundprinzipien. Der zeitgenössische Nationalismus in Québec ist genau von diesem Zuschnitt.

Gewiß bleibt der liberale Nationalismus stets Spannungen ausgesetzt. Obwohl alle Bürger gleich sein sollen, hat der Staat seine *raison d'être* in einer Kulturnation, der nicht alle angehören. Hier gilt es zu vermitteln,[21] aber nicht, indem man die Gleichheit auf dem Altar der Nation opfert, denn das wäre Verrat an der Identität.

Etwas ganz anderes sind jene Formen des Nationalismus, bei denen der liberale Patriotismus keine Rolle spielt oder gar, wie bei einigen vorfaschistischen Strömungen Deutschlands, als ein »kulturfremdes« Element der »Zivilisation« zurückgewiesen wird – oder bei denen der Liberalismus nie Fuß fassen konnte, wie auf dem Balkan. Obwohl man mit derartigen Vorgaben durchaus die Staatsgewalt, wirtschaftliche Entwicklung oder auch die Abschaffung traditioneller Hierarchien im Namen der Volkssouveränität anstreben kann, steht dabei nichts einer rein ethnischen, ja sogar rassischen Definition des Volkes im Wege. Wo es dazu kommt, bieten die aus der modernen Politik übernommenen Elemente nicht nur keinen Schutz, sondern verschlimmern die Lage eher noch. Traditionale Gesellschaften beachten beim Umgang mit Außenseitern zumindest gewisse moralische Grenzen, auch wenn diese häufig überschritten werden. Wo jedoch der souveräne Volkswille als die einzige Rechtsquelle gilt, da kann nichts sonst bestehen.

Vormoderne Gesellschaften ordneten die verschiedenen Gruppen oft in

gleichsam komplementäre Hierarchien ein, so daß sie alle ihre Nischen hatten (wie etwa die Griechen als Händler im Osmanischen Reich). Auch wenn das noch lange keine Gleichberechtigung begründete, bot es einen gewissen Schutz. Doch unter einer Volkssouveränität, in der das »Volk« ethnisch definiert ist, haben Außenseiter keine Rechte, könnten sie dem Volk doch, wenn ihre Zahl nur hinreichend groß ist, nach dem Prinzip der Selbstbestimmung sogar seine Gebietsansprüche streitig machen. Wenn dann noch das Gefühl der Bedrohung hinzukommt, dann ist die Bühne für ethnische Säuberungen bereitet.

Obwohl dieser Nationalismus mit dem liberalen einige Wurzeln teilt und er ebenfalls im Kontext der Moderne gedeiht, ist er nicht mit diesem vergleichbar, sondern folgt einer ganz anderen Dynamik. Mein Vorschlag wäre also nicht nur, gewisse Phänomene (wie etwa diverse Varianten des »Fundamentalismus«) analog zum Nationalismus aufzufassen, sondern auch, dessen sehr unterschiedliche Erscheinungsformen deutlich voneinander zu trennen.

Aus dem Englischen von Hans Günter Holl

Anmerkungen

1 Ernest Gellner definiert den Nationalismus als das »Prinzip, demzufolge sich politische und nationale Einheit decken sollten« (Nations and Nationalism, Ithaca & London 1983, S. 1; dt. Ausgabe: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991). Dem liegt die Idee zugrunde, alle Völker – die er zuvor als Einheiten kraft Kultur, Sprache oder Religion bestimmt hat – müßten das Recht haben, ihre politische Ordnung selbst zu wählen. Dies trifft zweifellos auf eine Reihe von Gruppen, Einstellungen und politischen Ideen zu, die sich heute an diesem Prinzip orientieren. Ich möchte hier aber der Frage nachgehen, welchen Ursachen sie entspringen und ob sie derselben Dynamik folgen.
2 Im folgenden beziehe ich mich auf »Nations and Nationalism«, a.a.O.
3 A.a.O., S. 39.
4 Ungefähr in diesem Sinne behandelt Alasdair MacIntyre moderne Sprachen als kontextunabhängig, vgl. Whose Justice? Which Rationality?, University of Notre Dame Press 1988.
5 Diese Termini habe ich von Craig Calhoun übernommen. Vgl. etwa seinen Essay »Nationalism and Ethnicity«, in: *American Review of Sociology* 1993, Nr. 19, S. 230. Besonders bin ich Calhouns Werk in der folgenden Darstellung von Gesellschaften mit »unmittelbarer Zugehörigkeit« verpflichtet.
6 Vgl. dazu Eugen Webers Studie »Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870-1914«, Stanford UP 1976.
7 Benedict Anderson, Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983, 2. Aufl. 1991; dt. Ausgabe: Die Erfindung der Nation, Frankfurt a.M./New York 1988.
8 Vgl. Charles Taylor, Liberale Politik und Öffentlichkeit, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Liberale Gesellschaft, Stuttgart 1993. (d.Red.)
9 Anderson, a.a.O., S. 37.
10 Martin Heidegger, Die Zeit des Weltbildes, in: Holzwege, Frankfurt a.M. 1950, S. 69-104.
11 Calhoun, a.a.O., S. 234 f.
12 Vgl. Charles Taylor, Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?, in: *Transit* 5, Winter 1992/93. (d. Red.)
13 Die auf den Volkswillen gestützten undemokratischen Regime habe ich hier nicht behandelt. Sie drängen offenkundig in die gleiche Richtung, sogar noch schneller und radikaler. Gerade

weil der Gemeinwille über ihre Legitimität entscheidet, können sie die Bürger nicht in einem Zustand passiven Gehorsams belassen, wie es despotische Regime traditionell zu halten pflegten. Vielmehr muß der eherne, einmütige Wille – durch Scheinwahlen, Demonstrationen, Paraden am Maifeiertag und ähnliches – immer wieder zum Ausdruck kommen. Das ist das Wesen des modernen »Totalitarismus« im Unterschied zu älteren Formen des Despotismus.

Calhoun betont jedoch, wie leicht die Suche nach der »nationalen« Identität auch in demokratischen Staaten dazu führen kann, daß man ihretwegen die übrigen (geschlechtlichen, religiösen, minoritär-kulturellen) Identitäten unterdrücken muß. Der moderne Patriotimus birgt also viele Gefahren.

14 Vgl. Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, III. Buch, Siebentes Kapitel (Stuttgart 1965, S. 124).

15 Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Hamburg 1965, S. 58 f. (Akademie-Ausgabe S. 434 f.).

16 Dabei muß es sich nicht um politisch verfaßte Gesellschaften handeln, sondern es können auch verstreute Gemeinschaften wie religiöse Konfessionen oder ethnische Gruppen sein.

17 Zur allgemeinen These vgl. Charles Taylor, The Politics of Recognition, in: Amy Gutman (Hg.), Multiculturalism and »the Politics of Recognition«, Princeton University Press 1992; dt. Ausgabe: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a.M. 1993.

18 Diesen Zusammenhang beleuchtet etwa Frantz Fanon, der sein Werk zwar im Kontext des antikolonialen Kampfes schrieb, sich seine Themen aber in anderen Sphären suchte: vgl. Die Verdammten der Erde, Reinbek bei Hamburg 1967.

19 Vgl. Liah Greenfelds Essay »Transcending the Nation's Worth«, in: *Daedalus*, Bd. 122, Nr. 3, Sommer 1993, S. 47-62. Umfassender sind ihre Ansichten dargestellt in dies., Nationalism: Five Roads to Modernity, Cambridge, Mass., 1992.

20 Vgl. Martin Kramer, Arab Nationalism: Mistaken Identity, in: *Daedalus*, Bd. 122, Nr. 3, Sommer 1993, S. 171-206.

21 Das habe ich ausführlicher erörtert in »Identité et Modernité« (erscheint in diesem Jahr in einem von Guy Laforest bei der Presse de l'Université de Laval herausgegebenen Band).

Sylvie Richterova

KRIEGE UND KONDITOREIEN

Die glorreiche Hauptstadt hat mich erschreckt, ich erschrak schon von weitem, als am Horizont, wo sie erscheinen sollte, eine düstere Steinschanze auftauchte, ein riesiger Wall, gegen den die Aurelianische Mauer rosa Spielzeug ist. Es waren Neubauten für Menschen.

Wenn ich schnellen, fast eilenden Schritts durch die Straßen gehe und mich nicht besonders umschaue, bekommen meine Fersen Augen, der Rücken und die Füße sind ebenfalls lesende Augen. Sogar die Haut liest, sie liest Düfte wie ein Hund, auch Gestänke; die Hände, die Knochen im Körper, sie hören, und die Schale, die ich bin und nicht bin, bricht auf wie eine reife Frucht, sie platzt, und mit dem Kern sehe ich. Ich sehe und werde es nie mehr aus dem Gedächtnis auslöschen. Von überall sieht es überallhin, ein Ich gibt es nicht, es liest die Gegenwart des unendlichen Andauerns. Ist es Schmerz oder Freude – ich weiß nicht. Der Lauf durch die Stadt kann endlos sein, man geht nie durch alle Straßen, in alle Höfe und Gärten, tritt nicht in alle Häuser: die Stadt ist ein Beweis der Unendlichkeit, der Unendlichkeit in einem begrenzten endlichen Raum. Von der Bank vor dem Bahnhof, auf die ich mich gesetzt habe, bis zum Bild von Josef Váchal, das die alte, einstmals schöne Frau S. zwanzig Jahre unter einem Wachsleinwand-Tischtuch versteckt hatte, »damit die Bolschewiken es ihr nicht wegnahmen«. Sie saß immer auf dieser Bank, auf dem Heimweg vom Kaffeehaus, das sie ab und zu besuchte, um Wiener Kaffee zu trinken. Den Váchal durften nur die verläßlichsten Personen sehen, deren Zahl sich in ihrem Alter durch die Macht des Schicksals verringerte. Schließlich schaue ich, wo ich mich hinsetzen kann, und trinke einen Kaffee. Das Denken kehrt in die gewohnten Bahnen zurück, übrig bleibt lediglich eine gewisse Scharfsichtigkeit. Ich sehe mich im Lokal um und bin abermals der Lange, der Dickbäuchige und der Scharfäugige. Aufgeschwemmte Biertrinker, eine begossene Kneipentheke: Ist es möglich, daß meine Augen die Häßlichkeit nirgendwo sonst so deutlich sehen? Hellsichtigkeit, ein tückisches Geschenk hier, ausgerechnet hier, an dem Ort, den ich lieben sollte.

In dieser Stadt erlebte ich euphorisch erregte, inspirative, ja mystische Momente, wie im ersten Stock des Kinderwarenhauses, wohin ich mich flüchtete, vor dem Regen und in der Hoffnung, einen Schirm oder eine Pellerine zu kaufen.

Auf wenigen Quadratmetern waren dort, getreu und genau, alle Gerüche aus meiner Kindheit erhalten, von den Ausdünstungen der Konfektions-Trainingsanzüge an hölzernen Kleiderbügeln und den Pellerinen über die süßen Düfte der Selbstbedienungs-Konditorei bis zu den Toiletten, vor deren Tür eine hübsche Dame mit einem Würstchen in der Hand die Eintretenden fragte: »Kacken oder pinkeln?« Sie lobte jene, die pinkeln mußten, und fügte hinzu: »Bitte ums Himmels willen nur kein Papier in die Schüssel, die Zigeuner haben 'nen Geldbeutel runtergespült, ich hab schon den Dienst gerufen, sie werden kommen. Wenn Sie geruhen, Papier runterzuspülen, wird alles bis hierher geschwemmt.« Mit lebendigen Gesten deutete sie an, daß bis hierher bis zum Würstchen hieß, das in diesem Augenblick in den Senf getunkt war, und in den von keinem Reinigungsmittel, keinem Deodorant, kurzum von keinerlei Chemie getrübten Gestank. Lang schon habe ich keine Frau mehr gesehen, die so vollkommen und engagiert glücklich war über ihr mit dem Los der Nächsten verbundenes Schicksal. Das Ebenbild meiner Großmutter.

Betört beobachtete ich auch die Tortenstücke und andere Kuchen auf den Glaspulten der Selbstbedienungs-Konditorei, vor denen sich geduldig eine Schlange aus älteren Frauen, Familien mit Kindern und Paaren vom Land ringelte. Verblüfft wiederholte ich die Namen der in meinem Gedächtnis noch frischen und wohlriechenden Kuchen; es gab Baisers und Sachertorte, Eclairs und Punschschnitten, Erdbeer-, Ananas- und Nußtorten und so weiter. Wie den Duft des Weihrauchs am Altar saugte ich die Atmosphäre dieser schmutziggetrampelten Halle mit den schweren, weißlackierten Metalltischchen ein, die von Großmütterchen mit klaren, faltigen Gesichtern mit einem grauen Lappen immer wieder geduldig abgewischt wurden. Eine Schlange wartete auf giftfarbene Limonaden, eine andere auf ganz frischen Kuchen, noch eine auf belegte Brötchen mit etwas suspekter Mayonnaise, eine weitere auf Kaffee.

Ich setzte mich an ein Tischchen, nahm mein Notizheft hervor und schrieb, ich schrieb wie eine Betrunkene, und im besten Moment kaufte auch ich mir ein Stück Torte. Ich wollte mich zur Erkenntnis hindurchschreiben und hindurchschnuppern, weshalb die Menschen hier schon zwanzig Jahre lang mit solcher Lust nicht geringe Opfer auf sich nehmen, um ausgerechnet ein solches Essen zu nicht besonders verlockenden Plätzen an stets vollbesetzten Tischen zu tragen. Neben mir hielten zwei kleine Kinder wohlerzogen und unerschütterlich zwei Stühle frei, während der Vater bei den belegten Brötchen stand und die Mutter die Süßigkeiten holte. Der ältere Junge verteilte die Teller und Becher, das jüngere Mädchen verfolgte den Betrieb geduldig, und solange sich die Eltern nicht auch gesetzt hatten, rührte es das Essen mit keinem Finger an. Diese Szene rief in mir eine gewisse religiöse Verzückung hervor. Sie trieb mir die Tränen in

die Augen. Einen weiteren Tränenansturm unterdrückte ich hinter den Lidern, als die stille Familie mit den Kindern sich höflich verabschiedete und ein älteres Paar vom Land an meinem Tischchen Platz nahm, aus denen die Liebe schon ganz filterlos, *allo stato puro*, strömte, unauffällig, mit versöhnlichem Lächeln und in selbstverständlicher gegenseitiger Sorge. Die schüchterne und zugleich innige Begrüßung gab mir den Rest, das Sentiment besiegte die Zynikerin, und ich versteckte mich hinter meinem Notizheft, das vom Schicksal vermutlich von Anfang an dazu bestimmt war, verloren zu gehen. Dies war also vermutlich der Augenblick meiner eigentlichen Rückkehr in dieses Land, in diese Stadt.

Es gibt Menschen, die denken, wir hätten die Wurzeln in der Erde, ich halte es für wahrscheinlicher, daß wir sie im Himmel haben. Die Jahre, in denen wir wachsen, sind rund, die größeren legen sich um die kleineren herum, von der Mitte zur Rinde. Verborgen hinter einer ernsten Miene und mit dem Kugelschreiber in der Hand, ließ ich mich von geradezu weihnachtlicher Inbrunst fesseln. Nur einen Moment war ich dadurch verwirrt, daß die besseren und besser servierten Kuchen in österreichischen, italienischen, französischen, holländischen und anderen Konditoreien niemals eine solche Eßlust und eine solche feierliche Würdigung gesehen haben. Vielleicht fressen die Leute das anstelle des Mittagessens, fiel mir schließlich ein, doch nicht einmal diese Vermutung minderte meine Verblüffung.

Zweihundert Kilometer weiter, dafür geographisch genau am Ort meiner Geburt, drückte ich ohne Anmeldung die immer noch gleich polierte Klingel unserer Wohnung, um meine Mutter und den Bruder zu begrüßen. »Selbst wenn ich bis zu meinem Tod nur noch trockenes Brot essen sollte«, sagte sie beim Abendessen zufrieden über einem Teller Kartoffelsuppe, über dem auch Marie, Michal und Blanka saßen, »Hauptsache, wir sind frei.« Der Tod war nicht mehr fern – und Brot hatte sie zum Milchkaffee auch die letzten zwanzig Jahre gegessen. »Ich bin glücklich, Kinder, daß ich euch sehe und wir hier zusammen über alles reden können«, sagte sie freudig.

Mutter hatte immer über alles geredet, man hätte sagen können frei, sagte aber eher verantwortungslos. Sie hatte ohnehin nichts mehr zu verlieren. Wir erinnerten uns gutgelaunt daran, wie sie das Haus ihrer Schwester erbte. Die Schwester war bei der Abschiebung der Deutschen nach dem Krieg umgekommen, obwohl sie eine Tschechin war, wogegen der Mann ihrer Schwester im Konzentrationslager als Jude umkam, obwohl er ein Deutscher war, sofern immer jemand etwas sein muß oder nicht sein darf. Sich im Krieg als Juden auszugeben, wenn man kein Jude war: Sie bewunderte ihn immer noch. Sie beharrte auf dieser wahrheitsgetreuen Version der Familiengeschichte und ließ sich sofort nach dem Krieg im Zivilstandsregister als Deutsche registrieren, zur Erinnerung an die getöte-

te Schwester, schließlich waren sie beide in die österreichische Schule gegangen, und darüber hinaus erbte sie ihr total zerbombtes Haus.

Nach dem Krieg nahm sie die Gewohnheit an, von Zeit zu Zeit die Trümmer im Stadtzentrum aufzusuchen und sich vorzustellen, wo ihr älterer Sohn und seine Familie eine Wohnung haben würden, wo ihr jüngerer Sohn und seine Familie und wo die Tochter, wo sie selbst und wo die Nachbarin aus dem kleinen Nothaus in Reckovice, wenn das Haus dann wieder stünde, und ob sie zum Beispiel darauf einen Kredit bekäme. Nach einer gewissen Zeit forderte der Volksausschuß sie auf, die Trümmer wegräumen zu lassen, auf eigene Kosten selbstverständlich, und die Mutter verkaufte das Familiengold, das den Krieg überlebt hatte. Als das bombardierte Gelände sauber war, forderte der Volksausschuß sie wieder auf, diesmal, eine Mauer um die Bauparzelle zu ziehen, auf eigene Kosten selbstverständlich. Dafür ging weiterer Familienschmuck drauf, aus der Vorkriegszeit, einer Epoche, als es noch weit mehr Familienmitglieder gab. Nach dem Krieg war das Verhältnis umgekehrt, es gab mehr Gold und Schmuck als Familienmitglieder; im Austausch gegen das Gold wurde die Parzelle in angemessener Zeit hergerichtet und mit einer Mauer umgeben. Man hätte anfangen können zu bauen, doch die Mutter brauchte niemanden mehr um einen Kredit zu bitten, der Volksausschuß enteignete ihr das Grundstück. »Er enteignete es ganz einfach«, beendete sie die Erzählung. Und bis heute steht nichts darauf.

Mutter erholte sich verhältnismäßig rasch von dem Schock, sie hatte nichts mehr zu verlieren, außer ihrem sonnigen Gemüt und dem Sinn für Humor, der sie nie mehr verlassen sollte, ebensowenig wie ihr Charakter. Sie hatte Hunderte solcher und ähnlicher Geschichten aus dem eigenen Leben, dem der Familie und auch der Nachbarn auf Lager. Wir lachten wie vor zwanzig Jahren und sagten, Mama, du hast dich überhaupt nicht verändert. Und Mutter lächelte, ein Hauch gleichsam von frischem, schon von den Ewigkeiten durchwehtem Heu. »Ich habe es ja gewußt, Jan, daß ich dich wiedersehe.«

In Königsfeld, zwischen dem Slawischen Platz und der Purkyne Straße, in der einst Professor Jan Sus am einen und Milan Kundera am anderen Ende wohnten, gibt es Straßen, die sich in den vierzig Jahren überhaupt nicht verändert haben. Die gleichen Vorgärtchen mit den gleich schönen, vielleicht heute noch schöneren Rosen und Dahlien, die gleichen Kinder spielten auf den gleich ruhigen Straßen, in denen auch die Anzahl ordentlich geparkter Autos nicht allzu stark angestiegen war, und aus den Fenstern schauten die gleichen Großmütter. Aus der gleichen Kneipe in der Vodagasse traten die gleichen Biersäufer.

Der Verputz der Mauern war auch gleich, ganz anständig bis prachtvoll, und auch ich war die gleiche, als ich hier hindurchspazierte. Es dauerte eine

knappe halbe Stunde und eine ganze Ewigkeit, und ich begriff dabei bis ins Mark, weshalb Herr Professor Sus und Milan Kundera weggehen mußten, vorläufig jeder woandershin, und auch ich. Es sind die gleichen Straßen neben der Moskauer, die seit gestern Skácelstraße heißt, obwohl der Dichter nicht in dem magischen Dreieck gewohnt hatte und also nicht aus ihm wegzugehen brauchte, er konnte es im Gegenteil oft besuchen, was er auch tat. Nur der Wind war anders, als er hier war, heftig und kalt, er paßte überhaupt nicht zum milden Herbst in den Gärtchen. In den Gärtchen und auf dem Asphalt unter den Straßenlaternen eine stille Lebensfreude, die sich nie ändert, die nur sein kann oder nicht. Reglos hatte die Geburtsstadt zwanzig Jahre lang gewartet, wie die Wohnung meiner Eltern. Der Bruder glich übrigens dem Vater, als sei er selbst noch nicht geboren. Das war das Paradies meiner Rückkehr nach Hause.

Im Herbst 1992 beschloß ich, meinen zwanzig Jahre verschollenen Bruder zu suchen. Das heißt: der Bruder war nicht die ganzen zwanzig Jahre verschollen, er war fast nie verschollen. Von Zeit zu Zeit erhielten die Mutter, der Vater und auch ich Briefe. Darauf standen unterschiedliche Absender. In den letzten Monaten rief er sogar einmal im Monat an, und kurz bevor Vater starb, versuchte der Bruder, nach Hause zurückzukehren und fing an, zweimal die Woche anzurufen.

Der Vater starb plötzlich; Jans Pillen mit den Vitaminen, Mineralien und pflanzlichen Fasern wie auch die Anleitungen für eine Diät, eine Fastenkur, eine Traubenkur, eine Apfel-, eine Reis- und eine Ananaskur blieben in der Schreibtischlade zurück. Der Bruder hatte solches in den letzten Jahren immer öfter geschickt, Vater hatte es liebevoll zur Seite gelegt und nie Gebrauch davon gemacht. Hatte Jan aus der Ferne Vaters nahen Tod gespürt? Aus der Ferne sah er Vaters vernarbtes Herz besser als wir, die wir tagtäglich mit ihm zusammen waren.

Als Jan vor zwanzig Jahren weggegangen war, war dies laut den Ämtern illegal, laut der Mutter, weil er Schuhe von einem streunenden Kalb getragen hatte. Ich war fünfzehn und hatte über seinem dunklen Kopf mehrmals ein helles Zeichen gesehen, von dem ich niemandem erzählte. »Ich habe an Klaustrophobie gelitten«, schrieb der Bruder auf der ersten Postkarte, und Vater erzählte, Jan sei zum ersten Mal auf eigene Faust in die Welt hinausgezogen, als er drei Jahre alt war. Von der Trauer eines Vaters, der für zwanzig Jahre seinen Sohn verlor und gegen einen Haufen Briefe eintauschte, bleibt heute nur noch die allgemein bekannte und letztlich banale Tatsache, daß gewisse Länder eine gewisse Zeit von undurchdringlichen Grenzwällen umgeben waren, von Mauern, Festungen, elektrischen Drähten.

Mutter schaffte es noch, Jan wiederzusehen, obwohl es schien, als habe sie viel geringere Chancen als Vater. 1985 gab man sie uns aus dem Kran-

kenhaus zurück, zum Sterben und ohne das kleinste Fünkchen Hoffnung. Wir legten sie wie einen Hauch aus Haut und Knochen ins Ehebett, zu einem in die Ewigkeit gerichteten Schlaf, und Vater saß die ganze Nacht in der Küche. Um sechs Uhr morgens öffnete Mutter ziemlich munter die Tür und sagte: »Gott hat mich gesund gemacht, damit ich unseren Jan noch wiedersehe.« Und so geschah es vier Jahre später.

Ich verwaiste in der gemütlichen Wohnung, kurz nachdem Jan erneut fast spurlos verschwunden war. In Vaters Schreibtisch hinterließ er eine grüne Büromappe mit einem maschinengeschriebenen Manuskript, das ich las. Ich wußte nicht und konnte nicht wissen, ob es sich um Jans wahres Leben oder um ein Romanfragment handelte. Die Figuren konnten wirklich oder erfunden sein, mit Ausnahme von Marie, die jedoch nicht wie eine Romanfigur wirkte, ebensowenig wie die Kinder, die im Roman so gut wie nicht vorkommen. Ohne dieses Manuskript wäre es mir vermutlich nicht eingefallen, mich auf den Weg zu meinem Bruder zu machen, übrigens hatte ich keine Ahnung, wo ich ihn suchen sollte.

Ich klingelte an unserer ruhigen, vaterlosen und ohne ihn ziemlich geräumigen Wohnung, in jener Straße, die bis zu seiner Rückkehr im Frühling 1990 Moskauer Straße geheißen hatte. Die Mutter schaffte es, die Tür zu öffnen, bevor die Glocke ganz verstummt war, genauso, wie damals, als Jan und ich von der Schule zurückkamen. Alles war hier wie vor zwanzig Jahren, die Gegenstände, meine ich. Und sobald Jan die Schwelle überschritt und aus dem schlechtbeleuchteten, schmutzigen Flur in das sorgfältig gescheuerte Vorzimmer trat, sahen wir alle, daß wir uns in Wirklichkeit nie getrennt hatten.

Mutter starb drei Monate nach Jans Rückkehr und darauf folgendem Wiederverschwinden, friedlich wachte sie auf dem Ehebett nicht mehr auf, aus dem sie fünf Jahre früher wundersam geheilt gesprungen war. Binnen einer einzigen Nacht hatte sie sich wieder in die Garbe aus Knochen und seidigtrockener Haut verwandelt, die man uns damals aus dem Krankenhaus zurückgegeben hatte. Jan verschwand gleich plötzlich und unauffällig wie vor zwanzig Jahren. Er schrieb nicht mehr und rief auch nicht mehr an, und ich begann die Seiten zu lesen, die er in Vaters Schreibtisch gelegt hatte, neben die theoretischen Diäten und Gesundheitskuren. Ich zweifelte nicht daran, daß er sie in einer gewissen Absicht hier bei mir gelassen hatte.

Ein jeder schreiben wir unser Buch, ein blasser Abglanz des Buchs der Lebenden und der Toten, in das wir keinen Einblick haben.

Aus dem Tschechischen von Susanna Roth

Zu den Autoren

Andrew Arato, geb. 1944 in Budapest, lehrt Sozialwissenschaften an der Graduate Faculty der New School for Social Research, New York. Spezialgebiete: Theorie der Gesellschaften sowjetischen Typs, Verfassungs- und Demokratietheorie, Rechtssoziologie. Zu seinen letzten Veröffentlichungen zählen: Crisis and Reform in Eastern Europe (zusammen mit Ferenc Feher), New Brunswick 1990; Civil Society and Political Theory (mit Jean Cohen), Cambridge, MA. 1992; From Neo-Marxism to Democratic Theory: Essays, Armonk 1993. In *Transit* Nr.1/1990 erschien: Revolution, Civil Society und Demokratie.

György Bence, geb. 1941, Professor für Sozialphilosophie und Ethik an der Eötvös Lorand Universität Budapest und Präsident des Invisible College Budapest. 1994/95 Gastprofessur an der University of Wisconcin-Madison. Forschungschwerpunkte: Politische Philosophie und Begriffsgeschichte. Zahlreiche Artikel über die Übergangsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften. Eine umfangreichere Version des Beitrags im vorliegenden Heft, ebenfalls zusammen mit Seymour M. Lipset verfaßt, erschien unter dem Titel »Anticipations of the Failure of Communism«, in: *Theory and Society* Nr.23, 1994.

Hana Havelkova, geb. 1949 in Valtice (Südmähren), lehrt Philosophie an der Karls-Universität Prag. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Politischer Philosophie und Gender Studies und arbeitet zur Zeit u.a. an einem Projekt über das Verhältnis von privater und öffentlicher Sphäre unter den Bedingungen der Transformation. Zahlreiche Artikel über die Geschlechterproblematik in den postkommunistischen Gesellschaften.

Janos Kis, geb. 1943 in Budapest, lehrt Philosophie an der Central European University Budapest, Mitbegründer der Oppositionszeitschrift *Beszelö.* Rief 1988 mit anderen das »Netzwerk der freien Initiativen« ins Leben, aus dem die »Allianz der Freien Demokraten« (*SzDSz*) hervorgegangen ist, deren Vorsitzender Kis bis November 1991 war. In *Transit* erschienen sein Gespräch mit Aleksander Smolar: »Wir sollten den Blick in die Zukunft richten« (Nr.3/1991) und der Artikel »Politik, Ethik und Recht in der Abtreibungsfrage« (Nr.4/1992).

Janos M. Kovacs, geb. 1950 in Budapest, Mitglied des IWM sowie des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftstheorien in Osteuropa. Von ihm herausgegeben erschienen zuletzt u.a.: Reform and Transformation in Eastern Europe, New York/London 1992 (zusammen mit

Marton Tardos); Transition to Capitalism?, New Brunswick 1994. In *Transit* Nr.1/1990 erschien »Das Große Experiment. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens«. Dem Beitrag im vorliegenden Heft liegt der Artikel »Which Institutionalism?« in: H.-J. Wagener (Hg.), The Political Economy of Transformation, Heidelberg 1994, zugrunde.

Seymour M. Lipset, geb. 1922 in New York, Professor am Institute of Public Policy der George Mason-University in Virginia. Soeben erschien: American Exceptionalism: The Persistence of an American Ideology, New York/London 1995; zusammen mit Earl Raab Autor von: Jews and the New American Scene, Harvard UP 1995; Herausgeber der vierbändigen »Encyclopedia of Democracy«, New York/London 1995.

Martin Malia, geb. 1924, Professor für Geschichte an der University of California, Berkeley, gehört zu den prominentesten Rußlandkennern und Sowjetforschern in den USA. In deutscher Sprache liegen vor: Experiment ohne Zukunft? Voraussetzungen und Folgen der Russischen Revolution, Hamburg 1989; Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991, Stuttgart 1994. 1995 erscheint: Russia Under Western Eyes: From the Bronze Horseman to the Lenin Mausoleum, Harvard UP 1995.

Joze Mencinger, geb. 1941 in Jesenice (Slowenien), stellvertretender Ministerpräsident der Republik Slowenien 1990/91; Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ljubljana. Spezialgebiete u.a.: Ökonomie des Übergangs und Währungspolitik. Zuletzt erschien: The Birth and Childhood of a Currency: The Experience of Slovenia«, in: Janos Gacs und Georg Winckler (Hg.), International Trade and Restructuring in Eastern Europe, Heidelberg 1994.

Svetozar Pejovich, geb. 1931 in Belgrad, ist Professor für Ökonomie an der Texas A&M University, wo er vor allem auf dem Gebiet von Wirtschaft und Recht arbeitet. In diesem Jahr erschien sein Buch: Economic Analysis of Institutions and Systems, Dordrecht.

Andrzej Rapaczynski, geb. 1947 in Zabrze (Polen), Rechtswissenschaftler. Emigrierte 1969 aus Polen in die Vereinigten Staaten und lehrt seit 1982 an der Columbia Law School in New York. Berater der Polnischen Regierung in der Frage der Massenprivatisierung; Berater der Verfassungskomitees des Polnischen und des Russischen Parlaments. Seit 1991 Direktor des Privatisierungsprojekts der Central European University (CEU) in Prag. Im letzten Jahr erschienen: Small Privatization, CEU Press, sowie (zusammen mit Roman Frydman): Privatization of Eastern Europe: Is the State Whitering Away?, Oxford UP 1994. In *Transit* Nr.3/1991 erschien: »Wieviel Staat braucht der Markt?« (ebenfalls zusammen mit Roman Frydman).

Sylvie Richterova, geb. 1945 in Brünn, Studium in Prag, Promotion in Rom, Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin, lehrt tschechische Literatur an der Universität Viterbo. Der im vorliegenden Heft abgedruckte (und gekürzte) Text wurde ihrem neuen Roman »Der zweite Abschied« entnommen, der im letzten Jahr in Prag erschien.

Dieter Simon, geb. 1935 in Ludwigshafen, Direktor am Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt a.M.; Vorsitzender des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik Deutschland 1989 bis 1992; designierter Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Mitglied des Expertenkomitees für das IWM-Projekt *Transformation of National Higher Education and Research Systems of Central Europe* (TERC) und seit Anfang diesen Jahres Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. Forschungsschwerpunkte u.a.: Byzantinisches Recht, Geschichte des Rechts in Deutschland 1945-1990. Im letzten Jahr erschien: Rechtswissenschaft in der Bonner Republik. Studien zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz, Frankfurt a.M. In *Transit* erschien sein Artikel »Verstellung und Waschzwang« (Nr.6/1993).

David Stark, geb. 1950 in Enid (Oklahoma), lehrt Soziologie an der Cornell University. Forscht derzeit zusammen mit Laszlo Bruszt über ökonomische Probleme des Übergangs. Herausgeber (zusammen mit Gernot Grabher) von: Legacies, Linkages and Localities: The Social Embeddedness of Postsocialist Transformations, Oxford UP 1994. In *Transit* erschien sein Artikel »Privatisierungsstrategien in der CSFR, Ostdeutschland, Polen und Ungarn. Ein Vergleich« (Nr. 3/1991/92).

Charles Taylor, geb. 1931, Professor für Politische Philosophie, McGill University, Montreal, und stellv. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. In deutscher Sprache erschienen neben zahlreichen Artikeln zuletzt: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, hg. von Amy Gutman, Frankfurt a.M. 1993; Die Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität, Frankfurt a.M. 1994. In *Transit* erschien »Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?« (Nr.5/1992).

Claire Wallace, geb. 1956, Soziologin, lehrt und forscht zur Zeit an der Central European University in Prag. Schwerpunkte u.a.: Gender Studies, Sozialpolitik, Migration. 1992 veröffentlichte sie zusammen mit Pamela Abbott: Family and the New Right, London/Boulder; und 1994 zusammen mit Stein Ringen: Societies in Transition – East-Central Europe Today: Prague Papers on Social Responses to Transformation, Vol. 1, Brookfield.

Tanzbär vor einer Wechselstube, Sofia (Chris Niedenthal)